Barbara M. Kehm

33

Durchführung von EG-Bildungsprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland

Materialien
Kassel 1994
Barbara M. Kehm

33

Durchführung von
EG-Bildungsprogrammen
in der Bundesrepublik
Deutschland

Materialien

Kassel 1994
<table>
<thead>
<tr>
<th>INHALT</th>
<th>Seite</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Einleitung</td>
<td>5</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktion Jean Monnet</td>
<td>9</td>
</tr>
<tr>
<td>ARION</td>
<td>19</td>
</tr>
<tr>
<td>Austauschprogramm für Sekundarschullehrer in der Europäischen Gemeinschaft</td>
<td>33</td>
</tr>
<tr>
<td>COMETT</td>
<td>47</td>
</tr>
<tr>
<td>DELTA</td>
<td>73</td>
</tr>
<tr>
<td>EG-Studienbesuchsprogramm für Berufsbildungsfachleute</td>
<td>97</td>
</tr>
<tr>
<td>ERASMUS</td>
<td>111</td>
</tr>
<tr>
<td>EUROTECNET</td>
<td>131</td>
</tr>
<tr>
<td>EURYDICE</td>
<td>153</td>
</tr>
<tr>
<td>FORCE</td>
<td>167</td>
</tr>
<tr>
<td>IRIS</td>
<td>195</td>
</tr>
<tr>
<td>LINGUA</td>
<td>215</td>
</tr>
<tr>
<td>PETRA</td>
<td>253</td>
</tr>
<tr>
<td>TEMPUS</td>
<td>281</td>
</tr>
</tbody>
</table>
Einleitung


Die europäische Dimension der Bildung, die Mobilität der Lernenden und Lehrenden zur Erweiterung ihrer Erfahrungen, eine verstärkte Zusammenarbeit von Bildungsinstitutionen, Lernen aus dem europäischen Vergleich, Qualifizierung für grenzüberschreitende berufliche Tätigkeiten, neue Lernchancen zum Ausgleich der sozialen Unterschiede zwischen den europäischen Regionen. Vorbereitung auf berufliche Mobilität - dies sind einige der Aufgaben, denen die Bildungsprogramme der Europäischen Gemeinschaft dienen sollten, die seit Mitte der achtziger Jahre in wachsender Zahl und mit wachsendem Finanzvolumen angeboten werden.

Die Programme sind in der Bundesrepublik Deutschland auf ein lebhaftes Echo gestoßen und haben in vielerlei Hinsicht bereits Einfluss auf die Bildungslandschaft genommen. Sie sind allerdings auch Gegenstand der Kritik, die sich hauptsächlich auf die Durchführung richtet. Da es sich um innovative, anspruchsvolle und komplexe Programme handelt, die zu Beginn häufig den Charakter von Modellversuchen hatten, lag eine Prüfung und Bewertung ihrer Durchführungs- und Ablauforganisation nach einigen Jahren nahe. Von besonderem Interesse waren dabei das Ausmaß der deutschen Beteiligung an den Programmen in der Organisation und der Teilnahme, der Einfluß der Programme auf das deutsche Bildungssystem, die ordnungspolitische Balance zwischen Bund und Ländern bei der Durchführung, Aufwand und Effizienz der Durchführung, die Überschaubarkeit der einzelnen und der Gesamtheit der europäischen Bildungsprogramme sowie die Höhe der Komplementär- und Folgekosten für die Bundesrepublik Deutschland.

Die durchgeführten Analysen zur Organisation, zum Ablauf und zur Durchführung sowie den dabei aufgetretenen Problemen der vierzehn in die Studie einbezogenen Programme versuchen, Antworten auf einige dieser Fragen zu geben. Die Studie umfaßt folgende EG-Bildungsprogramme: ERASMUS, PETRA, LINGUA, COMETT, TEMPUS, DELTA, FORCE, EUROTECNET, IRIS, ARION, EG-Studienbesuchsprogramm für Berufsbildungsschulabsolventen, EG-Austauschprogramm für Sekundarschullehrer, die Aktion Jean Monnet und das Bildungsinformationsnetz der Europäischen Gemeinschaft EURYDICE.

Für jedes der vierzehn Programme wurden verfügbare schriftliche Dokumente und Materialien ausgewertet und die für die Programme verantwortlichen Akteure und Akteurinnen in den deutschen Durchführungs- und Koordinierungsstellen sowie die Vertreter von Bund und Ländern in den Beratenden und Verwaltungsausschüssen für die Programme interviewt.

Die Darstellungen der vierzehn Programme sind analog gegliedert und bestehen aus jeweils zwei Teilen:

a) einer Darstellung der Ziele, der Durchführungsbestimmungen, der Förderungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien des Programms sowie seiner Organisation und administrativen Abläufe in Deutschland;

b) einer Darstellung und Analyse der Probleme, die in Deutschland bei der Organisation und Durchführung des Programms auftreten.


Zwei Schwerpunktbereiche von Durchführungsaktivitäten sind dabei zu nennen, die auch im Mittelpunkt der Einzelanalysen stehen:

1. Die Tätigkeiten von Durchführungs- und Koordinierungsstellen: Für fast alle Programme sind jeweils eine oder mehrere Einrichtungen, die zumeist bereits ähnliche Aufgaben haben, von staatlicher Seite mit Aufgaben der Information und der Hilfe bei der Beantragung und gegebenenfalls auch unmittelbar mit der Auswahl der zu Fördernden sowie der Vergabe von Fördermitteln beauftragt worden. Untersucht wurden vor allem:
   - die Aufbauorganisation der Programme und der erforderlichen Durchführungsaufgaben;
   - die Ablauforganisation der Förderung und anderer zentraler Maßnahmen der Programme;
   - der Einsatz von Finanz-, Personal- und Sachmitteln;
   - Erfolgskontrollen (Evaluation, Monitoring);
   - Informations- und Beratungsaktivitäten.

2. Die Tätigkeiten der zuständigen Amtsträger bei Bund und Ländern im Hinblick auf die Durchführung der Programme: Dazu gehören insbesondere die Mitwirkung in den Beratenden und Verwaltungsausschüssen, die seitens der Kommission der Europäischen Gemeinschaften für die Durchführung der einzelnen Programme eingerichtet worden sind, und darüber hinaus die Vorbereitung von Entscheidungen über die Einrichtung neuer und die Fortführung bestehender Programme, die Zusammenarbeit mit den Durchführungs- und Koordinierungsstellen in Deutschland sowie zum Teil die politische Koordinierung der Programmaktivitäten in Deutschland.

Die Analyse der in diesen Bereichen auftretenden typischen Probleme ist für jedes der Programme ebenfalls analog gegliedert und umfaßt die folgenden Schwerpunkte:
   - Aussagen zum Charakter des Programms und der Kohärenz der Programmmphilosophie;
   - die organisatorische Aufwendigkeit bei der Verwaltung des Programms;
   - die Kommunikation zwischen der Kommission und den deutschen Verantwortlichen bei den Umsetzungsentscheidungen;
   - Struktur und Kriterien der Förderungsentscheidungen;
   - der Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen bei der Durchführung;
   - die Kooperation der verantwortlichen Akteure und Akteurinnen für die Durchführung der Programme in Deutschland;
   - die Organisation von Informations- und Beratungsaktivitäten;
   - die Durchführung von Evaluationen und Erfolgskontrollen.

Der hier vorliegende Band enthält die Analysen und Materialien, die die Grundlage für den dreiteiligen Abschlußbericht der Studie bildeten:
   - eine Kurzfassung des Abschlußberichts mit einer komprimierten Darstellung aller vierzehn in die Studie einbezogenen Programme;\(^1\)
   - eine ausführliche Darstellung der Untersuchungsergebnisse mit einer Analyse der bei der Durchführung auftretenden Probleme sowie den im Rahmen der Studie erarbeiteten Empfehlungen;\(^2\)


---


Für die immense Arbeit und Hilfe bei der Drucklegung des umfangreichen Manuskripts sei ein herzlicher Dank ausgesprochen an meine Kolleginnen Christiane Bradatsch und Dagmar Mann.

Kassel, im August 1994

Barbara M. Kehm
AKTION JEAN MONNET

initiative zur Unterstützung von Hochschulen bei der Entwicklung von Lehre und Forschung im Bereich der europäischen Integration

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Anlage des Programms


Übersicht 1: Ziele der Aktion Jean Monnet

"Mit der Aktion Jean Monnet 'Die Europäische Integration im Studienangebot der Universitäten' bietet die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ihre Unterstützung für folgende Maßnahmen an:
- Anpassung des Studienangebots der Universitäten an die Entwicklung in der Gemeinschaft, das heißt Einrichtung von Lehrstühlen - die sogenannten 'Europa-Lehrstühle' - und damit verbundene Pflichtvorlesungen sowie die Einführung von 'Europa-Modulen', mit denen der Unterricht in europäischer Integration eine dauerhafte Struktur erhalten soll. Kernziel ist, den Universitäten einen Anreiz zu geben, die Europathematik in das Regelstudium aufzunehmen;
- Entwicklung der Europaforschung an den Universitäten durch Verstärkung der vorhandenen Strukturen der europapriorisierten Forschung durch Oberaufseher der entsprechenden Strukturen in Verbindung mit den neu einrichteten 'Europa-Lehrstühlen'."


1.2 Entwicklung des Programms


Die Auswahlverfahren sind im letzten Jahr der Laufzeit leicht verändert worden. War es in den ersten beiden Jahren das Ziel, die Förderaktivitäten möglichst breit zu streuen, so wurde im letzten Jahr eine Schwerpunktsetzung versucht. Dies bedeutete, daß an den Hochschulen, an denen die geförderten Aktivitäten

Bezüglich der Weiterentwicklung des Programms ist nicht nur eine Fortführung für weitere drei Jahre geplant, sondern auch die Vernetzung der Inhaber und Inhaberinnen der bestehenden Europa-Lehrstühle durch regelmäßige Treffen von Vertretern aller beteiligten Disziplinen sowie durch fachspezifische Treffen. So haben sich z.B. die Wirtschaftswissenschaftler bereits als eigenständige Gruppe konstituiert, die sich einmal jährlich trifft und ein größeres Projekt, eine mehrjährige Publikation zum Thema wirtschaftliche Fragen der Europäischen Union (z.B. Währungsunion, Föderalismus u.ä.), begonnen hat.

1.3 Fördermaßnahmen


Europa-Lehrstühle


Mit Europa-Lehrstuhl wird eine Vollzeitstelle bezeichnet, die sich ausschließlich der Thematik der europäischen Integration widmet. Inhaber und Inhaberinnen eines solchen Lehrstuhls müssen auf die europäische Thematik ihres Bereichs spezialisiert sein. Die dreijährige Förderung umfaßte Lehrangebote im Rahmen der Pflichtfächer im Grund- und Hauptstudium sowie Forschungskolloquien für Postgraduierte.

Die Europa-Lehrstühle können auch von solchen Hochschullehrenden besetzt werden, die sich zuvor nur teilweise auf europäische Themen konzentriert haben. Die Beihilfen der Kommission werden dann dazu benutzt, die prozentualen Anteile der nicht auf Europa konzentrierten Lehre abzudecken.

Ständige Kurse oder Seminare


Europa-Module

Unter Europa-Modulen wird ein Lehrangebot von mindestens 30 Unterrichtsstunden verstanden, das auch für Studierende anderer Fachrichtungen als der vorgängig geförderten geeignet ist. In diesem Rahmen sollte eine Art interdisziplinäre Zusatzausbildung vermittelt werden, die Fragen der europäischen Integration thematisierte.

Europa-Module sollten hauptsächlich für Studierende des Grundstudiums und in der postgradualen Phase angeboten und von Lehrkräften durchgeführt werden, die interdisziplinäre Ansätze verfolgen.

Forschungsbeihilfen

Die Forschungsbeihilfen machten nur einen kleineren Teil der geförderten Aktivitäten innerhalb der Aktion Jean Monnet aus und wurden ausschließlich für Forschungsvorhaben von Inhabern oder Inhaberinnen der Europa-Lehrstühle vergeben. Diese Aktivität wurde außer zu Beginn der Laufzeit nicht öffentlich ausgeschrieben. Vielmehr konnte mit der Beantragung der Europa-Lehrstühle eine gewisse Summe für For-

Aufgrund der relativ niedrigen Zahl der möglichen Bewilligungen und der begrenzten Mittel war bei den Forschungsbeihilfen immer nur von einer "symbolischen Geste der Unterstützung" die Rede. Die Unterstützung sollte dem Ausbau der Forschungskapazitäten zu europäischen Themen dienen und beitragen zur
- erforderlichen Erstinvestition für den Aufbau von Forschungskapazitäten;
- Stärkung bereits vorhandener Forschungsstrukturen und
- Verbindung von Forschung und Lehre in einem interdisziplinären, interuniversitären oder übernationalen Rahmen.

1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl

Die Förderungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien wurden in dem jährlich neu erscheinenden Vademen-

Die Anträge wurden nach folgenden allgemeinen Kriterien ausgewählt:
- die vorgeschlagene Aktivität mußte sich auf die Problematik der europäischen Integration beziehen;
- es mußte sich um eine neue initiative handeln;
- die Angebote sollten sich vorrangig an Studierende des Grund- und Hauptstudiums richten;
- die akademische Qualität der vorgeschlagenen Lehrprogramme bzw. Veranstaltungen.

Voraussetzung für die Antragstellung war die Verpflichtung der Hochschule, nicht nur einen Teil der anfallenden Kosten zu übernehmen, sondern nach Ablauf der dreijährigen Förderung eigenständig die Aktivitäten für weitere vier Jahre zu finanzieren. Für die bundesdeutschen Hochschulen bedeutete dies, daß zunächst eine Planstelle vom jeweiligen Wissenschaftsministerium ihres Landes genehmigt werden mußte, um überhaupt einen Antrag für die Förderung eines Europa-Lehrstuhls stellen zu können. Zugleich waren die Hochschulen autonóm in der Auswahl ihrer Kandidaten und Kandidatinnen, so daß kein reguläres Berufungsverfahren notwendig wurde. Die Verhandlungen über die Verträge und Finanzmittel fanden direkt mit der Kommission ohne Zwischenschaltung der Ministerien statt.

In der dreijährigen Laufzeit der Aktion Jean Monnet hat sich gezeigt, daß bei den deutschen Europa-Lehrstühlen die meisten Lehrstühle im zweiten Jahr als Dauerstellen bewilligt werden konnten.

Die Anträge, die in englischer oder französischer Sprache eingereicht werden mußten, sollten neben allgemeinen Angaben über die Hochschule auch den Namen und die Qualifikationen der für den Lehrstuhl, das Seminar oder Modul vorgesehenen Lehrkraft enthalten, waren also ad personam auszufüllen. Darüber hinaus waren Angaben über die Lehrinhalte, die Anzahl der Wochenstunden, den Status der Lehrveranstaltung im Rahmen der Studienordnung zu machen und eine detaillierte Kostenrechnung aufzustellen.

Bei der Auswahl der eingegangenen Anträge wurde die Kommission von einer internationalen Jury unter-
stützt, dem Europäischen Hochschulrat für die Aktion Jean Monnet. Im Anschluß an die Vorauswahl sei-
tens der Kommission begutachtete dieser die Anträge im Hinblick auf ihre akademische Qualität und legte der Kommission einen Verteilungsvorschlag vor. Zwar gab es keine festgelegten Quoten für die Mitgliedstaaten, doch wurde zumindest in den ersten zwei Jahren auf eine möglichst breite Streuung geachtet. Erst im letzten Jahr erfolgte die Auswahl stärker zugunsten einer Konzentration und Verstärkung bestehender Aktivi-
täten.


1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt

Alle Aktivitäten der Aktion Jean Monnet unterliegen dem Prinzip der Kofinanzierung. Dies bedeutet, daß die Kommission in der ersten Laufzeit der Aktion 80 Prozent der Kosten für die geförderten Vorhaben übernimmt, während die Hochschulen die restlichen 20 Prozent aufbringen und sich verpflichten mußten, nach Ablauf der dreijährigen Förderung die Weiterfinanzierung zu übernehmen. Für die nächste Phase der Aktion sind nur noch zwischen 20 und 50 Prozent der notwendigen Mittel als Finanzanteil der Kommission vorgesehen.
Das akademische Jahr 1990/91 galt als Pilotjahr der Aktion. Für dieses Jahr standen Mittel in Höhe von 1 Mio ECU zur Verfügung. Im zweiten Jahr betrug das Budget 2,2 Mio ECU und im dritten Jahr 3,2 Mio ECU; insgesamt also 6,4 Mio ECU. Die jährliche Etatsteigerung hat ihren Grund darin, daß im Rahmen der dreijährigen Laufzeit und der dreijährigen Förderung jährlich neue Auswahlrunden stattfanden, so daß bestehende Aktivitäten weiterfinanziert werden mußten und neue Aktivitäten hinzukamen.

Eine detaillierte Finanzberichterstattung ist nicht veröffentlicht worden, so daß die Aufteilung der Mittel auf die verschiedenen Aktivitäten und die EG-Mitgliedsstaaten nicht zugänglich ist.

1.5.2 Zahl der geförderten Aktivitäten

Übersicht 2 zeigt die Verteilung der Aktivitäten über die gesamte Laufzeit der Aktion Jean Monnet nach Fächern und den Anteil der Bundesrepublik Deutschland an diesen Aktivitäten.

Fördermittel im Rahmen der Aktion Jean Monnet erhielten in der Bundesrepublik Deutschland 29 Universitäten (einschließlich Hochschulen, Gesamthochschulen und Technische Universitäten) aus den alten und sieben Universitäten aus den neuen Bundesländern sowie 10 Fachhochschulen aus den alten und keine Fachhochschule aus den neuen Bundesländern.

**Tabelle 1: Geförderte Aktivitäten der Aktion Jean Monnet 1990/91 bis 1992/93 und Anteil der Bundesrepublik Deutschland nach Fächern**

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>BRD</td>
<td></td>
<td>BRD</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Jura</td>
<td>57</td>
<td>5</td>
<td>95</td>
<td>7</td>
</tr>
<tr>
<td>Ökonomie</td>
<td>38</td>
<td>6</td>
<td>85</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Politik/</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Sozialwiss.</td>
<td>23</td>
<td>2</td>
<td>49</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Geschichte</td>
<td>18</td>
<td>6</td>
<td>29</td>
<td>7</td>
</tr>
<tr>
<td>Andere/inter-</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
<td>44</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>disziplinäre</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>136</td>
<td>23</td>
<td>302</td>
<td>36</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>16,9%</td>
<td></td>
<td>11,9%</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Den Vergleich zu anderen EG-Mitgliedstaaten zeigt die Tabelle 2. Nach Frankreich, Großbritannien und Italien steht die Bundesrepublik Deutschland an vierter Stelle bei der Zahl der geförderten Aktivitäten.

**Tabelle 2: Geförderte Aktivitäten 1990/91 bis 1992/93 in einigen EG-Mitgliedstaaten im Vergleich**

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Frankreich</th>
<th>Großbritannien</th>
<th>Italien</th>
<th>Bundesrepublik Deutschland</th>
<th>Spanien</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Lehrstühle</td>
<td>25</td>
<td>30</td>
<td>10</td>
<td>23</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>Kurse</td>
<td>69</td>
<td>48</td>
<td>37</td>
<td>36</td>
<td>25</td>
</tr>
<tr>
<td>Module</td>
<td>26</td>
<td>33</td>
<td>39</td>
<td>19</td>
<td>8</td>
</tr>
<tr>
<td>Forschung</td>
<td>7</td>
<td>5</td>
<td>10</td>
<td>5</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>127</td>
<td>116</td>
<td>96</td>
<td>83</td>
<td>49</td>
</tr>
</tbody>
</table>


1.5.3 Umfang der Förderung je Aktivität

Die Finanzierung der einzelnen Aktivitäten richtet sich nach den realen Kosten für Lehrstühle, Seminare und Module im jeweiligen Land. Nach Auskunft der EG-Kommission hat z.B die Bundesrepublik Deutschland von allen EG-Mitgliedstaaten die höchsten Kosten für Lehrstühle. Insofern hätten erst Angaben über die Mittelverteilung Aufschluß darüber geben können, ob die Bundesrepublik Deutschland zwar bei der Zahl der geförderten Aktivitäten hinter Italien liegt, aufgrund der höheren Kosten jedoch einen größeren Anteil des Budgets akquirieren konnte.
Neben der Festlegung, daß die geförderten Aktivitäten zu höchstens 80 Prozent aus Programmmitteln finanziert werden, gibt es außerdem die Festsetzung von Maximalbeträgen pro Förderung. Die Berechnung des prozentualen Anteils richtet sich nach dem realen Stundensohn für die Lehre im jeweiligen Mitgliedstaat und nach der Anzahl der erteilten Lehrstunden, wobei die Arbeitgeberbeiträge nicht mitgerechnet werden.

Die Europa-Lehrstühle werden drei Jahre mit insgesamt höchstens 75.000 ECU gefördert. Die ständigen Kurse werden höchstens drei Jahre mit maximal 5.000 ECU pro akademischem Jahr gefördert, und die Europa-Module wurden nur ein Jahr mit höchstens 5.000 ECU gefördert. In Verbindung mit einem Europa-Lehrstuhl konnte ein Höchstbetrag von insgesamt 5.000 ECU für Forschungstätigkeiten gewährt werden.

1.5.4 Deutsche Komplementärmittel

Im Rahmen der Aktion Jean Monnet fallen deutsche Komplementärmittel in mehrfacher Hinsicht an:
- Arbeitgeberbeiträge für die Lehrenden;
- Kofinanzierung von mindestens 20 Prozent der Kosten aller Aktivitäten;
- Einrichtung von Planstellen für die Europa-Lehrstühle;
- Finanzierung der Europa-Lehrstühle für mindestens vier Jahre über den Förderungszeitraum hinaus;
- Infrastruktur der Hochschulen (Räume, Geräte, Ausstattung etc.) für die Durchführung der geförderten Aktivitäten.

Die erforderlichen Komplementärmittel dürfen für die Europa-Lehrstühle am höchsten gewesen sein. Die anfallenden Kosten waren jedoch davon abhängig, ob z.B. der Inhaber eines bestehenden Lehrstuhls für internationales Recht sich im Rahmen der durch die Aktion Jean Monnet geboenen Möglichkeiten auf Europäisches Recht spezialisierte oder ob z.B. im Fach Geschichte ein völlig neuer Lehrstuhl eingerichtet wurde. Je nach den Modalitäten und Verfahren werden damit unterschiedlich hohe Komplementärmittel für die einzelnen deutschen Bundesländer angefallen sein.

1.6 Aufbau des Programms

1.6.1 Funktion der Kommission der EG


1.6.2 Der Europäische Hochschulrat für die Aktion Jean Monnet


Für Informationen, Hinweise und gegebenenfalls Beratung bei der Antragstellung in der Bundesrepublik Deutschland ist der Arbeitskreis Europäische Integration mit Sitz in Bonn zuständig.
1.6.3 Die einzelnen Hochschulen


1.6.4 Die Nutznießer der Förderung

Nutznießer der Förderung sind Hochschulangehörige, die in Lehre und Forschung tätig sind und sich auf europäische Fragen innerhalb ihres Fachgebietes oder in einem interdisziplinären Rahmen spezialisiert haben. Sie haben die im Rahmen der Förderung festgelegten vertraglichen Pflichten in Lehre und Forschung zu erfüllen und jährlich Bericht über ihre Aktivitäten zu erstatten. Interessierte Hochschulangehörige werden sich in der Regel mit ihren Präsidenten oder Rektor in Verbindung setzen, um ihn zu einem entsprechenden Antrag auf personam zu veranlassen.

Übersicht 2: Aktion Jean Monnet - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion X, Büro Jean Monnet, Frau Lastenhouse, 120, rue de Trèves, B - 1049 Brüssel
b) Europäischer Hochschulrat für die Aktion Jean Monnet, c/o Verbindungskomitee der Europäischen Hochschulelektorenkonferenzen, 51, rue de la Concorde, B - 1050 Brüssel
c) ECSA-Europe, c/o Arbeitskreis Europäische Integration, Frau Leube, Bachstr. 32, 5300 Bonn 1

1.7 Ablauf des Programms


1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte und Mittelnachweise der Empfänger

Alle Nutznießer einer Jean Monnet-Förderung müssen einmal jährlich einen Sachbericht und einen Nachweis über die Mittelverwendung erstellen, der vom Präsidenten oder Rektor der jeweiligen Hochschule zu unterschreiben und an die Kommission einzureichen ist, da die Hochschule der offizielle Bewilligungsempfänger ist.

Die Sachberichte können vom Europäischen Hochschulrat für die Aktion Jean Monnet eingesehen werden und dienen als Grundlage für die Weiterförderung und Auszahlung der Mittel für ein jeweils weiteres Jahr bis zur Höchstförderungsdauer von drei Jahren.
Da die Hochschulen sich verpflichten, die geförderten Aktivitäten bis zu vier Jahren weiterzufinanzieren, erwartet die Kommission für diesen Zeitrahmen ebenfalls jährliche Sachberichte.

1.8.2 Statistische Übersichten
Die Förderungsentscheidungen sind durch die Kommission gut dokumentiert, und zwar in jährlichen Pressemeldungen im Anschluß an die Auswahlsrunde sowie in einem Gesamtbericht über die Aktion Jean Monnet nach Ablauf der Laufzeit. Allerdings sind die Angaben nur sehr oberflächlich statistisch aufgearbeitet und beschränken sich weitgehend auf nach Mitgliedsstaaten getrennte Listen mit den Namen der Hochschulen, der Lehrkräfte, des Fachgebiets, der Art der geförderten Aktivität sowie das Thema der Lehrveranstaltung bzw. das Lehrgebiet des Lehrstuhls.

Eine Finanzberichterstattung wurde nicht veröffentlicht, so daß Angaben über die Verteilung der Programmmittel auf die verschiedenen Aktivitäten und der Anteil der einzelnen EG-Mitgliedsstaaten nicht zugänglich sind.

1.8.3 Evaluierung
Eine externe Evaluierung der Aktion Jean Monnet hat es nicht gegeben. Das Programm wurde in den offiziellen Mitteilungen als sehr erfolgreich und in der Durchführung weitgehend problemlos eingeschätzt.

Die Anträge sowie die Sachberichte der Mittelempfänger wurden von der Kommission und durch den Europäischen Hochschulrat für die Aktion Jean Monnet begutachtet.

1.9 Wichtige Dokumente und Informationen
1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter

1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher

1.9.3 Rechenschafts-, Jahres-, Evaluationsberichte
Commission of the European Communities, Directorate General X: Action Jean Monnet 1990: List by country of the Universities/Establishments of Higher Education which have been awarded subsidies for the creation of new teaching activities in European Integration in 1990-1991. Brüssel, Mai 1990

2. Probleme der Programm durchführung bei der Aktion Jean Monnet
2.1 Charakter des Programms

Dennoch konnten aufgrund der begrenzten Ausstattung der Aktion Jean Monnet bei weitem nicht alle europäischen Hochschulen beteiligt werden, so daß eine Wiederauflage des Programms und eine Fortführung der Förderaktivitäten als Gewinn zu sehen wären. Dies gilt umso mehr, als gerade an deutschen Hochschulen
ein Europa-Lehrstuhl oder ein Jean Monnet-Lehrstuhl im allgemeinen als Prestigegewinn nicht nur für die Hochschule selbst, sondern auch für den jeweiligen Lehrstuhlinhaber bzw. die -inhaberin gesehen wurde.

Zu überlegen ist daher, ob bei der geplanten Fortführung des Programms ab 1994/94 nicht für eine Ausweitung und gewisse Verstetigung auf der Grundlage eines Ratsbeschlusses und in Form eines regulären Aktionsprogramms optiert werden sollte.

### 2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand

Die Aktion Jean Monnet war von der Anlage her organisatorisch wenig aufwendig. Die Antragsformulare waren verhältnismäßig unkompliziert und einfach gestaltet und die Auswahlverfahren mit Unterstützung des Europäischen Hochschulrates für die Aktion Jean Monnet garantierten die Beteiligung der Adressaten der Aktion.

Für viele Hochschulen war es nach Auskunft der Kommission eine Erleichterung, ohne die zum Teil komplexen Verfahren über die Landesministerien und staatliche Kontrolle mit der Kommission direkt verhandeln zu können. Für die bundesdeutschen Hochschulen hat es allerdings zum Teil Probleme gegeben, bei ihren Landesministerien oder durch interne Verfahren die erforderlichen Finanzierungsgarantien sicherzustellen und die für die Lehrstühle notwendigen Planstellen bewilligt zu bekommen.

### 2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission

Die Durchführung und Verwaltung der Aktion Jean Monnet wurde in unmittelbarer Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den Interessengenossgemeinschaften der Hochschulen auf europäischer Ebene geleistet, so daß ein Feedback und die Beratung der EG-Kommission gewährleistet waren.


Sicherlich hängt die im Vergleich zu den anderen großen europäischen Mitgliedstaaten auffällig niedrige Zahl der durch Jean Monnet geförderten Module in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Tabelle 2) mit der Tatsache zusammen, daß eine modulare Strukturierung der Studienordnungen nicht üblich ist. Dennoch konnten im Rahmen der dreijährigen Laufzeit 19 Versuche zur Einführung einzelner Module in die Studienordnungen unternommen werden, wobei im Fach Wirtschaftswissenschaften mit Abstand die meisten solcher Versuche durchgeführt wurden (vgl. Tabelle 1).

### 2.4 Vergabe der Fördermittel und Fristen

Die erste Auswahlrunde der Aktion Jean Monnet war etwas knapp terminiert, weil zwischen der Bekanntgabe und dem Ende der Antragsfrist nur etwa zwei Monate lagen. Die Fristen im Rahmen der beiden folgenden Auswahlrunden waren ausreichend.

Durch die relativ einfache organisatorische Struktur des Programms und die direkte Kommunikation zwischen Hochschulen und Kommission ergaben sich bei der Vergabe der Fördermittel keine größeren Probleme durch mehrstufige Vergabeverfahren. Da im Rahmen der hier vorgelegten Studie keine Recherchen an den Hochschulen selbst und Gespräche mit den Nutznießern durchgeführt werden konnten, muß allerdings die Frage offenbleiben, ob den Hochschulen durch eine verzögerte Auszahlung bewilligter Fördermittel Probleme bei der Umsetzung der Aktivitäten entstanden sind, wie dies bei anderen EG-Förderprogrammen im Bildungsbereich häufig der Fall ist. Ebenfalls nicht geklärt werden konnte die Frage, ob es den bundesdeutschen Hochschulen in allen Fällen gelang, die Weiterfinanzierungsgarantien durch interne Umschichtungen oder erfolgreiche Verhandlungen mit den Wissenschaftsministerien zu erlangen.

### 2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

Mit Ausnahme eines Kriterienwechsels bei der Vergabe der Fördermittel in der dritten Auswahlrunde zugunsten einer stärkeren Konzentration von Mitteln und Aktivitäten hat es in der dreijährigen Laufzeit der Aktion Jean Monnet keine Veränderungen im allgemeinen Ablauf und der Durchführung gegeben.

Da die Aktion zur Zeit gestoppt ist, aber aus den akademischen Jahren 1991/92 und 1992/93 noch Förderungen bestehen, liegt ein derzeitiger Schwerpunkt der Aktivitäten in der Netzwerkbildung der Inhaber und Inhaberinnen von Europa-Lehrstühlen, die sich in unregelmäßigen Abständen zu Konferenzen allgemeiner
und fachspezifischer Art zusammenfinden. Für diese Konferenzen stellt die Kommission Mittel zur Verfü- 
gung, die jedoch die Kosten nicht vollständig decken. Die Initiative zu solchen Treffen muß von den Lehr-
stuhlinhärenden -inhäberinnen selbst ausgehen, die auch für zusätzliche Finanzierung zu sorgen haben.
Dabei hat sich die Gruppe der Ökonomen als die aktivste herausgestellt.


2.6 Größenvorschriften der finanziellen Förderung
Alle Fördermaßnahmen der Aktion Jean Monnet waren nach dem Prinzip der Kofinanzierung realer Kosten kalkuliert, wobei für die einzelnen Aktivitäten Höchstbeträge festgesetzt wurden. Dies hat bedeutet, daß z.B. ein deutscher Europa-Lehrstuhl im Vergleich zu allen anderen EG-Mitgliedstaaten die höchsten Kosten ver-
ursachte. Andererseits war die Anreizschwelle für alle Mitgliedstaaten dieselbe, weil die Übernahme von 80 Prozent der realen Kosten zugesagt wurde. Die hohe Anzahl der Anträge im Vergleich zu den möglichen Be-
willigungen (etwa 5 zu 1) weist darauf hin, daß die verfügbaren Mittel ausreichend waren, um die Anreiz-
chwelle nicht zu unterschreiten.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmsumsetzung und -durchführung
Für die Umsetzung und Durchführung der Aktion Jean Monnet ist eine weitgehend geregelte Kooperation und Abstimmung nicht notwendig gewesen, weil die Aktion weder über einen Beratenden oder Verwal-
tungsausschuß noch über eine Durchführungs- oder Koordinierungsstelle verfügte.

Neben dem unmittelbaren Kontakt zwischen den einzelnen Hochschulen und der Kommission war nur der Europäische Hochschulrat für die Aktion Jean Monnet als zusätzlichen Ausschance gliedert, dieser setzte sich aus Vertretern europäischer Hochschulgamente selbst zusammen.

Bezüglich der Kooperation zwischen den Hochschulen und den entsprechenden Landesministerien bei der Sicherstellung der: Stellen und Finanzierungsvoraussetzungen und hochschulinternen bei der Benennung möglicher Kandidaten und Kandidatinen für die Besetzung der Lehrstühle und die Durchführung der Lehr-

2.8 Information, Transparenz, Evaluation
Für die antragstellenden Hochschulen war die Informationslage über die Aktion Jean Monnet gut, da über die europäische und die nationalen Hochschulrektorenkonferenzen, die Kommission und ECSA-Europe sowie im Amtsblat der Europäischen Gemeinschaften die Bekanntgabe der Ausschreibungstermine sowie der Versand des jährlich neu erscheinenden Vademecums sichergestellt waren.

Durch das verhältnismäßig einfach gegliederte Antragsverfahren und wenig komplizierte Formulare dürfte ebenfalls eine weitgehende Transparenz über das Programm hergestellt gewesen sein. Für Nachfragen und Beratungen stand außerdem der Arbeitskreis Europäische Integration in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung.


2.9 Controlling
Ein Controlling der Aktion Jean Monnet erfolgt nur anhand der Sachberichte und Mittelnachweise der Empfängerhochschulen und Nutznießer. Darüber hinaus hat die Kommission dem Bildungsausschuß der EG
über die Durchführung des Programms Bericht erstattet. Weitere Kontrollen und Bewertungen waren nicht vorgesehen.

2.10 Information und Beratung der Teilnehmer
Die Informations- und Beratungslage für die potentiellen Antragsteller war ausreichend. Insbesondere ist hervorzuheben, daß sowohl die Antragsformulare als auch das Vademecum klar gegliedert und verhältnismäßig einfach strukturiert waren. Da für die Antragstellung bis auf die Weiterführungs- und Weiterfinanzierungsgarantie nach Ablauf der maximal dreijährigen Förderung nur wenige Auflagen bestanden, dürften bei der Antragstellung und Umsetzung kaum Probleme aufgetreten sein.

2.11 Andere Probleme
Zwei Fragen sollen abschließend angesprochen werden, die im Rahmen der Untersuchung dieses Programms offenblieben mußten, weil sie nur durch eine umfangreichere Erhebung bzw. Befragung der beteiligten deutschen Hochschulen zu klären gewesen wären.


(2) Bei einer Fortführung der Aktion Jean Monnet bietet es sich an, die Wirkungen des Programms einmal daraufhin zu evaluieren, inswieweit durch die Förderung von Modulen und ständigen Lehrveranstaltungen Studienordnungen ergänzt, bereichert oder auch reformiert werden, zumal vorrangig solche Veranstaltungen mit den Programmteilen gefördert werden, die im Rahmen der bestehenden Studienordnungen Pflichtveranstaltungen sind.

ARION
Studienaufenthalte für Bildungsfachleute

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Anlage des Programms

Das ARION-Programm bietet Bildungsfachleuten aller Schultypen die Möglichkeit zur Teilnahme an einwöchigen Studienaufenthalten in multinational zusammengesetzten Gruppen. Zu festgesetzten Schwerpunkthemen werden jährlich in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft mehrere solcher Studienaufenthalte angeboten.


Übersicht 3: Ziele des ARION-Programms

Das ARION-Programm hat folgende Hauptziele:
- "Denjenigen, die auf lokaler oder regionaler (in einigen Fällen auch nationaler) Ebene eine Verantwortung im Bildungswesen tragen, soll die Möglichkeit gegeben werden, ihre Tätigkeit unter Berücksichtigung der in anderen Mitgliedstaaten gesammelten Erfahrungen zu überprüfen und anzupassen;
- den politischen Verantwortungsträgern sollen mehr qualitativ hochwertige, selektive und aktuelle Informationen über bildungspolitische Entwicklungen in der Gemeinschaft zur Verfügung gestellt werden."

(Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 9. Februar 1976; Amtsblatt C Nr. 38 vom 19. 2. 1976, S. 1)

Das Programm richtet sich vorrangig an Schulverwaltungsbeamte und politische Entscheidungsträger in den lokalen und regionalen Schulbehörden, die als Multiplikatoren fungieren. In der Bundesrepublik Deutschland sind folgende Zielgruppen angesprochen:
- Schulverwaltungsbeamte,
- Schulleiter,
- Fachkoordinatoren,
- Lehrerausbilder der 2. und 3. Phase,
- einzelne Vertreter der obersten Schulbehörde,
- Mitglieder von Lehrplan- und Schulbuchkommissionen.


1.2 Entwicklung des Programms


1.3 Förderungsmaßnahmen

Das ARION-Programm hat eine feste Durchführungsstruktur, die sich im Laufe der Jahre nur wenig verändert hat. Die Studienbesuche werden jährlich neu ausgeschrieben, und zwar im Frühjahr eines jeden Jahres für das kommende Schuljahr.

Im Schuljahr 1991/92 konnten interessierte Bewerberinnen und Bewerber an einwöchigen Studienaufenthalten zu den folgenden Themen teilnehmen:
- Untersuchung der Strukturen, Methoden, Mittel und Ergebnisse der Unterrichtssysteme;
- Ermittlung von Zeugnissen, Beurteilung des Unterrichts, der Lehrkräfte und der Schüler;
- Untersuchung von Maßnahmen zur Vorbereitung des funktionellen Analphabetismus;
- Einführung von neuen Informationstechnologien im Bildungswesen;
- Eingliederung behinderter Jugendlicher in das reguläre Schulsystem;
- Chancengleichheit für Jungen und Mädchen im Bildungswesen;
- schulische Betreuung der Kinder von Wanderarbeitnehmern;
- Probleme im Zusammenhang mit dem Schulversagen;
- Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte;
- die Rolle der Eltern und ihre Beteiligung am schulischen Leben;
- die europäische Dimension in der Schule;
- Methoden des Fremdsprachenunterrichts;
- Gesundheitserziehung;
- Umwelterziehung.

Die EG-Mitgliedstaaten schlagen unabhängig voneinander die Themen und Termine für die in ihrem Land durchzuführenden Studienaufenthalte vor. Um eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Themengebote zu erreichen, die außerdem die nationalen Prioritäten oder besondere nationale Problembereiche berücksichtigt, übernimmt jeder Mitgliedstaat die Organisation mehrerer Studienaufenthalte zu unterschiedlichen Themen und die Vorbereitung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem eigenen Land. Die Zusammensetzung der Gruppen für jeden Studienaufenthalt erfolgt durch den PAD. Da die Anzahl der Stipendien pro Mitgliedstaat ebenso feststeht wie die Höhe der Förderung pro Teilnehmer bzw. Teilnehmerin (vgl. Abschnitte 1.4, 1.5 und 1.7), kommt es bei der Durchführung wesentlich darauf an, daß die Mitgliedstaaten Bewerberinnen und Bewerber aus allen Bereichen des Schulsystems vorschlagen und die Gruppen möglichst ausgewogen zusammengesetzt werden.


1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl


Die Mitgliedstaaten sollen bei ihren Vorschlägen darauf achten, daß alle Bereiche des Schulwesens vertreten sind, und die vorgeschlagenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Multiplikatorfunktionen haben; d.h., reguläre Lehrkräfte werden nicht bzw. nur in Ausnahmefällen akzeptiert. Darüber hinaus sollen sich die Bewerberinnen und Bewerber außer in ihrer Muttersprache in mindestens einer weiteren Sprache der Europäischen Gemeinschaft verständigen können.


1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt


Die Verwaltungsleitlinien der Kommission für die Durchführung des ARION-Programms weisen für das Programmjahr 1990/91 eine Ausstattung mit 500.000 ECU für insgesamt 600 Stipendien aus. Davon standen ebenso wie für die anderen größeren EG-Mitgliedstaaten - für die Bundesrepublik Deutschland 80 Stipendien zur Verfügung. Insgesamt erhielt die Bundesrepublik Deutschland Programmmittel in Höhe von 65.808 ECU. Diese Summe setzt sich zusammen aus einem Grundbetrag von 56.000 ECU für 80 Stipendien und 700 ECU, einer zusätzlichen Summe von 4.208 ECU für erhöhte Reisekosten und einer Summe von 50.000 ECU für die Durchführung von Vor- und Nachbereitungsstreffen.

Der Pädagogische Austauschdienst der KMK fungiert im Auftrag der Kommission als europaweite Koordinierungsstelle im Rahmen der Programmdurchführung, vergleichbar etwa den zumeist in Brüssel angesiedelten technischen Unterstützungsstellen, die für die meisten anderen EG-Bildungsprogramme eingerichtet wurden. Für die Wahrnehmung der dabei anfallenden Aufgaben und die entstehenden Verwaltungskosten erhielt der PAD im Jahre 1991/92 von der Kommission Mittel in Höhe von 222.000 DM.

1.5.2 Zahl der Studienaufenthalte und geförderten Teilnehmerinnen und Teilnehmer


In der Bundesrepublik Deutschland wurden im Programmjahr 1991/92 zwei der insgesamt 62 Studienaufenthalte angeboten (16,1%). Im vorangegangenen Programmjahr (1990/91) waren es acht von insgesamt 54 Studienaufenthalten (14,8%), wobei einer der Studienaufenthalte, die in Deutschland durchgeführt wurden, zwei Themen zum Gegenstand hatte.


Tabelle 3: Entwicklung der Stipendienzahl im ARION-Programm und Ausnutzung der Stipendien

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>verfügbare Stipendien insgesamt</th>
<th>davon in Anspruch genommen (in %)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1978/79</td>
<td>200</td>
<td>85 (42,5 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>1980/81</td>
<td>218</td>
<td>168 (77,1 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>1984/85</td>
<td>346</td>
<td>318 (91,9 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>1985/86</td>
<td>380</td>
<td>330 (86,8 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>1986/87</td>
<td>520</td>
<td>486 (92,9 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>1988/89</td>
<td>600</td>
<td>560 (96,7 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>1991/92</td>
<td>700</td>
<td>651 (93,0 %)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* aufgeführt sind nur die Jahre, in denen die Zahl der Stipendien im Vergleich zum Vorjahr erhöht wurde.


Für die Bundesrepublik Deutschland steht die Zahl der Stipendien und ihre Ausnutzung in den letzten drei Jahren folgendermaßen aus:

Tabelle 4: Zahl der verfügbaren Stipendien für die Bundesrepublik Deutschland von 1989 bis 1992 und tatsächliche Ausnutzung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Jahr</th>
<th>Stipendien</th>
<th>tatsächliche Teilnahmen</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1989/90</td>
<td>80</td>
<td>75</td>
</tr>
<tr>
<td>1990/91</td>
<td>80</td>
<td>69</td>
</tr>
<tr>
<td>1991/92</td>
<td>115</td>
<td>105</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die in Tabelle 4 angeführten Zahlen zeigen, daß die Ausnutzung der Stipendien von deutscher Seite im Schuljahr 1989/90 knapp über (0,5%) der durchschnittlichen Ausnutzungquote lag, im Schuljahr 1990/91 etwas darunter (1,9%) und im Schuljahr 1991/92 ebenfalls unter der durchschnittlichen Ausnutzungquote (1,7%). Durch Nachrückverfahren können viele der durch Rücktritte freigewordenen Stipendien schließlich doch genutzt werden. Dennoch hatte die Bundesrepublik Deutschland im Schuljahr 1988/90 nach Spanien (20 Rücktritte) die zweithöchste Zahl von Rücktritten (14) zu verzeichnen und im Schuljahr 1990/91 nach Spanien (25 Rücktritte) und Frankreich (22) die dritthöchste Zahl (20). Allerdings konnten mehr deutsche Ersatzkandidatinnen und -kandidaten vermittelt werden als französische und spanische, so daß die deutsche Ausnutzungquote letztlich höher als die spanische bzw. spanische und französische lag.

Von den 115 Stipendien im Schuljahr 1991/92 für die Bundesrepublik Deutschland waren 20 für Bildungsfachleute aus den neuen Bundesländern reserviert. Dies erhöhte die reguläre Quote von 95 Stipendien, so daß der Bundesrepublik Deutschland von allen Mitgliedstaaten der EG die meisten Stipendien zur Verfügung standen.

1.5.3 Umfang der Förderung pro Teilnahme

Die Einzelstipendien haben derzeit eine Höhe von 700 ECU pro Teilnehmerin bzw. Teilnehmer. Darüber hinaus kann bei einem Reiseweg von mehr als 2.000 km (hin und zurück) ein erhöhter Reisekostenzuschuß von 150 ECU ausgezahlt werden. Nach Aussagen des PAD deckt dieser Betrag die entstehenden Unkosten für die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer, so daß keine Eigenleistungen erforderlich werden. In seiner Funktion als nationale Agentur des ARION-Programms hat der PAD ein Abrechnungsverfahren entwickelt, das einen Ausgleich zwischen kostengünstigeren und teureren Studienaufenthalten und damit kostendeckende Zuschüsse ermöglicht.

Eine Finanzberichterstattung wurde bisher weder von der Kommission noch vom PAD veröffentlicht. Insofern ist es schwierig, die Höhe der durchschnittlich ausgezahlten Stipendien genau zu bestimmen. Hinzu
kommt, daß von den Mitgliedstaaten in der Regel nicht alle Plätze ausgenutzt werden, die ihnen zur Verfügung stehen, so daß nicht alle Mittel verausgabt werden können. Die durchschnittliche Ausnutzung der verfügbaren Plätze liegt in den letzten Jahren bei etwas über 90 Prozent.

1.5.4 Deutsche Komplementärmittel
Komplementärmittel von deutscher Seite fallen für das ARION-Programm nur in indirekter Form an. Zum einen werden die Gasgruppen von den örtlichen Besucherdiesten betreut und erhalten im Rahmen ihres Studienaufenthalts vielfach zusätzliche Angebote und Einladungen, die als Geste der Gastfreundschaft zu werten sind.

Zum anderen hat der PAD auch die Aufgaben einer nationalen Agentur bzw. Durchführungsstelle für das Programm übernommen. In seiner Funktion als europaweite technische Unterstützungsstelle im Auftrag der Kommission erhält der PAD Mittel von der Kommission zur Deckung seiner Verwaltungskosten. Für die Wahrung seiner Aufgaben als nationale Durchführungsstelle erhält der PAD keine zusätzlichen Mittel, so daß die diesbezüglichen Verwaltungskosten aus dem regulären Haushalt des PAD gedeckt werden müssen.

1.6 Aufbau des Programms
1.6.1 Funktion der Kommission der EG

1.6.2 Die zentrale Verbindungsstelle
Im Auftrag der Kommission fungiert der Pädagogische Austauschdienst (PAD) der KMK als zentrale Verbindungsstelle für das ARION-Programm. Er arbeitet bei der Organisation des Programms eng mit der Kommission zusammen und nimmt auf Einladung auch an den nationalen Einführungstagungen in anderen EG-Mitgliedstaaten teil.
- Die wichtigsten Aufgaben des PAD sind:
  - Sammlung der Antragsformulare,
  - Programmplanung und Zusammenstellung der Teilnehmergruppen,
  - Übermittlung der Bewerbungsunterlagen an die nationalen Verbindungsstellen,
  - Versendung der Einladungsschreiben und des Informationsmaterials an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
  - die gesamte Bearbeitung von Rücktritten, Auswahl und Vermittlung von Ersatzkandidaten,
  - die Abstimmung mit den nationalen Besucherdiesten,
  - Entgegennahme und Auswertung der von den Teilnehmenden ausgefüllten Fragebogen, der Einzel- und Gruppenberichte,
  - Protokollführung bei den jährlichen Sitzungen der nationalen Verbindungspersonen (Leiter der nationalen Verbindungsstellen),
  - Abfassen der Jahresberichte und Fortschreibung der Statistiken.

1.6.3 Die nationalen Verbindungsstellen in den Mitgliedstaaten
Alle EG-Mitgliedstaaten haben für das ARION-Programm nationale Verbindungsstellen errichtet, die für die Bekanntgabe des Programms, die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ihrem Land, die Organisation der in ihrem Land stattfindenden Studienaufenthalte und die Durchführung von Vor- und Nachbe reitungstreffen zuständig sind. In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer allerdings durch die Kultusministerien der Bundesländer. Die Koordinierung der einzelnen Studienaufenthalte geschieht in der Regel mit Unterstützung der örtlichen Besucherdiesten.

Die Leiter der nationalen Verbindungsstellen treffen sich einmal jährlich auf Einladung der Kommission und unter ihrem Vorsitz, um über die Durchführung und Weiterentwicklung des ARION-Programms zu beraten.
Die nationalen Verbindungsstellen sind außerdem zuständig für die Auszahlung und Abrechnung der als Pauschalsumme von der Kommission zur Verfügung gestellten Stipendien an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ihren Land und für die Weiterleitung der Berichte an die Kommission und die zentrale Verbindungsstelle. Nationale Verbindungsstelle für die Bundesrepublik Deutschland ist ebenfalls der PAD. Die Bewerbungen werden jedoch von den Kultusministerien der Länder zusammengestellt (vgl. Abschnitt 1.6.4).

1.6.4 Die Kultusministerien der Länder

In der Bundesrepublik Deutschland haben die Kultusministerien der Länder eine wichtige Mittlerfunktion im Rahmen des ARION-Programms. Der PAD gibt die Informationen über das jährliche Programm an die Kultusministerien, und interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer müssen sich auf dem Dienstweg beim Kultusministerium ihres jeweiligen Bundeslandes bewerben. Die Kultusministerien der Länder sind auch für die Auswahl unter den eingegangenen Bewerbungen zuständig. Ihre Benennungsvorschläge werden an den PAD zur Weiterleitung über das BMBW an die Kommission übermittelt.

Die in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Studienaufenthalte werden möglichst gleichmäßig über die Bundesländer verteilt. Die Kultusministerien der Länder sind auch für die Organisation der Studienaufenthalte verantwortlich, wobei sie häufig durch ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Studienbesuchsprogramm unterstützt werden.

1.6.5 Teilnehmerinnen und Teilnehmer


Übersicht 4: ARION - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, Herr G. Boel, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) Pädagogischer Austauschdienst der Kultusministerkonferenz, Herr Gross, Frau Träbert, Nassestr. 8, 5360 Bonn !
c) Vertreter des Bundes: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Referat II B 5, Herr Kunst, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
d) Kultusministerien der 16 deutschen Länder

1.7 Ablauf des Programms

Das ARION-Programm ist in seinem Ablauf und seiner Durchführung ein verhältnismäßig durchstrukturiertes Programm, dessen jährliches Ablaufschema sich wenig verändert hat. Die einzelnen Schritte sind im folgenden dargestellt.

(1) Bis zum November eines jeden Jahres legen die Mitgliedstaaten der Kommission Vorschläge zu den Studienaufenthalten vor, die sie in ihrem Land durchführen wollen (Thema, Zeit, Ort).

(2) Die Kommission und der PAD legen gemeinsam das endgültige Jahresprogramm fest.

(3) Im Februar/März eines jeden Jahres kündigt die Kommission das Programm an, wobei der PAD die Aufgabe hat, entsprechende Informationen an alle nationalen Verbindungsstellen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.

(4) Nach dem in jedem Mitgliedstaat festgelegten Verfahren - in der Bundesrepublik Deutschland durch die Kultusministerien der Länder - wird das Programm ausgeschrieben und den Adressaten bekanntgegeben.
(5) Die interessierten Bewerberinnen und Bewerber fordern die Unterlagen an - in Deutschland bei den Kultusministerien ihres Landes - und füllen die Bewerbungsformulare aus. Wichtig sind Angaben über das gewünschte Thema, vorhandene Sprachkenntnisse, das gewünschte Zielland und die mögliche Reisezeit.

(6) Im April übermitteln die Mitgliedstaaten ihre Teilnahmevorschläge und eine Liste mit Ersatzkandidatinnen und -kandidaten an die Kommission und den PAD. In der Bundesrepublik Deutschland werden die Vorschläge der Länder dem PAD übermittelt, der diese auf dem offiziellen Weg über das BMBW der Kommission zuleitet.

(7) Die Kommission beschließt über die Vorschläge und schließt im Sommer die Verträge mit den Mitgliedstaaten über die Stipendien ab.


(9) Der PAD informiert die Teilnehmenden über den Studienaufenthalt, für den sie vorgesehen sind (Zwischenbescheid) und übermittelt ihnen etwa acht Wochen vor Beginn des Studienaufenthaltes ein offizielles Einladungsschreiben und Informationsunterlagen über das Thema und die Ziele des Studienaufenthalts.


(12) Vor Antritt der Reise erhalten die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom PAD einen Abschlag auf die bewilligte Stipendiensumme. Restmittel werden erst nach Abgabe der Berichte ausgezahlt.

(13) Die Aufenthalte finden zwischen Oktober und Mai statt.

(14) Bei der Ankunft in Gastland werden die Teilnehmenden von den nationalen Verbindungsbeamten und den zuständigen Besucherdiensten empfangen. Das Bildungssystem des Gastlandes wird vorgestellt und weitere Einzelheiten des Ablaufs bekanntgegeben.


(16) Die Gruppen wählen am zweiten Tag des Aufenthaltes einen Hauptherbergsster oder eine Berichterstatterin für den Gruppenbericht.

(17) Am Ende eines jeden Aufenthalts - in der Regel am letzten Tag - füllt jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin einen Fragebogen aus, der - ebenso wie die Berichte - an die nationalen Verbindungsstellen ihres Landes, an die Kommission und an den PAD geht.

(18) Im Anschluß an den Studienaufenthalt werden die Gruppenberichte und die individuellen Berichte aller Teilnehmenden erstellt. Die Berichte sollen bis spätestens Juni eines jeden Jahres eingereicht werden, wobei die individuellen Berichte in der Regel zur Auszahlung von Restmitteln führen.

(19) Alle Mitgliedstaaten sind gegenüber der Kommission verpflichtet, am Ende eines jeden Programmjahres einen nationalen Bericht über die Durchführung des Programms in ihrem Land sowie eine rechnerische Darstellung der Stipendienvorhaltung abzugeben.

(20) Zum Teil werden die Vorbereitungstreffen mit Auswertungstagungen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Vorjahres verbunden.

1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte und Mittelnachweise der Empfänger

Der PAD ist als deutsche und als zentrale europäische Verbindungsstelle der Kommission in doppelter Hinsicht zur Abrechnung von Mitteln verpflichtet. Als deutsche Verbindungsstelle rechnet er mit der Kommission die Verwaltung der Stipendien für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von deutscher Seite ab. Als technische Unterstützungsstelle der Kommission für das Programm rechnet er mit der Kommission die Verwaltungskosten ab, die er für die Wahrnehmung seiner Aufgaben erhält.
Der PAD ist gegenüber der Kommission auch zu jährlichen Sachberichten über die Durchführung des Programms verpflichtet: zum einen über die europaweite Organisation und den Ablauf des Programms, zum anderen über die Durchführung des Programms in der Bundesrepublik Deutschland. Die Sachberichte enthalten in der Regel eine kritische und problemorientierte Auswertung der technischen Durchführung des Programms und Ansätze zu einer Bewertung anhand der Teilnehmerberichte (vgl. Abschnitt 1.8.3).


Die am ARION-Programm teilnehmenden Bildungsfachleute sind in dreierlei Hinsicht zu Sachberichten verpflichtet, die an die Kommission, an den PAD als zentrale Verbindungsstelle und an die jeweilige nationale Verbindungsstelle gehen:
- ein individueller Bericht über den Studienaufenthalt;
- ein ausgefüllter Fragebogen;
- ein Gruppenbericht, der von einer Person angefertigt wird, die aus dem Kreis der Teilnehmenden gewählt wurde.


Die Kommission erstattet dem EG-Ausschuß für Bildungsfragen Bericht über das Programm und zieht ihn auch bei wesentlichen Programmvoränderungen hinzu. Darüber hinaus werden bei der Festlegung der Themenschwerpunkte für die Studienaufenthalte die Beratungsergebnisse der Ministerräte und der Treffen hochrangiger Beamter berücksichtigt.

**1.8.2 Statistische Übersichten**

Für die Erstellung statistischer Übersichten über das ARION-Programm ist der PAD verantwortlich. Die Jahresberichte enthalten in der Regel eine relativ detaillierte Auswertung.

Positiv ist hervorzuheben, daß die Berichte der letzten Jahre im Unterschied zu fast allen anderen EG-Bildungsprogrammen auch Angaben über die Beteiligung von Frauen am ARION-Programm enthalten. Insbesamt sind die Statistiken detailliert und umfassend genug, um eine gute Informationslage über das Programm zu gewährleisten. Nicht enthalten ist in den Jahresberichten allerdings eine Finanzberichterstattung. So fehlen z.B. Angaben über die durchschnittliche Höhe der tatsächlich ausgezahlten Stipendien und über die Veroabung der Programmmittel insgesamt.

**1.8.3 Evaluierung**

Einerseits ist das ARION-Programm durch die Teilnehmerberichte und die Jahresberichte des PAD als zentraler Verbindungsstelle gut dokumentiert, andererseits weist die Auswertung der Berichte im Hinblick auf eine Bewertung und Evaluierung des Programms größere Lücken auf. Von einer systematischen externen Evaluation oder wissenschaftlichen Auswertung der Fragebogen und Berichte wurde bisher abgesehen.

In seinem Bericht über das Programmjahr 1989/90 stellt der PAD zur Frage der Programmevaluation fest, daß
- die wissenschaftliche Evaluation im Sinne einer "objektiven Wirkungsanalyse" bisher methodisch ungelöst sei,
- die Kosten einer wissenschaftlichen Evaluation einen unangemessen hohen Anteil der Programmmittel beanspruchen würden,
- der PAD sich selber nicht in der Lage sehe, eine angemessene Evaluierung des Programms durchzuführen.

Was in den Jahresberichten als "pragmatische Evaluierung" bezeichnet wird, ist eine Minimaleinschätzung der Antworten in den Fragebogen und Zitatenziehung aus den Berichten.

Letztlich muß davon ausgegangen werden, daß genügend Material für eine systematische Evaluierung und Auswertung des ARION-Programms vorhanden ist, zumal die Berichte und Fragebogen aller Programmjahre archiviert wurden. Da die Kommission in den letzten Jahren größten Wert auf eine Evaluierung der EG-Förderprogramme gelegt hat - die externe Evaluation ist mittlerweile bereits in den Ratsbeschlüssen festgehalten - ist für das ARION-Programm sicherlich der Zeitpunkt gekommen, vergleichbare Maßnahmen
zu treffen, die auch die Durchführung des Programms seitens der Kommission und der zentralen Verbindungsstelle einschließen.

Einige Mitgliedstaaten veranstalten in unregelmäßiger Folge Nachkontakttreffen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ihrem Land, in deren Rahmen die Studienaufenthalte und die Durchführung des Programms ausgewertet werden. Für die Bundesrepublik Deutschland hat der PAD 1984 und 1985 Nachkontakttreffen durchgeführt, eine systematische Auswertung mittels regelmäßig Nachberichterstattungs- oder Auswertungstätigkeiten bisher aber abgelehnt. Unter Hinweis auf noch ungelöste methodische Probleme der wissenschaftlichen Evaluierung von Austauschprogrammen schreibt der PAD im Jahresbericht 1989/90 zum Thema "Evaluierungsproblematik" unter anderem: "Eine auf den pädagogischen Austausch von Personen spezialisierte Mittelorganisation wie der PAD der KMK kann eine interne Programmenteilnehmerbeurteilung ... nur modellhaft ... darstellen. Ihre Hauptaufgabe ist nicht wissenschaftlich definiert, sondern besteht in der konzeptionellen Vorbereitung, Durchführung und In-Wert-Setzung pädagogischer Austauschprogramme ... Die Auswertung der Programme und leider auch eine systematische Betreuungs- und Nachkontaktkompetenz muß der Wissenschaft und freiwilligen Organisationen von ehemaligen Programmteilnehmern ... überlassen bleiben." (S. 17)

Im Kontext des Vorbereitungstreffens für die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den Studienaufenthalten im Programmjahr 1990/91 wurden von PAD auch ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen, die sich für die Durchführung eines Studienaufenthalts in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung gestellt hatten. Die Kommission veranstaltet darüber hinaus in unregelmäßigen Abständen und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten Seminare, zu denen insbesondere die Gruppenberichterstatter eingeladen werden.

1.9 Wichtige Dokumente und Informationen
1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter


Sekretariat der KMK - Pädagogischer Austauschdienst: ARION. Studienaufenthalte der Europäischen Gemeinschaft für Bildungsfachleute. Bonn 1991 (Kurzinformation über das Programm)


1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher

1.9.3 Jahres-, Rechenschafts-, Evaluationsberichte

2. Probleme der Programmdurchführung bei ARION
2.1 Charakter des Programms
Das ARION-Programm ist vom Charakter her ein Dauerprogramm, bei dem die Regelkosten (Stipendien) kontinuierlich anfallen werden. Das Programm ist seit seinem Bestehen immer wieder erweitert worden; ab

Angesichts dieser Entwicklung dürfte der Zeitpunkt gekommen sein, nicht nur über den zahlenmäßigen und finanziellen Ausbau des Programms nachzudenken, sondern auch über seine weitere Entwicklung auf der Grundlage eines offiziellen Ratsbeschlusses.


2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand


Alle Mitgliedstaaten sollten ihre Kandidatenlisten und die Listen mit den Ersatzbewerbungen bis Mitte April eines jeden Jahres eingereicht haben. Einige Mitgliedstaaten benennen die Teilnehmer jedoch erst im Sommer oder gar im Herbst. Dieses Problem betrifft auch die Bundesrepublik Deutschland. Im Programmjahr 1989/90 erfolgte die Benennung der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer erst Ende Juli.


Die Bundesrepublik Deutschland hatte im Schuljahr 1989/90 die zweithöchste Zahl von Rücktritten (nach Spanien) und im Schuljahr 1990/91 die dritthöchste Zahl von Rücktritten (nach Spanien und Frankreich) zu verzeichnen. Hier ist zu fragen, ob der Dienstweg über die Kultusministerien bei der Programmkündigung, der Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber und beim Einreichen der Vorschlagslisten, die über das BMBW erfolgt, nicht zu viel Zeit in Anspruch nimmt, um die knappen Fristen einhalten und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer rechtzeitig benachrichtigen zu können.

2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


So besteht mittlerweile die Möglichkeit, daß die Mitgliedstaaten Studienaufenthalte in ihrem Land zu selbstgewählten Themen anbieten, die nicht in der regulären Liste der mittlerweile 14 Themenangebote enthalten sein müssen. Diese Möglichkeit wurde allerdings bisher noch nicht genutzt. Demgegenüber kommt es immer wieder dazu, daß angebotene Studienaufenthalte wegen mangelnder Interesses ausfallen müssen. Bei weniger als sechs Anmeldungen steht der Aufwand für die Programmauswahl in keinem Verhältnis zur
Teilnehmerzahl. Im Programmjahr 1990/91 fielen z.B. insgesamt acht Studienaufenthalte aus, durchgeführt wurden 54.


2.4 Auswahlverfahren und Rücktritte

Durch das Auswahlverfahren für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer entsprechend den Gepflogenheiten der jeweiligen Mitgliedstaaten, die Zustimmung zu den von den Mitgliedstaaten benannten Kandidatinnen und Kandidaten durch die Kommission und schließlich die Zusammenstellung der Gruppen und die Organisation von Nachrückverfahren durch den PAD entsteht ein organisatorischer Aufwand, der für die Durchführung eines relativ kleinen Programms wie es das ARION-Programm ist, nicht unerheblich ist.


2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

Im Verlauf der Jahre seit Bestehen des ARION-Programms hat es verschiedentlich Änderungen in der Ablauforganisation und der Durchführung des Programms gegeben, die allerdings nur zum Teil Verbesserungen mit sich brachten. So hat sich z.B. die Hoffnung, eine detaillierte und frühzeitige Vorbereitung der Studienaufenthalte (Bekanntgabe von Zeit und Ort der Aufenthalte bereits zu Beginn des Programmjahrs) könnte die Zahl der Rücktritte vermindern, nicht erfüllt.


In den vorangegangenen Abschnitten wurde bereits auf das Problem des späten Eintreffens der Listen mit Kandidatenvorschlägen aus den Mitgliedstaaten hingewiesen, das zum Teil auf komplizierte Auswahlverfahren in den Mitgliedstaaten selbst zurückzuführen ist. Auch die Bundesrepublik Deutschland ist davon betroffen.

Eine Auswertung der verfügbaren Berichte über die Durchführung des Programms zeigt eine Reihe weiterer Punkte, an denen sich organisatorische Verbesserungen der Durchführung anbieten.

(1) In vielen Mitgliedstaaten sind die Studienaufenthalte auf die Hauptstädte und Adressaten aus den obersten Schulbehörden und auf Schulverwaltungsbeamte konzentriert. Eine stärkere Regionalisierung und damit auch eine bessere Verteilung der Multiplikatoren könnte durch die Erweiterung des Teilnehmerkreises in diesen Mitgliedstaaten erzielt werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist die regionale Verteilung durch die Einbeziehung der Länder allerdings ausgewogen.

(2) In den Berichten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird häufiger die mangelnde Homogenität der Gruppe kritisiert. Dies weist auf ein spezifisches Problem bei der Zusammenstellung der Gruppen für die Studienaufenthalte hin. Der PAD, der für die Zusammenstellung verantwortlich ist, führt dies auf unzureichende Angaben über die Kandidatinnen und Kandidaten seitens der Mitgliedstaaten zurück. In diesem Fall empfiehlt sich sicherlich eine detailliertere Gestaltung der Bewerbungsformulare.

(4) Lösungsmöglichkeiten sollten auch für das Problem gefunden werden, daß einige Studierenaufenthalte hoffnungslos überbucht sind, während andere wegen mangelnder Teilnehmerzahlen ausfallen müssen. Nach dem unter Punkt (3) erwähnten Problem ist dies ein weiterer Hinweis darauf, daß trotz der modellhaften Organisation der Durchführung aber Veränderungen nachzudenken ist, die die Effizienz verbessern könnten.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung

Die Stipendienhöhe für die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer wird erst nach Abrechnung der tatsächlich entstandenen Unkosten endgültig festgelegt und beträgt maximal 700 ECU. Ein Zuschlag von 150 ECU kann ausgezahlt werden, wenn der Reiseweg über 2.000 km beträgt. Seitens des PAD wird berichtet, daß die Stipendien die Unkosten vollständig decken und Eigenleistungen der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bisher nicht erbracht werden mußten.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung

Auf deutscher Seite erfolgt die Umsetzung des ARION-Programms durch die Länder in eigner Zusammenarbeit mit dem PAD, der für die Länder technische und organisatorische Unterstützungsfunctionen wahrnimmt. Die Zusammenarbeit ist weitgehend problemlos, da der PAD eine Einrichtung der Länder ist. Es muß jedoch festgestellt werden, daß der Dienstweg, der bei der Ankündigung des Programms und beim Auswahlprozeß der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingehalten wird, offensichtlich zu lang ist, da auch seitens der Bundesrepublik Deutschland die Frist für die Einreichung der Kandidatenlisten nicht eingehalten werden kann. Auch die hohen Rücktrittsquoten deutscher Bewerberinnen und Bewerber sprechen für gewisse Defizite in der Organisation der Umsetzung.

Nach Aussagen des PAD werden von den Ländern keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt, um die Wahrnehmung der Aufgaben als nationale Verbindungsstelle zu finanzieren. Dies führt zu einer Einschränkung bestimmter Aufgaben seitens des PAD, der sich aufgrund fehlender Ressourcen nicht in der Lage sieht, eine kontinuierliche Betreuung und Nachbereitung durchzuführen.

2.8 Information, Transparenz, Evaluation

Die Informationslage über das ARION-Programm ist durch die umfassende Berichterstattung sehr gut, doch ist das Problem der Auswertung und Verwendung der Berichte ungelöst. Die Mitgliedstaaten verfahren mit den Gruppen- und Teilnehmerberichten sehr uneinheitlich. In der Bundesrepublik Deutschland werden die Berichte vom PAD gesammelt, archiviert und für die jährliche Berichterstattung über das Programm ansatzweise ausgewertet. Die Gruppenberichte werden außerdem nach völlig uneinheitlichen Kriterien angefertigt; Leitlinien für die Abfassung, die eine Vergleichbarkeit ermöglichen würden, fehlen.

Die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgefüllten Fragebogen werden von der Kommission an die Europäische Informationsstelle EURYDICE zur Auswertung weitergegeben, die im übrigen auch einen Teil der Seminarunterlagen für die Studienaufenthalte zusammestellt.

Schließlich werden die Gruppen- und Teilnehmerberichte auch an die Ad-hoc-Arbeitsgruppen weitergeleitet, die von der Kommission zu verschiedenen Themen der Studienaufenthalte als Beratungsinstanzen hinzugezogen werden. Es bleibt allerdings diesen Arbeitsgruppen selbst überlassen, ob sie die ihnen zugehenden Berichte auswerten. Auch in diesem Zusammenhang könnte an eine systematischere Auswertung gedacht werden.

Neben der Kommission sammelt und archiviert der PAD als zentrale Verbindungsstelle für das ARION-Programm sämtliche Berichte und Fragebogen, die aus den Studienaufenthalten hervorgehen. Insofern ist eine exzellente Grundlage für die Bewertung und Evaluation des Programms vorhanden. Die Diskussion der Evaluierungsfälle im Rahmen des ARION-Programms ist jedoch hochgradig ambivalent. Zum einen wird argumentiert, daß die Evaluierungsfrage aus drei Gründen nicht befriedigend gelöst werden könne:

- es gebe größere methodische Probleme bei Wirkungsanalysen;
- die Kosten für eine angemessene Evaluierung seien in Relation zu den Programmteilen zu hoch;
- der PAD sei keine wissenschaftliche Einrichtung, die ein solches Vorhaben durchführen könne.

Zugleich wertet der PAD die Berichte und Fragebogen für seine jährliche Berichterstattung ansatzweise aus. Er begrenzt sich dabei jedoch vielfach auf reine Zitatensammlungen, die thematisch geordnet werden. Die Ambivalenz wird besonders in der Diskussion der Evaluierungsfälle deutlich. Zum einen heißt es, mit dieser

2.9 Controlling


Da bis auf zwei Ausnahmen keine Nachkontaktreffen und Auswertungssitzungen mit ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus der Bundesrepublik Deutschland stattgefundene haben, ist eine Controlling der Nachfolgeaktivitäten und der Wirkungen der Multiplikatorentendenz so gut wie nicht möglich. Zwar ist der Erfolg des Programms unumstritten, doch beruhen Konkretisierungen dessen, was durch die Teilnahme denn nun tatsächlich bewirkt wird, eher auf Einschätzungen und Äußerungen in den Berichten über das, was einzelne Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich vorgenommen haben.


2.10 Information und Beratung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Information der potentiellen deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer über das Programm erfolgt über die Kultusministerien der Länder. Anfragen von Interessentinnen und Interessenten bedient die PAD mit Formschreiben und Kurzinformationen über das ARION-Programm. Da der Adressatenkreis begrenzt ist, und die Bewerbungsunterlagen verhältnismäßig einfach gestaltet sind, ist die Bewerbung als solche keine Hürde, die besonderer Beratung bedarf. Über das Programm selbst gibt es kurze Merkblätter, die einen ersten Überblick gewähren. Darüber hinaus finden im September/Oktober eines jeden Jahres in den meisten Mitgliedstaaten, so auch in der Bundesrepublik Deutschland, Vorbereitungstreffen statt, auf denen weitere Informationen über das Programm zur Verfügung gestellt werden. Wie bei vielen anderen EG-Bildungsprogrammen auch, wird die Informationsstelle über das Programm sowie die Beratungs- und Betreuungssituation jedoch als vertreterungswürdig eingeschätzt.

Was die Vorbereitung der einzelnen Studienaufenthalte betrifft, stellen die europäische Informationsstelle des Bildungsnetzes, EURYDICE, das europäische Zentrum für die Förderung der Berufsbildung, CEDOP, oder das technische Unterstützungsbüro für das PETRA-Programm, IFAPLAN, für die meisten Themen die Teilnehmerunterlagen zur Verfügung, die dann durch weitere Materialien aus den Mitgliedstaaten ergänzt werden, in denen der Studienaufenthalt stattfindet. Nicht für alle Themen ist die Materiallage gleich gut und zum Teil treffen die Seminarunterlagen mit großer Verspätung ein. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ist ein besseres Informationsangebot über das Thema einzelner Studienaufenthalte gewünscht worden.

Austauschprogramm für Sekundarschullehrer in der Europäischen Gemeinschaft

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Ablauf des Programms


Übersicht 5: Zielsetzung des Austauschprogramms

"Ziel des Programms wird es sein:
- die Lehrerfortbildung dadurch zu unterstützen, daß die Lehrer Gelegenheit erhalten, sich mit anderen Lehrmethoden vertraut zu machen und mit anderen berufsbezogenen und kulturellen Fragen, von vordergründigem Interesse in Berührung zukommen;
- zur Ausarbeitung gemeinsamer fächerübergreifender Vorhaben beizutragen, die sich auf konkrete Themen und auf die Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit zwischen den Schulen stützen;
- zur Förderung der europäischen interkulturellen Dimension in den Gastschulen beizutragen."
(Dokument der Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend TF-RH/84 89-DE von April 1991)


1.2 Entwicklung des Programms


1.3 Förderungsmaßnahmen


1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl


Die vom PAD für die deutschen BewerberInnen und Bewerber niedergelegten Förderungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien sind folgende:

- Schulleitung und Kollegium sollen den Austausch unterstützen, da er nicht nur der individuellen Fortbildung gilt, sondern der Schule insgesamt ein europäisches Profil geben kann.
- Bei einem Simultanaustausch oder einer Überschneidung sollen sich dritte Personen oder kleinere Gruppen bereit erklären, für die Betreuung des Gastes zu sorgen. Die Betreuung erstreckt sich auf die Einbindung in die schulischen Aktivitäten und die private Unterstützung im Alltag.
- Die entsendenden Schulen müssen die Vertretungsregelungen selbst organisieren.
- Der Gast sollte Gelegenheit zur Teilnahme an Projekttagen oder -wochen, zum Besuch von Tagungen, Konferenzen, örtlichen Lehrerfortbildungsmaßnahmen etc. erhalten.
- Um einen Eindruck über ihr Land, das dortige Schulleben und das geplante Projekt vermitteln zu können, sollen die AustauschlehrerInnen und -lehrer entsprechende Materialien (Fotos, Dias, Unterrichtsmaterialien etc.) an die Gastschule mitnehmen.

Das Projekt soll möglichst interdisziplinär sein und die Interessen und Wünsche der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen. Dabei müssen jedoch Themen entwickelt werden, die in einem überschaubaren Zeitrahmen (gesucht ist an ein bis zwei Schuljahre) oder in zwei bis drei Austauschwochen realisiert werden können. Der Austausch der Lehrerinnen und Lehrer dient der Abstimmung und Vorbereitung dieser Projektarbeit. Projektergebnisse sollen öffentlichkeitswirksam präsentiert werden können.

Der mit den Mitteln des Programms geförderte Austausch von Lehrerinnen und Lehrern ist demnach nur eine Phase innerhalb eines größeren Vorhabens, das aus mehreren Ablaufschritten besteht, die teils getrennt, teils im Rahmen von Austausch- und Kooperationsaktivitäten organisiert sind und eine dauerhafte Partnerschaft begründen sollen.

1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt

Seit der Einrichtung des Austauschprogramms im Jahre 1989 wurden jährlich 400 Austauschstipendien in Höhe von je 1.500 ECU vergeben. Das entspricht einer Gesamtsumme von 600.000 ECU. Die Anzahl der Stipendien ist nach einem Prozor für jeden EG-Mitgliedstaat quotiert, wobei die peripheren und kleineren Mitgliedstaaten etwas begünstigt wurden. Über die Höhe der Mittel für die technische Unterstützung und Verwaltung des Programms auf europäischer Ebene sowie die Art der Finanzierung der jährlichen Treffen der nationalen Durchführungsstellen gibt es keine Informationen. Die Mitgliedstaaten finanzieren die Verwaltungskosten für die nationalen Durchführungsstellen selbst.


1.5.2 Aufteilung der Austauschplätze auf die Mitgliedstaaten und Teilnahmezahlen

Die Austauschstipendien verteilen sich nach folgenden Quoten auf die einzelnen Mitgliedstaaten:

**Tabelle 5: Aufteilung der Austauschstipendien auf die Mitgliedstaaten und tatsächliche Teilnahme 1989/90 - 1991/92 (absolut und in Prozent; Prozente in Klammern)**

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Belgien</td>
<td>24</td>
<td>21 (87,5)</td>
<td>19 (79,2)</td>
<td>23 (95,8)</td>
</tr>
<tr>
<td>Dänemark</td>
<td>14</td>
<td>14 (100,0)</td>
<td>14 (100,0)</td>
<td>14 (100,0)</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundesrep. Deutschland</td>
<td>54</td>
<td>52 (98,1)</td>
<td>41 (75,9)</td>
<td>47 (87,0)</td>
</tr>
<tr>
<td>Griechenland</td>
<td>24</td>
<td>23 (95,8)</td>
<td>23 (95,8)</td>
<td>20 (83,3)</td>
</tr>
<tr>
<td>Spanien</td>
<td>54</td>
<td>48 (88,9)</td>
<td>50 (92,6)</td>
<td>46 (85,2)</td>
</tr>
<tr>
<td>Frankreich</td>
<td>54</td>
<td>54 (100,0)</td>
<td>52 (96,3)</td>
<td>64 (118,6)</td>
</tr>
<tr>
<td>Irland</td>
<td>14</td>
<td>14 (100,0)</td>
<td>14 (100,0)</td>
<td>14 (100,0)</td>
</tr>
<tr>
<td>Italien</td>
<td>54</td>
<td>47 (87,0)</td>
<td>45 (83,3)</td>
<td>56 (103,7)</td>
</tr>
<tr>
<td>Luxemburg</td>
<td>6</td>
<td>6 (100,0)</td>
<td>6 (100,0)</td>
<td>6 (100,0)</td>
</tr>
<tr>
<td>Niederlande</td>
<td>24</td>
<td>25 (104,2)</td>
<td>26 (108,3)</td>
<td>21 (87,5)</td>
</tr>
<tr>
<td>Portugal</td>
<td>24</td>
<td>24 (100,0)</td>
<td>24 (100,0)</td>
<td>24 (100,0)</td>
</tr>
<tr>
<td>Vereinigtes Königreich</td>
<td>54</td>
<td>54 (100,0)</td>
<td>43 (79,6)</td>
<td>45 (83,3)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Der PAD vergibt darüber hinaus die 54 der Bundesrepublik zur Verfügung stehenden Stipendien nach einem besonderen Schlüssel an die einzelnen Bundesländer. Dieser Proorzuschlüssel orientierte sich bis 1991/92 am 'Königsteiner Schlüssel', mit der Einbeziehung der neuen Bundesländer wurde er an den prozentualen Bevölkerungsanteilen orientiert.

Im ersten Jahr des Programms war die Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Stipendien sehr hoch. Im Durchschnitt lag sie bei über 95 Prozent. Dies hat sich im weiteren Verlauf der Programmdurchführung
verändert. Auf die der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehenden 54 Stipendien bewarb sich im Schuljahr 1990/91 insgesamt 64 Lehrerinnen und Lehrer, davon konnten 41 (64%) vermittelt werden, was einer Ausnutzungsquote von 76 Prozent der verfügbaren Stipendien entspricht. Im Schuljahr 1991/92 wurden 47 Stipendien an deutsche Bewerberinnen und Bewerber vergeben (Ausnutzungsquote: 87 %). Übersicht 5 zeigt, daß es nach dem ersten Programmjahr auch in anderen europäischen Mitgliedstaaten Einbrüche bei der Ausnutzungsquote gegeben hat, obgleich in Frankreich und Italien eine Überausnutzung zu- standekam. Mittlerweile sind die Mitgliedstaaten aufgefordert, mindestens die doppelte Anzahl von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu verschaffen, als Plätze bzw. Stipendien vergeben werden können, um eine genügend lange Reserveliste zu haben.

1.5.3 Umfang der Förderung je Aktivität


Da sich die tatsächliche Höhe der Austauschstipendien nach den entstandenen Kosten richtet, wird nicht in allen Fällen der Höchstbetrag von 1.500 ECU ausgezahlt. Im Schuljahr 1990/91 erhielten die Teilnehmenden von deutscher Seite durchschnittlich 2.178 DM, ein Durchschnittsbetrag also, der etwa 800,- DM unter der Maximalhöhe liegt.

1.5.4 Deutsche Komplementärmittel

Den Berichten des PAD zufolge decken die Stipendien die tatsächlichen Kosten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Austauschprogramm in der Regel ab, so daß keine Eigenleistungen notwendig werden. Deutsche Komplementärmittel fallen bei dem Programm jedoch in zweiter Hinsicht an:

(a) Der PAD bekommt als nationale Durchführungsstelle keine zusätzlichen Mittel von der Kommission für die Verwaltungskosten, die ihm im Rahmen seiner Aufgaben entstehen. Die zusätzlich anfallenden Kosten werden aus dem Haushalt des PAD finanziert.

(b) Indirekte Kosten fallen in den Schulen an, die Lehrerinnen oder Lehrer in einen Austausch entsenden und während der Abwesenheit ohne zusätzliche finanzielle Mittel für eine angemessene Vertretung sorgen müssen. Darüber hinaus dürfen den Schulen bzw. einzelnen Betreuerinnen und Betreuern auch Kosten im Rahmen der Betreuung von Gästen aus den anderen EG-Mitgliedstaaten entstehen.

1.6 Aufbau des Programms


1.6.1 Funktion der EG-Kommission

1.6.2 Das technische Unterstützungsbüro


1.6.3 Die nationalen Durchführungsstellen


1.6.4 Die Austauschreferenten in den Kulturministerien der Länder


1.6.5 Die entsendenden und aufnehmenden Schulen

Den Richtlinien der Kommission zufolge, sind die regionalen Behörden in den Regierungsbezirken dafür zuständig, daß die Schulen während der Abwesenheit der Austauschlehrerinnen und -lehrer Vertretungspersonal zur Verfügung gestellt wird. In der Bundesrepublik Deutschland sind die Schulen jedoch gehalten, die notwendige Vertretung mit den vorhandenen Personalkapazitäten zu organisieren und auf freiwilliger Basis aus dem Kollegium Lehrerinnen und Lehrer für die Betreuung der Austauschlehrerinnen und -lehrer aus einem anderen Land zu gewinnen. Ob ein Austausch und in der Folge das gemeinsam mit den Schülerinnen und Schülern durchzuführende Projekt tatsächlich zustande kommen, hängt wesentlich von der Unterstützung der Schulleitung und des Kollegiums ab.

1.6.6 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die an einen Austausch interessierten Sekundarschullehrerinnen und -lehrer müssen sich bereits im Vorfeld der Bewerbung der Unterstützung ihrer Schule versichern und mit ihren Schülerinnen und Schülern ein interdisziplinäres Projekt konzipieren. Nach Möglichkeit soll der Austausch auf bestehender Schul- oder
Städtepartnerschaften aufzubauen, so daß auch in dieser Hinsicht Kontakte aufzunehmen und Informationen einzulösen sind. Die Bewerbung um eine Teilnahme an dem Austauschprogramm läuft über den Dienstweg, d.h., die in Frage kommenden Bewerberinnen und Bewerber müssen von ihrer Schule vorgeschlagen werden.

Übersicht 6: Austauschprogramm für Sekundarschullehrer - beteiligte Organisationen
a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) Technisches Unterstützungsbüro: Europäische Informationsstelle EURYDICE, 17, rue Archimède, Bte. 17, B - 1040 Brüssel
c) Pädagogischer Austauschdienst der Kultusministerkonferenz, Herr Gross, Herr Jakob, Nassestr. 8, 5300 Bonn I
d) Kultusministerien der 16 Bundesländer

1.7 Ablauf des Programms


Um die Organisation der Nachrückverfahren zu erleichtern, ist seit dem Schuljahr 1992/93 ein offizieller Nachmeldetermin im Herbst eingerichtet worden, bis zu den weiteren Vermittlungen geübt werden kön-
nen. Aufgrund der danach der Kommission übermittelten zweiten Partnerliste wird die zweite Rate der Stipendienmittel an die Mitgliedstaaten überwiesen.

Kommt ein Austausch zustande, so erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Mitteilung ihrer Reisetermine einen Vertrag vom PAD, der die Regelungen über das Austauschstipendium, die Abrechnungs- und Berichtspflichten enthält. Mit Unterzeichnung des Vertrags wird vom PAD ein Vorschuss auf die voraussichtliche Höhe des Stipendiums angewiesen. Begehrteste Zielländer der deutschen Lehrerinnen und Lehrer sind Italien, Frankreich, Spanien und Großbritannien. Im Schuljahr 1991/92 stand die Bundesrepublik Deutschland hinter Frankreich und Italien an dritter Stelle als Zielland für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den anderen EG-Mitgliedstaaten.


- Schulpartnerschaften,
- Briefwechsel zwischen Schulen,
- Informationsaustausch zwischen Lehrkräften,
- Austausch von Dokumenten, Lehrmaterial, Lehrbüchern,
- Austausch von Klassen, Lehrern und Eltern,
- Schulausflügen,
- Bereitstellung von Ausbildungsplätzen und


1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte und Mitteilnachweise der Empfänger

Der PAD ist zu jährlichen Sachberichten über die Durchführung und zu Nachweisen über die ordnungsgemäße Verwaltung der Austauschstipendien an die Kommission verpflichtet.

stennachweise können die endgültige Höhe des Stipendiums berechnet und eventuelle Restmittel ausgezahlt werden.

Die Sachberichte werden von der Kommission und von der nationalen Durchführungsstelle als Unterlagen für die Auswertung der Erträge des Programms und zur Evaluierung der Durchführung verwendet.

1.8.2 Statistische Übersichten

In den Jahresberichten der Kommission über die Durchführung des Programms sind eine Reihe von Statistiken enthalten, die über die Beteiligung der einzelnen Mitgliedstaaten als Entsende- und als Aufnahmeland Auskunft geben. Die Statistik ist allerdings insofern lückenhaft, als sie keine Informationen über die Mitteleinspeisung, die durchschnittliche Höhe der vergebenen Stipendien, die tatsächliche Aufenthaltsdauer und die Anzahl der Besuche, die simultan, konsekutiv oder zeitlich überlappend stattfinden, enthält. Auch fehlen Angaben über die im Anschluß an die Besuche durchgeführten Projekte.

Die problemorientierte Berichterstattung des PAD über die Durchführung des Programms weist ebenfalls einige Lücken auf. Es fehlen z.B. Angaben darüber, wieviele Bewerberinnen und Bewerber nicht vermittelt werden konnten, wieviele Besuche nicht reziprok durchgeführt wurden, wie lange die tatsächliche Aufenthaltsdauer im Durchschnitt ist und wie häufig die Projekte, deren Vorbereitung der Besuch dient, wirklich durchgeführt werden. Zwar werden einige wichtige, die Beteiligung von Lehrerinnen und Lehrern aus der Bundesrepublik Deutschland betreffende Zahlen angegeben (einschließlich der Beteiligung der einzelnen Bundesländer), aber Informationen über Deutschland als Aufnahmeland enthält der Bericht z.B. nicht.

1.8.3 Evaluierung


Da das Programm seit 1989 existiert, dürfte der Zeitpunkt für eine ausführlichere Evaluation seiner Ergebnisse und Erträge inzwischen erreicht sein.

1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter


1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher

Im Rahmen der vom Pädagogischen Austauschdienst durchgeführten nationalen Lehreraustauschprogramme sind Handbücher erarbeitet worden, die auch für die am EG-Austauschprogramm teilnehmenden Lehrkräfte nützlich sind: so z.B.:
- Pädagogischer Austauschdienst der KMK, British Council (Hg.): Handbuch für Austauschlehrer. Praktische Hinweise für deutsche Austauschlehrer an britischen Comprehensive Schools, Grammar Schools und Colleges of Further Education. Bonn 1979.

1.9.3 Rechenschafts-, Jahres-, Evaluationsberichte


2. Probleme der Programmdurchführung beim Austauschprogramm für Sekundarschullehrerinnen und -lehrer

2.1 Charakter des Programms


Die genannten Schwierigkeiten weisen darauf hin, daß beim Charakter des Programms eher von einem Modellversuch als von einer Breitenwirksamkeit auszugehen ist. Dies ist auch in der Größenordnung des Programms selbst bereits angelegt.

2.2 Programmierteter organisatorischer Aufwand

Im Vergleich zu den meisten anderen EG-Programmen im Bildungsbereich ist das Austauschprogramm für Sekundarschullehrerinnen und -lehrer verhältnismäßig einfach strukturiert. Dennoch berichtet der PAD, daß die Bewerbungsverfahren und die Erfüllung der Förderungsvoraussetzungen von den Interessierten als relativ aufwendig empfunden werden. In drei Bereichen der Durchführung lassen sich organisatorisch aufwendige Verfahren erkennen:


2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


2.4 Stipendienvergabe

2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

Aufgrund der Erfahrungen nach den ersten beiden Jahren der Laufzeit des Programms wurde der jährliche Ausschreibungstermin um etwa ein halbes Jahr vorgezogen, weil sich die Frist für die Bewerbungen als zu knapp erwiesen hatte. Dennoch berichtet der PAD, daß die Informationen über das Programm die Schulen oft so spät erreichen, daß die gesetzten Fristen nicht eingehalten werden können. Dieses Problem besteht auch in einigen anderen Mitgliedstaaten.

Um die Ablauforganisation zu erleichtern, schlägt der PAD vor, die Ausschreibung seitens der Kommission zeitlich auch weiter vorzuziehen. Denkbar ist allerdings auch die Verkürzung und/oder Beschränkung des Verfahrens in der Bundesrepublik Deutschland.

Aus einigen, im Bericht des PAD über das Schuljahr 1990/91 angesprochenen Durchführungsproblemen lassen sich Vorschläge ableiten, die zu einer Verbesserung der Organisation beitragen könnten.


(b) Um ein stärkeres Engagement der Schulen für das Projekt zu erzielen - berichtet wird, daß Teilnehmerinnen und Teilnehmer zwar benannt, zum Teil aber letztlich nicht beurlaubt werden, wären Komplementärtitel von deutscher Seite für die Finanzierung von Vertretungsstamm an den entsendenden Schulen nötig. Die allgemeinen Richtlinien sehen eine diesbezügliche Unterstützung der Schulen seitens der zuständigen Dienstbehörden vor, überlassen die weiteren Regelungen aber den Mitgliedstaaten selbst. In der Bundesrepublik Deutschland wird an die Bereitschaft der Schulen appelliert, das Programm durch eine eigenständige Organisation der Vertretung mit dem vorhandenen Kollegium zu unterstützen.

(c) Der PAD berichtet, daß der Bekanntmachung des Programms noch zu gering ist und regt an, daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer durch Veröffentlichung ihrer Berichte und Erfahrungen in Fachzeitschriften sowie durch eigene mündliche Wurung zu einer verstärkten Wahrnehmung des Programms beitragen. Darüber hinaus ließe sich jedoch auch an die Erstellung einer öffentlichkeitswirksamen Informationsbroschüre über das Programm durch die Länder oder den PAD denken.

(d) Die Vermittlungsverfahren ließen sich vereinfachen, wenn bei der Konzeption des Austauschs und der gemeinsamen Projekte stärker als bisher auf bestehende Schulpartnerschaften - oder auch Städtetpartnerschaften - zurückgegriffen würde.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung

Die Austauschstipendien sind ausreichend, um die Reisekosten und die durch den Auslandsaufenthalt zusätzliche entstehenden Kosten zu decken, so daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer keine Eigenmittel aufbringen müssen. Allerdings sind im Rahmen des Programms keine Mittel für flankierende Maßnahmen und die Finanzierung der Verwaltungsleistungen der Durchführungsstellen in den Mitgliedstaaten vorgesehen. Da die Länder für die Durchführung des Programms keine Komplementärtitel zur Verfügung stellen, wird die Durchführung dadurch erschwert, daß in folgenden Bereichen keine finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen:

- Einstellung von Vertretungsstamm an den entsendenden Schulen;
- breitenwirksame Öffentlichkeitsarbeit für das Programm;
- Organisation von Vorbereitungstreffen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Durch nicht zustande gekommene Vermittlungen und kurzfristige Rücktritte, die durch Ersatzteilnehmerinnen und -teilnehmer nicht mehr besetzt werden konnten, mußten im Schuljahr 1990/91 etwas über 40 Prozent der verfügbaren Stipendiennittel an die Kommission zurückgezahlt werden. Die Möglichkeit der Übertragbarkeit der Mittel in das folgende Jahr wird nirgendwo erwähnt. Es wäre zu überlegen, ob vorhandene Restmittel nicht für flankierende Maßnahmen genutzt werden könnten.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung

Kooperationsprobleme zwischen den an der Programmumsetzung und -durchführung beteiligten Instanzen von deutscher Seite scheint es nicht zu geben. Dagegen weist die Tatsache, daß die Mitgliedstaaten bisher
2.8 Information, Transparenz, Evaluation

Bei der Umsetzung des Programms ist beklagt worden, daß die schriftlichen Informationen der Kommission über das Programm nicht ausreichend und die Informationswege insgesamt zu lang sind. Der PAD hat hier mit der Herstellung eigener Merkblätter zur Unterstützung der Bewerbungen und der Projektkonzeption versucht, die Informationslage zu verbessern. Auch die Antragsformulare wurden in der Zwischenzeit vereinfacht, um die Bewerbung zu erleichtern.


2.9 Controlling

Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt angesprochen, ist ein systematisches oder formell geregeltes Controlling nicht vorgesehen. Nach dem Stand der mir vorliegenden Berichte wird der Erfolg des Programms eher verspätet beurteilt und auf seine langfristigen Wirkungen verwiesen.

Über den Erfolg beim Aufbau bleibender Partnerschaften, die Anerkennung des Austauschs als Fortbildungsmaßnahme, die tatsächliche Durchführung der gemeinsamen Projekte und das Zustandekommen eines Schüleraustauschs wird nicht berichtet. Für ein gewisses Defizit beim Controlling spricht außerdem die Tatsache, daß über die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten bezüglich der Definition des Projektbegrißes auch der Vorabvertrag abgelehnt wurde, eine Sammlung mit Modellen guter Praxis anzulegen, weil dies implizieren könnte, daß die nicht in diese Sammlung aufgenommenen Beispiele schlecht seien.
2.10 Information und Beratung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Maßnahmen zur umfassenden und effektiven Information der Adressaten des Programms müssen als verbesserungswürdig bezeichnet werden. Der PAD fordert die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu auf, den Bekanntheitsgrad des Programms im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu steigern. Es fehlt jedoch an einer öffentlichkeitswirksamen und offiziellen Informationsbroschüre.

Auch die Klage darüber, daß in der Bundesrepublik Deutschland keine Vorbereitungstreffen für die Austauschlehrerinnen und -lehrer durchgeführt werden, weist auf einen Mangel hin, der behoben werden sollte. Ohne zusätzliche finanzielle und personelle Ressourcen sieht sich der PAD jedoch nicht dazu in der Lage, ein solches Angebot zu machen.

Das vom PAD erstellte Merkblatt über das Programm sowie die vereinfachten Antragsformulare werden durch mündliche und vorhandene schriftliche Informationen auf Anfrage ergänzt. Über die Bekanntgabe der Ausschreibung und der von der Kommission im Rahmen der Ausschreibungsverfahren zur Verfügung gestellten Unterlagen hinaus erfolgt jedoch keine umfassende und systematische Öffentlichkeitsarbeit. Da seitens des PAD auch die von der Kommission erarbeiteten Unterlagen kritisch beurteilt werden, ist die Informationslage über das Programm noch nicht optimal.
COMETT
Aktionsprogramm zur Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie

1. Programmdescription

1.1 Ziele und Anlage des Programms

Das COMETT-Programm hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung zu fördern (vgl. Übersicht 7). Dabei geht es insbesondere um den Transfer von Wissen und die Implementation technologischer Innovationen durch die Partnerschaft von Hochschulen und kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in wenig entwickelten Regionen Europas oder in Wirtschaftsbranchen (Sektoren), deren technologischer Entwicklungsstand nicht sehr hoch ist.


Übersicht 7: Ziele und Anlage des Programms

"Mit dem COMETT-II-Programm wird bezweckt, die Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie, insbesondere der fortgeschrittenen Technologie, die Entwicklung eines hochqualifizierten Arbeitskräftepotentials und damit die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu verbessern.


Unter diesem Gesichtspunkt sind für das COMETT-II-Programm folgende Ziele gesetzt worden:

i) Verbesserung des Beitrags der Aus- und Weiterbildung in der Technologie, insbesondere der fortgeschrittenen Technologie, auf den verschiedenen Ebenen und dadurch Verstärkung des Beitrags der Aus- und Weiterbildung zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Gemeinschaft;

ii) Begünstigung der gemeinsamen Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsprogrammen und des Erfahrungsaustausches sowie einer optimalen Nutzung der Ressourcen im Bildungsbereich auf Gemeinschaftsebene, insbesondere durch die Bildung von grenzübergreifenden, sektor- und regionenbezogenen Netzen von Vorhaben zur Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie, insbesondere der fortgeschrittenen Technologie;

iii) Deckung des spezifischen Qualifikationsbedarfs der kleinen und mittleren Unternehmen unter Berücksichtigung der ... vorgangigen Maßnahmen;

iv) Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau bei der Ausbildung und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie, insbesondere der fortgeschrittenen Technologie;"
v) Erlangung einer europäischen Dimension in der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wirtschaft im Bereich der Ausbildung und Weiterbildung, die sich auf Technologien, ihre Anwendungen und ihren Transfer beziehen."


1.2 Entwicklung des Programms

1.2.1 Die erste Phase: COMETT I


COMETT I war in fünf Aktionsbereiche gegliedert, denen die fünf Programmenteile entsprachen:

- **Programmteil A**: Förderung von Ausbildungspartnerschaften zwischen Hochschule und Wirtschaft (APHW) innerhalb eines europäischen Netzes. Dabei gibt es drei Typen von Partnerschaften: a) solche, die auf einem bestimmten technologischen oder branchenorientierten Sektor zusammenarbeiten (sektorielle Partnerschaften); b) solche, die die Zusammenarbeit in einer bestimmten Region (auch grenzüberschreitend) zum Schwerpunkt haben (regionale Partnerschaften); c) Mischtypen (regionalsektorielle Partnerschaften).

- **Programmteil B**: Förderung des Austauschs von Studierenden und Fachkräften zwischen Hochschule und Wirtschaft. Dieser Programmteil gliederte sich in zwei, ab der dritten Antragsrunde 1988 in drei Maßnahmen:
  a) **Programmteil B a**: förderte Einzelbewerbungen von Studierenden für Industriepraktika, denen ein Vertrag zwischen der Hochschule und einem Unternehmen zugrunde lag.
  b) **Programmteil B a P**: wurde 1988 zwecks Erleichterung des Verfahrens im Rahmen von B aufgebaut und ohne die Möglichkeiten von B auszuschließen.
  c) **Programmteil B b**: förderte den Personalastausch zwischen Hochschule und Wirtschaft in Form von grenzüberschreitenden Freistellungen.

- **Programmteil C**: Förderung von gemeinsamen Vorhaben von Hochschulen und Unternehmen im Bereich der Aus- und Weiterbildung.

- **Programmteil D**: Förderung von multilateralen Aktivitäten zur Entwicklung von Multimedia-Ausbildungssystemen.

- **Programmteil E**: Förderung von ergänzenden Maßnahmen zur Information über das Programm und zur Evaluation.


In allen vier Antragsrunden von COMETT I wurden aus der Bundesrepublik Deutschland insgesamt 431 Neu- und Verlängerungsanträge gestellt, von denen 126 bewilligt wurden (Bewilligungsquote: 29,2 Prozent). Bei den Anträgen lag die Bundesrepublik Deutschland damit an vierten Stelle nach Frankreich (1392 Anträge), Großbritannien (913 Anträge) und Griechenland (525 Anträge). Die Erfolgsquote der deutschen Anträge bei den Bewilligungen war demgegenüber überdurchschnittlich hoch. Hierbei lag die Bundesrepublik Deutschland an erster Stelle vor Frankreich (359 Bewilligungen; Bewilligungsquote: 25,8 Prozent) und
Großbritannien (216 Bewilligungen; Bewilligungssquote: 23,7 Prozent). Griechenland wurden 105 Anträge bewilligt (Bewilligungssquote: 20,0 Prozent). Bei der Höhe der im Rahmen von COMETT I bewilligten Mittel lag die Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von 10,4 Prozent des Gesamtbudgets nach Frankreich (20,2 Prozent) und Großbritannien (17,8 Prozent) an dritter Stelle, gefolgt von Italien (10,0 Prozent). Die externe Evaluation von COMETT I durch die Firma Coopers & Lybrand in Zusammenarbeit mit der Science Policy Research Unit der University of Sussex (GB), deren Bericht im April 1989 vorgelegt wurde, enthält nur eine Analyse der ersten beiden Antragsrunden. Die deutsche Beteiligung an COMETT wurde darin als verhältnismäßig unbefriedigend gekennzeichnet.

Der erste Zwischenbericht der Arbeitsgemeinschaft Industrieller Forschungsvereinigungen (AiF), die neben dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) eine der beiden deutschen Durchführungsstellen ist, schätzte die deutsche Beteiligung an COMETT I als verhältnismäßig gut, jedoch nicht gleichmäßig verteilte ein. So traten deutsche Einrichtungen eher als Projektpartner denn als Koordinatoren oder Vertragsnehmer in Erscheinung. Außerdem wies das Netz der Ausbildungspartnerschaften am Ende von COMETT I noch erhebliche geographische und inhaltliche Lücken auf.

Die Verteilung des Gesamtbudgets von COMETT I auf die verschiedenen Aktivitäten zeigt Tabelle 6, und zwar EG-weit und bezogen auf den deutschen Gesamtanteil am COMETT I-Budget.

| Tabelle 6: Verteilung des COMETT I-Budgets EG-weit und in der Bundesrepublik Deutschland in Mio. ECU und in Prozent des Gesamtbudgets bzw. des deutschen Anteils |
| EG-weit in Prozent des Gesamtbudgets | nur Bundesrepublik Deutschland in Prozent des deutschen Anteils |
|APHW (Programmteil A) | 12,69 Mio. 24,1 % 1,14 Mio. 20,9 % |
|Programmteil C | 16,73 Mio. 31,8 % 1,93 Mio. 35,4 % |
|Programmteil Ba (inkl. Poovert-fahren) | 11,73 Mio. 22,3 % 1,43 Mio. 26,2 % |
| | (58,8 % nur f. Poolvert.) (58,3 % nur f. Poolvert.) |
|Programmteil Bb | 1,51 Mio. 2,9 % 0,085 Mio. 1,6 % |
|Programmteil D | 9,99 Mio. 19,0 % 0,85 Mio. 15,6 % |

1.2.2 Die zweite Phase: COMETT II

dung in neuen Technologien (Cc). Die Entwicklung von Multimedia-Ausbildungssystemen (Programmteil D in COMETT I) wurde dem Programmteil C in COMETT II zugeordnet, so daß der neue Programmteil D die "ergänzenden Maßnahmen" enthält und der alte Programmteil E wegfallen konnte. Schließlich wurden auch die Typen von förderungswürdigen Ausbildungspartnerschaften (Programmteil A) stärker spezifiziert (vgl. im einzelnen Abschnitt 1.3).

1.3 Fördermaßnahmen

Der Ratsbeschuß zu COMETT II legt das Programm für die gesamte Laufzeit in seinen Grundzügen fest. Das COMETT II Vademecum enthält eine ausführliche Beschreibung der insgesamt vier Programmteile. Einwei-
1.3.1 Ausbildungspartnerschaften Hochschule - Wirtschaft (APHW)
Mit dem Programmteil A soll eine Infrastruktur für die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft geschaffen werden. Innerhalb eines europäischen Netzes von Ausbildungspartnerschaften werden eine Reihe von Kooperationsaktivitäten unterstützt:
- Ermittlung des Aus- und Weiterbildungsbedarfs auf dem Gebiet der Technologie und die Entwicklung entsprechender Angebote zur Befriedigung dieses Bedarfs;
- Organisation von Praktika in Unternehmen für Studierende und akademisches Personal der Hochschulen;
- Freistellung von Mitarbeitern der Unternehmen mit dem Ziel ihrer Aus- und Weiterbildung an einer Hochschule;
- gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Umschulungs- und Fortbildungsprogrammen für Ausbilder und besonders für Mitarbeiter von kleinen und mittleren Unternehmen;
- Entwicklung von Aus- und Weiterbildungsangeboten auf dem Gebiet der Technologie und deren Transfer zwischen Regionen und Mitgliedstaaten;
- Aufbau grenzüberschreitender sektorieller Netzwerke, um Projekte aus den verschiedenen COMETT-Programmenteilen auf dem gleichen Gebiet der Aus- und Weiterbildung zusammenzubringen.

Die APHW sind nach ihren Aktivitätschwerpunkten in zwei Typen aufgeteilt: zum einen die regionalen APHW, die in einer bestimmten Region Unternehmen und Hochschulen zu gemeinsamen Ausbildungsprojekten zusammenbringen; zum anderen die sektoriellen APHW, die stärker grenzüberschreitend orientiert sind und auf bestimmte technologische Gebiete oder Wirtschaftssektoren konzentrieren. Daneben gibt es auch die Fernprojekte. Unabhängig vom Typ gilt, daß über die APHW Aktivitäten gefördert werden, die sich auf die COMETT-Programmenteile B (Praktika für Studierende, Personalaustausch) und C (kurze Aus- und Weiterbildungskurse) konzentrieren. Für die APHW sind keine spezifischen Formen der Rechtsstellung vorgesehen. So können zum Beispiel GmbH, Stiftungen, gemeinnützige Vereine oder weniger formelle Interessenverbände gebildet werden.

1.3.2 Grenzüberschreitender Austausch
Im Programmteil B werden drei Arten des grenzüberschreitenden Austauschs gefördert:
- a) Ba: integrierte Studentenpraktika; das sind Praktika für Studierende in Unternehmen eines anderen Mitgliedstaates;
- b) Bb: fortgeschrittene Ausbildungspraktika; das sind Praktika qualifizierter Personen in Unternehmen eines anderen Mitgliedstaates, um ein Unternehmen ein Projekt durchzuführen;
- c) Bc: Personalaustausch; das sind Freistellungen von Hochschulpersonal für einen Aufenthalt in Unternehmen eines anderen Mitgliedstaates oder von Fachkräften aus der Wirtschaft für einen Aufenthalt an einer Hochschule eines anderen Mitgliedstaates.


Inhalt und Zweck des Praktikums ist eine strukturierte betriebliche Ausbildung für eine begrenzte Zeit (zwischen drei und zwölf Monaten) in einem Unternehmen eines anderen Mitgliedstaates. Darüber hinaus sollen die Studierenden mit den auf das technologische Gebiet bezogenen Berufsaussichten vertraut gemacht werden, ihre Ausbildung soll eine europäische Dimension bekommen und ihre unternehmerischen Fähigkeiten sollen angeregt werden.

Die Ziele des Personenaustauschs zwischen Hochschule und Unternehmen (Programmteil Bc) sind für die beiden angesprochenen Personengruppen je unterschiedlich formuliert. Akademisches Personal aus Hochschulen kann für zwei bis zwölf Monate freigestellt werden, um an Ausbildungsaufgaben in Unternehmen teilzunehmen, die eigene Lehrtätigkeit zu bereichern, praktische oder wissenschaftliche Erfahrungen in einem europäischen Rahmen zu machen und Möglichkeiten für die spätere Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Unternehmen zu schaffen. Unternehmenspersonal kann freigestellt werden, um Lehraufgaben an einer Hochschule zu übernehmen, zur Erweiterung der Lehrangebote beizutragen und Verbindungen zu Unternehmen aufzubauen.


1.3.3 Gemeinsame Projekte im Bereich der Aus- und Weiterbildung


- **Programmteil Ca**: kurze Aus- und Weiterbildungskurse, die sind Intensivkurse mit europäischer Dimension auf dem Gebiet der Technologie.

- **Programmteil Cb**: gemeinsame Aus- und Weiterbildungsprojekte, das ist die Planung, Entwicklung und Erprobung gemeinsamer Aus- und Weiterbildungsprojekte auf dem Gebiet der Technologie.

- **ProgrammteilCc**: Pilotprojekte, das sind multilaterale Vereinbarungen zur Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie mit dem Ziel der Einrichtung eines Fernlehreignisses.


1.3.4 Ergänzende Maßnahmen

von COMETT II zu verändern und stärker auf bestimmte Schwerpunktbereiche und Ziele zu fokussieren, so zum Beispiel auf den Ausbildungsbedarf im Bereich neuer Technologien.


Folgende Aktivitäten können in diesem Programmteil gefördert werden:
- vorbereitende Besuche, insbesondere in weniger entwickelten Regionen, zwecks Entwicklung eines grenzüberschreitenden Projekts oder der Aufnahme eines neuen Partners in ein bereits bestehendes Projekt;
- Unterstützung des Netzwerks der (nationalen) COMETT-Informationszentren;
- Einrichtung einer Datenbank von COMETT-Projekten;
- Schaffung von Möglichkeiten elektronischer Informationsübermittlung zwischen Projekten und Partnern,
- COMETT-bezogene Konferenzen, Seminare, Ausstellungen;
- Analyse und Beobachtung von Qualifikations- und Ausbildungsbedarf bezogen auf neue Technologien, Aus- und Verwertung von Arbeitsergebnissen anderer Stellen;
- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft und Abbau von Hindernissen für diese Zusammenarbeit;
- Fortsetzung der Auswertung von COMETT II


Für die Integration der neuen Bundesländer in das COMETT-Programm hat die Kommission Mittel in Höhe von 1 Mio. ECU bereitgestellt. Diese Mittel wurden zum Teil im Rahmen der positiven Aktionen (Programmteil D), zum Teil im Rahmen europaweiter Ausschreibungen (z.B. für Studentenpraktika) verausgabt.

1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl


Das COMETT II Vademecum gibt einen Überblick über grundsätzliche Voraussetzungen für die Förderung in allen Programmteilen sowie über die allgemeinen Auswahlkriterien, die alle Projekte erfüllen sollten (vgl. Vademecum S. 5-7):
- Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft unter Beteiligung der Wirtschaft an den Projekten;
- grenzüberschreitender Charakter der Projekte (mit Ausnahme der regionalen APHW);
- post-sekundäres Aus- und Weiterbildungsniveau (inkl. Umschulung und Fernstudien);
- Technologiebezogener Charakter der Projekte, insbesondere die Einbeziehung und Anwendung fortgeschrittener Technologien;
- Synergie mit anderen EG-Programmen und Strategien der Gemeinschaft sowie der Mitgliedstaaten;
- Beitrag zur Ausgewogenheit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung;
- den COMETT-Zielen entsprechender Projekthinhalt (Priorität für neue Qualifikationen, neuartige und innovative Qualität, interdisziplinärer Charakter);
- stimulierender und beispielhafter Charakter der Projekte.
1.4.1 Ausbildungspartnerschaften Hochschule - Wirtschaft

Anträge auf APHW werden vorrangig gefördert, wenn sie eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den Programmenteilen B und C zum Gegenstand ihrer Aktivitäten haben und Aussicht auf eine langfristige Stärkung dieser Kooperation besteht.


Ähnlich strenge Kriterien wurden der Auswahl regionaler APHW zugrundegelegt. Gefördert wurden nur solche APHW, die in Regionen operierten, in denen bisher noch keine APHW bestanden. Explizit genannt wurden die neuen Länder der Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz und Norwegen. Außerdem sollten regionale Lücken in Süditalien und Südspain geschlossen werden.

Generell läßt sich sagen, daß die regionalen APHW einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten in den Praktika und Maßnahmen im Rahmen des Personalaustausches setzen, während die sektorellen APHW eher Aktivitäten in Rahmen von Projekten des Programmenteils C entwickeln.

1.4.2 Praktika und Personalaustausch


Das Antragspaket 1992 enthält spezielle Kriterien für die Pool-Verfahren (integrierte Studentenpraktika, Personalautausch) im Rahmen der APHW. Besonderer Wert wird dabei auf die für die Austauschverfahren vorgeschlagenen operationellen Vorkehrungen gelegt, wie die Akquisition von Praktikumsplätzen, die Auswahl von Kandidaten und Kandidatinen, die Berechnungsmethode für die Stipendienhöhe, die vertraglichen Bestimmungen, Vorkehrungen für die soziale Absicherung und Auswertungsverfahren für das Praktikum bzw. den Austausch.

1.4.3 Aus- und Weiterbildungsvorhaben

In diesem Programmenteil werden drei verschiedene Projektarten gefördert: Intensivkurse, Ausbildungsprojekte und Pilotprojekte. Im COMETT II Vademecum werden folgende allgemeine Auswahlkriterien für alle drei Projektarten genannt:
- Bezug auf Technologien, die wesentliche Auswirkungen auf die Entwicklung der EG haben werden;
- bedarfsgerechte Berücksichtigung kleiner und mittlerer Unternehmen, so daß deren Teilnahme erleichtert wird;
- Aus- und Weiterbildung von Mitarbeitern und Ausbildern, die für innovative Entwicklungen verantwortlich sind;
- Einbeziehung von Hochschul- und Wirtschaftspartnern aus weniger entwickelten Gebieten der Gemeinschaft;
- aktive Teilnahme der Wirtschaft an dem Projekt, einschließlich finanzieller Beteiligung;
- Vorschläge zur Nutzung und Verbreitung der Ergebnisse in der Gemeinschaft;
- Nachweis des Ausbildungsbedarfs in einem Unternehmen oder Wirtschaftssektor;
- gemeinsame Konzeption, Umsetzung und Auswertung des Projekts von Hochschuleinrichtungen und Unternehmen.

Im Antragspaket für 1992 wird darüber hinaus unterschieden zwischen Zulassungskriterien, die nur dazu dienen, nicht förderungswürdige Projekte auszuschließen und allgemeinen Auswahlkriterien, die für jeden Antrag gelten. Bei letzterem wird besonderer Wert auf die Erfüllung der folgenden Kriterien gelegt:
- gutes Gesamtkonzept und Management des Projekts (einschließlich Berücksichtigung von Marktstudien und Bedarfsanalysen, Einführung, Marketing, Verbreitung und Auswertung);
- Neuartigkeit und Originalität des Vorhabens;
- eindeutige europäische Ausrichtung (Synergie mit anderen europäischen Programmen, Beteiligung am APHW-Netzwerk);
- ausgewogene Partnerschaft und Engagement (Einbeziehung möglichst vieler europäischer Partner, Beteiligung von Einrichtungen unterschiedlichster Art);
- aktive Beteiligung von Unternehmen;
- Ausbildungsinhalte, die einem nachgewiesenen Bedarf entsprechen;
- Ausbildung der Ausbilder;
- Einsatz multimediaer Technologie und von Fernlehrsystemen.


Die Förderungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien für die Pilotprojekte im Programmenteil Cc sind vergleichbar mit denen für die gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsprojekte, doch werden auch hier Kriterien hervorgehoben, auf die besonders Wert gelegt wird: a) Verbindlichkeit des Projekts (deutsche europäische Dimension, Beitrag der teilnehmenden Unternehmen, Markt- und Bedarfsanalyse vor Projektbeginn, Vorsorge zur Ausnutzung und Streuung der Produkte, Kosten-Nutzen-Analyse); b) ein geplante Verbindung zwischen dem Pilotprojekt und ähnlichen Maßnahmen auf der Ebene der Gemeinschaft bzw. der Mitgliedstaaten; c) integrierte Entwicklung grenzüberschreitender sektoraler Netzwerke.

Dieser hohe Anspruch an die Pilotprojekte hat verhältnismäßig hohe Zuschüsse (vgl. Abschnitt 1.5) zur Folge. Die Förderungsdauer beträgt im Unterschied zu den kürzeren Intensivkursen und gemeinsamen Aus- und Weiterbildungskursen bis zu fünf Jahren.

1.4.4 Vorbereitende Besuche

Im Rahmen des Programmenteils D (ergänzende Maßnahmen) besteht die Möglichkeit der Förderung vorbereitender Besuche für Personen, die an der Bildung oder Ausweitung einer APHW bzw. an der Vorbereitung eines Projekts im Programmenteil C beteiligt sind. Das COMETT II Vademecum nennt die folgenden Förderungskriterien:
- gefördert werden können nur Mitarbeiter von Hochschulen und Unternehmen;
- der Besuch muß grenzüberschreitend sein;
- Priorität wird Besuchen zur Einbeziehung von Regionen eingeräumt, deren Teilnahme am COMETT-Programm wenig entwickelt ist;
- der Zweck des Besuchs sollte die Vorbereitung von Aktivitäten im Rahmen des COMETT-Programms sein;
- die Dauer des Besuchs kann höchstens zehn Arbeitstage betragen;
- der Besuch muß innerhalb des von der Kommission festgelegten Bewilligungszeitraums durchgeführt werden;
- am Ende des Besuchs ist ein schriftlicher Bericht über die Ergebnisse vorzulegen.
1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt


Tabelle 7: Entwicklung der Bewilligungsquoten in COMETT II (in Prozent der Anträge auf Austausch und Projekte bzw. in Prozent der beantragten Zuschüsse)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1990</th>
<th>1991</th>
<th>1992</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Praktikantenplätze (Ba)</td>
<td>25</td>
<td>36</td>
<td>26</td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzielle Mittel für Ba</td>
<td>14</td>
<td>27</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Personalaustausch (Br)</td>
<td>38</td>
<td>56</td>
<td>24</td>
</tr>
<tr>
<td>Intensivkurse (Ca)</td>
<td>21</td>
<td>60</td>
<td>51</td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzielle Mittel für Ca</td>
<td>14</td>
<td>36</td>
<td>29</td>
</tr>
<tr>
<td>Aus- und Weiterbildungsverhalten (Cb)</td>
<td>30</td>
<td>-</td>
<td>38</td>
</tr>
<tr>
<td>Finanzielle Mittel für Cb</td>
<td>22</td>
<td>-</td>
<td>25</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1.5.2 Zahl der geförderten APHW


Tabelle 8: Zahl der geförderten APHW (1987-1992)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Geförderte APHW</th>
<th>COMETT I</th>
<th>COMETT II</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>EG-weit (COMETT II inkl. EFTA)</td>
<td>107</td>
<td>126</td>
</tr>
<tr>
<td>davon deutsche</td>
<td>9</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>deutscher Anteil in Prozent</td>
<td>8,4</td>
<td>8,7</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Die APHW werden von der Kommission für maximal drei Jahre mit Zuschüssen gefördert. Nur in wenigen Ausnahmefällen ist eine Verlängerung dieser Förderungsdauer möglich. Die Kommission übernimmt höchstens 50% der Ausgaben einer APHW und finanziert über die Gesamtdauer mit degressiven jährlichen Zuschüssen. Das bedeutet, eine APHW kann im ersten Jahr maximal 70.000 ECU, im zweiten Jahr maximal 60.000 ECU und im dritten Jahr maximal 50.000 ECU erhalten. Die tatsächliche Förderhöhe ist gegenüber den Höchstbeträgen um einiges geringer. Das Antragspaket 1992 nennt eine "wahrscheinliche Förderhöhe" von 45.000 bis 60.000 ECU im ersten, von 35.000 bis 55.000 ECU im zweiten und von 30.000 bis 50.000 ECU im dritten Jahr. Insgesamt läßt sich sagen, daß sektoriale APHW durchschnittlich 5000 ECU mehr pro Jahr erhalten als regionale APHW.

1.5.3 Förderung des Austauschs


Für alle drei Austauschformen stellt der Kommission finanzielle Pauschalbeiträge zur Verfügung, die von den antragstellenden und vertragsverantwortlichen Einrichtungen selbstverantwortlich verwaltet und an die Praktikanten bzw. an das ausgetauschte Personal ausgezahlt werden. Die Förderbeträge sind als Zuschüsse zu verstehen, die durch andere Einnahmequellen ergänzt werden sollen. Folgende Kosten können mit den von der Kommission bewilligten Beträgen abgedeckt werden:

- direkte und indirekte Mobilitätskosten (Reise und Unterhalt);
- Vorbereitungs-, Betreuungs- und Organisationskosten der Praktika bzw. des Austauschs;
- eventuell anfallende Kosten für die fremdsprachliche Vorbereitung.

Die Pauschalbeträge sind in der Regel gestaffelt nach den Lebenshaltungskosten im Gastland und der Reiseentfernung zwischen den beteiligten Mitgliedstaaten. Für den Personalaustausch werden höhere Zuschüsse zur Verfügung gestellt als für die Studentenpraktika.


**Tabelle 9: Entwicklung der Studentenpraktika (COMETT I und II)**

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>EG-weit (ab 1990 inkl. EFTA)</td>
<td>1.067</td>
<td>1.240</td>
<td>1.991</td>
<td>3.731</td>
<td>5.073</td>
<td>6.926</td>
</tr>
<tr>
<td>davon deutsche Praktikanten (Export)</td>
<td>212</td>
<td>144</td>
<td>233</td>
<td>397</td>
<td>641</td>
<td>1.033</td>
</tr>
<tr>
<td>deutscher Anteil in Prozent</td>
<td>19,8</td>
<td>11,6</td>
<td>11,7</td>
<td>10,6</td>
<td>12,6</td>
<td>14,9</td>
</tr>
<tr>
<td>ausländische Praktikanten nach Deutschland (Import)</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td>531</td>
<td>838</td>
<td>927</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Zählte die Bundesrepublik Deutschland bisher zu den sogenannten "Netto-Importeuren", d.h. mehr ausländische Praktikanten kamen in deutsche Unternehmen als deutsche Praktikanten in ausländische Unternehmen gingen, so hat sich mit der Antragsrunde 1992 dieses Verhältnis umgekehrt, der "Export" war höher als der "Import". Der Anteil der deutschen Praktikanten an allen Praktikanten konnte in der bisherigen Laufzeit von COMETT II ebenfalls kontinuierlich gesteigert werden.


Eine Überblicksstatistik, die den Anteil Deutschlands an dem für die Programmteile Ba und Bc bewilligten Budget im Vergleich zu den anderen EG-Mitgliedstaaten deutlich machen würde, fehlt bisher. Der zweite Zwischenbericht der AIf mit den Ergebnissen der Antragsrunde 1991 im Vergleich zu denen der Antragsrunde 1990 weist folgende Ergebnisse auf:


<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1990</th>
<th>1991</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Ba</td>
<td>10.147.524</td>
<td>13.651.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Bc</td>
<td>613.340</td>
<td>893.340</td>
</tr>
<tr>
<td>davon an Deutschland</td>
<td>1.216.290</td>
<td>1.634.560</td>
</tr>
<tr>
<td>deutscher Anteil in Prozent</td>
<td>11,9</td>
<td>11,9</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Teilnahme an den Praktika und Austauschprogrammen unter COMETT kontinuierlich gestiegen ist, und dass die deutsche Beteiligung im Vergleich mit anderen Mitgliedstaaten noch weiter anzukommen hat.
1.5.4 Förderung von gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsvorhaben

Für die drei Typen von gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsvorhaben im Programmteil C sind jeweils unterschiedliche Höchstförderbeträge und Laufzeiten vorgesehen. Insgesamt decken die Zuschüsse der Kommission bei allen Projekten maximal 50 Prozent der benötigten Projektmittel.


Von 1991 auf 1992 konnte die Bundesrepublik Deutschland sowohl ihren Anteil an den für die Intensivkurse zur Verfügung stehenden Mitteln (von 4,9 Prozent auf 10,2 Prozent) als auch ihre Beteiligung verdoppeln. Während sie 1990 nur acht von insgesamt 124 Intensivkursen koordinierte (6,5 Prozent) und damit an fünfter Stelle lag, waren es 1991 87 von insgesamt 724 Kursen (12,0 Prozent). Damit lag sie nach Frankreich an zweiter Stelle.

Die gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsvorhaben (Cb) sind auf eine Dauer von bis zu drei Jahren angelegt und können mit bis zu 500.000 ECU für die Gesamtlaufrzeit gefördert werden. Die tatsächlichen Förderbeträge liegen allerdings erheblich niedriger, etwa 70.000 ECU pro Jahr oder 200.000 ECU für drei Jahre. Cb-Projekte unterliegen nicht dem Pool-Verfahren und können seit 1990 auch in die Förderung der Pilotprojekte unter Cc übernommen werden. In der Bundesrepublik Deutschland war dies 1990 für neun Cb-Projekte der Fall.

Die Pilotprojekte können ebenfalls mit einer Summe von höchstens 500.000 ECU für die Gesamtlaufrzeit von bis zu fünf Jahren gefördert werden. Da die Pilotprojekte eine verhältnismäßig lange Laufzeit haben, hat es unter COMETT II bisher erst eine Ausschreibung (1990) gegeben. In dieser Ausschreibung konnte die Bundesrepublik Deutschland mit fünf von insgesamt 29 bewilligten Projekten eine Spitzenstellung einnehmen. Für diese fünf Pilotprojekte stellte die Kommission Fördermittel in Höhe von 2,5 Mio. ECU zur Verfügung, was einen Anteil von 15,6 Prozent an den insgesamt für diesen Programmteil zur Verfügung stehenden Mitteln (16 Mio. ECU) ausmacht. Für die Pilotprojekte wurden demnach die vorgesehenen Höchstförderbeträge vergeben.

1.5.5 Förderung von vorbereitenden Besuchen


1991 beantragten deutsche APHW 88 Besuche, von denen 14 bewilligt und mit Zuschüssen von insgesamt 17.042 ECU versehen wurden. Das macht einen deutschen Anteil von 6,8 Prozent an dem für diese Besuche vorgesehenen Gesamtbudget von 247.696 ECU aus. Durchschnittlich standen deutschen Besuchern 1.217 ECU pro Besuch zur Verfügung. Europaweit wurden insgesamt 241 vorbereitende Besuche bewilligt, was einem deutschen Anteil von 6,8 Prozent an der Zahl der bewilligten Besuche entspricht. Die Bundesrepublik Deutschland lag damit gemeinsam mit Italien an dritter Stelle hinter Großbritannien und Frankreich.


Als generelle Entwicklung der deutschen Beteiligung am COMETT-Programm läßt sich festhalten, daß die Beteiligungquote von etwa fünf Prozent in der ersten Phase von COMETT sehr niedrig war. Im Verlauf der ersten drei Antragsrunden von COMETT II konnte die Bundesrepublik Deutschland ihre Beteiligung kontinuierlich steigern und hat mit einer Gesamtbeteiligung von etwa 13 Prozent mittlerweile mit Frankreich und Großbritannien gleichgezogen. Dennoch wird dieses positive Bild durch Unterschiede in den einzelnen Programmenteilen etwas beeinträchtigt. So ist zum Beispiel die deutsche Beteiligung am Programmteil Ca noch nicht zufriedenstellend. Neben Frankreich hat die Bundesrepublik Deutschland allerdings eine der höchsten Beteiligungsquoten von Unternehmen an COMETT-aktivitäten. Insgesamt sind 523 deutsche Unternehmen (Frankreich: 524) involviert.
1.5.6 Deutsche Komplementärmittel


Bei den Praktika und beim Personalaustausch sind teilweise Eigenmittel der Individuen notwendig, doch wird auch von den aufnehmenden und freistellenden Einrichtungen verlangt, eine Praktikantenvergütung zu bezahlen bzw. sich an der Finanzierung von Vertretungspersonal zu beteiligen.

1.6 Aufbau des Programms

1.6.1 Funktion der EG-Kommission

Der Entscheidungs des Rates der Europäischen Gemeinschaften über das COMETT II-Programm zufolge (Artikel 5, Abs. 1), führt "die Kommission ... das COMETT II-Programm nach den im Anhang festgelegten Bestimmungen durch." Die zuständige Verwaltungseinheit ist die Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend.

Im COMETT-Programm hat die EG-Kommission weitreichende Entscheidungsbefugnisse, insofern sie über alle Anträge letztlich entscheidet, die Verträge mit den Projektnehmern abschließt und die bewilligten Gelder selbst auszahl. Einzig die Pool-Verfahren (Programmeile Ba, Bc, Ca), in denen mit Pauschalzuschüssen gearbeitet wird, verschieben die Festlegung der Auszahlungsmodalitäten auf die beteiligten Einrichtungen selbst. Durch die die Auswahlkriterien gesteuerte Schwerpunktsetzung bei der Vergabe der Mittel kann die Kommission in begrenztem Umfang Förderaktivitäten modifiern. Darüber hinaus hat sie die Möglichkeit, aus den Mitteln des Programmteils D, die nicht öffentlich ausgeschrieben werden, besondere Maßnahmen zu finanzieren.

Der Anhang zum Ratsbeschuß legt lediglich die prozentualen Anteile der einzelnen Programmenteile am Gesamtbudget fest und gibt die wichtigsten allgemeinen Auswahlkriterien entsprechend den Zielen des Programms an. Von deutscher Seite wurde jedoch berichtet, daß ein gewisser Anteil der Mittel aus dem Programmteil A (APHW) dem Programmteil D zugewiesen wurde, um in der Antragsrunde 1993 einmalig Maßnahmen zur Konsolidierung vor APHW finanzieren zu können.
1.6.2 Der Beratende Ausschuss

"Bei der Durchführung" ihrer Aufgaben "wird die Kommission von einem Ausschuß unterstützt, der sich aus zwei Vertretern je Mitgliedstaat zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt." Darüber hinaus igt der Ratsbeschuß fest, daß "zwei Vertreter der Sozialpartner, die von der Kommission anhand von Vorschlägen der Organisationen, die die Sozialpartner auf Gemeinschaftsebene vertreten, benannt werden, an der Arbeit des Ausschusses als Beobachter teilnehmen."

(Art. 5, Abs. 2 und 7) Die Bundesrepublik Deutschland ist im Ausschuß mit einer Vertreterin des Bundes (BMBW) und einem Vertreter der Länder repräsentiert.

Der Ausschuß trifft sich in der Regel zwei- bis dreimal im Jahr zu formellen Sitzungen, in denen insbesondere über die Bewilligungsvorschläge nach erfolgter Antragsrunde beraten wird. Daneben gibt es ein bis zwei informative Sitzungen pro Jahr, auf denen über die Programmpolitik und nationale Entwicklungen beraten wird.

Aus der Zeit des COMETT-Programms gibt es eine Geschäftsordnung für die Arbeit des Beratenden Ausschusses, die aber nach Auskunft der Ausschußmitglieder nie aktiv benutzt wurde. Der Ratsbeschuß über COMETT II sieht den Einfluß einer Geschäftsordnung nicht vor.


1.6.3 Die Expertengruppe

"Die Kommission setzt eine Sachverständigengruppe ein, in der die vom COMETT II-Programm betroffenen Kreise, insbesondere die Wirtschaft, vertreten sind; sie führt in dieser Sachverständigengruppe den Vorsitz. Aufgabe dieser Gruppe ist es, die Kommission und den Ausschuß bei der Durchführung des Programms zu beraten und sicherzustellen, daß die Wirtschaft maßgeblich an der Verwirklichung des Programms beteiligt wird." (Ratsbeschuß, Art. 5, Abs. 8)


1.6.4 Die Projektberater


1.6.5 Das technische Unterstützungsbüro

Neben der Sachverständigengruppe und dem Beratenden Ausschuß steht der Kommission zur Wahrnehmung ihrer Durchführungskompetenz auch ein technisches Unterstützungsbüro für das COMETT-Programm zur

1.6.6 Nationale COMETT-Informationszentren


In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zwei nationale COMETT-Informationszentren: der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) ist die Anlaufstelle für die Seite der Hochschulen, die Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AiF) die Anlaufstelle für die Seite der Wirtschaft. Im Rahmen eines festen Kooperationsvertrages stimmen beide Stellen sich miteinander ab und haben auch Beichtpflichten gegenüber den deutschen Ausschussvertretern. Darüber hinaus wird die Tagungs- und Veranstaltungsprogramm abgestimmt und zum Teil gemeinsam durchgeführt.

1.6.7 Projektkoordinatoren und Vertragsnehmer

Die an den APHW beteiligten Hochschulen haben in der Regel einen Koordinator oder eine Koordinatorin benannt, die für alle COMETT-Aktivitäten der Hochschule zuständig sind. Sie sind vergleichbar mit den Programmbeauftragten im Rahmen von ERASMUS.


1.6.8 Studierende und Personal aus Hochschulen und Unternehmen


Übersicht 8: COMETT - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften
   Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200. rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) Technisches Unterstützungsbüro COMETT
   14, rue Montoyer, B - 1040 Brüssel
c) Vertreter des Bundes im Beratenden Ausschuss:
   Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Dr. Fichtner, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
d) Vertreter der Länder im Beratenden Ausschuss:
   Ministerium für Wissenschaft und Kunst des Landes Hessen, Herr Jensen, Rheinstr. 23-25, 6200 Wiesbaden
e) Nationales COMETT-Informationszentrum (Wirtschaft):
   Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen e.V., Herr Klein, Bayenthalgürtel 23, 5000 Köln 51
f) Nationales COMETT-Informationszentrum (Hochschulen):
   Deutscher Akademischer Austauschdienst, Frau Steinmann, Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2

In der Sachverständigengruppe des COMETT-Programms sind zwei deutsche Vertreter Mitglied: Dr. Herrnaut von der Siemens-AG in München und Prof. Dr. Setzer vom Fraunhofer Institut in Erlangen.
1.7 Ablauf des Programms

Der Ablauf des COMETT-Programms wird von den jährlichen Ausschreibungen bestimmt, die drei verschiedene Formen annehmen können:

a) offene Ausschreibungen: jede Hochschule und jedes Unternehmen kann einen Antrag auf Förderung von Projekten stellen;

b) begrenzte Ausschreibungen: nur bestimmte Organisationen (z.B. COMETT-APHW) oder bestimmte Gruppen bereits laufender Projekte können einen Antrag stellen;

c) gezielte Ausschreibungen: im Rahmen von offenen oder begrenzten Ausschreibungen werden nur Anträge akzeptiert, die spezifische zusätzliche Kriterien erfüllen, um eine Lücke im Gesamtprogramm zu schließen.

So handelte es sich bei der Ausschreibung 1992 zum Beispiel um eine offene und gezielte Ausschreibung für die Programmteile A und Cb sowie um eine begrenzte Ausschreibung für die Programmteile Ba, Be und Ca. Anträge für die Programmteile Bb, Cc und D konnten nicht gestellt werden. Die Art der Ausschreibung ist dem jährlich neu erscheinenden Antragspaket, das auch die Antragsformulare für die verschiedenen Programmteile enthält, zu entnehmen.

Um die Antragsfristen einhalten zu können, sind in der Regel erhebliche Vorarbeiten zu leisten. In jedem Fall sollte die Partnersuche bereits abgeschlossen sein; gegebenenfalls sind die COMETT-Informationszentren dabei behilflich. Für einen Teil der Projekte sind Marktstudien und/oder Bedarfsanalysen Voraussetzung für die Bewilligung. Die Projekte müssen darüber hinaus den Eigenanteil von 50 Prozent der benötigten Mittel sichergestellt haben.


Diese Projektliste wird in anderen Abteilungen der Kommission bezüglich der Synergieeffekte der Anträge mit anderen EG-Programmen und in der COMETT-Expertengruppe beraten. Die Ergebnisse dieser Beratungsverfahren werden in einer sogenannten ‚draft decision list‘, einem vorläufigen Entscheidungsvorschlag, festgehalten. Das Votum der Experten wird von Beratenden Ausschuß COMETT angehört und diskutiert. Der Ausschuß hat darüber hinaus eine Mitspracherecht bei allen Projekten, die mit mehr als 100.000 ECU gefördert werden sollen.

In der Bundesrepublik Deutschland wird der vorläufige Entscheidungsvorschlag, der den Ausschußmitgliedern vor der Sitzung zugeht, mit den COMETT-Informationszentren (AIF und DAAD) diskutiert. In dieser Phase sind eventuelle Verhandlungen und Nachbesserungen von Anträgen möglich. Der Ausschuß gibt schließlich eine Stellungnahme zu dem Entscheidungsvorschlag ab.

Unter Berücksichtigung der Stellungnahmen des Ausschusses trifft die Kommission ihre endgültige Entscheidung. Sie kann dabei nicht nur über Annahme oder Ablehnung entscheiden, sondern kann sich auch entschließen, nur einen Teil des Projektes zu fördern. Antragsteller, deren Projekte abgelehnt wurden, werden sofort benachrichtigt. Für die anderen wird ein Vertrag vorebereitet und an die Projektleiter zur Unterzeichnung durch den Vertragsnehmer gesandt.


1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte der Mittelempfänger

Für alle Fördermaßnahmen im Rahmen von COMETT gilt, daß die Projektleiter (auch APHW werden als Projekt verstanden) zu Abschlußberichten an die Kommission verpflichtet sind. In den Programmteilen Ba
(integrierte Studentenpraktika), Bc (Personal austausch) und Ca (kurze Intensivkurse) müssen die Projektleiter außerdem einen Zwischenbericht vorlegen, der u.a. die an den Aktivitäten beteiligten Personen aufführt. Die an Austauschaufgaben beteiligten Personen sind zu Berichten über den Verlauf und die Ergebnisse des Austauschs verpflichtet.


 Auch die beiden COMETT-Informationszentren sind zu jährlichen Berichten über ihre Aktivitäten verpflichtet und zwar sowohl an die Kommission als auch an das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, da sie von beiden Stellen finanzielle Unterstützung für ihre Aufgaben erhalten. Die veröffentlichten Sachberichte enthalten jedoch keine Mittelnachweise über die Verwaltungskosten.

1.8.2 Statistische Übersichten


Die Verwendung der Mittel für die Verwaltung, Information und Evaluation wird ebenfalls nicht publiziert.

1.8.3 Evaluierung


In der Bundesrepublik Deutschland hat das BMBW das COMETT-Informationszentrum beauftragt, diesen Bericht in enger Zusammenarbeit mit dem BMBW zu erstellen. Ein erster Entwurf wurde Mitte Februar mit Vertretern von Hochschulen, der Wirtschaft der Gewerkschaft, der APHW, der KMK, HRK, des COMETT-Informationszentrums und des BMBW diskutiert. Ende Februar wurde der überarbeitete Bericht der Kommis-
sion vorgelegt und soll in die weitere Arbeit der französischen Beratungsfirma einfließen. Es wird damit gerechnet, daß der externe Evaluationsbericht im Juni 1993 vorgelegt wird.


Insgesamt läßt sich sagen, daß die hohen Qualitätsanforderungen bei der Auswahl der Projektrücker, die externe Evaluation und die interne Begleitung (einschließlich der Projektberater bei den Pilotprojekten) ein erhebliches Maß an Kontrolle und kontinuierlicher Überprüfung gewährleisten. Dennoch scheinen die Aktivitäten der laufenden Projekte und APHW noch Aussagen der Kommission eine Art 'Black box' darzustellen.


1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Marktblätter

Deutsche COMETT Informationszentren DAAD und AIIf (Hg.): COMETT - In Kürze. O.O., o.J.
Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung Jugend (Hg.): COMETT. O.O., o.J.
(Kurzdarstellung des COMETT-Programms)

Einen etwas ausführlicheren Überblick über das Programm vermittelt die folgende Broschüre:

COMETT Hochschulkontakt - DAAD (Hg.): COMETT. Programm der Europäischen Gemeinschaft für die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft im Bereich der Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der Technologie. Bonn: DAAD, Februar 1991

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend (Hg.): COMETT II Vademecum


(Situationbericht zur COMETT Antragsrunde 1992)

1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher


Deutscher Akademischer Austauschdienst (DAAD) (Hg.): Verzeichnis der ERASMUS-, LINGUA-, TEMUS- und COMETT-Koordinatoren deutscher Hochschulen. Bonn: DAAD, Januar 1993


Commission of the European Communities, Task Force Human Resources (Hg.): COMETT 1990 Compendium. O.O. (Brüssel), o.J. (1996/97)


1.9.3 Rechenschafts-, Jahres- und Evaluationsberichte


Commission of the European Communities, Task Force Human Resources: Development of COMETT I. Brüssel 1992


Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): Success Stories. Studenten und Dozenten berichten über ihre Erfahrungen mit den EG-Programmen ERASMUS, LINGUA, TEMPUS und COMETT. Bonn: DAAD, Dezember 1992

2. Probleme der Programmdurchführung bei COMETT

2.1 Charakter des Programms

Geht man von dem übergreifenden Ziel des COMETT-Programms aus, nämlich die Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Wirtschaft auf dem Gebiet der Technologie zu fördern, so ist COMETT vom Charakter her ein Dauerprogramm, auch wenn es gewisse Entwicklungsschritte enthält, deren Ziele längerfristig erreicht sein werden. In den Programmteilen A (Ausbildungspartnerschaften zwischen Hochschule und Wirtschaft) und B (Studenten- und Personalaustausch) werden Aktivitäten gefördert, die der Konstruktion und den Aktivitäten der Hochschulkooperationsprogramme im Rahmen von ERASMUS oder LINGUA (Aktion II) vergleichbar sind. Da die COMETT-APHW für ihre Weiterarbeit auf eine Förderung seitens der EG mehr oder weniger angewiesen sind (vgl. auch Punkt 2.6), wird der Dauercharakter des Programms verstärkt.


2.2 Programmiert er organisatorischer Aufwand

Der hohe organisatorische Aufwand der Antragstellung, insbesondere der Umfang der nötigen Vorarbeiten, ist häufig beklagt worden und hat es schwierig gemacht, die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als eine der Adressatengruppen des Programms mit einzubeziehen. Die Beteiligung der KMU über Mittlerorganisationen (z.B. technische Vereinigungen) konnte hier Hilfestellung schaffen, doch wurde festgestellt, daß das Verhältnis von Aufwand und Förderung in anderen nationalen Programmen oft weitaus günstiger ist als im COMETT-Programm. Das legt bei der Beteiligung größerer und großer Unternehmen im Umkehrschluß den Verdacht auf eine Tendenz zu sogenannten Mitnahmeeffekten nahe.


2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission

Im COMETT-Programm hat der Beratende Ausschuß ein explizites Mitspracherecht (Veto-Recht mit aufschiebender Wirkung) nur bei Projekten, die eine Förderung aus EG-Mitteln von über 100.000 ECU bekommen sollen. Dennoch hat der Ausschuß eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der großen Programmlinien und der Schwerpunktsetzung in den einzelnen Antragsrunden und wird dazu auch von der Kommission gehört.

a) Erhält die Kommission zu wenig Feedback von den Mitgliedstaaten?


- Den nationalen COMETT-Informationszentren (DAAD und AIF) werden beratende und empfehlende Funktionen gegenüber der Kommission zugestanden, die diese in Form von Empfehlungen und Vorschlägen auch wahrnehmen. Es läßt sich allerdings nicht konkretisieren, ob dieses Initiativrecht Auswirkungen auf die Struktur der Programmgestaltung hat.


b) Werden nationale Belange in der Umsetzung und Durchführung des COMETT-Programms hinreichend an die Kommission herangetragen?

Diese Frage ist sicherlich zu bejahen, da nicht nur die Kommission sich aktiv um Informationen über die nationalen Belange und Probleme bemüht, sondern auch die deutschen COMETT-Informationszentren und die Ausschußvertreter initiativ werden. Darüber hinaus hat die COMETT-Expertengruppe zwei deutsche Mitglieder.

Der Ausschußvertreter des Bundes sieht es als eine seiner wesentlichen Aufgaben an, die Abstimmung zwischen den beteiligten Instanzen und Personen zu fördern und dafür zu sorgen, daß die Bundesrepublik Deutschland möglichst gut im COMETT-Programm vertreten ist. Er betont allerdings den nur begrenzten Einfluß, da bei der Antragsentscheidung der Wissensvorsprung der Kommission und des Technischen Unterstützungs büros zu groß sei. Durch einen engen Kontakt zu den deutschen Mitgliedern in der Expertengruppe könnte dieser Nachteil jedoch ein wenig ausgleichen werden.

c) Kommt die nationalen Belange zu kurz, wenn sie nicht mit Entscheidungskompetenzen verbunden sind?

2.4 Mehrstufigkeit der Stipendienvergabe


2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

Die Einführung und Ausweitung der Pool-Verfahren in einigen Programmteilen von COMETT (Ba, Bc, Ca) war nach Aussagen aller Beteiligten eine wesentliche Erleichterung in der Durchführung.

Die gemeinsamen Aus- und Weiterbildungsprojekte (Programmteil Cb) sollten nach Meinung der Kommission straffer organisiert und in sektorielle Netze gegliedert werden. Außerdem scheint die Umsetzung der Ergebnisse (Transfer, Marketing) bei diesen Projekten nicht immer aufreißendstendig gelöst zu sein.


Insgesamt hat sich gezeigt, daß aufgrund der hohen Qualitätsanforderungen an die Anträge die Beratungsarbeit der nationalen Informationsszentren sehr intensiv und zeitaufwendig ist. DAAD und AlF haben damit begonnen, einen Erfahrungsaustausch zwischen den Informationsszentren der Mitgliedstaaten (und der EFTA-Länder) zu organisieren, um den Informationsaustausch zu verbessern und die Beratungsarbeit (einschließlich der Hilfestellung bei der Partnersuche) zu effektivieren. Die AlF schlägt außerdem die Einrichtung eines regelmäßigen und institutionalisierten Treffens der nationalen Informationsszentren vor. Angesichts der alleinigen Durchführungskompetenz der Kommission ist es nicht immer leicht, nationale Lücken in der inhaltlichen und/oder geographischen Beteiligung allein durch Beratung, Information und Werbung für das Programm zu schließen.

2.6 Größensordnung der finanziellen Förderung


Um die Bewilligungsquoten im B-Teil des COMETT-Programms zu verbessern, hat die Kommission in der Antragsrunde 1992 den Vorschlag gemacht, einen Teil des für Be vorgesehenen Budgets - dieser Programmanteil wurde der Antragslage zufolge nicht ausgeschöpft - nach Ba zu transferieren. Der Ausschuß hat diesem Vorschlag zugestimmt, so daß mehr integrierte Studentenpraktika bewilligt werden konnten. Andererseits weist diese Entwicklung aber auch darauf hin, daß die Förderung des Personalaustauschs (Be) verbessert werden muß.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung


Wichtige Kooperationsaktivitäten auf nationaler Ebene, die ich identifizieren konnte, waren folgende:
- eine enge Kooperation der beiden nationalen COMETT-Informationszentren miteinander bei gleichzeitiger Aufgabenteilung (Hochschulseite: DAAD; Unternehmensseite: AiF);
- eine enge Kooperation zwischen dem Ausschußvertreter des Bundes und den nationalen COMETT-Informationszentren;
- eine enge Kooperation des Ausschußvertreters des Bundes mit den beiden deutschen Mitgliedern in der COMETT-Expertengruppe.

Densgegenüber hat sich die Abstimmung mit den Vertretern der Länder im Beratenden Ausschuß als weniger eng herausgestellt. Ein Problem mag dabei der häufige Wechsel der Personen gewesen sein, die diese Funktion für die Länderseite wahrgenommen haben. Abstimmungen finden eher telefonisch und am Rande der Ausschußsitzungen als im Rahmen von zusätzlichen Treffen statt. Da jedoch bezüglich der Weiterfinanzierung der APHW ein stärkeres Engagement der Länder nachgefragt wird, wäre mittelfristig die Rolle des Ländervertreters genauer zu klären.
2.8 Information, Transparenz, Evaluation

Generell läßt sich sagen, daß die informationslage über die Entwicklung des COMETT-Programms sowie die kontinuierliche Evaluation und Begleitung gut sind. Dagegen wird die Transparenz insbesondere der Antragsverfahren und der Aktivitäten in laufenden Projekten teilweise bemängelt.


Die Transparenz des Antragswesens bei COMETT scheint dagegen ein Problem zu sein, über das sich nicht nur die Kommission beklagt. Aufgrund der Durchführung des Programms seitens der Kommission erhalten die beteiligten nationalen Instanzen nicht durchgängig Informationen über die Antragslage aus ihrem Land. Es ist nicht vorgesehen, daß Antragsteller Kopien ihrer Anträge an die Kommission auch an die beteiligten deutschen Stellen (Ausschüssevertreter und/oder Informationszentren) senden.

Auch klagt die Kommission darüber, daß die Anträge häufig inhaltliche Aspekte zugunsten der organisatorischen und Durchführungsaspekte vernachlässigten oder umgekehrt, so daß sich ein Problem bei der Qualitätssicherung ergeben. Insbesondere erlaubten die Pool-Verfahren nur wenig Einblick in die Emshäftigkeit des Antrags bezüglich der Anzahl der Austauschplätze (die beantragte Zahl der Plätze ist in einigen Anträgen überproportional hoch), die Sicherstellung der Betreuung und der Management der Plätze. Die Antragsteller vernachlässigten darüber hinaus oft klare Aussagen zur Rolle des Partner, zu den Marketing-Verfahren und der Verbreitung der Ergebnisse sowie zum Management des Projekts. Diese Probleme ergeben sich, obwohl die zielgerichtete Verwendung der Poolmittel in den Programmtellungen Ba und Be auch nachgewiesen werden muß. Andererseits klagen die beteiligten Projekte über das aufwendige Berichtsverfahren, das redundant Antworten und Darstellungen produzieren. Die von den erfolgreichen Antragstellern verfaßten Berichte sind vielfach positiv, weil befürchtet wird, andernfalls keine weiteren Verträge bzw. die angestrebte Vertragsverlängerung zu bekommen.


2.9 Controlling


2.10 Information und Beratung

Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, ist es mit Hilfe von Sondermitteln der Kommission und durch ein intensives Engagement der beiden deutschen Informationszentren gelungen, die neuen Bundesländer am COMETT-Programm zu beteiligen. Dennoch bleiben im Bereich der Information und Beratung Herausforderungen bestehen.

Zu Beginn der Laufzeit von COMETT II hatte die Kommission eine Analyse der COMETT-Entwicklung erstellt, die auch auf Schwächen in der Kommunikation und Beratung hinwies. In der Folge wurde ein positiver Maßnahmenkatalog erstellt, zu dem alle Mitgliedstaaten eine Stellungnahme erarbeiteten. Für die Bundesrepublik Deutschland wurden dabei geographische Lücken, Lücken in der Beteiligung antragsberechtigter Einrichtungen und fachliche Lücken konstatiert:


Mit dem gezielten Auf- und Ausbau von elektronischen Informationskanälen (e-mail und Datenbanken) ist eine Verbesserung der Kommunikation erreicht worden. Die mittlerweile bestehenden Möglichkeiten in diesem Bereich kommen auch den Praktikumsbetreuern im Rahmen der APHW zugute. Bei einem Vergleich der deutschen Beteiligung an COMETT I und an COMETT II läßt sich insgesamt sagen, daß sich die Beratung wesentlich verbessert und in der Folge zu einer besseren Qualität der Anträge geführt hat. Mit der Antragsrunde 1992 ist die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an den Aktivitäten des COMETT-Programms in etwa gleich hoch mit der Beteiligung Frankreichs und Großbritanniens.

2.11 Andere Probleme

Zum Abschluß sind noch drei Problemkreise anzuführen, die in ähnlicher Form auch in anderen EG-Programmen auftreten. Es handelt sich hierbei um einen Problemtypus, bei dem es um die Frage der Kompatibilität spezifischer nationaler (hier deutscher) Strukturen mit dem Aufbau der Programme geht.


b) Das COMETT-Programm definiert Hochschulen im weitesten Sinne als Einrichtungen, die sich mit Ausbildung auf post-sekundärem bzw. tertiärem Niveau befassen. Damit sind in einigen EG-Mitgliedstaaten auch Einrichtungen im Rahmen von COMETT antragsberechtigt, die in der Bundesrepublik dem dualen System der beruflichen Bildung zugeordnet sind. In Frankreich sind z.B. die Kammern Schlüsselinstitutionen bei der Beteiligung an COMETT-Programm. Die AIF berichtet, daß es bisher sehr schwierig war, die deutschen Kammern für eine Teilnahme an COMETT-Programm zu interessieren. Zwar sind auch in der Bundesrepublik Deutschland die Kammern und Berufsakademien antragsberechtigt, doch übernehmen sie eher die Rolle von Projektmitarbeitern als von Koordinatoren. Hinsichtlich der Rolle der Berufsakademien besteht zudem weiterhin das Problem der Definition des Begriffs "Hochschule". So ist immer wieder die Fra-
ge einer Zuordnung bestimmter Einrichtungen zum Kreis der Antragsberechtigten zu klären. Das aber erschwert wiederum die Kompatibilität möglicher Partner in den COMETT-Aktivitäten.

c) Vereinfacht läßt sich sagen, daß das COMETT-Programm eine dreiteilige Struktur hat: a) APHW und daraus erwachsende Netzwerke; b) Mobilität und Austausch; c) Durchführung von Kursen und Projekten. Die Anordnung ist schwerpunktmäßig so, daß die unter (b) und (c) genannten Aktivitäten Gegenstand der APHW sind. Für die deutschen Hochschulen ergibt sich aus dieser Struktur folgendes Problem: traditionell sind Austausch- und Mobilitätsaktivitäten bei den akademischen Auslandsämtern der Hochschulen angesiedelt, dagegen laufen Kurse und Projekte im Bereich der technologischen Aus- und Weiterbildung über die Technologie-Transferstellen der Hochschulen. Bei dieser Konstruktion bleibt die Frage offen, inwieweit sich zwischen beiden Stellen Kooperation ergibt oder Probleme durch Kompetenz- und Zuständigkeitsabgrenzungen entstehen.
DELTA
Forschungs- und Entwicklungsprogramm für Telematiksysteme im Bereich flexibler Lernsysteme und des Fernunterrichts

1. Programmdarstellung
1.1 Ziele und Anlage des Programms
- europaweite Vernetzung von Verwaltungen (ENS);
- Verkehrswesen (DRIVE);
- Gesundheitsfürsorge (AIM);
- flexible Lernsysteme und Fernunterricht (DELTA);
- Bibliotheken;
- linguistische Forschung und Sprachverarbeitung (LRF);
- Telematiksysteme für den ländlichen Raum (ORA).


Die im Rahmen des DELTA-Programms geförderte Forschung und Entwicklung ist in eine komplexe Struktur von Zielsetzungen eingebettet. Den äußeren Kreis bilden die Ziele des dritten Rahmenprogramms für Forschung und Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft. Diese sehen die Förderung gemeinschaftlicher Forschung zur "Stärkung der wissenschaftlichen und technologischen Grundlagen der europäischen Industrie vor, insbesondere in strategischen Bereichen der Spitzenotechnologie, sowie die Unterstützung der Industrie, um sie auf internationaler Ebene wettbewerbsfähiger zu machen. (...) Das Programm für Forschung im Bereich der allgemeinrelevanten Telematiksysteme soll zur Erreichung dieser Ziele beitragen." Der Anhang I des Ratsbeschlusses über das Telematikprogramm legt diesen Ziele fest, die den zweiten Kreis bilden und für alle sieben Unterprogramme des Telematikprogramms gültig sind:
- "Bei der Verfolgung der im ... Rahmenprogramm festgelegten allgemeinen Ziele soll insbesondere der Bedarf für Management und Übermittlung elektronischer Daten als Folge der Völligung des Europäischen Binnenmarktes Berücksichtigung finden. Dieser Bedarf wird in Zusammenarbeit mit den Benutzern ermittelt: Behörden, Unternehmen der Fertigungs- und Dienstleistungsinbranzen, akademische Einrichtungen und Einzelpersonen.
- Die Tätigkeiten sollen vorwettbewerblicher und pränormativer Art sein und schweizumpunktmäßig darin bestehen, Möglichkeiten für die Kommunikationsfähigkeit zwischen einzelstaatlichen Systemen sowie für die Festlegung von Normen, Architekturen und Funktionspezifikationen zu schaffen. Im Rahmen der Tätigkeiten werden Fragen wie Benutzerzufriedenheit, Sicherheit und Vertraulichkeit behandelt.
- Die Tätigkeiten werden auch Pilotvorhaben und Demonstrationsysteme umfassen, wenn nachgewiesen werden kann, daß Technologien überprüft und Normen für die Kommunikationsfähigkeit demonstriert werden müssen, und wenn breites Interesse für alle Mitgliedstaaten besteht. (...)"

Übersicht 9: Zielsetzungen des DELTA-Programms

"Die Arbeiten dieses Bereichs (d.i. das DELTA-Programm; BK) ... gliedern sich in drei interaktive Abschnitte: Erarbeitung von Einsatzstrategien, Entwicklung von Technologien und Systemen, Validierung und Integration der Dienste." Für den ersten Abschnitt sind folgende Zielsetzungen angegeben:

- "Unter Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Benutzergruppen und der technologischen Möglichkeiten werden die verschiedenen Optionen zur Deckung des Bedarfs ermittelt. Die notwendigen Maßnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten beim Einsatz von Ausbildungstechnologien sind festzulegen.

- Systemtechnische Arbeiten sind notwendig, die ... dazu beitragen, im Konsensverfahren Spezifikationen und Funktionsnormen festzulegen, um dem Bedarf der verschiedenen Zielgruppen, Produzenten von Lehrmaterial und Anbietern von flexiblen und Fernunterrichtsdiensten gerecht zu werden.

- Die Arbeit konzentriert sich auf die Entwicklung von Produktionsmethoden für multimediale Lehrmittel, die auf verschiedenen Systemen einsetzbar sind, um die grenzüberschreitende Verwendung mit Unterstützungs- und Fernbetreuungsverfahren für verschiedene Benutzergruppen zu ermöglichen."

Für den zweiten Abschnitt sind folgende Zielsetzungen angegeben:

- "Die Arbeiten dienen der Entwicklung der notwendigen Technologien zur Einrichtung eines flexiblen, effizienten, modularen und dialogfähigen Telematikdienstes für Direkt- und Fernunterricht.

- Hierzu müssen Informations- und Kommunikationstechnologien, Gerätekonfigurationen und Protokolle integriert und angepaßt werden, um Anwendungen der Aus- und Fortbildung zu entwickeln. Dabei sind die Kompatibilität und Portabilität der verschiedenen Systeme für die potentiellen Nutzer zu gewährleisten, seien es Schüler, Autoren, Betreuer, Produzenten oder auch nur Interessenten, die Informationen über Unterrichtsdienste zu erhalten wünschen."

Für den dritten Abschnitt sind die folgenden Zielsetzungen angegeben:

- "Wichtig ist die Leistungsbewertung der verschiedenen Dienste und möglichen technischen Konfigurationen. Durch Versuche in realem Umfeld kann der Mehrwert ermittelt werden, der sich aus der Verwendung verschiedener Systeme mit neuen Technologien zur Ausbildung, Information und Betreuung der Benutzer ergibt.

- Mit diesen Versuchen werden die komparativen Vorteile und die Leistung im Verhältnis zu den Kosten ermittelt, die die verschiedenen Konfigurationen von flexiblen Fernunterrichtssystemen für verschiedene Benutzergruppen bieten."


- die Flexibilität als Verbesserung der Anpassungsfähigkeit von Lernsystemen an unterschiedliche Bedürfnisse, Lernmuster und Lernumgebungen mit Hilfe von Medienkombinationen;
- die Zugänglichkeit als Förderung der Lernfähigkeit zu jeder Zeit und an jedem Ort;
- die Unterstützung des Lernens als Entwicklung geeigneter Infrastrukturen, um die Aktivitäten von Lernenden, Lehrenden und Kursentwicklern zu unterstützen und zu erleichtern.


b) Harmonisierung von Technologien, Systemen und Infrastrukturen und ihre Anpassung zur europaweiten Vermittlung von Lernangeboten im Hinblick auf die interoperabilität und den Zusammenhang sowie die europaweite Anwendbarkeit von Lernmaterial.


e) Erhöhung der Wahrnehmung und Förderung des Konsenses über den Gebrauch von Lernmedien im Hinblick auf die Herstellung eines Rahmens für die Diskussion und Kommunikation der beteiligten Akteure, die Erprobung von Telekommunikationsnetzwerken für die Informationsausstausch, die allgemeine Verbreitung von Informationen, die Verbreitung von Standards und Leitlinien.

1.2 Entwicklung des Programms

1.2.1 DELTA-Pilotphase


Die fünf Aktionslinien der DELTA-Pilotphase waren experimentell und vorwettbewerblich orientiert und betrafen die gemeinsame Entwicklung von Hardware, Software und Infrastrukturen für Telematiksysteme auf den Gebieten des flexiblen Lernens und des Fernunterrichts. Gefördert wurden Projekte zu folgenden Themen und Fragestellungen:
**Aktionslinie I:** Forschung auf dem Gebiet flexibler Lernsysteme, Förderung der europäischen Zusammenarbeit, Vernetzung und Verbreitung von Ergebnissen mit dem Ziel des optimalen Einsatzes von Gemeinschaftsressourcen für die Weiterentwicklung der Lerntechnologien. Im einzelnen wurden gefördert:
- der Aufbau einer europäischen Vereinigung für Lerntechnologien (ELTA), an der alle an der Entwicklung von Lerntechnologien beteiligten Personen mitwirken;
- die Durchführung von Workshops und Konferenzen zur Förderung des Informationsaustauschs;
- die Organisation einer jährlichen DELTA-Konferenz;
- die Durchführung von Marktanalysen zur Identifikation des gemeinsamen Bedarfs und der technischen Anforderungen an flexible Lernsysteme und Fernunterricht;
- der Aufbau von Publikationsverfahren und Datenbanken zu neu entstehenden Lerntechnologien, deren Anwendungen, Standards und Ergebnissen; die Einrichtung eines Netzwerkes europäischer Autoren von Lernprogrammen; Verbesserung des Know-how's in Europa im Hinblick auf die Erarbeitung multimediales Lernmittel.

**Aktionslinie II:** Unterstützungssysteme und Kompatibilität von Hardware und Software, Kooperation bei der Entwicklung fortgeschrittener Lernsysteme. Im einzelnen wurden gefördert:
- die Weiterentwicklung der Flexibilität und Kompatibilität des Lernmaterials und der Hardware-Ausrüstungen; Erstellung einer Reihe von Ausbildungsprototypen auf europäischer Ebene;
- die Herstellung von Nutzerfreundlichkeit mit Hilfe intelligenter und dialogischer Systeme für die verschiedenen Stufen des Lernprozesses, On-line-Verbindungen, Systeme für die zeitgleiche Nutzung an mehreren Lernorten, Verbesserung der Interaktion der Lernenden untereinander und zwischen Lehrenden und Lernenden;
- Untersuchungen zur Entwicklung des Prototyps einer multimediales Datenbank mit verschiedenen Speicher- und Zugriffsmöglichkeiten;
- die Herstellung von optimalen Möglichkeiten für Autoren bei der Erarbeitung qualitativ hochwertiger und multimediales Unterrichtsmaterialien und die Schaffung eines entsprechenden Umfeldes;
- die Verbesserung der Flexibilität bei der Erarbeitung und Produktion von Lernsystemen und Kursmaterial (Lösung von Sprachproblemen, Anwendungsproblemen, Kompatibilität der Hardware).

**Aktionslinie III:** Stimulierung eines europäischen Marktes für flexible Lernsysteme und Fernunterricht (Test und Validierung von Kommunikation und SOFT, d.i. Satellite Based Open Facility for Testing). Im einzelnen wurden gefördert:
- die Identifikation von Infrastrukturen und Einrichtungen für die Anwendung von Telekommunikation im Bildungsbereich; experimentelle Nutzung von ISDN und DBS (satellitengestützte Bildungseinrichtungen und Satellitenkommunikation);
- Machbarkeitsanalysen im Hinblick auf die Errichtung eines europäischen Satellitennetzwerks im Bildungsbereich; Erprobung und Bewertung der Effizienz fortgeschrittener Informationstechnologien in offenen Lernsystemen;
- die Verbesserung der On-line-Interaktion, der pädagogischen Methoden und der Übermittlungsmethoden (z.B. Audio-Video-Konferenzen);
- die Durchführung von Experimenten zur Identifikation des Bedarfs bei der Aufteilung von Entwicklung und Produktion;
- die Untersuchung des Potentials für die Lehrgangskreditierung und für verteilte Datenbankdienste über Satelliten im Rahmen eines Bildungsdienstes;
- die Bildung von Gruppen europäischer Satellitenutzer, die auf bestehende Einrichtungen zurückgreifen oder darauf aufbauen und neue interessierte Nutzer einbeziehen; Software spezifikation, bildungsbezogene und technische Anforderungen an ein privates, satellitengestütztes Sprach- und Datennetz.

**Aktionslinie IV:** Standardisierung von Lernmedien, Kommunikationsfähigkeit von Lernsystemen (Integrabilität). Im einzelnen wurden gefördert:
- die Identifikation gemeinsamer und standardisierter Systeme zur Entwicklung von Lernmaterial und zum Aufbau von Lernumfeldern;
- die Identifikation von Kriterien für die Qualitätsbewertung von Lernmaterial und Lernumfeldern; Einbeziehung und Änderung bestehender Normen, Festlegung neuer Anforderungen an Normen;
- die Entwicklung von Kommunikationsverfahren für die Anwendung von Telekommunikation im Bildungsbereich und deren Vernetzung;
- die Erarbeitung von Empfehlungen für die Definition europäischer Normen im Bereich der Informationsdarstellung, der Benutzerschnittstellen, der Anwendungs- und Austauschprotokolle;
- die Erarbeitung von Empfehlungen für standardisierte Design-Methoden und Vorgehensweisen, um den Transfer von Lernmaterial zu unterstützen (Marktintegration).
Aktionslinie V: Schaffung günstiger Voraussetzungen durch Untersuchung der Rahmenbedingungen im Hinblick auf die Identifikation des Bedarfs der Nutzer unter besonderer Berücksichtigung regionaler und sektoraler Aspekte sowie kleiner und mittlerer Unternehmen, Identifikation von Optionen zur Steuerung der Angebote seitens der Industrie. Im einzelnen wurden gefördert:
- die Analyse des Ausbildungsbedarfs kleiner und mittlerer Unternehmen im Bereich der Spitzentechnologie (in Portugal und Frankreich);
- die Identifikation von Modellen guter Praxis, Verbreitung der Ergebnisse von Fallstudien;
- die Identifikation von internationalen und strukturierten Angeboten im Hinblick auf die Zertifizierung von Qualität;
- die Identifikation von Herausforderungen bei der Anwendung von Lernmethoden in kleinen und mittleren Unternehmen sowie in wenig entwickelten Regionen (vier Testregionen); Entwicklung von Interventionsstrategien;
- die Analyse und Bewertung der Rolle von Regierungen (finanzielle Förderung, Einrichtung von Stützpunkten) und der Chancen für die Stimulierung von flexiblen Lernsystemen und E-Learning.

Die für die DELTA-Pilotphase angesetzten Mittel in Höhe von 20 Mio. ECU verteilen sich auf die einzelnen Aktionen wie folgt:

Tabelle 11: Verteilung der Finanzmittel für die DELTA-Pilotphase 1988 bis 1990 (in ECU und in Prozent)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktionslinie</th>
<th>Betrag (in Mio. ECU)</th>
<th>Prozentsatz</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Aktionslinie I</td>
<td>2,10 Mio.</td>
<td>(10,5%)</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktionslinie II</td>
<td>9,80 Mio.</td>
<td>(49,0%)</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktionslinie III</td>
<td>2,70 Mio.</td>
<td>(13,5%)</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktionslinie IV</td>
<td>2,30 Mio.</td>
<td>(11,5%)</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktionslinie V</td>
<td>0,85 Mio.</td>
<td>(4,3%)</td>
</tr>
<tr>
<td>Personalkosten</td>
<td>1,69 Mio.</td>
<td>(8,5%)</td>
</tr>
<tr>
<td>Verwaltung</td>
<td>0,56 Mio.</td>
<td>(2,8%)</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>20,00 Mio.</td>
<td>(100,0%)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

In der DELTA-Pilotphase wurden aus 160 Anträgen schließlich 30 Projekte zur Förderung ausgewählt. Von diesen 30 Projekten wurden drei von deutschen Einrichtungen koordiniert. Insgesamt war die Bundesrepublik Deutschland mit 21 Partnern an 14 Projekten beteiligt. Voraussetzung für die Antragstellung war die Bildung von Projektkonsortien mit mindestens zwei Einrichtungen aus zwei verschiedenen Mitgliedsstaaten, von denen mindestens eine ein Wirtschaftsunternehmen sein und eine weitere einen Schwerpunkt im Lernbereich haben musste. Angesprochen waren deshalb insbesondere auch Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.


1.2.2 Die zweite Phase


1.3 Fördermaßnahmen

Das DELTA-Programm ist durch den Ratsbeschuß und die im Anhang zum Ratsbeschuß enthaltenen Durchführungsbestimmungen für seine gesamte Laufzeit in den Grundzügen festgelegt. Potentielle Antrag-


**Forschungsschwerpunkt I: Implementationsstrategien und Szenarios**

Im Rahmen dieses Forschungsschwerpunkts sollen Strategien und Szenarios entwickelt werden, um die Vor- aussetzungen dafür herzustellen, daß flexible Lernsysteme, Systeme für den Fernunterricht und Telematikdienste auf transneuropäischer Ebene optimal vom Markt aufgenommen und implementiert werden. Um dieses Ziel zu erreichen müssen drei Bedingungen erfüllt werden:

- Analyse der Nutzerbedürfnisse und der Marktanforderungen (soziale und organisatorische Aspekte, Akzeptanz, Folgen) zur Aufstellung eines Implementationsplans;
- Identifikation und Entwicklung eines gemeinsamen Modells für die Evaluation and Bewertung technologiegestützter Lernens, um konkrete Empfehlungen und Leitlinien vorzuschlagen;
- Errichtung eines Netzwerks von Akteuren (Ausbilder, Manager, Träger), um die technologische Weiterentwicklung zu fördern, die Wahrnehmung von Möglichkeiten durch potentielle Nutzer zu steigern und Informationen und Standards zu verbreiten.

Die Aufgaben der Projekte, die im Rahmen dieses Forschungsschwerpunktes gefördert werden, sind wie folgt definiert:

- Marktanalysen und Implementationsplanung der Telematikdienste für flexible Lernsysteme und Fernunterricht;
- Evaluation und Bewertung der Lerntechnologien;
- Schaffung von Infrastrukturen für die Diskussion und den Austausch zwischen Akteuren und Informationsmöglichkeiten.

**Forschungsschwerpunkt II: Technologie- und Systementwicklungen im Rahmen einer gemeinsamen Ausbildungskonzeption**

Im Rahmen dieses Forschungsschwerpunkts sollen kosteneffektive und leistungsstarken Technologien für flexibles Lernen und Fernunterricht mit dem Ziel der multifunktionalen Anwendbarkeit von Hardware und Software entwickelt werden. Die Integration und vielfältige Anwendbarkeit der verschiedenen Elemente soll durch eine gemeinsame Ausbildungskonzeption ('Common Training Architecture') sichergestellt werden, die die Anforderungen verschiedener Ausbildungskonfigurationen und Lernumfelder berücksichtigt, angefangen von Nutzern, die zu Hause arbeiten und Zugang zu örtlichen Ressourcen-Zentren haben, bis hin zu Europa-weiten Konfigurationen, die sich auf hochentwickelte Telekommunikationsmöglichkeiten stützen. Dabei sind die unterschiedlichsten Aspekte von Produktion, Distribution und Ausführung miteinbezogen. Um diese Ziele zu erfüllen, sollen flexible Systeme entwickelt werden, die folgenden Anforderungen genügen:

- Kompatibilität und Konvergenzmöglichkeiten von Hardware und Software;
- Verbesserungen im Design und des Produktionsprozesses;
- verbesserte Akzeptanz durch die Nutzer;
- verbesserte Akzeptanz durch das Management;
- verbesserte Akzeptanz der Fernunterrichtsangebote.
Die Aufgaben der Projekte, die im Rahmen dieses Schwerpunktes gefördert werden, bilden die Elemente der gemeinsamen Ausbildungsarchitektur und sind wie folgt definiert:
- Entwicklung und Produktion von modular strukturiertem Lernmaterial;
- integrierte, multimediale Simulationssysteme;
- Entwicklung eines Ausbildungsinformationssystems;
- Errichtung eines Netzwerks von betrieblichen und außerbetrieblichen Ausbildungszentren;
- Unterstützungsaufgaben für Lehrende und Lernende;
- Entwicklung fortgeschrittener interaktiver Kommunikationssysteme für den Fernunterricht.

**Forschungsschwerpunkt III: Experimente zur Validierung und Integration**

Im Rahmen dieses Forschungsschwerpunktes werden eine Reihe von Pilotprojekten und Versuchsreihen gefördert, die innerhalb eines koheranten Evaluationsrahmens folgende Aspekte validieren sollen: den technologischen Ansatz der DELTA-Projekte, die Implikationen des Ansatzes der Projekte für die Logistik und das Management, die Anwendbarkeit und Effizienz der didaktischen Ansätze und dazugehöriger Technologien, Kostenfaktoren und die Aufnahme der integrierten Dienste durch den Markt. Die Projekte sollen einen Beitrag leisten zur
- Erprobung und Validierung unterschiedlicher Technologiekonfigurationen, um eine optimale Unterstützung für die Nutzer (Manager, Designer, Autoren, Lehrende, Lernende) zu erzielen;
- Implementierung geeigneter Infrastrukturen;
- Verstärkung der Kooperation zwischen europäischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen;
- Herstellung besserer Lernmöglichkeiten;
- Analyse von Marktcharakter.

Die Aufgaben der Projekte, die im Rahmen dieses Schwerpunktes gefördert werden, sind wie folgt definiert:
- Errichtung von Systemen für die gemeinsame Entwicklung und Herstellung von Kursen;
- Entwicklung eines europäischen Kursystems;
- Entwicklung von Systemen für den Zugang zu Fernunterrichtsmaterialien (Lehr- und Lernmittel).


Mit Mitteln des DELTA-Programms werden neben der direkten Projektförderung auch flankierende Maßnahmen finanziert, die die programminterne Kommunikation, die wissenschaftliche Begleitung und kontinuierliche Bewertung der erreichten Fortschritte fördern sollen. Zu diesen Maßnahmen gehören:
- die Durchführung von Seminaren, Workshops und wissenschaftlichen Konferenzen;
- die internationale Koordinierung der Aktivitäten durch die Bildung integrativer Arbeitsgruppen;
- die Konzeption und Durchführung multidisziplinärer Ausbildungsprogramme in fortgeschrittener Technologie;
- die Förderung der Anwendung und Nutzung von Ergebnissen;
- die unabhängige wissenschaftliche und strategische Evaluation der geförderten Projekte und des Programms insgesamt.


Neben diesen projektbezogenen Konzertierungsstreffen werden im Rahmen des DELTA-Programms konzertierte Aktionen gefördert, die für einen größeren Kreis von Teilnehmern offen sind. Die konzertierten Aktionen dienen der Koordinierung von DELTA-Projekten und Initiativen und Projekten in den Mitgliedstaaten im selben Bereich. Deshalb werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, offizielle Repräsentanten zu den

a) Wirtschaftlichkeit und Kostenanalyse von Fernunterricht;
b) pädagogische Forschung zu Lernstilen und Lernstrategien, zu kognitiven Fragen und Design-Prinzipien des Fernunterrichts und flexibler Lernsysteme;
c) Einbeziehung von Nutzern in die Konzertierungsaktivitäten.

Im Rahmen der konzertierten Aktionen wurden zweitens Studien und Workshops über Design- und Produkionsfragen, Fragen der Telekommunikation und über interagierende Kabelnetze durchgeführt. Außerdem wurden besondere Aktivitäten initiiert, um die Forschung und Entwicklung im Rahmen des DELTA-Programms mit der Entwicklung nationaler Netze besser zu integrieren und Entwicklungsprozesse anzuwenden.


1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl

Mit einem Projektantrag können sich Konsortien bewerben, die aus mindestens zwei Partnern aus verschiedenen EG-Mitgliedstaaten bestehen. Mindestens einer der Partner muß ein Wirtschaftsunternehmen sein, und mindestens ein Partner muß in der Regel einen Schwerpunkt im Bildungsbereich haben. Antragsberechtigt sind:
- Hochschulen,
- außeruniversitäre Forschungseinrichtungen,
- die Fernmeldeverwaltung,
- Unternehmen der Telekommunikationsindustrie,
- Industrieunternehmen, die Nutzer von Telekommunikation sind,
- Verlage,
- Anbieter von Telematik-Diensten,
- kleine und mittlere Unternehmen.


Die Arbeitspläne der Projekte orientieren sich am Arbeitsplan der Kommission für das DELTA-Programm. Jedes Projekt muß sich einem der Forschungsschwerpunkte und mindestens einer der darunter genannten Aufgaben zuordnen und den Antrag entsprechend begründen:
- Bedeutung des Vorhabens,
- Darlegung dessen, was erreicht werden soll,
- Darlegung des technischen Ansatzes, d.h. wie die Ziele erreicht werden solle, Identifikation von erwarteten Resultaten und Zwischenschritten.

Ein Projektkonsortium kann neben den aktiv beteiligten Partnern auch Sponsoren als Mitglieder haben. Diese sind nicht an der Forschung und Entwicklung beteiligt, stellen aber zusätzliche Ressourcen - z.B. in Form weiterer Finanzmittel, durch die Bereitstellung von Testfeldern zur Erprobung der Projektergebnisse, durch zusätzliches Personal - zur Verfügung.

Bei der Auswahl der Projekte werden eine Reihe von allgemeinen Kriterien zugrundegelegt, die durch spezielle Kriterien für diejenigen Teile des Projektkonzepts, die anonym von unabhängigen Evaluatoren beurteilt werden, ergänzt sind. Die Kommission achtet schwerpunktmäßig auf die folgenden Elemente der Projektanträge:
- Übereinstimmung mit den Zielen des Programms,
- innovativer Charakter des Vorhabens und der erwarteten Ergebnisse,
- wissenschaftliche und technische Qualität und Originalität,
- Durchführbarkeit,
- grenzüberschreitender und vorwettbewerblicher Charakter des Vorhabens,
- Zusammenschaltung der Partnerschaft,
- wissenschaftliche Qualifikation der Antragsteller,
- industrielle Relevanz.

Von hoher Bedeutung für die Auswahl der Projektanträge sind die Ergebnisse der anonymen technischen Evaluation durch unabhängige Experten. Diese Evaluation berücksichtigt nicht nur die Qualität des be- antragten Projekts, sondern auch seine Konformität zum übergeordneten Arbeitsplan des Programms und den anderen Projekten. Der Verwaltungsausschuß stützt sich bei seinen Entscheidungen auf die Empfehlungen der Experten und beurteilt die Projekte zusätzlich im Hinblick auf die Konformität und Synergie mit den nationalen Gegebenheiten. Die Auswahl geht in mehreren Schritten vorstatten:
- Feststellung der Antragsberechtigung durch die Kommission,
- anonyme technische Begutachtung durch unabhängige Experten,
- anonyme Begutachtung des Projektmanagements nach Bescheinigung der technischen Qualität durch unabhängige Experten,
- Begutachtung des Hintergrunds (Kompetenzen, Qualifikationen) der Konsortialpartner und der Vereinbarungen über die Zusammenarbeit durch unabhängige Experten,
- Begutachtung der beauftragten Kosten durch die Kommission.

Alle unabhängigen Experten, auch Evaluatoren genannt, orientieren sich an denselben Kriterien. Sie sind für jeden der vier zu begutachtenden Bereiche spezifiziert.

(a) Die Kriterien für die technische Begutachtung sind:
- Konformität mit den übergeordneten Zielen des Programms und den im Anhang III des E&F-Rahmenprogramms der Europäischen Gemeinschaft niedergelegten Kriterien;
- Konformität mit den im Arbeitsplan der Kommission niedergelegten Zielen und einzelnen Aufgaben;
- Wettbewerbsfähigkeit und Qualität des technischen Ansatzes;
- Darlegung des zu erwartenden Mehrwerts des Projekts (z.B. technischer Fortschritt, Beitrag zu gemeinsamen Funktionsspezifikationen und Standards),
- Tragfähigkeit der Wissensbasis und Reichweite des Projekts.

(b) Die Kriterien für die Begutachtung des Projektmanagements sind:
- ausgewogener und konsisternder methodischer Ansatz,
- Realismus des Zeitplans, der Allokation von Ressourcen und der Terminierung von Lieferzeiten für Produkte und Ergebnisse,
- klare Zuordnung von Verantwortlichkeiten, insbesondere im Hinblick auf die qualitativ und systemorientierte Kontrolle,
- Verbreitung von Ergebnissen und/oder Pläne zur Herstellung eines repräsentativen Konsensus.
(c) Die Kriterien für die Bewertung der Kompetenz der Antragsteller und Projektpartner sind:
- projektrelevante Erfahrungen der Antragsteller und unmittelbare Einbeziehung der betroffenen Akteure und Nutzer (Nutzer, Anbieter, Betreiber, Zulieferindustrie);
- Fähigkeit der Antragsteller, die beschriebene Arbeit auszuführen und die Ergebnisse zu nutzen;
- Nachweis der Möglichkeit des Zugangs zu Einrichtungen bzw. Anlagen, die die Validierung der Ergebnisse erlauben;
- Kenntnis der sozialen, legalen und regulativen Bedingungen und ihrer Implikationen für die Arbeit (z.B. Datenschutz).

(d) Die Kriterien für die Bewertung der Vereinbarungen über die Zusammenarbeit der Partner sind:
- Verpflichtung, die Forschungsergebnisse anzuwenden, z.B. Darlegung eines Implementationskonzeptes;
- Stabilität der Konsortienvereinbarungen und Darlegung der horizontalen und vertikalen Integration, z.B. transnationale und nutzerorientierte Zusammenarbeit mit Technologien;
- Einbeziehung von Sponsoren als Ausdruck der Bedeutung des vorgeschlagenen Projekts und des Interesses daran.


Um das Ausmaß des Aufwands bei der Antragstellung und beim Vertragsabschluß zu verdeutlichen, sollen an dieser Stelle zusätzlich einige der formalen Bedingungen angeführt werden:
- der Antrag ist in drei voneinander getrennten Teilen abzugeben;
- die einzelnen Teile müssen in bis zu neun gebundenen plus einer ungebundenen Kopie bzw. einer Diskette eingeschickt werden;
- für die Antragstellung sind neun verschiedene Schritte mit neun unterschiedlichen Formularen notwendig;
- der Vertrag enthält neben dem Projektvertrag die allgemeinen Vertragsbedingungen mit weiteren vier Anhängen, denen von allen Partnern zugestimmt werden muß.

1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt

Das Telematik-Programm ist mit insgesamt 376,2 Mio. ECU ausgestattet, von denen 41 Mio. ECU (10,9%) für Personal- und Verwaltungskosten vorgesehen sind. Darüber hinaus ist eine zusätzliche Summe in Höhe von insgesamt 3,8 Mio. für die Verbreitung und Verwertung von Ergebnissen vorgesehen.


1.5.2 Zahl der geförderten Projekte und deutsche Beteiligung

Tabelle 12 zeigt einen Vergleich der Auswahlergebnisse der DELTA-Pilotphase und der zweiten Phase von DELTA für die Bundesrepublik Deutschland.

Tabelle 12: Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am DELTA-Programm im Vergleich Pilotphase und zweite Phase

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Pilotphase (in %)</th>
<th>DELTA II (in %)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Geförderte Projekte insgesamt</td>
<td>30</td>
<td>23</td>
</tr>
<tr>
<td>Davon mit deutscher Beteiligung</td>
<td>14 (46,7 %)</td>
<td>16 (69,6 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>Davon von deutscher Seite koordiniert</td>
<td>3 (10,0 %)</td>
<td>4 (17,4 %)</td>
</tr>
<tr>
<td>Beteiligte Partner insgesamt</td>
<td>240*</td>
<td>209*</td>
</tr>
<tr>
<td>Davon deutsche Partner:</td>
<td>21 (8,8 %)</td>
<td>30 (14,4 %)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Gesamtbudget

Deutscher Anteil am Gesamtbudget in Prozent

Deutscher Anteil am Gesamtbudget in ECU

keine Angaben

10,3 Mio. ECU

* Wenn ein Unternehmen an mehreren Projekten als Partner beteiligt ist, so wurde es entsprechend mehrfach als Partner gezählt.
** Der deutsche Anteil am Gesamtbudget der Pilotphase war nicht exakt festzustellen, weil die Überblicksgrafik des DELTA-Büros keine genauen Zahlangaben enthält.


1.5.3 Umfang der Förderung je Aktivität

Eine Auswertung der Antragsrunde 1991 für das gesamte Telematik-Programm im Hinblick auf die deutsche Beteiligung weist einen Anteil der Bundesrepublik Deutschland von 19,1 Prozent oder 10,3 Mio. ECU am DELTA-Budget auf. Die Laufzeit der bewilligten Projekte beträgt in der Regel drei Jahre. Die Höhe der Förderung pro Projekt ist vertraglich und wird nicht veröffentlicht. Die Kosten für die flankierenden Maßnahmen und die Konzertierungsaktivitäten werden bis zu 100 Prozent aus Programmitteln gedacht. Die Höhe der dafür bereitgestellten Summen ist ebensowenig bekannt wie die Kosten für die Verwaltung und das Budget zur Verbreitung und Verwertung von Ergebnissen.

1.5.4 Deutsche Komplementärmittel


Die nationale DELTA-Kontaktstelle an der Fernuniversität Hagen hat für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben Mittel des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in Höhe von knapp 400.000 DM für die Zeit von April 1991 bis März 1993 erhalten.

1.6 Aufbau des Programms

1.6.1 Funktion der EG-Kommission

Verantwortlich für die Durchführung des DELTA-Programms ist die Kommission der Europäischen Gemeinschaften (vgl. Ratsbeschluss zum Telematikprogramm, Artikel 5). Die zuständige Verwaltungseinheit ist die das Direktorat F der Generaldirektion XIII (Telekommunikation, Informationsindustrie und Innovation).
Innerhalb des Direktorats wurde ein zentrales DELTA-Büro eingerichtet, das für die Durchführung und technische Unterstützung zuständig ist.


1.6.2 Der Verwaltungsausschuß des Telematik-Programms


1.6.3 Das DELTA-Büro


1.6.4 Die DELTA Ad-hoc-Gruppe

1.6.5 Europäische Expertengruppen


1.6.6 Die nationale DELTA-Kontaktstelle


1.6.7 DELTA-Projektkoordinatoren und Projektleiter


1.6.8 Nationale Experten

Den Arbeitsgruppen auf europäischer Ebene vergleichbar, werden auch in den Mitgliedstaaten selbst Workshops durchgeführt und Arbeitsgruppen von Fachleuten und Experten eingerichtet, die sich mit übergreifenden Fragen und Entwicklungsstand im Bereich der Lern- und Bildungs-technologien. Der Kreis dieser Fachleute setzt sich aus deutschen Projektpartnern, Vertretern abgeleiteter nationaler DELTA-Projekte und weiteren Experten zusammen, die für eine eventuelle Beteiligung am DELTA-Programm gewonnen werden sollen oder als Experten bzw. Evaluatoren in Frage kämen. Darüber hinaus bieten diese Treffen Gelegenheit zur Kontaktspende und zur Erfahrungsaustausch mit Experten anderer EG-Programme (SATURN, COMETT, u.a.), bei deren Berührungspunkten zum DELTA-Programm bestehen.

Da nach einer Auswahl der DELTA-Pilotphase eine Unterrepräsentation deutscher Hochschulen - nur die Universität Erlangen/Nürnberg und die Fernuniversität Hagen sind an DELTA-Projekten beteiligt - festgestellt wurde, hat die deutsche DELTA-Kontaktstelle auf Anregung des BMBW sich um eine verstärkte Einbeziehung von Hochschulen auf diesen Treffen bemüht. Vertreter deutscher Hochschulen wurden auch zu Workshops im Rahmen der koordinierten Aktionen nach Brüssel eingeladen. In der jetzigen DELTA II-Phase werden sieben Projekte in Kooperation mit fünf deutschen Hochschulen durchgeführt; zwei Hochschulen sind an zwei Projekten gleichzeitig beteiligt.
1.6.9 Projektpartner

Unternehmen, Hochschulen, öffentliche Einrichtungen und außeruniversitäre Forschungsinstitute, die im Rahmen des DELTA-Programms antragsberechtigt sind, können innerhalb eines Projektkonsortiums verschiedene Funktionen wahrnehmen:

a) als Vertragsnehmer und Projektkoordinator;

b) als einer der Partner mit ganz bestimmten Forschungs- und Entwicklungsauflagen innerhalb des Projekts;

c) als Untervertragsnehmer (z.B. Zulieferbetriebe);

d) als Sponsoren, die für ein Projektkonsortium unentgeltlich Lernorte oder Anwendungsmöglichkeiten zur Erprobung von Entwicklungsergebnissen (Kursmaterial, Prototypen) zur Verfügung stellen und damit potentielle Anwender im Rahmen der Vermarktung der Produkte sind.

Übersicht 10: DELTA - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion XIII, Direktorate F, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel

b) DELTA-Büro, Herr Rosello, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel

Vertreter von deutscher Seite im Telematik-Ausschuß:

c) Bundesministerium für Wirtschaft, Herr Berger, Villemobler Str. 76, 5300 Bonn 1

d) Bundesministerium für Forschung und Technologie, Herr Schütz, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2

e) Vertreter des Bundes in der Delta Ad-hoc-Gruppe: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Frau Dr. Rismondo, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2

Vertreter der Länder in der Delta Ad-hoc-Gruppe: Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Dr. Bode, Völklinger Str. 49, 4000 Düsseldorf 1

f) Nationale DELTA-Kontaktpersonen (bis Ende 1992 zugleich auch Mitglied des Telematikausschusses und weiterhin der Delta Ad-hoc-Gruppe): FernUniversität-Gesamthochschule Hagen, Herr Dr. Seidel, Herr Nickelmane, Postfach 940, 5800 Hagen 1

h) Nationale DELTA-Kontaktpersonen (seit Frühjahr 1993): Deutsche Forschungsanstalt für Luft und Raumfahrt, Herr Diessner, Linde Höhe, 5000 Köln 90

1.7 Ablauf des Programms


Die Anträge werden direkt an die Kommission gerichtet und von DELTA-Büro zunächst auf Vollständigkeit und Einhaltung der formalen Bedingungen geprüft. Die Auswahl der Anträge dauert sechs bis acht Wochen und ist in mehrere Phasen der Bewertung und Beratung aufgeteilt:
Die einzelnen anonymisierten Teile des Antrags werden an die vor der Kommission auf Vorschlag der Mitgliedstaaten zusammengesetzten Evaluatorenteams geschickt.

Die Evaluatorenteams bewerten die Anträge in strategischer, technischer und fachlicher Hinsicht und schicken ihre Stellungnahmen zusammen mit einer Empfehlung über die Förderwürdigkeit und die Höhe der Fördermittel an die Kommission.

Die Kommission erarbeitet einen finanziellen Rahmen für jedes einzelne Projekt; Kürzungen der beantragten und der von den Evaluatoren empfohlenen Förderhöhe sind die Regel.

Die Ergebnisse der Begutachtung durch die Evaluatoren und die von der Kommission erarbeiteten Finanzvorgaben werden an die Vertreter der Mitgliedstaaten im Telematik-Ausschuß geschickt, die innerhalb einer festgesetzten Frist eine schriftliche Stellungnahme erarbeiten müssen. Dabei erhielten die Ausschußmitglieder zunächst nur diejenigen Anträge und Evaluationsergebnisse, die von einer Einrichtung ihres Mitgliedstaates gestellt wurden. Die Stellungnahme soll Informationen darüber enthalten, ob die Anträge den nationalen Prioritäten im Rahmen des DELTA-Programms (bzw. der anderen Unterprogramme des Telematikprogramms) entsprechen, wie die Kostenfaktoren beurteilt werden und ob die Interessen kleiner und mittlerer Unternehmen hinreichend berücksichtigt werden.


Im Anschluß an die erste Lesung im Telematik-Ausschuß werden die DELTA-Projektanträge der Delta Ad-hoc-Gruppe übermittelt, die ebenfalls eine Stellungnahme dazu abgibt.

Danach folgt die Übermittlung aller Stellungnahmen und aller Empfehlungen zu allen Anträgen im Rahmen des Telematikprogramms an alle Mitgliedstaaten, die erneut dazu Stellung nehmen.


Schließlich folgt die zweite und letzte Lesung im Telematik-Ausschuß, die mit der endgültigen Entscheidung über die Auswahl und Förderung der Projekte endet.

Der Ablauf der Projektarbeit wird im Rahmen des Antrags von den Projektkonsortien selbst festgelegt. Über die Einhaltung der selbstgesetzten Fristen für die einzelnen Arbeitsschritte ist kontinuierlich Rechenschaft abzulegen (vgl. Abschnitt 1.8).

1.8 Berichte, Evaluation, Controlling


1.8.1 Berichte, Evaluation und Controlling der Projekte


(a) Jedes Projekt muß einen monatlichen Managementbericht abgeben, für den der Projektkoordinator verantwortlich ist. Der Managementbericht soll Auskunft geben über die Zusammenarbeit innerhalb des Konsortiums und über technische bzw. inhaltliche und finanzielle Aspekte.
(b) Zweimai jährlich haben die Projekte über die inhaltlichen und technischen Aspekte der Projektabarbeit und die erzielten Fortschritte zu berichten. Auch für diesen Bericht ist der Projektkoordinator verantwortlich.

(c) Der Jahresbericht bildet das zentrale Element der Berichterstattung und des Controlling. Er ist zugleich Grundlage für die Überarbeitung und Aktualisierung des Arbeitsplans der Kommission und der jährlichen Evaluation der Projekte durch unabhängige Experten. Der Jahresbericht soll eine Selbstbeurteilung über die Ziele, den wissenschaftlichen Ansatz, die erreichten Ergebnisse, die geplante Weiterführung, die Finanzsituation und das Funktionieren der Partnerschaft enthalten. Er setzt sich aus drei Teilen zusammen: (1) ein Bericht über die erzielten Fortschritte und Probleme im Verhältnis zu den gesetzten Zielen; (2) ein detailierter Arbeitsplan für das folgende Jahr; (3) falls nötig, Vorschläge für sinnvolle Modifikationen des ursprünglichen und vertraglich festgelegten Projektplans, die sich aufgrund der Forschungs- und Entwicklungsarbeit ergeben haben. Der Jahresbericht wird von unabhängigen Experten evaluiert, die auch eine Anhörung oder Projektbegehung ('audit') durchführen, um die Projektabarbeit zu bewerten, die Kosten zu kontrollieren und das Projekt bei der Arbeitsplanung für das folgende Jahr zu beraten. Der Jahresbericht wird darüber hinaus dem Telenatik-Ausschuß vorgelegt, der gegebenenfalls mit dem Projektkoordinator über notwendige Vertragsänderungen oder -zusätze in Verhandlung tritt.

(d) Zwei Monate nach Ablauf des Vertrags ist von den Projekten ein Endbericht abzugeben, der über den Verlauf der Projektabarbeit und die erzielten Ergebnisse im Verhältnis zum ursprünglichen Arbeitsplan ausführlich Auskunft gibt. Der Bericht soll außerdem Informationen über die Regelung von Fragen des Copy- 

(e) Alle Projekte sind zu vertraglich festgelegten periodischen Mittelwerten verpflichtet. Die an-

(f) Auch die regelmäßigen Konzertungstreffen der Projektleiter und -koordinator, auf denen über Fortschritte und erzielte Ergebnisse berichtet wird, sind Teil des umfassenden Controlling. Daneben wird in jedes Projektkonsortium ein Partner benannt, der Aufgaben bezüglich der Qualitätskontrolle, der Funktionszusammenhang und der Normalisierung übernimmt.

1.8.2 Berichtspflichten der Kommission

Das zentrale Element der Rechenschaft der Kommission über das Programmanagement ist der jährlich ak-

1.8.3 Das "Rote Flaggens"-Verfahren

Im Rahmen des Telenatik-Programms gibt es ein besonderes Verfahren, das als eine Art 'Frühwarnsystem' 

Ergeben sich im Rahmen der Projektarbeit Probleme, die von den Projekten nicht selber gelöst werden können, so wird dies in den monatlichen Managementberichten der Kommission mitgeteilt: die rote Flaggewird gehalten. Die Kommission wird daraufhin die notwendigen Schritte zur Lösung des Problems einleiten.

Hat das DELTA-Büro den Verdacht, daß ein Projekt seinen vertraglich festgelegten Pflichten nicht in ausreichender Form nachkommt, so kann es ebenfalls die rote Flaggewissen. Das betroffene Projekt wird dann gegebenenfalls zu einer Anhörung oder zu einer Stellungnahme gebeten. Erst nach einer befriedigenden Berichterstattung oder Evaluation, wird die rote Flaggewieder gesenkt.
Bei der jährlichen technisch-inhaltlichen Evaluation der Projekte durch unabhängige Experten können letztere ebenfalls das "Rote Flagge"-Verfahren einleiten, wenn Ergebnisse oder die Leistung als nicht ausreichend erachtet werden.


1.8.4 Statistische Übersichten


1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfaden, Merkblätter


Commission of the European Communities, Directorate General XIII: General information. Background Information. Call for Proposals for the Programmes R&D in Advanced Communications Technologies in Europe (RACE II) and Telematics Systems in Areas of General Interest. Brüssel, Mai 1991

Commission of the European Communities, Directorate General XIII: How to Make a Proposal. Background Information. Call for Proposals for the Programmes R&D in Advanced Communications Technologies in Europe (RACE II) and Telematics Systems in Areas of General Interest. Brüssel, Mai 1991

Commission of the European Communities, Directorate General XIII: Model Contract. Background Information. Call for Proposals for the Programmes R&D in Advanced Communications Technologies in Europe (RACE II) and Telematics Systems in Areas of General Interest. Brüssel, Mai 1991

Commission of the European Communities, Directorate General XIII: Call Details and Service Guide. Call for Proposals for the Programmes R&D in Advanced Communications Technologies in Europe (RACE II) and Telematics Systems in Areas of General Interest. Brüssel, Mai 1991

Commission of the European Communities, Directorate General XIII: Research and Technology Development of Telematic Systems for Flexible and Distance Learning. DELTA. O.O., O.J. (Informationsblatt zu DELTA)


Video-Film: "Das Europaprogramm DELTA. Zur Entwicklung flexibler Lernsysteme und zur Förderung des Fernunterrichts."

1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher


Moller, M., Shaughnessy, H. (Hg.): Commission of the European Communities, Directorate General XIII: Telematic Infrastructures for Flexible and Distance Learning 'Electronic Universities'. A Report from the DELTA Workshop, Brüssel, April 1991

Golks, B.; Seidel, Ch.: Der DELTA Cali '91 - eine Befragung der deutschen Beteiligten. Hagen 1993 (Manuskript)

Weitere Veröffentlichungen der Nationalen DELTA-Kontaktsstelle an der FernUniversität - Gesamthochschule Hagen:

1.9.3 Rechenschafts-, Jahres-, Evaluationsberichte


DELT Central Office: R&D in Information and Communication Based Learning Technology. DELTA '90. Brüssel, Juli 1990


DELT Central Office: Telematic Systems for Flexible and Distance Learning. DELTA '92. Brüssel, März 1992


Nationale DELTA-Kontak tstelle, Ch. Seidel: Bericht über den Stand des Vorhabens "Entwicklung und Erprobung von Instrumenten zur besseren Nutzung von FuE-Programmen der EG durch deutsche Hochschulen in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft am Beispiel des Programms DELTA." FernUniversität - Gesamthochschule Hagen, Februar 1993


2. Probleme der Programm durchführung bei DELTA

2.1 Charakter des Programms

Dennoch muß beim DELTA-Programm primär von einem Dauerprogramm ausgegangen werden, bei dem ein großer Teil der Regelkosten kontinuierlich anfallen werden. Um den Status des Programms für den Bildungsbereich hervorzuheben und zu verbessern, sollte seine Eigenständigkeit diskutiert werden.

2.2 Programmierte organisatorischer Aufwand


Mehrfach wurde berichtet, daß trotz vertraglicher Bestimmungen weiterhin juristische Probleme mit der Regelung von Copyright-Fragen und Fragen der Verwertung von Ergebnissen bestehen.

2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


In der Einschätzung dieser Situation wurde von einigen Interviewpartnern und in der Berichterstattung auf unterschiedliche Weise Kritik geübt. Der Tenor der Defizitanalyse zur DELTA-Pilotphase legt den Schluß nahe, daß man sich erstens von deutscher Seite aus nicht genügend bemüht habe. Experten in die Evaluatorenteams zu entsenden bzw. sie entsprechend zu plazieren. Außerdem würden die Ausschußvertreter nicht in ausreichendem Maße auf die deutschen Experten zurückgreifen, um die eigene Stra-
tegie wirkungsvoller vertreten zu können. Dies ergänzt zweitens eine Kritik von anderer Seite, die davon ausging, daß die Sachkenntnis der politischen Vertreter im Telematikausschuß und der Delta Ad-hoc-Gruppe angesichts der hohen Spezialisierung des Programms derjenigen der Gutachter und Evaluatoren unterlegen sei, so daß es schwer falle, die Argumente, die zur Ablehnung eines Projektantrags geführt haben, zu widerlegen. Darüber hinaus könnten die Rechte der Ad-hoc-Gruppe aus Zeit- und Personalmangel nicht ausreichend wahrgenommen werden, so daß es der Kommission möglich sei, mit Hilfe von Kostenergemenenten die Aufteilung des vorhandenen Budgets und die Höhe der Einzelförderung der Projekte zu steuern, ohne daß die Kriterien immer ganz transparent seien. Schließlich ist drittens eine gewisse Enttäuschung darüber festzustellen, daß von der deutscher Seite dem Programm nur wenig bildungspolitische Bedeutung beigemessen zu werden scheint, so daß das vorhandene Potential nicht seine volle Entfaltung und Geltung erreicht.


2.4 Vergabe der Projektmittel und Fristen


Auch die Zeitknappheit bei den Auswahlrunden ist beklagt worden. Kritisiert wurden insbesondere die fehlenden Möglichkeiten, sich ausreichend mit Antragstellern von Projekten zusammentzenzusetzen, deren Anträge zur Ablehnung empfohlen wurden, um für die Beratungen mit der Kommission und den Evaluatorenteams noch Argumente zu sammeln, die zu einer Revision der Ablehnungsempfehlung führen könnten. Darüber hinaus sind innerhalb kürzester Zeit so viele hochspezialisierte Anträge zu beraten und in ihrem Förderungsumfang zu beschließen, daß häufig die Zeit fehlt, sich mit der Materie genügend vertraut zu machen, um das Für und Wider von Ablehnung und Bewilligung ausreichend zu diskutieren.

Von der deutschen Kontaktstelle wurde darauf hingewiesen, daß eine frühzeitige und gezielte Versorgung interessierter Antragsteller mit ausgewähltem Informationsmaterial die Antragstellung zeitlich entzerren könnte. Dazu sind entscheidende Maßnahmen entwickelt worden, die die Antragstellung innerhalb der getroffenen Frist erleichtern sollen (vgl. Abschnitt 2.10). Ein anderer Vorschlag, der im Rahmen der Defizitanalyse während der Pilotphase von DELTA gemacht wurde, bezog sich auf die intensivere Einbeziehung deutscher Experten in die Verrichtung der deutschen Mitglieder im Telematikausschuß und in der Delta Ad-hoc-Gruppe auf die Auswahlrunden.

2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung


Insgesamt läßt die Berichterstattung über das Programm keine größeren Probleme der Ablauforganisation und der Durchführung erkennen. Die von der deutschen DELTA-Kontaktstelle durchgeführte Befragung der Antragsteller hat allerdings deutlich gemacht, daß innerhalb der Projekte die Koordinierung der Interessen der verschiedenen Partner zum Teil Schwierigkeiten bereitet, da in vielen Projektkonsortien kommerzielle und nicht-kommerzielle Partner zusammenarbeiten. Deutlich wurde auch der Wunsch nach einer Intensivierung der Kontakte zwischen DELTA-Partnern auf nationaler Ebene. Die DELTA-Kontaktstelle hat sich in
diesem Kontext darum bemüht, auf nationalen Workshops, an denen auch Vertreter abgelehnter Projekte teilnehmen, die Austauschmöglichkeiten zu verbessern.

Bezüglich der Verbesserung des Ablaufs und der Durchführung lassen sich zwei Bereiche hervorheben, die verbessungswürdig erscheinen. Der erste Bereich betrifft die zeitliche Entzerrung der Antragstellung und der Auswahlrunde, so daß den Antragstellern mehr Zeit für die Projektkonzeption und die Bildung von Partnerschaften zur Verfügung steht und die Ausschüll- und Ad-hoc-Gruppenmitglieder mehr Zeit für Beratungen untereinander und mit den Antragstellern aus ihrem Land haben. Der zweite Bereich betrifft die politische Koordinierung des Programms in der Bundesrepublik Deutschland, die gemeinsam vom Bundesministerium für Forschung und Technologie und vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft verantwortet wird, in die aber auch der Leiter der DELTA-Kontaktstelle einbezogen ist. Eine Klärung der Mitgliedschaft der deutschen Bundesländer in der Delta Ad-hoc-Gruppe sowie die Wünsche nach einer größeren Betonung der bildungspolitischen Bedeutung des Programms in der Ausschußarbeit weisen darauf hin, daß die Koordinierung des Programms in der Bundesrepublik Deutschland noch verbessert werden kann.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung


2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung

Bei der Koordinierung des DELTA-Programms in der Bundesrepublik Deutschland hat es mehrfach Veränderungen gegeben, die für die Stabilität und Kontinuität der Kooperation beteiligter Instanzen nicht günstig waren. Anlaß für diese Einschätzung sind die folgenden Faktoren:


(b) Obwohl die Besetzung der Delta Ad-hoc-Gruppe mit einem Vertreter der deutschen Länder vorgesehen war, ist es zu einer Besetzung nie gekommen. Die offizielle Benennung erreichte den vorgeschlagenen Vertreter nicht, und es erfolgten auch keine Einladungen zu Sitzungen. Der deutschen DELTA-Kontaktstelle war die vorgesehene Besetzung mit einem Ländervertreter bisher nicht bekannt.

(c) Bei der Besetzung des Telematikausschusses und der Delta Ad-hoc-Gruppe mit einem Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft hat es einen Wechsel gegeben. Zwischen dem Weggang des ursprünglichen Vertreters und der Besetzung mit einer neuen Vertreterin lagen fast anderthalb Jahre, in denen die Position unbesetzt blieb, bzw. vom Leiter der deutschen DELTA-Kontaktstelle wahrgenommen wurde.


2.8 Information, Transparenz, Evaluation


2.9 Controlling


2.10 Information und Beratung der Teilnehmer

Aufgrund einer für die Antragsteller etwas verwirrenden Informationslage und des noch nicht abgeschlossenen Aufbaus der deutschen Kontaktstellen waren die deutschen Projektnehmer in der DELTA-Pilotphase unterrepräsentiert. Eine ausführliche Defizitanalyse und frühzeitige Bemühungen um ausreichende Informa-
tion, Beratung und Hilfestellung führten zu einer befriedigenden Beteiligung bei der Antragsrunde zu Beginn der zweiten Phase des DELTA-Programms. Die Erfahrungen beider Auswahlrunden haben jedoch gezeigt, daß eine erfolgreiche Antragstellung für Erstantragsteller schwierig ist, wohingegen bereits einmal akzeptierte Projektnehmer gute Chancen haben, weitere Anträge bewilligt zu bekommen.

Um eine noch gezieltere Beratung zu ermöglichen, wurde von der DELTA-Kontaktsstelle an der Freiuniversität Hagen im Anschluß an die Antragsrunde 1991 eine Befragung der erfolgreichen und der abgelehnten deutschen Antragsteller durchgeführt. Die Auswertung der Antworten hat eine wichtige Differenzierung bezüglich der Informations- und Beratungslage für die Antragsteller ergeben. Wenig Probleme hatten die Anträgesteller mit dem Informationsmaterial, der Verständlichkeit des Materials und der Kommunikation mit den Partnern und der Kommission. Große Probleme befürchten dagegen die folgenden Aspekte:
- die rechtzeitige Beschaffung von Informationen über die Ausschreibung;
- die knappe Frist für die Antragstellung;
- die Bildung eines Konsortiums mit geeigneten Partnern;
- das Ausfüllen der Antragsformulare;
- die Evaluationsverfahren in der Auswahlrunde.


Zur Verbesserung der Information und Beratung potentieller Antragsteller, der Betreuung deutscher Projektpartner und Projektkoordinatoren sowie der Öffentlichkeitsarbeit für das Programm hat die DELTA-Kontaktsstelle eine Reihe von Aktivitäten unternommen. Dazu gehören:
- die Durchführung bundesweiter und regionaler Informationstage;
- die Darstellung des Programms auf Messen mit selbst entwickeltem Informationsmaterial (Video-Film, Stellwände);
- der Aufbau und die Pflege einer Adressenliste von Interessenten und deren Versorgung mit Informationsmaterial;
- Publikationen in einschlägigen Fachzeitschriften und Referate auf Fachtagungen;
- persönliche, schriftliche und telefonische Beratung von Antragstellern, einschließlich Hilfestellungen bei der Partnersuche;
- Betreuung der deutschen Projektnehmer und Projektpartner;
- die informelle Kontaktpflege mit der Kommission und dem DELTA-Büro außerhalb der Sitzungen;
- die Beschaffung und eigene Herstellung von geeignetem Informationsmaterial.

EG-Studienbesuchsprogramm für Berufsbildungsfachleute

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Anlage des Programms


Übersicht 11: Zielsezung des EG-Studienbesuchsprogramms für Berufsbildungsfachleute

"Das Programm hat drei grundlegende Ziele:

(a) Berufsbildungsfachleute die Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse über besondere Aspekte der Berufsbildungspolitik und -programme in anderen Mitgliedstaaten zu verbessern;

(b) zwischen allen Teilnehmern an einem Programm einen kontinuierlichen Austausch von Ideen, Informationen und Ratsschlägen zu fördern;

(c) den Informationsfluß zwischen den Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene zu bereichern.

Dies wird von besonderem Nutzen in Bereichen mit innovativen Aktivitäten sein, die sich auf Prioritäten der Gemeinschaftspolitik auf dem Gebiet der beruflichen Bildung beziehen."


1.2 Entwicklung des Programms


1991 erfolgten auf Initiative der Kommission und aufgrund der Forderung, das Programm den neuen Gemeinschaftszielen anzupassen, eine Veränderung dieses Organisationsmodells und eine Neudiskussion
der Ziele des Programms. Um größere Synergieeffekte mit anderen Gemeinschaftsprogrammen im Bereich der beruflichen Bildung zu erreichen, wurden die Themenschwerpunkte auf die Inhalte der Programme PETRA, FORCE und EUROTECNET zugeschnitten und für die Akteure dieser Programme in den EG-Mitgliedstaaten zugänglich gemacht. 1991 wurde ein Pilotversuch mit zwei Studienbesuchen unternommen, der den Beratenden Ausschuss des EUROTECNET-Programms, das Büro für technische Unterstützung des EUROTECNET-Programms in Brüssel und die einzelstaatlichen Koordinierungsstellen dieses Programms in die Organisation (Auswahl und Zusammensetzung der Gruppen, inhaltliche Gestaltung des Studienbe-
suchs) miteinbezog. Die beiden Studienbesuche, die in Italien und Dänemark stattfanden, waren ausschließlich für Berufsbildungsfachleute offen, die an EUROTECNET-Projekten mitarbeiten.


Eine Evaluation dieses Pilotversuchs seitens des CEDEFOP hatte allerdings zum Ergebnis, daß die Inhalte und Durchführung des Studienbesuchsprogramms durch die Veränderungen nicht wesentlich verbessert werden konnten und sich im Ergebnis und den Wirkungen auch nicht deutlich von der zuvor maßgeblichen Gestaltung der Umsetzung des Programms unterschieden. Derzeit wird der Versuch weitergeführt, das Studienbesuchsprogramm thematisch an PETRA, FORCE und EUROTECNET zu orientieren und die Akteure dieser Programme in die Studienbesuche und deren Organisation miteinzubeziehen.

1.3 Fördermaßnahmen

Die Fördermaßnahmen des Studienbesuchsprogramms umfassen Beihilfen - zumeist als Stipendien bezeichnet - zu den Reise- und Aufenthaltskosten der Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die sich nach der Anzahl der Kilometer für die Hin- und Rückreise vom Wohnort zum Ort des Studienbesuches richten. Die Stipendien sind je nach Entfernung in sieben Gruppen gestaffelt und liegen zwischen 1.100 DM und 2.800 DM. Vielfach decken die Beihilfen die den Teilnehmenden entstehenden Kosten nicht vollständig ab. In der Mehrzahl der Fälle sind zusätzliche Eigenleistungen erforderlich (vgl. Abschnitt 1.5.3).


In der Bundesrepublik Deutschland hat das BMBW zuletzt (1993) eine Summe von ca. DM 100.000 für das Programm bereitgestellt.


Seit 1990 stehen jährlich 400 Stipendien zur Verfügung, die nach einem Quotenschluß auf alle EG-Mitgliedstaaten aufgeteilt sind. Ebenso wie bei den anderen großen EG-Mitgliedstaaten standen 1992 für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Bundesrepublik Deutschland 51 Stipendien zur Verfügung.

<table>
<thead>
<tr>
<th>Mitgliedstaat</th>
<th>Zahl der Studienbesuche</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>52</td>
</tr>
<tr>
<td>Großbritannien</td>
<td>51</td>
</tr>
<tr>
<td>Frankreich</td>
<td>51</td>
</tr>
<tr>
<td>Italien</td>
<td>34</td>
</tr>
<tr>
<td>Spanien</td>
<td>25</td>
</tr>
<tr>
<td>Dänemark</td>
<td>20</td>
</tr>
<tr>
<td>Irland</td>
<td>18</td>
</tr>
<tr>
<td>Belgien</td>
<td>17</td>
</tr>
<tr>
<td>Niederlande</td>
<td>16</td>
</tr>
<tr>
<td>Griechenland</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>Portugal</td>
<td>11</td>
</tr>
<tr>
<td>Luxemburg</td>
<td>8</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Die Entwicklung der Teilnehmerzahlen zwischen 1985 und 1992 lässt sich aufgrund der vorhandenen Statistiken nur insgesamt feststellen, nicht aber aufgeschlüsselt nach Herkunftsland.

1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl


Thema A war "Die Ausbildung von Jugendlichen" und wurde in Verbindung mit dem PETRA-Programm durchgeführt. Vorrangig waren als Zielgruppen des Studienaufenthalts angesprochen:
- Verantwortliche aus der Berufsbildungspraxis (Leiter von berufsbildenden Schulen, Ausbilder usw.);
- Personen, die sich speziell mit Ausbildungsmaßnahmen für Jugendliche befassen;
- Berufsberater, die für die Beratung von Jugendlichen zuständig sind.

Thema B war "Weiterbildung" und wurde in Verbindung mit dem FORCE-Programm durchgeführt. Als Zielgruppen des Studienaufenthalts wurden vorgängig angesprochen:
- Berufsbildungsexperten öffentlicher Einrichtungen;
- Mitglieder von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen, die mit der Konzipierung und Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen befasst sind.

Thema C war "Berufsbildung und neue Technologien" und wurde in Verbindung mit dem EUROTECNET-Programm durchgeführt. Die Zielgruppen dieses Studienaufenthalts waren insbesondere:
- Verantwortliche für die Konzipierung und Organisation der Berufsbildung;
- Ausbilder.


Die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) als deutsche Koordinierungsstelle für die Durchführung des Programms gibt das jährliche Seminarangebot gezielt an die in Frage kommenden Adressatenkreise bzw. die


Die EG-Mitgliedstaaten haben entsprechend den Durchführungsbestimmungen den Kreis der Antragsberechtigten selbst festgelegt. Im Jahre 1992 kamen die Teilnehmer und Teilnehmerinner EG-weit aus den folgenden Tätigkeitsbereichen: Ausbilder (35%), Sozialpartner (24%), Verwaltung (23%), Dokumentation (4%), Verbände (4%), Forschung (2%), Sonstige (8%).

In der Bundesrepublik Deutschland wird das Programm insbesondere für Berufsbildungsfachleute in den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Ministerien von Bund und Ländern, der Bundesanstalt für Arbeit als vorgesezene Dienstbehörde der Berufskategorien in den Arbeitsämtern sowie im Bereich des berufsbildenden Schulwesens ausgeschrieben.


<table>
<thead>
<tr>
<th>Tabelle 14: Vergleich der Tätigkeitsbereiche der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Studienbesuchsprogramm 1990 insgesamt und aus der Bundesrepublik Deutschland (in Prozent)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Teilnehmer insgesamt (in Prozent)</strong></td>
</tr>
<tr>
<td>Vorbereitung politischer Entscheidungen</td>
</tr>
<tr>
<td>Konzertierung zwischen den Sozialpartnern</td>
</tr>
<tr>
<td>Planung, Finanzierung, Organisation der Berufsbildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Lehramt</td>
</tr>
<tr>
<td>Überwachung und Kontrolle der Tätigkeit in der Berufsbildung</td>
</tr>
<tr>
<td>Forschung/Auswertung</td>
</tr>
<tr>
<td>Information/Dokumentation</td>
</tr>
<tr>
<td>Sonstiges</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt

Als das Studienbesuchsprogramm für Berufsbildungsfachleute 1985 etabliert wurde, war für das erste Jahr der Laufzeit ein Gesamtbetrag von 100.000 ECU vorgesehen. Jedoch wurde bereits zu diesem Zeitpunkt die Aufstockung des Budgets für das zweite Jahr auf 200.000 ECU geplant. Im Jahre 1991 betrug die Ausstattung mit Kommissionsmitteln rund 800.000 ECU, zu denen zusätzlich rund 400.000 ECU hinzuzurechnen...

Die Kommission überweist die jährlich für das Programm verfügbaren Mittel pauschal an das CEDEFOP. Von den 800.000 ECU im Jahre 1991 standen rund 600.000 ECU für die Besuchsstipendien zur Verfügung. Das CEDEFOP veranschlagte zusätzlich etwas über 200.000 ECU direkte (20%) und indirekte (14%) Verwaltungskosten für die Durchführung des Programms.

1.5.2 Zahl der Studienaufenthalte und Teilnehmer


1.5.3 Umfang der Förderung je Aktivität

Seit Bescheiden des Studienbesuchprogramms ist die Höhe der Stipendien nicht wesentlich gestiegen. Im ersten Jahr der Durchführung (1985) erhielten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine Summe von 350 ECU als Beihilfe für die entscheidenden Aufenthaltskosten und eine nach Kilometern für die Hin- und Rückfahr vom Wohnort zum Ort des Studienaufenthalts gestaffelte Summe zwischen 100 und 500 ECU als Zuschuß zu den Reisekosten.


Für das Jahr 1990 ergab die Auswertung der Fragebogen, die auf freiwilliger Basis von den Teilnehmenden einige Zeit nach Abschluß des Studienaufenthalts anonym ausgefüllt wurden, bezüglich der Höhe der Zuschüsse folgende Aussagen: 37,5 Prozent der Teilnehmenden betrachteten die Beihilfen als "angenommen", 39,4 Prozent als "kaum ausreichend" und 23,1 Prozent als "unzureichend." Die Fragebogen werden vom CEDEFOP an alle Teilnehmenden versandt und dienen der kontinuierlichen Bewertung des Programms. Sie werden auch von CEDEFOP ausgewertet.


Obwohl das Programm statistisch gut dokumentiert ist, fehlt eine detaillierte Finanzberichterstattung, der z.B. die Aufstellung der Mittel nach Mitgliedstaaten oder die durchschnittlich anfallenden Eigenleistungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu entnehmen wäre.
1.5.4 Deutsche Komplementärmittel

Im Rahmen des Studienbesuchsprogramms fallen Komplementärmittel von deutscher Seite in mehrfacher Hinsicht an:

(a) in Form von eventuell notwendigen Eigenleistungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Studienbesuchsprogramm,
(b) in Form einer Aufstockung der Programmittel seitens der Mitgliedstaaten,
(c) als Verwaltungskosten für die CDG in ihrer Funktion als Koordinierungsstelle.


Die Höhe der erforderlichen Mittel für die Gastgruppen ist abhängig davon, ob ein Dolmetschereinsatz notwendig wird oder nicht. Von den sieben Gruppen, die 1992 an einem Studienaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland teilnahmen, benötigten vier einen Dolmetscher. Dieser kostet pro Woche ca. 6.000 DM.

Über die Aufteilung der Fördermittel auf die einzelnen EG-Mitgliedstaaten und deren Komplementärmittel wird nicht berichtet. Die zusätzlichen Mittel der Mitgliedstaaten werden vorrangig für die Organisation der Studienaufenthalte im eigenen Land verwendet, d.h., für die sieben oder acht Seminare, die jährlich in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden, werden die Kosten für den Dolmetscherdienst, den Gruppenbetreuer oder Tutor - wie er auch genannt wird - sowie gegebenenfalls für den Transport der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit öffentlichen Verkehrsmitteln von deutscher Seite finanziert. Einige wenige Mitgliedstaaten stellen allerdings keine Komplementärmittel zur Verfügung.

Zur Wahrnehmung ihrer organisatorischen und inhaltlichen Aufgaben im Rahmen des Studienbesuchsprogramms erhält die Carl Duisberg Gesellschaft Mittel vom Bundesministerium für Bildung und und Wissenschaft in Höhe von knapp 100.000 DM.

1.6 Aufbau des Programms

1.6.1 Funktion der Kommission der EG


Die Kommission versucht sich als Entscheidungsträger bei der Durchführung des Programms, wie dies insbesondere durch ihre Förderung einer stärkeren Verbindung der Studienbesuche zu den Programmen PETRA, FORCE und EUROTÉCNET deutlich geworden ist, die den bisher eigenständigen Charakter des Studienbesuchsprogramms einschränkt. Demgegenüber ist das CEDEFOP als koordinierende und organisierende Instanz im Rahmen des Programms auf EG-Ebene zu sehen.

1.6.2 Die Funktion des CEDEFOP

Im Auftrag der Kommission nimmt das CEDEFOP alle Aufgaben der technischen und fachlichen Unterstützung des Programms auf EG-Ebene wahr und ist für die organisatorischen und logistischen Aspekte der Durchführung zuständig. Darüber hinaus führt das CEDEFOP eine kontinuierliche Bewertung des Programms durch.

Die Aufgaben des CEDEFOP bei der Durchführung des Programms sind im einzelnen:
- Ausarbeitung der Themen für das jährliche Besuchsprogramm in Abstimmung mit der Kommission und den nationalen Verbindungspersonen;
- Entgegennahme der von den nationalen Verbindungspersonen eingereichten Bewerbungen und deren Bearbeitung;
- Ausarbeitung des jährlichen Besuchsplans in Abstimmung mit den nationalen Verbindungspersonen (Festsetzung der Termine bzw. Wochen, die für Besuche vorgesehen werden können);
- Zusammenstellung der Gruppen auf der Grundlage der in den Bewerbungen vorrangig angegebenen Wünsche hinsichtlich des Themas, des Ziellandes und der möglichen Reisezeit sowie der vorhandenen Sprachkenntnisse;
- Unterstützung der nationalen Verbindungspersonen und Koordinierungsstellen hinsichtlich des allgemeinen und organisatorischen Rahmens, in dem die Studienbesuche stattfinden;
- Versorgung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Informationsmaterial zu ihrem Thema und ihrem Gastland;
- Auszahlung der Stipendien an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer;
- Beratung und Information der Teilnehmenden sowie Kontakte mit den nationalen Verbindungspersonen und Koordinierungsstellen; zum Teil auch Teilnahme an den veranstalteten Studienbesuchen;
- Auswertung der (anonymen) Fragebogen und Berichte für den jährlichen Tätigkeitsbericht und die kontinuierliche Bewertung des Programms.

1.6.3 Die nationalen Verbindungspersonen

Jeder Mitgliedstaat hat für die Durchführung des Studienbeauftragungsprogramms eine nationale Verbindungsperson benannt. In der Bundesrepublik Deutschland ist dies seit Beginn des Programms ein mit der beruflichen Bildung beauftragter Beamter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. In einigen Mitgliedstaaten wird die Funktion auch von wechselnden Personen besetzt. Das Aufgabenspektrum der nationalen Verbindungspersonen besteht aus folgenden Elementen:
- Auswahl der jährlichen Themen auf Vorschlag des CEDEFOP und nach Anhörung der Kommission; gegebenenfalls auch Hinweise auf besondere Interessengebiete, denen Studienbesuche gewidmet werden können;
- Teilnahme an den jährlichen Treffen der Verbindungspersonen aller EG-Mitgliedstaaten;
- Bekanntgabe des Programms und seiner Ergebnisse;
- Empfang und gegebenefalls Betreuung der Gastgruppen im eigenen Land;

Die nationalen Verbindungspersonen übertragen einen Teil dieser Aufgaben an die technischen Unterstützungsstellen oder lassen sich von diesen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben helfen. Die Aufteilung der anfallenden Aufgaben ist in jedem Mitgliedstaat entsprechend den nationalen Gepflogenheiten geregelt.

1.6.4 Die nationale Koordinierungsstelle in der Bundesrepublik Deutschland

Mit der Koordinierung des Studienbeauftragungsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland ist die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) vom BMBW beauftragt worden. Zu ihren Aufgaben gehören:
- Bekanntgabe der jährlichen Ausschreibung des Programms an die benennenden Institutionen bzw. Behörden und Auswahl unter den eingegangenen Teilnahmeanträgen. Der Auswahlmodus wird zusammen mit der nationalen Verbindungsperson festgelegt. Dazu gehört auch eine Quotierung der Bundesrepublik Deutschland verfügbaren Stipendienzahl für die beteiligten Organisationen, Behörden, Einrichtungen und Projekte (PETRA, FORCE, EUROTECNET).
- Sie berät die benennenden Einrichtungen und Behörden hinsichtlich der Zielgruppen und Auswahlkriterien und leitet die deutschen Anträge an das CEDEFOP weiter.
- Sie führt die nationalen Seminare durch, auf denen die deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf das Studienbeauftragungsprogramm vorbereitet werden.
- Sie überwacht den Ablauf der in der Bundesrepublik stattfindenden Studienbesuche und bewertet diese hinsichtlich ihres Erfolgs. Dazu läßt die CDG alle Teilnehmenden an Studienaufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland Fragebogen ausfüllen und wertet diese aus, um eine Rückmeldung über die Zufriedenheit mit der Organisation und dem Ablauf zu bekommen.
- Schließlich ist die CDG zuständig für die Berichterstattung über das Programm gegenüber der nationalen Verbindungsperson und dem CEDEFOP.

Die wichtigste Aufgabe der CDG ist jedoch die Planung, Organisation und Durchführung der in der Bundesrepublik Deutschland stattfindenden Studienbesuche. Sie organisiert die Unterkunft für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, koordiniert den inhaltlichen Ablauf des Programms entsprechend dem vorgegebenen Schema (Möglichkeiten des Besuchs von PETRA-, FORCE- oder EUROTECNET-Projekten, ggf. Hospitationsmöglichkeiten und Besuche von für das Thema relevanten Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland etc.) und sorgt für die Betreuung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer (Gruppenbetreuer, Dolmetscher).

Auch die nationalen Unterstützungs- bzw. Koordinierungsstellen treffen sich jährlich auf Einladung der Kommission, um über organisatorische Fragen der Durchführung des Programms in den Mitgliedstaaten zu

1.6.5 Die benennenden Institutionen

Die Kandidatinnen und Kandidaten für eine Teilnahme am Studienbesuchsprogramm werden von ihren Dienstbehörden oder Einrichtungen benannt. Für die Arbeitgebervertreter ist dies das Kuratorium der deutschen Wirtschaft für die Berufsbildung, für die Arbeitnehmervertreter die Deutsche Gewerkschafts Bund, für Personal im berufsbildenden Schulwesen sind es die Kultusministerien der Länder, für Beamte in der Berufsbildungspolitik ebenfalls die Kultusministerien der Länder und das BMBF, für Berufsbildungsfachleute in den Arbeitsämtern ist es die Bundesanstalt für Arbeit und für die Vertreter von PETRA-, FORCE- und EUROTECNET-Projekten das Bundesinstitut für Berufsbildung. Diese erhalten von der CDG die Aus schreibung des jährlichen Studienbesuchsprogramms und werden aufgefordert, Anträge geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten einzureichen.

Je ein Vertreter der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerorganisationen ist außerdem Mitglied im Verwaltungsrat des CEDEFOP. In dieser Funktion stehen sie den nationalen Verbindungspersonen berend zur Seite, geben Stellungnahmen ab und beraten bei der Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten für das Programm.

1.6.6 Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer


Übersicht 12: EG-Studienbesuchsprogramm für Berufsbildungsfachleute - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP), Herr Guerra, Jean Monnet Haus, Bundesallee 22, 1000 Berlin 15
c) Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Maslankowski, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2

d) Carl Duisberg Gesellschaft e.V., Frau Krüger, Hohenstaufenring 30-32, 5000 Köln 1

Die für die Benennung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern zuständigen Behörden und Organisationen:

e) Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundessprecher, Herr Benetreu, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30
f) Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, Herr Bressard, Buschstr. 83, 5300 Bonn 1

g) Kultusministerkonferenz, Herr Illerhaus, Nassestr. 8, 5300 Bonn 1

h) Bundesanstalt für Arbeit, Referat II a 5, Herr Dr. Thiel, Regensburger Str. 104, 8500 Nürnberg 30
i) Bundesinstitut für Berufsbildung, Abteilung 5.3, Herr Dr. Koeh, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31

1.7 Ablauf des Programms

Der Ablauf des Studienbesuchsprogramms innerhalb eines Kalenderjahres umfaßt in der Regel die Abwicklung von drei Programmjahren: Das vorangegangene Programmjahr wird ausgewertet, das laufende Programmjahr organisiert und das darauffolgende Programmjahr vorbereitet. Der zeitliche Ablauf läßt sich folgendermaßen darstellen:

- Im Januar/Februar eines jeden Jahres treffen sich die nationalen Verbindungspersonen aller Mitgliedstaaten und Vertreter der nationalen Koordinierungsstellen mit Vertretern des CEDEFOP und der Kom-
missionen auf Einladung des CEDEFOP. Auf dieser Sitzung werden die nationalen Berichte und der Bericht des CEDEFOP über die Programmüberprüfung des letzten Jahres ausgewertet, die Aufenthaltserlaubnis für das laufende Jahr zusammengestellt und die Themen für das nächste Jahr vorbereitet.

- Im Mai erfolgt die endgültige Festsetzung der Themen für das darauffolgende Jahr seitens der Kommission.

- Im Laufe des Sommers erfolgt die Bekanntgabe des Programms mit Angabe der Themen für das nächste Jahr durch die Kommission.

- Die Carl Duisberg Gesellschaft übermittelt die Bekanntmachung an die entsprechenden Adressatenkreise (Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Kulturministerien der Länder etc.) in der Bundesrepublik Deutschland mit der Aufforderung, Kandidatinnen und Kandidaten zur Teilnahme zu benennen und eine Liste mit Haupt- und Ersatzkandidaten zusammenzustellen.

- Interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer bewerben sich über ihre Dienstbehörden bzw. Arbeitgeber (vgl. Abschnitt 1.6.5).

- Bis zum Herbst gehen die Kandidatenvorschläge bei der nationalen Verbindungsperson im BMBF und bei der CDG ein, werden dort überprüft und im Oktober/November in Form von zwei Listen - eine mit 51 Hauptkandidaten, eine mit einer Anzahl von Ersatzkandidaten - beim CEDEFOP eingereicht.

- Das CEDEFOP stellt im Verlauf des Winters die Gruppen zusammen und betachtet die nationalen Verbindungspersonen sowie die Koordinierungsstellen über die Verteilung der Kandidatinnen und Kandidaten aus ihren Lang auf die Reisetermine und Themen sowie über die Zusammensetzung der Gruppen, die an einem Studienaufenthalt im jeweiligen Mitgliedstaat teilnehmen. Außerdem werden alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer über den Termin und das Zielland ihres Studienaufenthalts benachrichtigt.

- Zu Beginn des Jahres werden von den Mitgliedstaaten organisierten Vorbereitungstreffen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ihren Land statt, zu denen zwecks Auswertung der Studienaufenthalte des vorangegangenen Programmjahrs zum Teil auch ehemalige Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen werden.


- Die Studienaufenthalte finden zwischen April und Dezember eines jeden Jahres statt, nicht jedoch im Juli und August (Ferienmonate).

- Vor Beginn der Reise erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer 90 Prozent des errechneten Stipendiums vom CEDEFOP ausgezahlt und müssen ihre Reiseanreise selbst treffen.

- Spätestens drei Wochen nach Abschluß des Studienaufenthalts müssen alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einen Bericht an das CEDEFOP schicken, der zur Auszahlung der restlichen 10 Prozent des Stipendiums führt. Die Einzelberichte können auch durch einen Gruppenbericht ersetzt werden. Der Bericht wird zugleich an die nationale Verbindungsperson und die Koordinierungsstelle des Heimatlands geschickt, d.h. in der Bundesrepublik Deutschland an die CDG.

- Die CDG wertet die Berichte der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus, die ihr vom CEDEFOP als Kopie zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus wertet die CDG einen eigenen Fragebogen aus, der von den Teilnehmenden aller Gastgruppen ausgefüllt wird, die einen Studienbesuch in der Bundesrepublik Deutschland absolvierten. Zu den Aufgaben der CDG gehört schließlich auch die Anfertigung eines jährlichen Berichts über die Durchführung des Studienbesuchsprogramms in der Bundesrepublik Deutschland.

1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte und Mittelverwaltungsberichte der Empfänger

Da die Stipendien für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Studienbesuchsprogramm feststehende Pauschaltarife sind, ist ein Nachweis über die Verwendung der Fördemittel seitens der Teilnehmenden nicht erforderlich. Das CEDEFOP hat gegenüber der Kommission über die Auszahlung der Mittel und die Verwaltung der Fördergelder Bericht zu erstatten.

gen wird von der CDU ein jährlicher nationaler Bericht über die Durchführung des Programms angefertigt, der um einen Tätigkeitsbericht und eine Bewertung seitens der Stelle und der nationalen Verbindungsperson ergänzt wird. Dieser Bericht wird der Kommission und dem CEDEFOP zugänglich gemacht.

Das CEDEFOP fertigt auf der Grundlage der nationalen Berichte jährlich einen Tätigkeitsbericht an, der die Erfahrungen auswertet und Perspektiven für die Weiterentwicklung des Programms enthält. Darüber hinaus schickt das CEDEFOP jährlich einen Fragebogen an die Teilnehmenden des vorangegangenen Jahres mit der Bitte, diesen anonym auszufüllen. Die ausgefüllten Fragebogen werden vom CEDEFOP ausgewertet, und die Ergebnisse fließen in die Bewertung des Programms mit ein. Die Kommission erstattet dem EG-Bildungsausschuß in regelmäßigen Abständen einen Bericht über die Durchführung des Programms.

1.8.2 Statistische Übersichten

Das CEDEFOP erstellt in seinen Jahresberichten eine Reihe von Statistiken über die Beteiligung der EG-Mitgliedstaaten an dem Studienbesuchsprogramm und die Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Positiv ist hervorzuheben, daß das Studienbesuchsprogramm eines der wenigen EG-Förderprogramme im Bildungsbereich ist, dessen Berichterstattung über die Entwicklung des Anteils der Teilnehmerinnen Auskunft geben wird.

Im Zuge der Umstrukturierung des Programms hin zu einer engen inhaltlichen Bindung an das PETRA-, das FORCE- und das EUROTECNET-Programm wurden seitens des CEDEFOP alle beteiligten Akteure (nationale Verbindungspersonen, Mitglieder der Beratenden Ausschüsse und der nationalen Koordinierungsstellen der drei Programme sowie die an den beiden Pilotseminaren beteiligten Gruppen) ausführlich befragt und die Ergebnisse für ein Perspektivpapier u.a. statistisch ausgewertet, welches drei mögliche Modelle einer künftigen Programmsstruktur zur Diskussion gestellt wurden.

Insgesamt ist das Studienbesuchsprogramm von der Statistik her gut dokumentiert, doch fehlt - wie bereits erwähnt - eine zugängliche Finanzberichterstattung.

1.8.3 Evaluierung

Das EG-Studienbesuchsprogramm für Berufsbildungsfachleute wird sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Gemeinschaftsebene kontinuierlich bewertet. Grundlage für diese Bewertung sind die Einzel- oder Gruppenberichte, die alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Anschluß an ihren Studienaufenthalt anfertigen und die von ihnen am Ende des Seminars ausgefüllten Fragebogen sowie die anonym zu einem späteren Zeitpunkt ausgefüllten Fragebogen. Berichte und Fragebogen werden einzelstaatlich und gemeinschaftswelt bewertet. Darüber hinaus finden in einigen Mitgliedstaaten, u.a. in der Bundesrepublik Deutschland, jährliche Auswertungsstreffen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Besuchsprogramms aus dem Vorjahr statt.


1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter


CEDEFOP: EG-Studienbesuchsprgramm für Berufsbildungsfachleute. Berlin o. J. (Faltblatt in drei Sprachen mit Kurzinformationen zum Programm)

Carl Duisberg Gesellschaft: Hinweise zum Studienbesuchsprgramm der Europäischen Gemeinschaft für Fachleute der beruflichen Bildung, Köln o. J. (Merkblatt für Teilnehmer, erscheint jährlich neu)

Carl Duisberg Gesellschaft: Studienbesuchsprgramm der Europäischen Gemeinschaft für Fachleute der beruflichen Bildung. Köln, April 1993 (Kurzinformation über das Programm und seine Durchführung in der Bundesrepublik Deutschland)

1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher

1.9.3 Jahres-, Rechenschafts-, Evaluationsberichte


2. Probleme der Programm durchführung beim Studienbesuchsprgramm für Berufsbildungsfachleute

2.1 Charakter des Programms
Das EG-Studienbesuchsprgramm für Berufsbildungsfachleute ist von Charakter her ein Dauerprogramm, bei dem die Regelkosten (Stipendien) kontinuierlich anfallen werden. Mit dem Programm soll ein Netz von Spezialisten im Bereich der Gemeinschaftsstrategien zur beruflichen Bildung mit Multiplikatorenfunktion aufgebaut und gegen seitige Kontakte und Informationsaustausch der Akteure und Akteurinnen gefördert werden.

Mehrfache Befragungen haben jedoch gezeigt, daß die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dem Programm zwar Anregungen für ihre eigene Arbeit erhielten, sich die Kooperation untereinander jedoch eher auf die Dauer der fünf tägigen Studienaufenthalte beschränkte und eine dauerhafte Wirkung des Programms nicht im angestrebten Maße erzielt werden konnte. Auch die organisatorischen und inhaltlichen Veränderungen des Programms, die 1991 auf Initiative der EG-Kommission eingeführt wurden (vgl. Abschnitt 2.5), haben zwar eine stärkere Ausrichtung der Themen der Studienaufenthalte an den größeren Gemeinschaftsprogrammen im Bereich der beruflichen Bildung (PETRA, FORCE, EUROTECNET) zur Folge gehabt, aber noch keine befriedigende inhaltliche Anbindung gefunden.

2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand
Im Vergleich zu vielen anderen EG-Förderprogrammen im Bildungsbereich hat das Studienbesuchsprgramm ein relativ eingespieltes und effizientes Organisationsmodell. Das Programm wird allerdings dann organisatorisch aufwendig, wenn überproportional viele Rücktritte zu verzeichnen sind, die oft so kurzfristig erfolgen, daß die freigewordenen Plätze nicht mehr von Ersatzkandidaten eingenommen werden können.

Das CEDEFOP berichtet, daß etwa 30 Prozent der Bewerberinnen und Bewerber regelmäßig zurücktreten. Durch Vermittlung von Ersatzkandidaten können etwa 80 bis 85 Prozent der Plätze besetzt werden, der Rest bleibt frei. Hinter Italien mit 14 Absagen (davon acht mit Ersatz) und zusammen mit Großbritannien hatte die Bundesrepublik Deutschland 1990 mit elf Absagen (für acht konnte Ersatz vermittelt werden) die zweithöchste Zahl von Absagen (21,6 Prozent des Kontingents von 51 Plätzen) zu verzeichnen.
2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


2.4 Stipendienvergabe und Fristen


2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

Trotz großer allgemeiner Zufriedenheit mit der Durchführung des Programms hat die Kommission im Jahre 1990 die Forderung erhoben, das Studienbesuchsprogramm den neuen Gemeinschaftszwecken anzupassen und insbesondere mit Hilfe des Programms die Integration und Intensivierung der Gemeinschaftsprogramme im Bereich der nicht-universitären beruflichen Bildung zu erzielen. Angesprochen waren damit die Programme PETRA, FORCE und EUROTECNET.


Ein zweiter Punkt muß in diesem Abschnitt angesprochen werden, der die Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Mitgliedstaaten betrifft. Einerseits weist das CEDEFOP auf den ständig gewachsenen Anteil von Frauen unter den Teilnehmern am Programm hin, doch ist auch deutlich, daß in den als Adressaten angesprochenen Berufsgruppen Frauen häufig unterrepräsentiert sind, so daß die Beteiligung von Frauen und Männern nur in den wenigsten Mitgliedstaaten ausgeglichen ist. Dennoch gibt es zu den-
ken, daß von den größeren Mitgliedstaaten die Bundesrepublik Deutschland den niedrigsten Frauenanteil unter den Teilnehmenden hat. 1990 betrug der Anteil der Frauen im deutschen Kontingent 28,6 Prozent. Demgegenüber entsandten die Briten 44,9 Prozent Frauen, die Franzosen 40,9 Prozent und die Italiener 31,1 Prozent.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung

Seit Beginn des Programms im Jahre 1985 sind die Stipendien für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nur wenig angehoben worden. Das Ergebnis einer Befragung seitens des CEDEFOP im Jahre 1990 hat deutlich gemacht, daß die Höhe der Zuschüsse in über 60 Prozent der Fälle als "kaum ausreichend" (39,4%) oder gar als "unzureichend" (23,1%) bezeichnet wurde. Über die Verteilung der verfügbaren Stipendienmittel auf die einzelnen Mitgliedstaaten entscheidet das CEDEFOP anhand der nach Reiseentfernung gestaffelten Beträge. Dabei wird für die peripheren EG-Mitgliedstaaten ein höherer Anteil am Gesamtbudget anfallen als für die zentralen Mitgliedstaaten, weil die Entfernungen größer sind.

Die Durchführung des Studienbesuchsprogramms ist auch davon betroffen, daß nicht alle Mitgliedstaaten zusätzliche Mittel für die Organisation und Betreuung der in ihrem Land stattfindenden Studienaufenthalte bereitstellen und damit auf die freiwillige Hilfe von Gruppenbetreuern, Dolmetschern etc. angewiesen sind. Das CEDEFOP behandelt die Information, welche Mitgliedstaaten dies sind, als vertraulich. Außerdem werden keine Informationen darüber veröffentlicht, welche Mitgliedstaaten Komplementärmittel in welcher Höhe bereitstellen, so daß eine Einschätzung über die angemessene Höhe der Komplementärmittel und ein Vergleich der Mitgliedstaaten nicht erfolgen kann.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung


2.8 Information, Transparenz, Evaluation


2.9 Controlling


Ein umfassendes Controlling erfolgte auch durch die Betrug der nationalen Verbindungspersonen durch das CEDEFOP im Jahre 1990 angesichts der Forderungen der Kommission, das Programm stärker an die neuen Gemeinschaftsziele im Bereich der beruflichen Bildung anzupassen (vgl. Abschnitt 5). Einige
Mitgliedstaaten, darunter auch die Bundesrepublik Deutschland, führen einmal jährlich Auswertungsseminare für alle Teilnehmenden aus ihrem Land durch, die in dem betreffenden Jahr am Programm teilgenommen haben. Schließlich wird das Programm auch auf den jährlichen Treffen der nationalen Verbindungspersonen ausgewertet und bei auftretenden Problemen kontinuierlich an neue Gegebenheiten angepaßt.

2.10 Information und Beratung der Teilnehmer

Das CEDEFOP hat Faltpäper in allen Gemeinschaftssprachen entwickelt, die einen Überblick über die Ziele und Inhalte des Programms vermitteln. Darüber hinaus gibt es Merkblätter mit den Durchführungsmodalitäten, die auf Anforderung an Interessierte versandt werden können.


ERASMUS

Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Anlage des Programms

Das ERASMUS-Programm soll vor allem zur Erhöhung der Mobilität von Studierenden innerhalb der Europäischen Gemeinschaft beitragen (siehe Übersicht 13). Als das Programm 1987 etabliert wurde, verkündete die Kommission der Europäischen Gemeinschaften als langfristiges Ziel, daß 10 Prozent aller Studierenden eine Phase ihres Studiums in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft verbringen sollten. Die Qualität der Vorbereitung für das Auslandsstudium, die Betreuung im Ausland, die Abstimmung zwischen den Studienangeboten an der Herkunft- und Gasthochschule sowie die Anerkennung der in einem anderen EG-Mitgliedstaat erbrachten Studienleistungen soll dadurch gesichert werden, daß die studentische Mobilität in erster Linie im Rahmen von Hochschulkollegprogrammen (HKP) gefördert wird: in Netzwerken von Fachbereichen und Hochschulen verschiedener EG-Mitgliedstaaten, die zu einem längerfristigen Austausch der Studierenden bereit sind und die Studienphase im Ausland als Teil des regulären Studiums akzeptieren. Die Studierenden erhalten Zuschüsse, die im Prinzip die Zusatzkosten für ein Studium in einem anderen EG-Mitgliedstaat decken sollen; die HKP erhalten eine Förderung, die einen Teil ihres besonderen Aufwands für die Kooperation im Rahmen des HKP und für die Betreuung der Studierenden abdeckt.

Übersicht 13: Zielsetzung des ERASMUS-Programms

"Mit diesem Programm wird ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS) geschaffen, um diese Mobilität in der Gemeinschaft wesentlich zu erhöhen und eine engere Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen zu fördern. Das ERASMUS-Programm verfolgt die nachstehenden Ziele:

- i) zu erreichen, daß eine wesentlich höhere Zahl von Studenten von Hochschulen ... einen integrierten Studienaufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat absolviere, so daß die Gemeinschaft auf einen ausreichenden Bestand an Arbeitskräften zurückgreifen kann, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben anderer Mitgliedstaaten unmittelbar kennengelernt haben, wobei der Chancengleichheit männlicher und weiblicher Studenten hinsichtlich der Beteiligung an dieser Mobilität zu sorgen ist;
- ii) eine breite und intensive Zusammenarbeit zwischen Hochschulen in allen Mitgliedstaaten zu fördern;
- iii) das geistige Potential der Hochschulen in der Gemeinschaft auch für eine verstärkte Mobilität des Lehrpersonals zu nutzen und damit die Qualität des Unterrichts und der Ausbildung an diesen Hochschulen mit dem Ziel zu verbessern, die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt zu sichern;
- iv) das Zusammenwirken der Bürger der einzelnen Mitgliedstaaten mit dem Ziel zu verstärken, den Begriff eines Europas der Bürger zu festigen;
- v) über Hochschulsolventen zu verfügen, die unmittelbare Erfahrungen bei der innergemeinschaftlichen Zusammenarbeit haben, um dadurch die Grundlage zu schaffen, auf der sich eine intensive Zusammenarbeit auf Gemeinschaftsebene im wirtschaftlichen und sozialen Bereich entwickeln kann."

(Beschluß des Rates der Europäischen Gemeinschaften vom 15. Juni 1987 über ein gemeinschaftliches Aktionsprogramm zur Förderung der Mobilität von Hochschulstudenten (ERASMUS), Artikel 1 (1) und 2. ABl. L 166 v. 25. 6. 1987.)


Seit 1988 wird das ECTS-Pilotprogramm gefördert. Die daran beteiligten Fachbereiche verpflichten sich, die Berechnung von Studienleistungen in Form von "Credits" vorzunehmen und alle Studienleistungen an-
zuerkennen, die die Studierenden an anderen Fachbereichen erbracht haben, die an dem ECTS-Programm teilnehmen.

1.2 Entwicklung des Programms

1.2.1 Vorläuferprogramm


1.2.2 Erste Phase


1.2.3 Zweite Phase


Seit 1992/93 können sich Hochschulen und Studierende aus EFTA-Ländern am ERASMUS-Programm beteiligen.

1.3 Fördermaßnahmen


Aktion I: Aufbau und Unterhaltung eines europäischen Hochschulnetzes (HKP)

Im Rahmen der Aktion I werden Netzwerke von Hochschulen bzw. Fachbereichen unterstützt, die zumindest eine der folgenden Aktivitäten aufweisen:
- die Förderung des Austauschs von Studierenden, deren im Ausland erbrachte Studienzeiten und Prüfungsleistungen von der Herkunftshochschule nach der Rückkehr in der Regel anerkannt werden, die durch geeignete Maßnahmen auf ihren Auslandsaufenthalt vorbereitet (z.B. Fremdsprachenunterricht, akademische Vorbereitung, Information und Beratung) werden und die von der Gasthochschule betreut (Hilfe bei der Unterbringung und bei Verwaltungsangelegenheiten, besondere Studienberatung u.ä.) werden;
- Mobilität von Dozenten, die für einige Zeit einen Beitrag zum regulären Lehrbetrieb an einer der Partnerfachbereiche bzw. -hochschulen leisten;
- gemeinsame Entwicklung neuer Lehrpläne, wenn die beteiligten Institutionen beabsichtigen, die zu entwickelnden Studiengänge gemeinsam einzuführen;
- Intensivprogramme, insbesondere Kurse von kurzer Dauer für Studierende oder Dozenten aus verschiedenen Mitgliedstaaten.

Die Hochschulkooperationssprogramme können zur Unterstützung der studentischen Mobilität Zuschüsse für Reisen erhalten, die seitens der Lehrenden oder des Verwaltungspersonals zur Entwicklung und laufenden Durchführung der Kooperation oder zur laufenden wissenschaftlichen Betreuung (Auswahl, Beratung, Prüfung u.ä.) unternommen werden. Daneben können das Angebot von Freundschaftskursen, Informationsmaßnahmen und in begrenztem Umfang auch Verwaltungsaustragen bezuschusst werden.


**Aktion II: Mobilitätsstipendien für Studierende**


**Aktion III: Reisestipendien für Hochschulbedienstete**

Im Rahmen der Aktion III werden erstens (mit Ausnahme des Dozentenaustausches) sämtliche Reisestipendien, die Lehrende oder Verwaltungspersonal im Kontext von Hochschulkooperationsprogrammen unternehmen (siehe dazu die Angaben zu Aktion I) gefördert. Zweitens werden auch individuell (außerhalb bestrehender HKP) beantragte Reisestipendien für maximal vier Wochen gefördert, die der Vorbereitung eines neuen HKP, dem Kennenlernen des Hochschulsystems oder der Studiengänge eines anderen Mitgliedstaates, der Anerkennung von Studienzeiten und Diplomen oder ähnlichen Zwecken dienen.

**Aktion IV: Flankierende Maßnahmen und weitere Zuschüsse**

Im Rahmen der Aktion IV sind "flankierende Maßnahmen" zur Förderung von Hochschulkooperation und Mobilität vorgesehen. Dazu gehören:
- die finanzielle Förderung von Verbänden von Studierenden, Lehr- und Verwaltungspersonal an Hochschulen, die zur Hochschulkooperation und -mobilität beitragen;
- die Beiträge von Aktivitäten zur Information über das europäische Hochschulwesen;
- die Unterstützung von Publikationen und Untersuchungen, die sich mit Fragen der Mobilität beschäftigen; finanzielle Förderung zur Verbreitung von Informationen über das ERASMUS-Programm und Möglichkeiten des Auslandsstudiums;
- die Förderung von Projekten, die sich mit der Vorbereitung des ERASMUS-Programms beschäftigen;
- die Unterstützung von Projekten mit beispielhafterm Charakter;
- die Förderung von Initiativen zur Förderung der Hochschulkooperation in der Europäischen Gemeinschaft;


1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl


1.4.1 Hochschulkooperationsprogramme


Unter den Hochschulkooperationsprogrammen mit studentischer Mobilität wird solchen Programmen Priorität eingeräumt, die aufgrund der vorgesehenen Maßnahmen zur Vorbereitung des Auslandsaufenthaltes und zur Betreuung der Studierenden während ihres Auslandsaufenthaltes sowie möglicherweise vorgesehenen oder erfolgten Schritten zur curricularen Integration ein hohes Maß der Anerkennung der im Ausland erbrachten Studienleistungen erwarten lassen. Jedoch wird die Auswahlentscheidung von HKP mit studentischer Mobilität weitgehend so vorgenommen, daß die damit verbundenen Bewilligungen von Stipendien für studentische Mobilität in der Stipendiensumme repräsentativ für die EG-Mitgliedstaaten ist.


1.4.2 Mobilitätstipendien für Studierende

Voraussetzung für die Unterstützung Studierender ist, daß sie die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft (bzw. neuerdings auch eines EFTA-Mitgliedstaates) besitzen. Studierende erhalten nur dann eine Förderung für einen Auslandsstudienaufenthalt in ihrem ersten Studienjahr, wenn dies von der Studienordnung ihrer Hochschule her erforderlich ist; ebenfalls wird nur dann ein Auslandsaufenthalt von mehr als zwölf Monaten gefördert, wenn dies in dem entsprechenden Studiengang vorgeschrieben ist. Die Förderung eines Auslandsaufenthaltes von über zwölf Monaten soll allerdings ab 1993/94 nicht mehr möglich sein. Die Bedingungen für die Förderung variieren zwischen den EG-Mitgliedstaaten; die Herkunfts-
hochschule muß jedoch in jedem Fall mit der Antragstellung bescheinigen, daß sie die Erträge der Auslandsstudienphase anzuerkennen bereit ist.

Bei der Quotierung der Förderungssumme für die Stipendien, die in die Auswahl der Hochschulkoooperationsprogramme eingehen, werden folgende Aspekte berücksichtigt:

a) der Anteil der 18-25jährigen je Mitgliedstaat unter allen 18-25jährigen in der Europäischen Gemeinschaft;
b) der Anteil der Studierenden je Mitgliedsland unter allen Studierenden in der EG;
c) die im Durchschnitt erforderlichen Mittel für die Reise zur Gasthochschule und zurück;
d) die Lebenshaltungskosten im Herkunfts- und Gastland.

Von der Gesamtsumme der Stipendienmittel, die nach den genannten Kriterien zu verteilen sind, werden vorab fünf Prozent zur Verteilung durch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften nach eigenem Ermessen, sowie eine Pauschalsumme von 200.000 ECU je Mitgliedstaat und ferner eine jährlich zu bestimmende Summe für Studierende, die am ECTS-Pilotprogramm beteiligt sind, vergeben.

1.4.3 Dozentenaustausch

Die Dauer des Dozentenaustausches soll mindestens einen Monat betragen; die Förderung kann höchstens für sechs Monate erfolgen; Hochschulkoooperationsprogramme können am ehesten mit einer finanziellen Förderung des Dozentenaustausches rechnen, wenn diese einen substantiellen, intensiven und strukturierten Beitrag zum regulären Lehrprogramm der aufnehmenden Hochschule erwarten lassen.

1.4.4 Entwicklung von gemeinsamen Curricula


1.4.5 Intensivprogramme


1.4.6 Studienbesuche

Zuschüsse für kurze Studienbesuche können vergeben werden für:
- vorbereitende Besuche, um die Möglichkeiten der Einrichtung oder der Ausweitung eines Hochschulkoooperationsprogramms zu erkunden, indem erste Kontakte aufgenommen werden;
- Studienbesuche, die das Ziel haben, die eigenen Lehrveranstaltungen zu verbessern, indem Kontakt mit anderen Kollegen und Kolleginnen aufgenommen wird, die ähnlichen Lehrveranstaltungen an anderen Hochschulen abhalten;
- Studienbesuche, um die eigenen Kenntnisse und Erfahrungen bestimmter Aspekte eines anderen Hochschulsystems zu verbessern;

Individuelle Lehraufträge oder Besuche außerhalb eines HKP werden nur bezuschusst, wenn klar definierte Ziele erkennbar und die Gründe im Detail dargelegt sind, welche den Besuch veranlaßt haben. Bei Anträgen, die von Gruppen eingereicht werden, ist genau anzugeben, wie sich die Aufgaben auf die einzelnen Teilnehmer verteilen, und warum man sich von einem Gruppenbesuch mehr verspricht als von der Reise einer Einzelperson. Bevorzugs werden dabei Anträge von Gruppen, deren Teilnehmer von verschiedenen Hochschulen stammen. Besuchsstipendien werden nicht an Antragsteller vergeben, die für die gleiche oder eine
ähnliche Aktivität an der gleichen Hochschule bereits im Rahmen vor ERASMUS oder LINGUA, Aktion II gefördert werden. Studienbesuche innerhalb eines HKP werden ebenfalls nicht gefördert - es sei denn, sie dienen der Ausdehnung eines bestehenden HKP auf neue Partnerhochschulen.

1.4.7 ECTS-Pilotprojekt


1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt


Tabelle 15: Mittelallokation des ERASMUS-Programms (in Mio. ECU)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Gesamtmittel</td>
<td>11,2</td>
<td>30,0</td>
<td>52,5</td>
<td>61,2</td>
<td>73</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für Förderungen</td>
<td>9,1</td>
<td>25,8</td>
<td>47,5</td>
<td>51,3</td>
<td>53,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Anteil für Förderungen</td>
<td>(81%)</td>
<td>(86%)</td>
<td>(90%)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Antragsumme</td>
<td>34</td>
<td>103</td>
<td>129</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Förderungsquote</td>
<td>(27%)</td>
<td>(25%)</td>
<td>(37%)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für studentische Stipendien</td>
<td>3,1</td>
<td>13,0</td>
<td>26,0</td>
<td>32,0</td>
<td>34,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für HKP</td>
<td>3,8</td>
<td>10,2</td>
<td>16,0</td>
<td>15,6</td>
<td>15,7</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für Reisebeihilfen</td>
<td>2,0</td>
<td>2,1</td>
<td>3,2</td>
<td>2,0</td>
<td>1,8</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Tabelle 16: Budget- und Teilnahmeentwicklung (Bewilligungen) seit 1987

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Budget in Mio. ECU</th>
<th>mobile Studierende</th>
<th>mobile Studierende aus der Bundesrepublik Deutschland</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1987/88</td>
<td>11</td>
<td>3.500</td>
<td>650</td>
</tr>
<tr>
<td>1988/89</td>
<td>30</td>
<td>15.000</td>
<td>2.000</td>
</tr>
<tr>
<td>1989/90</td>
<td>52</td>
<td>28.000</td>
<td>3.500</td>
</tr>
<tr>
<td>1990/91</td>
<td>61</td>
<td>45.000</td>
<td>5.700</td>
</tr>
<tr>
<td>1991/92</td>
<td>73</td>
<td>63.000</td>
<td>9.800</td>
</tr>
<tr>
<td>1992/93</td>
<td>96</td>
<td>86.000</td>
<td>12.000</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Von den für die Förderung zur Verfügung stehenden Mitteln werden seit 1988/89 etwas über die Hälfte für die Stipendien für Studierende verwendet. Die Mittel für die beteiligten Fachbereiche (HKP und ECTS) machten 1988/89 noch etwa 40 Prozent aus, fielen aber inzwischen auf etwa 30 Prozent.


1.5.2 Zahl der geförderten Hochschulkooperationsprogramme und Studierenden


Tabelle 17: Zahl der Anträge, Bewilligungen und Teilnahmen bei den ERASMUS-Förderprogrammen

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>HKP</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anträge</td>
<td>868</td>
<td>2.040</td>
<td>2.221</td>
<td>2.754</td>
<td>2.771</td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungen</td>
<td>398</td>
<td>1.091</td>
<td>1.507</td>
<td>1.748</td>
<td>1.794</td>
</tr>
<tr>
<td>(Bewilligungsquote)</td>
<td>(46%)</td>
<td>(53%)</td>
<td>(68%)</td>
<td>(63%)</td>
<td>(65%)</td>
</tr>
<tr>
<td>Teilnehmer</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>HKP mit Studentenmobilität</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anträge</td>
<td></td>
<td>1.579</td>
<td>1.870</td>
<td>2.387</td>
<td>2.461</td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungen</td>
<td></td>
<td>962</td>
<td>1.348</td>
<td>1.592</td>
<td>1.661</td>
</tr>
<tr>
<td>(Bewilligungsquote)</td>
<td>(61%)</td>
<td>(72%)</td>
<td>(67%)</td>
<td>(61%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Teilnehmer</td>
<td></td>
<td>ca. 320</td>
<td>ca. 940</td>
<td>ca. 1.520</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Studentische Mobilitätsstipendien</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anträge</td>
<td></td>
<td></td>
<td>19.500</td>
<td>31.200</td>
<td>52.560</td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungen</td>
<td></td>
<td></td>
<td>16.007</td>
<td>27.450</td>
<td>44.480</td>
</tr>
<tr>
<td>(Bewilligungsquote)</td>
<td>(77%)</td>
<td>(88%)</td>
<td>(85%)</td>
<td>(ca. 84%)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Teilnehmer</td>
<td></td>
<td></td>
<td>ca. 3.500</td>
<td>11.228</td>
<td>ca. 18.500</td>
</tr>
<tr>
<td>(Teilnehmerquote)</td>
<td>(ca. 70%)</td>
<td>(ca. 70%)</td>
<td>(ca. 78%)</td>
<td>(ca. 70%)</td>
<td>(ca. 57%)</td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Reisebeihilfen</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anträge</td>
<td>2.377</td>
<td>3.510</td>
<td>3.777</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungen</td>
<td>1.138</td>
<td>1.267</td>
<td>1.913</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>(Bewilligungsquote)</td>
<td>(48%)</td>
<td>(36%)</td>
<td>(53%)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td><strong>Beihilfen für Vereinigungen und Publikationen</strong></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anträge</td>
<td>30</td>
<td>125</td>
<td>157</td>
<td>105</td>
<td>142</td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungen</td>
<td>12</td>
<td>35</td>
<td>51</td>
<td>51</td>
<td>41</td>
</tr>
<tr>
<td>(Bewilligungsquote)</td>
<td>(40%)</td>
<td>(28%)</td>
<td>(32%)</td>
<td>(49%)</td>
<td>(29%)</td>
</tr>
</tbody>
</table>


beiden Jahren wurden nur etwa die Hälfte der antragstellenden HKP gefördert, seitdem jedoch fast zwei Drittel. Insgesamt kann man schätzen, daß mehr als 95 Prozent der HKP, die eine Bewilligung erhalten, auch in dem Förderungszeitraum tatsächlich aktiv sind.

Die Anzahl der Studierenden, die die geförderten HKP bei der Antragstellung nannten, ist regelmäßig gestiegen. Sie erreichte ca. 5.000 im ersten Jahr, 16.000 im zweiten und 27.000 im dritten Jahr. 1991/92 betrug sie 44.000 und 1991/92 63.000. 1992/93 ist durch die Einbeziehung der EFTA ein größerer Anstieg auf ca. 88.000 zu erwarten.

Tatsächlich betrugen die Teilnehmerzahlen ca. 3.500 im ersten, ca. 11.200 im zweiten und ca. 18.500 im dritten Jahr des ERASMUS-Programms. Ausgehend von der Erfahrung, daß in den ersten drei Jahren die Zahl der tatsächlich geförderten HKP 30 Prozent unter den Schätzwerten in den Anträgen lagen, ist zu vermuten, daß die tatsächliche Zahl der ERASMUS-Stipendiaten 1990/91 ca. 31.000 und 1991/92 ca. 36.000 betrug.

- die HKP mit deutscher Beteiligung im Durchschnitt relativ hohe Zahlen von Studierenden haben;
- die Ausnutzungsrate (Verhältnis zwischen Bewilligungen und tatsächlichen Teilnahmen) bei den Studentenmobilitätstipendien in der Bundesrepublik Deutschland sehr hoch ist;
- die Studierenden von deutschen Hochschulen einen überdurchschnittlich langen Auslandsstudienaufenthalt haben;
- die Studierenden von deutschen Hochschulen ein ERASMUS-Stipendium erhalten, das im Durchschnitt höher ist als das aller ERASMUS-Stipendiaten in Europa.

Einschränkend ist lediglich festzustellen, daß:
- spürbar weniger Studierende von Hochschulen anderer EG-Mitgliedsstaaten ihre Auslandsstudienphase an deutschen Hochschulen verbringen als Studierende von deutschen Hochschulen im Ausland;
- die deutschen Hochschulen bei der Koordination von HKP unterrepräsentiert sind;
- wenig Reisebeihilfen nach Deutschland vergeben werden.

Tabelle 18: Deutsche Beteiligung am ERASMUS-Programm (in Prozent bzw. in ECU)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Anträge</td>
<td>13,8</td>
<td>14,4</td>
<td>12,6</td>
<td>11,6</td>
<td>13,2</td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungen</td>
<td>16,3</td>
<td>13,2</td>
<td>12,6</td>
<td>11,9</td>
<td>13,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Teilnahmen</td>
<td>16,7</td>
<td>14,2</td>
<td>13,0</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Beteiligte Fachbereiche an HKP

| Anträge              | 16,9    | 15,0    | 14,5    | 13,9    | 13,9    |
| Bewilligungen        | 19,9    | 15,7    | 15,2    |         |         |

ERASMUS-Gaststudierende von deutschen Hochschulen

| Bewilligungen        | 18,6    | 13,3    | 12,5    | 12,7    | 15,6    |
| Teilnahmen           | 20,0    | 17,2    | 19,7    |         |         |

ERASMUS-Gaststudierende an deutschen Hochschulen

| Bewilligungen        | 16,6    | 15,4    | 15,4    | 15,0    |         |
| Teilnahmen           | 18,3    | 14,7    | 14,4    |         |         |

Stipendien pro Student (in ECU)

| Alle Studierenden    | 677     | 1.127   | 1.231   |         |         |
| Studierende von deutschen Hochschulen | 865     | 1.347   | 1.472   |         |         |
### Fortsetzung Tabelle 18: Deutsche Beteiligung am ERASMUS-Programm (in Prozent bzw. in ECU)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>ECTS-Studierende von</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>deutschen Hochschulen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungen</td>
<td>19,1</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Teilnahmen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>ECTS-Gaststudierende an</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>deutschen Hochschulen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Bewilligungen</td>
<td>11,9</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Teilnahmen</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Empfänger von Reisehilfen</td>
<td>10,1</td>
<td>8,2</td>
<td>11,0</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

#### 1.5.3 Umfang der Förderung je Aktivität

Hochschulkoooperationsprogramme können für die allgemeinen Maßnahmen zur Förderung studentischer Mobilität maximal 25.000 ECU sowie für die Dozentenmobilitätsprogramme, die Studiengangsentwicklung und für Intensivprogramme maximal jeweils 20.000 ECU erhalten. In dem Rechenschaftsbericht für die ersten drei Jahre sowie im Tätigkeitsbericht von 1990/91 werden als durchschnittliche Förderungsbeträge je HKP im Rahmen der Aktion I angegeben:
- 9.673 ECU im Studienjahr 1987/88;
- 9.455 ECU im Studienjahr 1988/89;
- 10.584 ECU im Studienjahr 1989/90;

Der durchschnittliche Förderbetrag pro beteiligter Hochschule ist in den letzten beiden Jahren (1991/92 und 1992/93) noch einmal erheblich gesunken, nämlich auf etwa 1.500 ECU.


- 677 ECU je Stipendiat (865 ECU je Stipendiat von deutschen Hochschulen) im Studienjahr 1987/88
- 1.127 ECU (1.347 ECU) im Studienjahr 1988/89 und
- 1.231 ECU (1.472 ECU) im Studienjahr 1989/90.


Kurze Studienbesuche können im Rahmen des ERASMUS-Programms maximal mit 1.500 ECU je Person bezuschusst werden. Im Durchschnitt beträgt die Förderung etwa 800 ECU.

Die am ECTS-Programm beteiligten Fachbereiche erhalten bisher jährlich die vorgesehene Förderungssumme von 10.000 ECU (die beteiligten Konsortien je 15.000 ECU), die für Reisen, Organisationskosten, Informationsmaterialien, Sprachkurse u.a. verwendet werden können. Daneben erhielten die beteiligten Fachbereiche bisher jeweils mehr als 10.000 ECU jährlich für Studentenmobilitätsstipendien. Seit 1992 ist diese Summe auf 20.000 ECU jährlich gestiegen. Die beteiligten Fachbereiche können darüber hinaus Stipendien im Rahmen der Aktion II beantragen.

Die Nationalen Informationszentren für die akademische Anerkennung können jährlich bis zu 20.000 ECU Förderung erhalten. 1990/91 betrug die Beihilfe im Durchschnitt etwa 8.700 ECU.

1.5.4 Deutsche Komplementärmittel

Der seiten des DAAD anfallende Verwaltungsaufwand für die Durchführung des ERASMUS-Programms wird aus Mitteln des Auswärtigen Amtes finanziert. Da der DAAD 1990/91 ca. 13 Mio. DM an ERASMUS-Stipendienmittle zu verwalten hatte und seinen Verwaltungsaufwand auf mindestens 10 Prozent schätzte, dürften die Ausgaben des DAAD für seine ERASMUS-bezogenen organisatorischen Tätigkeiten etwa 1,3 Mio. DM betragen haben. Des weiteren stehen dem DAAD im Rahmen eines Projekttvertrages mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft zusätzliche Mittel zur Verfügung, um die Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit für die Programme ERASMUS, LINGUA und TEMPUS zu bewältigen.

Der DAAD berichtete, daß er 1990/91 für 600.000 DM einige Studierende, die im Rahmen von IIKP ins Ausland gingen, in die eigene Förderung übernommen habe. Dieser Betrag entsprach 4,6 Prozent der ERAS-MUS-Förderung für Stipendien von Studierenden deutscher Hochschulen.


Die einzelnen deutschen Hochschulen haben mit der organisatorischen und wissenschaftlichen Betreuung der eigenen der Gaststudierenden einen hohen Aufwand. Nicht wenige Hochschulen haben inzwischen eine Person für organisatorische Aufgaben eingestellt, die mit dem ERASMUS-Programm verbunden sind. Über die Ausgaben der Hochschulen für das ERASMUS-Programm liegen bisher keine Schätzungen vor.

1.6 Aufbau des Programms

1.6.1 Funktion der Kommission der EG

Laut Entscheidung des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur Einrichtung des ERASMUS-Programms (Artikel 3, Abs. 1) wird das Programm "von der Kommission durchgeführt". Die zuständige Verwaltungs einheit ist die Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend.


Lediglich in zwei Aspekten werden die Rahmenbedingungen des Rates spezifischer:
- 1987 wurde entschieden, daß die ERASMUS-Stipendien für Studierende "über die zuständigen Stellen der Mitgliedstaaten abgewickelt" werden.

1.6.2 Der Beratende Ausschuß

"Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgabe steht der Kommission ein Ausschuß zur Seite ..." (Artikel 3, Abs. 2). Die Kommission benennt auf Vorschlag der betreffenden Mitgliedstaaten je zwei Vertreter (für die Bundesrepublik Deutschland ist darüber hinaus ein Vertreter der Länder Mitglied im Ausschuß), davon einen "aus Hochschulkreisen". Vorsitz und Sekretariatsgeschäfte liegen bei der Kommission, die den Ausschuß in der Regel zweimal im Jahr einberuft. Laut Ratsbeschuß konsultiert die Kommission den Ausschuß insbesondere zu "den allgemeinen Leitlinien der im Programm vorgesehenen Maßnahmen" und zu "Frage hinsichtlich der

Der Ausschuß betreibt die laufende Entwicklung des ERASMUS-Programms. Schwerpunkte der Beratungen stellen Modifikationen in der Struktur der Aktionen, der Vorbedingungen für die Förderung, der Auswahlkriterien und der Förderungshöhe sowie der Informationsschriften und Evaluationsaktivitäten dar.

1.6.3 Akademische Beratungsgruppen

Im Rahmen ihrer Durchführungskompetenz traf die Kommission drei weitere infrastrukturelle Entscheidungen. Erstens wurden zur Auswahl der zu fördernden Hochschulkoooperationsprogramme drei Akademische Beratungsgruppen (Academic Advisory Groups - AAG) eingesetzt. Die Anträge werden zunächst von Mitarbeitern des ERASMUS-Büros (s.u.) vorbewertet; die Akademischen Beratungsgruppen empfehlen, welche HKP zu fördern seien; die Kommission entscheidet abschließend über die Förderung. Über die Vergabe der Stipendien für einzelne Studierende, die im Rahmen von HKP bzw. des ECTS-Programms mobil sind oder als "free movers" gefördert werden können, entscheiden dagegen die Durchführungsstellen der Mitgliedstaaten bzw. die einzelnen Hochschulen. Über die übrigen Förderungsmaßnahmen entcheidet die Kommission nach Vorbereitung der Entscheidung seitens des ERASMUS-Büros ohne eine Einbeziehung von Beratungsgruppen oder des Beratenden Ausschusses.

1.6.4 Das ERASMUS-Büro


1.6.5 Beratungsstruktur des ECTS-Programms

Für das ECTS-Programm sieht die Kommission eine "dezentrale Managementsstruktur" vor. So ist für jede Fachrichtung jeweils ein Koordinator ernannt. Auch finden gelegentlich Sitzungen von Koordinatoren an allen ECTS-Hochschulen eine Fachrichtung oder auch allgemeinen Fachrichtungen statt, um die Verfahren der Kooperation und des Credit Transfer weiterzuentwickeln oder auch Empfehlungen für die Auswahl von Studierenden auszusprechen.

1.6.6 Nationale Stipendienvergabestelle

Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben jeweils eine Nationale Stipendienvergabestelle (National Grant Awarding Authorities - NGAA) eingerichtet. Diese treten in der Regel zweimal im Jahr zu Plenarsitzungen zusammen, um organisatorische Fragen der Vergabe von ERASMUS-Stipendien an Studierende zu beraten. Die NGAA sind auch für die Aktion II des LINGUA-Programms zuständig.

In der Bundesrepublik Deutschland beauftragte das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) mit dieser Aufgabe. Die Finanzierung dieser Verwaltungsaufgaben erfolgt durch das Auswärtige Amt.

Der DAAD erhält vom ERASMUS-Büro die Stipendienmittel für Studierende von deutschen Hochschulen und ist für deren Verwendung gegenüber der Kommission rechenschaftspflichtig. Als wichtigste Aufgaben des DAAD für das ERASMUS-Programm haben sich entwickelt:

- Setzung von Richtlinien für die maximale Förderung der Studierenden (je nach Entfernung und Lebenshaltungskosten der Gastländer, Unterstützung von Sprachkursen usw.) und Empfehlungen zur tatsächlichen Stipendienberechnung gemeinsam mit dem BMBW, wobei über die Zahl der Stipendienempfänger je beteiligtem Fachbereich, die Höhe des Stipendiums und die einzelnen Stipendienempfänger seitens der Hochschulen selbst entschieden wird, jedoch mit Hilfe eines vom DAAD erarbeiteten Verteilungsrunds;
- Abstimmung der EG-Förderung mit deutschen Förderungsangeboten (z.B. ERASMUS-Förderung für BAFöG-Stipendiaten);
- finanzielle Abwicklung der an die Hochschulen ausgezahlten Stipendienmittel in mindestens zwei Verteilungsrunden;
- Information und Beratung der Hochschulen zum ERASMUS-Programm.
in gewissem Umfange kann der DAAD mit diesen Funktionen programmsteuernd wirken. So versucht der DAAD, zu einer stärker ausgewogenen Mobilität in alle EG-Länder dadurch beizutragen, daß die Studierenden, die in bisher überrepräsentierten Ländern studieren wollen, ein geringeres Zusatzstipendium erhalten.

1.6.7 HKP-Koordinatoren und Programmbeauftragte

Die HKP haben jeweils einen Koordinator, der für die Antragstellung und laufende Zusammenarbeit erforderlich ist; er ist auch für die Berichterstattung an die Kommission zuständig. Der HKP-Koordinator wird dabei von Programmbeauftragten der einzelnen beteiligten Fachbereichen bzw. Hochschulen unterstützt, die für die örtliche Koordination zuständig sind. Die Mittel zur Förderung der HKP werden der Hochschule des Koordinators zugewiesen.

1.6.8 Funktion der Hochschulverwaltungen


1.6.9 Individuelle Antragsteller

Einzelne Dozenten oder Verwaltungsangehörige oder einzelne Vereinigungen können Mittel für individuelle Reisezuschüsse bzw. für die Förderung von Vereinigungen, Publikationen, Studien usw. stellen. Sie sind für die Verwendung der Mittel sowie für die sachliche und Finanzberichterstattung selbst zuständig.

1.6.10 Studierende

Die Studierenden beantragen das Stipendium bei ihrem Fachbereich und erhalten ggf. die Förderung durch ihre Hochschule. Bis 1990/91 waren sie seitens der Kommission zu einem kurzem Bericht verpflichtet (anfänglich auf einem Formblatt, später auf einem Kurzfragebogen). Lediglich diejenigen Studierenden, die sich für die wenigen Stipendien für "free movers" bewerben, haben den Antrag bei der Nationalen Stipendienvergabestelle zu stellen. Deutsche Studierende können sich allerdings nicht um ein "free mover"-Stipendium bewerben.

Übersicht 14: ERASMUS - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) ERASMUS-Büro, 70, rue Montoyer, B - 1040 Brüssel
c) Vertreter des Bundes im Beratenden Ausschuß: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr MinR Tuercke, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
d) Vertreter der Länder im Beratenden Ausschuß: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, Frau Pistor-Rußoff, Friedrich-Ebert-Str. 4, 1560 Potsdam
e) Vertreter der Hochschulen im Beratenden Ausschuß: Deutscher Akademischer Austauschdienst, Herr Prof. Dr. Berchem, Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2
f) Deutscher Akademischer Austauschdienst, EG-Referat, Herr Wächter, Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2

1.7 Ablauf des Programms

Für die Förderung der Hochschulkooperationsprogramme und damit auch für die Vergabe von Stipendien an Studierende im Studienjahr 1992/93 ergibt sich folgender Ablauf:

(1) Im April 1991 - also etwa 1 1/2 Jahre vor Beginn des betreffenden Studienjahres wurden die Leitfäden und damit die Aufrufe zur Antragstellung vom ERASMUS-Büro an die bisher geförderten HKP, die NGAAs sowie die Rektoren und Präsidenten aller Hochschulen versandt. Beratungen über und Entscheidungen für die Modifikation der Antragstellung und die Modifikation der Vergabepraxis, die in den Leitfäden mitgeteilt werden sollen, müssen also bereits etwa zwei Jahre vor Beginn des entsprechenden Studienjahres stattfinden.

(3) Nach Vorprüfung der Anträge durch das ERASMUS-Büro und nach Empfehlung durch die Akademischen Beratungsgruppen entschied die Kommission im April 1992 über die Förderung von HKPs.


(5) Der DAAD führte im April 1992 eine Bedarfsabfrage (über die voraussichtliche Zahl der ERASMUS-Stipendiaten, die Dauer des Auslandaufenthalts, das Gastland usw.) durch, um im Juni 1992 ein Verteilungsmodell zu errechnen und um die zu erwartenden Stipendienmittel den Programmkoordinatoren und Programmauftragten mitzuteilen.

(6) Im Juli 1992 erhielten die Hochschulen der Programmkoordinatoren Zuwendungsverträge über die Mittel im Rahmen der Aktion I seitens des ERASMUS-Büros; auch erhielten die deutschen Hochschulen, die an geförderten HKPs beteiligt sind, und die die Entscheidung von Studierenden an Partnerhochschulen beantragt hatten, Zuwendungsverträge seitens des DAAD.


(8) Nach Erhalt der unterzeichneten Verträge weisen das ERASMUS-Büro die gesamten HKP-Mittel und der DAAD die Stipendienmittel an.


(10) Im August 1993 haben die Abrechnungen der Stipendienmittel mit dem DAAD zu erfolgen. Der DAAD hat bis zum 31. Oktober 1993 die Mittelverwendung für einzelne Studierende dem ERASMUS-Büro mitzuteilen.


(12) Bis zum Dezember 1993 sind Abrechnungen zwischen DAAD und dem ERASMUS-Büro vorgesehen.

(13) Von Januar bis Juni 1994 sind "settlements of contracts" seitens der Kommission (über das ERASMUS-Büro) vorgesehen.

Beim Antragsverfahren zu HKP und damit verbunden zu Stipendien für Studierende gab es im Laufe der Jahre zwei deutliche Veränderungen:


Beim ECTS-Pilotprogramm wird der Antrag auf Fortsetzung der institutionellen Förderung und der zugeordneten Stipendien im selben Rhythmus wie die Anträge auf HKP- und Stipendienmitte im Rahmen der Aktionen I und II gestellt. Alle Hochschulen bzw. Fachbereiche des "inneren Kreises" müssen zur Fortsetzung der Förderung jährliche Zwischenberichte abgeben, sind aber für die gesamte Dauer des Pilotprojekts daran beteiligt.

Entscheidungen zur Förderung von individuellen Reisezuschüssen und von Zuschüssen für Vereinigungen, Publikationen u.a. erfolgen mehrmals im Jahr. Der Antrag ist in der Regel jeweils ein halbes Jahr vor der erwarteten Förderungsentscheidung zu stellen.
1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte und Mittelnachweise der Empfänger

Für alle Förderungsmaßnahmen gilt, daß die vertraglichen Bewilligungsempfänger zu Sachberichten wie zum Nachweis der Mittelverwendung verpflichtet sind. Zu einem Sachbericht an die Kommission sind verpflichtet:
- die Nationalen Stipendienvergabestellen (NGAA) im Hinblick auf die Stipendien für Studierende,
- die Koordinatoren der HKP im Hinblick auf die Hochschulkooperationsprogramme,
- die am ECTS-Programm beteiligten Koordinatoren der jeweiligen Fachbereiche und Konsortien im Hinblick auf die institutionellen und Stipendien-Mittel,
- die jeweiligen Antragsteller im Hinblick auf individuelle Reisezuschüsse sowie Zuschüsse für Vereinigungen, Publikationen u.ä.


Zu Verwendungsnachweisen sind verpflichtet:
- die einzelnen Empfänger von Beihilfen für individuelle Reisen, Vereinigungen, Publikationen u.ä. gegenüber der Kommission,
- die einzelnen Hochschulen gegenüber den Nationalen Stipendienvergabestellen und diese gegenüber der Kommission im Hinblick auf die Stipendien für die Studierenden,
- die einzelnen Hochschulen, denen die Koordinatoren angehören, gegenüber der Kommission im Hinblick auf Mittel für HKP, bzw. die Hochschulen, die am ECTS-Pilotprogramm beteiligt sind, im Hinblick auf die institutionellen Mittel bzw. die gesondert zuteilten Stipendien.

Die Berichte werden erstens für die Einzelentscheidung zum Abschluß der Förderungsverfahren benutzt. Im Falle von Mittelnachweisen kann unter Umständen von Restzahlungen abgesehen werden, oder es können Mittel zurückgeführt werden.


Drittens werden die Sachberichte und Mittelnachweise bzw. die Einzelquittungen der Studierenden als Unterlagen für die Begleitung und Evaluierung des ERASMUS-Programms insgesamt verwendet. Durch sie kann die Kommission zum Beispiel erfahren, wieviele Studierende tatsächlich ein ERASMUS-Stipendium erhalten oder welche typischen Probleme die HKP-Koordinatoren bei der Durchführung des Programms konstatierten.

1.8.2 Statistische Übersichten

Das ERASMUS-Büro erstellt regelmäßig Statistiken zu ERASMUS-Programmen, die zum Teil in Tätigkeitsberichten der Kommission, in den jährlichen "Directories" oder im ERASMUS-Newsletter veröffentlicht werden:
- Die Veröffentlichungen ergeben regelmäßig ein detailliertes Bild über Antragstellungen und Bewilligungen zu HKP sowie Bewilligungen von Stipendien; die Darstellungen führen jedoch häufig zu dem falschen Eindruck, daß es sich um die tatsächliche Zahl der HKP und der Stipendiaten handelt.
- Antragstellungen und Bewilligungen für andere Aktionen werden ebenfalls veröffentlicht, jedoch nicht regelmäßig für alle Jahre.
- Die durchschnittlichen Antrags- und Bewilligungssummen je Förderungsmaßnahme sind aus den genannten Publikationen nicht vollständig und nicht regelmäßig erkennbar.
- Das jährliche Gesamtbudget und dessen Verteilung auf die Aktionen wird bekanntgegeben; durch einen Wechsel der Zuordnung mancher Förderungsmaßnahmen läßt sich daraus die Entwicklung der Förderung für verschiedene Maßnahmen nur bedingt nachvollziehen.
- Die Verwendung der Mittel für Verwaltung, Information und Evaluation wird nicht publiziert.

1.8.3 Evaluierung

Die Kommission betont in ihrem Bericht, daß von Anfang an großer Wert auf eine eingehende und ständige Begleitung ("monitoring") und Evaluierung des ERASMUS-Programms gelegt wurde. Sechs Arten von Maßnahmen sind vor allem zu nennen:
(a) Die Kommission führt zu verschiedenen Themenbereichen kurze Seminare durch, in denen eingeladene Beteiligte am ERASMUS-Programm (z.B. ehemalige Stipendiaten, HKP-Koordinatoren, Austauschdozenten, Verantwortliche für Sprachunterricht oder Wohnungsbewirtschaftung u.a.) über ihre Erfahrungen berichten und somit unmittelbar ein Feedback für die Vorbereitung von Evaluationsstudien oder unmittelbar für Entscheidungsvorbe reitungen geben. Im Rahmen des ECTS-Programms sind solche Seminare selbst regelmäßiger Bestandteil der Programmfortentwicklung.

(b) Vom Personal des ERASMUS-Büros werden in gewissem Umfang systematische Studien auf der Basis der im Organisationsprozeß anfallenden Daten und Berichten durchgeführt.

(c) Daten über die tatsächliche Zahl und Struktur der HKP und der Stipendiaten werden jährlich auf der Basis der Rechenschaftsberichte und Verwaltungsangaben ermittelt und im Detail analysiert. Datenanalyse und Berichte werden im Kontext der unter (e) genannten Evaluationsstudien erstellt.


Die Tätigkeiten des DAAD für das ERASMUS-Programm und auch die entsprechenden Verträge und Unterstützungen seitens des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft unterliegen im Prinzip der Überprüfung durch den Bundesrechnungshof.


1.9 Wichtige Dokumente und Informationen
1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter


1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher


Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): Verzeichnis der Hochschulkooordinatoren für ERASMUS, LINGUA, COMETT und TEMPUS. Bonn: EG-Referat des DAAD, 1993

Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): Success Stories. Dozenten und Studenten berichten über die EG-Programme ERASMUS, LINGUA, COMETT und TEMPUS. Bonn: EG-Referat des DAAD, 1992


1.9.3 Rechnungsaufsichten, Jahres- und Evaluationsberichte


Serie: "ERASMUS Monographs" (bisher 15 Titel, von denen im folgenden eine Auswahl angeführt wird)

- Monasta A.: Comparative Evaluation of ERASMUS ICPS in the Subject Areas of Business Management, Chemistry, History. Università di Firenze, Juli 1989 (Nr. 8)
2. Probleme der Programmdurchführung bei ERASMUS

2.1 Charakter des Programms

Das **ERASMUS-Programm** ist primär ein Dauerprogramm, bei dem ein großer Teil der Regelkosten (Stipendien, Kosten der Hochschulkooperationsprogramme etc.) kontinuierlich aufgebracht werden. Je erfolgreicher das Programm, desto größer wird das Interesse an einer Beteiligung, so daß - bei gleichbleibendem Budget - Engpässe absehbar sind. Zwei Lösungsmöglichkeiten werden diskutiert:

a) Der Ausbau einer Komplementärförderung durch die Mitgliedstaaten.

b) Die Senkung der Fördergrößen (Stipendien, Zuschüsse zu HKP).

2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand

Von der Anlage her ist das **ERASMUS-Programm** in einem doppelten Sinne organisatorisch aufwendig:

a) in der Verwaltung des Fördersystems (für die durchführenden Stellen);

b) in den organisatorischen Implikationen für die Bewilligungsempfänger (für die Geförderten).

Würde die "Logik" der Programmführung geändert, um den organisatorischen Aufwand zu verringern, so ließe sich u.a. die Zahl der abzuschließenden Verträge erheblich verringern.


2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


a) **Erhält die Kommission zu wenig Feedback von den Mitgliedstaaten und den Hochschulen?**

Dies ist aus mehreren Gründen zu verneinen:

- Es gibt ein ausgebautes System von Berichtspflichten sowie ein breitgestreutes Netz informeller Kontakte, die unterstützt und wahrgenommen werden.
- Das EG-Referat des DAAD nimmt beachtliche Funktionen in den Informationsflüssen (Beratung und Empfehlung) zur Kommission und zu den Hochschulen wahr.
- Die Kommission hat für das ERASMUS-Programm ein elaboriertes System der Begleitung ("monitoring") und Evaluierung aufgebaut.

b) **Werden die nationalen Belange in der Umsetzung und Durchführung des ERASMUS-Programms hinreichend an die Kommission herangetragen?**

Die meisten der laufend ergeben Durchführungsfragen im Rahmen des ERASMUS-Programms werden nicht als Fragen nationaler Belange empfunden. Bei der Durchführung des ERASMUS-Programms sind nationale Belange von deutscher Seite nur bei vier Aspekten hervorzuheben:
Die Frage einer proportionalen Förderung deutscher Hochschulen (Kooperationsprogramme) und Studierender (Mobilitätsstipendien) ist durch Ratsentscheidungen gesichert und wird in der laufenden Umsetzung nicht relativiert.


Die geänderte Befruchtung, Deutschland könnte als Gastland des Studentenaustauschs zu kurz kommen, läßt sich nicht bestätigen. Es verbringen mittlerweile fast ebenso viele ERASMUS-Stipendiaten ihre Auslandsstudienphase an deutschen Hochschulen, wie ERASMUS-Stipendiaten deutscher Hochschulen ins Ausland gehen.

Von deutscher Seite werden allerdings Vorbehalte gegenüber dem ECTS-Programm geltend gemacht. Die Etablierung curriculärer und Prüfungsmodule sowie die Anerkennung in Netzwerken liegen deutschen Traditionen nicht besonders nahe. Hier bleibt die Auswertung der Erfahrungen der Pilotphase erst noch abzuwarten.

c) Kommen die nationalen Belange zu kurz, wenn sie nicht mit Entscheidungskompetenzen im Durchführungsprozeß verbunden sind?
Diese Frage läßt sich nicht eindeutig beantworten. Sie hängt u.a. davon ab, wie der Rat die Rahmenbedingungen des ERASMUS-Programms im Verlauf seiner weiteren Entwicklung gestaltet, und wie die Kommission der EG auf die Feedbacks reagiert. Bisher ist nicht erkennbar, daß von deutscher Seite Schwächen des Programms postuliert würden, die dem schwachen Einfluß der Mitgliedstaaten auf die Durchführung zuzuschreiben wären.

2.4 Mehrstufigkeit der Stipendienvergabe

Die Entscheidung, daß im Rahmen des ERASMUS-Programms die Vergabe der Zuschüsse für die Hochschulkoparationsprogramme unmittelbar durch die Kommission erfolgt, während die damit verbundene Vergabe von Stipendienmitteln von der Hochschule und über nationale Vergabestellen vorgenommen wird, ist weniger Effizienzgesichtspunkten als einem ordnungspolitischen Kompromiß zu verdanken. Die Folgen dieser Entscheidung für die Durchführung des Programms in der Bundesrepublik lassen sich wie folgt zusammenfassen:

a) Die Gesamtkosten der Verwaltung des Förderprogramms sind eindeutig höher, als sie es bei einer völlig "zentralen" oder einer völlig "dezentralen" Lösung gewesen wären.

b) In Deutschland hat sich eine plausible Arbeitsteilung der Entscheidungen zwischen Kommission, DAAD und Hochschulen entwickelt. Im Verfahren wird allerdings ein Zielkonflikt sichtbar, bei dem die Kommission eher die Tendenz der Förderung einer möglichst hohen Zahl von Studierenden, der DAAD dagegen eher die Tendenz einer begrenzten Zahl mit nicht zu knappen Stipendien vertritt.

c) Die Verwaltungsprozesse zwischen dem ERASMUS-Büro und dem DAAD sind so abgestimmt, daß für die Hochschulen kein größerer Verwaltungsaufwand entsteht.

d) Der DAAD bietet im Rahmen des ERASMUS-Programms einige Leistungen, die bei einer zentralen Verwaltung in Brüssel nicht gegeben wären: z.B. relativ zügige Überweisung der Stipendienmittel, bedarfsgerechte Verteilung der Stipendienmittel, intensive und individuelle Betreuung und Beratung bei Antragstellung, Organisation und anderen Problemen.

Insgesamt ist es wohl berechtigt festzustellen, daß seitens der am ERASMUS-Programm beteiligten Hochschulen eher Kritik an Ablaufproblemen geäußert wird, die sich an Brüssel richtet, als Kritik an DAAD.

2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

In der Ablauforganisation haben die Erfahrungen und Probleme zwei deutliche Veränderungen seit Bestehen des ERASMUS-Programms ausgelöst:

- Der Termin der Antragstellung ist vom Jahresbeginn auf den 31. Oktober vorverlegt worden, um eine möglichst frühzeitige Benachrichtigung über Bewilligungen sicherzustellen;
- Antragstellung und Förderung der Hochschulkoparationsprogramme erfolgt nicht mehr nur für ein Jahr, sondern die Förderung wird für drei Jahre in Aussicht gestellt, um durch längerfristige Planung ein höheres Maß an Kontinuität und Stabilität zu erzielen.

Größtes Ablaufproblem für die Hochschulen bleibt jedoch weiterhin der Termin der Bekanntgabe der Auswahlergebnisse. Für eine noch frühere Bekanntgabe werden seitens des ERASMUS-Büros allerdings Grenzen gesehen.
Eine weitere Möglichkeit zur administrativen Verbesserung wird in dem Versuch gesehen, die Datenverarbeitung auszubauen und zwischen den nationalen Vergabestellen und dem ERASMUS-Büro kompatibel zu machen.

Schließlich diskutiert der DAAD zur Zeit, die Verfahren der Antagstellung, Bewilligung und Abrechnung daran zu reduzieren, daß pro Hochschule nur noch ein Zuwendungsvertrag abgeschlossen wird, der alle Programme abdeckt, an denen die Hochschule im Rahmen von ERASMUS beteiligt ist.

Daneben bietet sich eine organisatorische Verbesserung an, die prinzipielle Auswirkungen auf ERASMUS und LINGUA, Aktion II hat. Beide Programme werden als sachlich und organisatorisch weitgehend überschneidend gesehen, so daß eine völlige Integration des LINGUA-Teilprogramms in das ERASMUS-Programm naheliegt, zumindest aber eine gegenseitige Deckungsfähigkeit der Mittel.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung

Die Größenordnung der finanziellen Förderung ist beim ERASMUS-Programm Gegenstand kontroverser Diskussionen.

Die Kommission vertritt ein Anreiz-Konzept, nach dem das Programm effizienter ist, wenn eine größere Beteiligung bei geringerer Förderung im Einzelfall erreicht wird. Der DAAD und überwiegend auch die Hochschulen vertreten die Ansicht, daß nur so viele Förderungen erfolgen sollen, daß die sichtbaren Zusatzzosten durch das ERASMUS-Programm abgedeckt sind. Bei welchen Beträgen die Anreizschwelle unterschritten wird, ist je nach Mitgliedstaat unterschiedlich. Für die Bundesrepublik läßt sich sagen, daß sie eher hoch liegt.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und Durchführung


Da der DAAD im Beratenden Ausschuß vertreten ist, könnten im Rahmen dieser Sitzungen Abstimmungen über nationale Vorgehensweisen getroffen werden. Andererseits sind aber besondere Sitzungen zum Zweck der darüber hinausgehenden Abstimmung gegenüber der Kommission nicht üblich.


Bei der Frage, inwieweit die deutschen Instanzen sich über das Funktionieren des Programms zu informieren haben, fallen drei Aspekte auf:

a) Die Ausschußvertreter von Bund und Ländern sind nur zu einem geringen Teil ihrer Arbeitszeit mit den Programmproblemen befaßt;

b) Die potentiellen Interessenten wissen nicht, wer für Informationen und Beratung zuständig ist.

c) Es gibt keinen organisierten umfassenden Informationsaustausch zwischen der nationalen Durchführungsstelle und den Ausschußvertretern von Bund und Ländern.

So ist nicht verwunderlich, daß zwischen durchführender Stelle und Ausschußvertretern zwar freundliche Kontakte bestehen, in der Informations- und Beratungsarbeit aber teilweise eine große Anzahl von Anfragen an der falschen Stelle ankommt. Seitens der Ausschußvertreter wird darüber hinaus über unvollständige und späte Information der Kommission und geringe formale Einflußmöglichkeiten geklagt.

2.8 Information, Transparenz, Evaluation

Gegenüber der EG-Kommission wird des öfteren die Kritik erhoben, daß über das ERASMUS-Programm nicht genügend Transparenz geschaffen wird. Das ERASMUS-Büro legt jedoch in der Regel detailliertere Statistiken vor als zum Beispiel der DAAD über den von deutschen Instanzen geförderten Studentenaus-
tausch. Darüber hinaus sind von der Kommission weitaus mehr Evaluationsprojekte vorgesehen, als sie für einschlägige Aktivitäten in Deutschland üblich sind.

Es lassen sich allerdings einige Mängel in den Informationen seitens der EG-Kommission feststellen:
- Die Darstellungen über Größenordnungen werden auf Bewilligungsstatistiken gestützt statt auf tatsächliche Beteiligungszahlen.
- Angaben über die durchschnittliche Größenordnung der Förderung erfolgen nicht vollständig und regelmäßig.
- Die Ergebnisse von Evaluationsstudien werden nur zum Teil und oft sehr verspätet bekannt gemacht.

Mit den für 1993 angekündigten Statistiken, Beschreibungen und Evaluationsstudien des ERASMUS-Programms wird jedoch eine solche Fälle von Informationen vorliegen, wie für kein anderes EG-Programm oder analoges deutsches Programm.

2.9 Controlling

Im Prinzip hat der DAAD als Durchführungsstelle, der zur Wahrnehmung seiner Aufgaben Mittel von der Kommission und vom BMBW erhält, gegenüber beiden Instanzen regelmäßig Tätigkeitsberichte und Nachweise über die angemessene und sachgerechte Verwendung der Mittel abzugeben. Diese Auflagen werden bisher ausreichend angesehen, und die Arbeit des DAAD bei der Durchführung des ERASMUS-Programms gilt allgemein als vorbildlich. Die Bemühungen um individuelle und problembezogene Betreuung und Beratung gehen sicherlich teilweise noch über das hinaus, was gemeinsam erwartet werden kann, zumal der DAAD sich trotz der komplizierten Organisationsabläufe ein verhältnismäßig hohes Maß an Flexibilität bewahrt hat, um in Notfällen unbürokratisch helfen zu können. Dies ist nicht zuletzt dem individuellen Engagement der befaßten Personen zu verdanken. Demgegenüber ist eine reguläre Evaluation der Arbeit der nationalen Durchführungsstellen nicht vorgesehen.

Eine bisher erst einmal erfolgte stichprobenartige Kontrolle der Mittelverwaltung durch den Europäischen Rechnungshof auf allen Ebenen des ERASMUS-Programms hat allerdings einige Nachlässigkeit zutage treten lassen, deren Einzelheiten jedoch mit den betroffenen Instanzen individuell besprochen wurden. Das Ergebnis dieser Überprüfung wurde nicht öffentlich zugänglich gemacht. Jedoch wurde berichtet, daß die Mittelverwaltung seitens der HKP - nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland - nicht in allen Fällen den Richtlinien entsprach.

2.10 Information und Beratung

Zum Thema Information und Beratung ist an anderer Stelle bereits einiges gesagt worden (vgl. besonders Punkt 2.8). Hervorzuheben wäre an dieser Stelle noch einmal, daß die Information und Beratung der potentiellen Antragsteller und der Mittelempfänger durch den DAAD als besonders gut beurteilt wird. Vor allem die deutschen HKP-Koordinatoren fühlen sich in vieler Hinsicht vom DAAD in einer Form unterstützt und beraten, daß sie ihre Arbeit ohne diese Hilfe als wesentlich weniger effektiv einschätzen.

2.11 Andere Probleme

Eine Reihe von Problemen des ERASMUS-Programms scheinen nicht so sehr in der Ablauforganisation der Förderung oder in der Zusammenarbeit zwischen den Stellen der EG und der Mitgliedstaaten zu liegen. Zu nennen sind die folgenden:

a) Es wird des öfteren auf die mangelnde "Professionalität" der Hochschulen in der Behandlung organisatorischer und administrativer Fragen hingewiesen.

b) Die Unterbringung der nach Deutschland kommenden ERASMUS-Stipendiaten gilt als eines der größten Probleme.

c) Die Zusammenarbeit der Partnerhochschulen ist überwiegend beeindruckend, doch wird auch immer wieder von deutlichen Defiziten berichtet.


Deutliche Probleme wurden im Hinblick auf die Anerkennung der im Ausland erbrachten Studienleistungen seitens der deutschen Hochschulen festgestellt.
EUROTECNET

Aktionsprogramm zur Förderung von Innovationen in der Berufsbildung in der Folge des technologischen Wandels in der Europäischen Gemeinschaft

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Anlage des Programms


Übersicht 15: Zielsetzung des EUROTECNET-Programms

"Das EUROTECNET-Programm zielt auf die Förderung von Innovationen in der beruflichen Erstausbildung und der beruflichen Weiterbildung ab, um dem derzeitigen und künftigen technologischen Wandel und seinen Auswirkungen auf Beschäftigung, Arbeit sowie die erforderlichen Qualifikationen und Kenntnisse Rechnung zu tragen."


Das Programm ist aufgeteilt in drei Linien:

a) die Förderung innovativer Ansätze im Rahmen eines Netzwerks nationaler Demonstrationsprojekte; dazu gehören die Informations- und Erfahrungsaustausch, die Entwicklung von Ausbildungskonsortien, die transnationale Kooperation und die Entwicklung von Programmen zur Ausbildung der Ausbilder;

b) die Durchführung von Forschung und Analysen über innovative Aktivitäten, einschließlich die Beigleitschrift der unter (a) genannten Aktivitäten;

c) die Organisation von Informations- und Publikationsaktivitäten; dazu gehören Konferenzen und Veröffentlichungen, eine Clearing-Stelle zum Austausch von Lehr- und Lernmaterial, die Durchführung von Seminaren und die Errichtung einer Datenbank.

Fördermittel sind darüber hinaus für die externe Evaluation der Durchführung des Programms und die kontinuierliche Begleitung und Bewertung der einzelnen Aktivitäten sowie für die Finanzierung der nationalen Koordinierungsstellen und des technischen Unterstützungsbüros vorgesehen.

1.2 Entwicklung des Programms
1.2.1 Die erste Phase: EUROTECNET I


Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten im Rahmen des Programms wurden durch nationale politische Koordinatoren initiiert und organisiert. Die Koordinatoren repräsentierten zumeist die Position des eigenen Mitgliedstaats in den Beratenden Ausschuss, und sie unterstützten zum anderen die Durchführung des Programms auf nationaler und Gemeinschaftsebene.

Im Rahmen des ersten EUROTECNET-Programms wurden folgende Aktivitäten gefördert:
- Netzwerkaktivitäten (Projektreffen, themengebundene Tagungen u.ä.)
- gegenseitige Besuche von Fachleuten,
- ein gemeinsames Forschungsprogramm,
- der Austausch innerhalb spezialisierter und auf einzelne Wirtschaftssektoren ausgerichteter Arbeitsgruppen,
- nationale Konferenzen,
- Gesprächsrunden von Fachleuten aus Gewerkschaften und von der Arbeitgeberseite,
- Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen.


<table>
<thead>
<tr>
<th>Konferenzen</th>
<th>Treffen/ Seminar</th>
<th>Studien</th>
<th>Information/ Verbreitung</th>
<th>Verwaltung</th>
<th>Gesamtsamme</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1985</td>
<td>---</td>
<td>7.000</td>
<td>200.000</td>
<td>6.000</td>
<td>70.000</td>
</tr>
<tr>
<td>1986</td>
<td>300.000</td>
<td>15.000</td>
<td>17.000</td>
<td>33.000</td>
<td>160.000</td>
</tr>
<tr>
<td>1987</td>
<td>329.000</td>
<td>209.000</td>
<td>126.000</td>
<td>153.000</td>
<td>318.000</td>
</tr>
<tr>
<td>1988</td>
<td>151.000</td>
<td>77.000</td>
<td></td>
<td>133.000</td>
<td>564.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>780.000</td>
<td>308.000</td>
<td>343.000</td>
<td>325.000</td>
<td>1.117.000</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Auffällig an dieser Übersicht sind die hohen Kosten für die Verwaltung des Programms. Sie schwanken in den einzelnen Jahren der Laufzeit zwischen knapp 25 Prozent und etwas über 60 Prozent des Jahreshafts und machen einen durchschnittlichen Anteil von 38,8 Prozent aus.

1.2.2 Die zweite Phase: EUROTECNET II


1.2.3 Weiterentwicklung und Veränderungen im EUROTECNET II-Programm


1.3 Fördermaßnahmen

Die Aktionen im Rahmen des EUROTECNET-Programms, die mit Mitteln des Programms gefördert werden, sind im Anhang zum Rastbeschluß über das Programm aufgeführt, und werden als flankierende Maßnahmen bezeichnet. Sie sind in drei große Programmlinien gegliedert.

Linie 1: Förderung der Verbreitung innovativer Konzepte zur Anpassung der beruflichen Aus- und Weiterbildung an den technologischen Wandel

Im Rahmen dieser Programmlinie werden die Aktivitäten der nationalen Demonstrationsprojekte durch Austausch- und Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen des Netzwerks unterstützt. Dazu gehören:


(b) die Betreuung und Koordinierung der nationalen Demonstrationsprojekte durch Beratung und Organisation rationaler Projektleitertreffen und Workshops.

(c) Gefördert wird auch der Aufbau einer gemeinschaftsweiten Austausch- und Dokumentationsstelle (Clearing-Stelle), die die Auswertung und den Austausch von Lehr- und Lernmaterialien für die berufliche Aus- und Weiterbildung organisiert und Beratungsdienste für die Mitgliedstaaten zur Verfügung stellt.

(d) Im Rahmen des Studienbesuchsprgramms für Fachleute in der beruflichen Bildung werden vom CEDOP grenzübergreifende Studienaufenthalte speziell für die an den Modellvorhaben und anderen Aktivitäten des EUROTECNET-Programms Beteiligten durchgeführt.

(e) Die Maßnahmen der Mitgliedstaaten zur Förderung und Verbesserung der beruflichen Aus- und Weiterbildung auf dem Gebiet der neuen Technologien werden unterstützt durch Mittel zur Verbreitung von Ergebnissen und zur Organisation von grenzüberschreitendem Austausch und Transfer

(f) die Entwicklung von Modellprogrammen zur Ausbildung der Ausbilder, einschließlich geeigneter Austauschmöglichkeiten. Die Modellprogramme haben insbesondere die Veränderungen von Kenntnissen und Qualifikationen in der Folge des technologischen Wandels zum Gegenstand.

(g) die Einrichtung von europäischen Konsortien für Ausbildung und Technologie. Diese Konsortien setzen sich aus Partnern zwischen kleineren und mittleren Unternehmen, Großunternehmen, Einrichtungen und Trägern der Berufsausbildung und den Sozialpartnern zusammen. Zweck solcher Konsortien ist die Entwicklung innovativer beruflicher Ausbildungsgänge im Bereich neuer Technologien.

Linie 2: Durchführung von Forschungsvorhaben und Untersuchungen zur Anpassung der Angebote zur beruflichen Aus- und Weiterbildung an die Auswirkungen des technologischen Wandels

Die zweite Programmlinie unterstützt Forschungsvorhaben, Analysen und die wissenschaftliche Begleitung der Programaktivitäten insgesamt sowie der einzelnen Modellvorhaben, die Netzmitglieder sind. Vorrangig werden Projekte gefördert, die sich mit folgenden Themen beschäftigen:

- Erarbeitung neuer pädagogischer Ansätze und Modelle zur Vermittlung neuer Kenntnisse und Qualifikationen unter Einbeziehung von Multimedia-Lernmethoden;
- Verbesserung des Zugangs von Benachteiligten oder Randgruppen zur beruflichen Aus- und Weiterbildung im neuen Technologien und Erarbeitung entsprechender Methoden;

Informationen über die im Rahmen des EUROTECNET-Programms vorgesehenen Forschungs- und Analysevorhaben sind dem zu Beginn der Laufzeit von EUROTECNET II von der Kommission vorgelegten Arbeitsprogramm (TFRH/13/106/90) zu entnehmen. Die Vorhaben verteilen sich auf vier größere Themenbereiche:

- Entwicklung offener und flexibler Lernsysteme,
- Zielgruppen für die technologische Ausbildung,
- neue Qualifikationsanforderungen und Veränderungen in der Berufsausbildung (in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum für die Förderung der Berufsbildung),
- Aus- und Weiterbildung von Ausbildern für neue Technologien.

Linie 3: Durchführung von Informationskampagnen und Förderung von Informations- und Publikationstätigkeiten
Neben den Netzwerk- und Forschungsaktivitäten werden als dritte Programmlinie die Information über das Programm sowie die Publikation von Ergebnissen gefördert. Vorgesehen ist die Finanzierung folgender Aktivitäten:
- gemeinschaftsweite und nationale Konferenzen zu Schlüsselthemen auf dem Gebiet der Verbindung beruflicher Aus- und Weiterbildung und neuer Technologien;
- Schulungsseminar, Fachkolloquien, Workshops der Modellvorhaben sowie Treffen kleinerer Expertengruppen;
- Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und verschiedener, multilateraler zusammengesetzter Expertengruppen zum Austausch von Informationen über Qualifizierungsmöglichkeiten und -angebote;
- Erarbeitung von Publikationen zur Information über das EUROTECNET-Programm in allen Gemeinschaftssprachen.

Im Rahmen der flankierenden Maßnahmen stehen außerdem Mittel für die fachliche Unterstützung zur Verfügung. Damit werden zum einen das technische Unterstützungsbüro EUROTECNET in Brüssel sowie ein Teil der Verwaltungskosten der nationalen Koordinierungsstellen finanziert, zum anderen die Kosten für die externe Evaluation des Programms gedeckt.

Nach einer internen Bewertung der Entwicklungen und Ergebnisse der Programmanaktivitäten im Jahre 1991 wurde ab 1992 ein Drei-Achsen-Modell eingeführt, das als Orientierungsrahmen für die weiteren Aktivitäten gelten soll und in welchem die zuvor beschriebenen Programmlinien präzisiert und thematisch fokussiert wurden. Die drei Achsen sind:
a) Analyse des Bedarfs und der Qualifikationsanforderungen;
b) Schlüsselqualifikationen/Kernfähigkeiten;
c) Methoden des Transfers von Ergebnissen in das Qualifizierungssystem.

Von den EG-Mitgliedstaaten wurden sechs Technologiebereiche identifiziert, die im Rahmen der nationalen Demonstrationsprojekte nach dem Drei-Achsen-Modell auf ihre Auswirkungen auf die Berufsbildungssysteme untersucht werden sollen:
- Computer und Informatik,
- Elektronik,
- Fertigungstechnologien (z.B. CIM),
- Telekommunikation,
- Biotechnologie,
- Umweltschutz und Kontrolle der Luftverschmutzung.

a) Achse 1 (Bedarfsanalyse): Entwicklung dynamischer und flexibler Modelle zur Identifikation von Ausbildungs- und Qualifikationsbedarf, um dem schnellen Wandel in diesem Bereich Rechnung zu tragen
b) Achse 2: (Schlüsselqualifikationen): Initiierung und Durchführung von Untersuchungen zur Ergänzung technologischer mit methodologischen und sozialen Qualifikationen.
c) Achse 3 (Transfermechanismen): Transfer der Ergebnisse von Achse 1 und 2 in die beruflichen Aus- und Weiterbildungssysteme der Mitgliedstaaten.

1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl der nationalen Demonstrationsprojekte


- innovativer Rang im nationalen Rahmen,
- Transferkompetenz im transnationalen Rahmen,
- Präsentationskompetenz,
- Kooperationsbereitschaft.


(b) Das Kriterium "Transferkompetenz": Alle Projekte sollten den folgenden Ansprüchen genügen:
- Arbeit an methodischen und/oder technologischen Innovationen;
- Einbeziehung neuer Technologien in den Aus- und Weiterbildungskurs;
- Entwicklung eines Systems kontinuierlicher Auswertung der erzielten Fortschritte;
- Anwendung neuer pädagogischer Ansätze und Vermittlungsverfahren (z.B. Multi-Media-Einsatz);
- Entwicklung von Ausbildungsplänen unter Berücksichtigung zukünftiger Qualifikationsanforderungen.

(c) Das Kriterium "Präsentationskompetenz": Der Demonstrationswert der zur Aufnahme in das Netzwerk vorgeschlagenen Projekte wird auf ihrer Transferfähigkeit gemessen, zu der auch die Fähigkeit gehört, ihre Ergebnisse in einem transnationalen Rahmen weiterzuvollziehen. Die Projekte sollen eine Reihe von Voraussetzungen erfüllen, die sich auf kapazitäre und organisatorische Aspekte beziehen:
- sie sollen anlaufbereit, d.h. nicht mehr in der Planungs- oder Antragsphase sein und einen verantwortlichen Projektleiter festgelegt haben;
- sie sollen Informationen über Art, Umfang, Ziele und Kosten bereitstellen können;
- die Projektleiter müssen sich verpflichten, an den Aktivitäten des Programms teilzunehmen und dürfen keine Einschränkungen hinsichtlich des Austauschs und Transfers ihrer Ergebnisse unterliegen;
- die Projekte müssen in der Lage sein, sich an der Verbreitung der Ergebnisse zu beteiligen;
- sie sollen in der Lage sein, das erarbeitete Wissen und die gewonnenen Resultate so aufzubereiten, daß sie auch transnationale Übertragbarkeit möglich ist.

(d) Das Kriterium der "Kooperationsbereitschaft": Schließlich sollen die Projekte eine oder mehrere be- stimmte Zielgruppen ansprechen, auf die die Aktivitäten des EUROTECNET-Programms ausgerichtet sind.
Mit Zielgruppen bzw. Nutznießern sind im Rahmen des Programms auch bestimmte Unternehmensformen, besonders kleine und mittlere Unternehmen sowie wenig entwickelte Regionen, gemeint. Darüber hinaus richten sich die Aktivitäten des Programms auf die Herstellung verbesserter Angebote für Langzeitarbeitslose und nicht hinreichend Qualifizierte, auf die Erarbeitung technologieorientierter Angebote für Frauen und Facharbeiter sowie auf die Entwicklung von Weiterbildungsangeboten für Ausbilder.


Der Vorschlag zur Aufnahme eines Projektes muß mit einer Erklärung seitens des nationalen politischen Koordinators (d.i. der Ausschußvertreter des Bundes) versehen sein, in welcher bestätigt wird, daß das Projekt den politischen Zielen des EUROTECNET-Programms entspricht, Teil der einzustellenden Maßnahmen zur Umsetzung des EUROTECNET-Programms ist, sich an den vorrangigen Zielen des Programms orientiert und für die transnationalen Transfer geeignet ist.

In der Bundesrepublik Deutschland wurde die Auswahl der nationalen Demonstrationsprojekte vom Vertreter des Bundes im Beratenden Ausschuß EUROTECNET, der zugleich der nationale Politik-Koordinator ist, gemeinsam mit der nationalen Koordinierungsstelle für das Programm vorgenommen, die im Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) angesiedelt ist. Vorgeschlagen wurden eine Reihe vom Bund gefördeter Projekte, Modellversuche der Bund-Länder-Kommission und Projekte, die im Rahmen des Programms "Arbeit und Technik" gefördert wurden. Beim Auswahlverfahren wurde das in der Bundesrepublik Deutschland vorhandene Spektrum weitgehend berücksichtigt. Da die Auswahlkriterien nicht gemeinschaftswidrig festgelegt, sondern an nationalen Prioritäten bzw. Defiziten orientiert sind, sollen die Schwerpunkte der 1991 ausgewählten deutschen Projekte beispielhaft dargestellt werden.


- Projekte mit neuen didaktisch-methodischen Konzepten,
- Projekte mit zielgruppenspezifischen Konzepten, einschließlich Qualifizierungskonzepten für Ausbildungspersonal in Betrieben und Lehrkräften an beruflichen Schulen,
- Modellversuche und Projekte der Reihe "Neue Technologien in der beruflichen Bildung."

Alle ausgewählten Projekte sollen die folgenden Elemente miteinander verknüpfen: a) die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen; b) das Konzept der Handlungsorientierung der angestrebten Ergebnisse; c) die Berücksichtigung der Schlüsselrolle des Aus- und Weiterbildungspersonals; d) Handlungskompetenz als Qualifizierungsziel der erarbeiteten Aus- und Weiterbildungsmodelle.

Aus dem Jahresbericht (vgl. S. 17f) über die nationale Koordinierung des EUROTECNET-Programms seitens der deutschen Koordinierungsstelle im BIBB gehen folgende Schwerpunkte hervor, zu denen die als Mitglieder in das EUROTECNET-Netzwerk aufgenommenen deutschen Projekte arbeiten:

- methodische Ansätze des selbstgesteuerten Lernens bei der Einführung neuer Technologien; Selbstlernkompetenz in der Gruppe; neue Rolle des Ausbildungspersonals und der Lehrrkräfte;
- Einführung vernetzter, rechnerunterstützter Informationssysteme im Betrieb; Qualifizierung für CIM-Lösungen u.a. in mittelstädtischen Unternehmen;
- interaktive, offene Lernsysteme, einschließlich CBT im Zuge des selbstgesteuerten, handlungsorientierten Lernens;
- Diffusion neuer Techniken und Verfahrenswissen, Technologietransfer zu kleinen und mittleren Unternehmen, brancheneinflussübergreifende Veränderungen der Qualifikationsanforderungen und darauf gerichtete Qualifizierungskonzepte;
- zielgruppenspezifische Qualifizierungskonzepte im Zusammenhang mit neuen Technologien.

1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt


### Tabelle 20: Vorgesehene Verteilung der EUROTECNET-Mittel auf die einzelnen Aktionen des Programms 1990-1991 (in ECU und Prozent)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Nationale Koordinierungsstellen</td>
<td>1.260.000</td>
<td>30 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Technisches Unterstützungsbüro</td>
<td>1.386.000</td>
<td>33 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Austausch und Information (Konferenzen, Workshops etc.)</td>
<td>840.000</td>
<td>20 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Transnationale Erarbeitung von Ergebnissen</td>
<td>210.000</td>
<td>5 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Ausbildung der Ausbilder (Austausch und regionale Workshops)</td>
<td>210.000</td>
<td>5 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Clearing-Stelle für den Austausch und Transfer von Materialien</td>
<td>210.000</td>
<td>5 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Evaluation, wissenschaftliche Begleitung und Bewertung</td>
<td>84.000</td>
<td>2 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>4.200.000</td>
<td>100 %</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Wie im Abschnitt 12.6 noch ausführlicher erläutert wird, hat die knappe Mittelausstattung nach Ansicht der deutschen Koordinierungsstelle andere Auswirkungen, als sie hier von der Kommission angegeben werden. Insbesondere wird aus deutscher Sicht bedeuten, daß die Mitgliedsprojekte keine Programmmitte zur unmittelbaren internationalen Kooperation untereinander erhalten können.

#### 1.5.2 Zahl der Projekte im Netz


Da die Kommission nicht alle Projektvorschläge der deutschen Seite akzeptiert hat, ist auf der nationalen Ebene die Lösung gefunden worden, die übrigen Projekte zu kooperieren, ohne daß sie den Status eines "offiziellen" EUROTECNET-Projekts erhalten haben. Für die Einbeziehung dieser Projekte in die Netzwerkaktivitäten ist der Statusunterschied jedoch - wie die nationale Koordinierungsstelle versicherte - praktisch folgenlos. Der Jahresbericht 1991 der deutschen Koordinierungsstelle für das EUROTECNET-Programm im BIBB weist dementsprechend die Zahl von 41 deutschen Projekten auf, die Netzmiteglieder sind.
1.5.3 Umfang der Förderung je Aktivität


Da das EUROTECNET-Programm keine Projektfinanzierung enthält, beziehen sich die Fördermaßnahmen auf Konferenzen, Workshops, Seminare und Gesprächskreise von Fachleuten und Experten, Publikationen und die Forschungs- und Analysevorhaben zur wissenschaftlichen Begleitung und Ergänzung der Demonstrationprojekte. Auch darüber liegen keine umfassenden Angaben im Hinblick auf die Finanzierung vor.

Die Kommission unterstützt die Programmarbeit der nationalen Koordinierungsstellen in drei Formen:


(b) Die Kommission erstattet rücksichtlich der Finanzierung der Programmaktivitäten weitere Kosten für Workshops, Fachtagungen u.a. bis zu einer Höhe von 80.000 ECU. Die tatsächliche Höhe des Zuschusses ist abhängig vom Ausmaß der Aktivitäten, die die einzelne Koordinierungsstelle für das laufende Jahr geplant und durchgeführt hat. Nach Aussage der deutschen Koordinierungsstelle waren die Zuschüsse, die die deutsche Seite auf diese Weise erhalten hat, überproportional.

(c) Die dritte Form der Beihilfe von Aktionen besteht in der Kostenerstattung für die Teilnahme deutscher Experten an EUROTECNET-Workshops, -Seminaren und -Tagungen, die außerhalb der Bundesrepublik Deutschland stattfinden und in der Kostenerstattung für die Teilnahme von EUROTECNET-Experten anderer Mitgliedstaaten an EUROTECNET-Veranstaltungen in der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 1992 waren 155 deutsche EUROTECNET-Experten an unterschiedlichen Veranstaltungen im In- und Ausland beteiligt.

1.5.4 Deutsche Komplementärmittel

Das EUROTECNET-Programm setzt Initiativen der Mitgliedstaaten voraus, die mit den Programmitteln verstärkt und unterstützt werden sollen. Die als nationale Demonstrationsprojekte in das Netzwerk aufgenommenen Projekte erhalten ihre Finanzierung in der Regel durch die Mitgliedstaaten selbst. Dabei läßt sich jedoch keine Differenzierung zwischen Projekten treffen, die im Rahmen von Modellversuchen und anderen Förderprogrammen im Bereich der beruflichen Bildung finanziert werden und speziell für das EUROTECNET-Programm ins Leben gerufenen Projekten. Vielmehr werden anlaufende oder bereits anlaufende Projekte, die im Rahmen der nationalen Berufsbildungspolitik ohnehin initiiert bzw. gefördert werden, nach den genannten Kriterien und einzelstaatlichen Prioritäten als nationale Demonstrationsprojekte ausgewählt. Insofern lassen sich die Mittel für diese Projekte nicht eindeutig als deutsche Komplementärmittel im Rahmen des EUROTECNET-Programms kategorisieren.

Komplementärmittel im eigentlichen Sinne fallen im Rahmen des EUROTECNET-Programms in zweierei Hinsicht an:


- Das Bundesinstitut für Berufsbildung stellte der nationalen Koordinierungsstelle in Ergänzung zu den von der Kommission im Jahre 1992 zur Verfügung gestellten Mitteln in Höhe von 60.000 ECU noch einmal 60.000 ECU zur Verfügung, um die anfallenden Verwaltungskosten im Rahmen der Aufgaben abzudecken. Die vom BIBB als Trägerorganisation aufgebrachten Mittel entsprechen den Eigenleistungen in Form von Personalkapazität, Sachmitteln und Infrastruktur.
1.6 Aufbau des Programms

1.6.1 Funktion der Kommission der EG

Aus dem Ratsbeschuß zum EUROTECNET-Programm geht hervor, daß die Kommission die in den europäischen Mitgliedstaaten getroffenen Maßnahmen durch Gemeinschaftsmaßnahmen ergänzt und unterstützt.


1.6.2 Der Beratende Ausschuß

Ursprünglich setzte sich der Beratende Ausschuß EUROTECNET aus je zwei Vertretern der Mitgliedstaaten unter dem Vorsitz der Kommission zusammen. An den Arbeiten des Ausschusses nahmen drei Vertreter der Sozialpartner (je ein Vertreter der Arbeitgeber, der Arbeitnehmer und der kleinen und mittleren Unternehmen) als Beobachter teil.


Coordinierung der Aktivitäten im Rahmen des Programms sowohl auf einzelstaatlicher Ebene als auch zwischen den einzelstaatlichen und den gemeinschaftswiten Aktivitäten.

Im Oktober 1992 tagte erstmals der neue "gemeinsame Beratende Ausschuß für die Weiterbildung für die Programme FORCE und EUROTECNET". Er setzt sich nach dem Muster des vormaligen Beratenden Ausschusses für das FORC-Programm zusammen, d.h. aus je zwei Vertretern der Mitgliedstaaten und zwölf Vertretern der Sozialpartner mit Beobachterstatus unter dem Vorsitz der Kommission. Die Ausschußmitglieder können sich von Beratern oder Experten unterstützen lassen. Die Aufgaben des gemeinsamen Ausschusses bestehen in der Beratung über und in Stellungnahmen zu Entwürfen der Kommission im Hinblick auf folgende Fragen:

- die allgemeinen Leitlinien beider Programme,
- die Leitlinien für die finanzielle Unterstützung der Aktivitäten in beiden Programmen,
- die allgemeine Ausgewogenheit und die Aufgliederung der einzelnen Maßnahmen beider Programme,
- die Auswertung und Evaluation beider Programme sowie die Verbreitung von Ergebnissen über innovative Entwicklungen in der Berufsbildungspolitik und -praxis in den Mitgliedstaaten.

Ziel der Zusammenlegung der Ausschüsse war die Verstärkung von Synergieeffekten und der Interaktion zwischen den unterschiedlichen Aktivitäten zur Verbesserung der beruflichen Weiterbildung auf einzelstaatlicher und Gemeinschaftsebene sowie die Entwicklung von Ansätzen zu einer gemeinsamen Berufsbildungspolitik. Da das EUROTECNET-Programm auch in die Bereiche der beruflichen Ausbildung - nicht nur der Weiterbildung - eingeholt, ist derzeit noch nicht deutlich, ob dieser Bereich integriert werden kann oder entfallen wird. Im Verlauf des Jahres 1993 ist mit einer Weiterentwicklung und Umstrukturierung des EUROTECNET-Programms zu rechnen, die zur Zeit im Ausschuß beraten wird (vgl. auch Abschnitt 1.2.3).

1.6.3 Das technische Unterstützungsbüro


In Zusammenarbeit mit den nationalen Koordinierungsstellen der Mitgliedstaaten, in denen die Veranstaltungen stattfinden, führt das technische Unterstützungsbüro die transnationalen Projektleitertreffen und die weiteren transnationalen EUROTECNET-Veranstaltungen (Seminare, Konferenzen, Workshops) durch.

Das technische Unterstützungsbüro hat durch seine Aufgaben bei der Koordinierung der Aktivitäten im Rahmen des Programms eine maßgebliche Gestaltungsaufgabe, die dadurch verstärkt wird, daß die Datenbank, die Clearing-Stelle für den Austausch und Transfer der entstandenen Materialien und Ergebnisse sowie die Auswertung der innerhalb des Monitoring-Systems des Programms entstandenen Berichte und Bewertungen ebenfalls beim Büro für technische Unterstützung angesiedelt sind.

Seit Ende 1991 ist das technische Unterstützungsbüro für die Aktualisierung und Fortschreibung des jährlichen Arbeitsprogramms zuständig, in welchem nicht nur die mittel- und langfristigen Themen und Ziele der Programmaktivitäten angegeben sind, sondern ebenso ein Veranstaltungskalender für das folgende Jahr.

1.6.4 Die nationale Koordinierungsstelle

Die nationale Koordinierungsstelle für das EUROTECNET-Programm ist beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) angesiedelt. Die offizielle Bezeichnung lautet "Nationale Animations- und Verbreitungsstelle" (NADU). Ihre wichtigsten Aufgaben bestehen in

- der Entwicklung programmadäquater Maßnahmen und Strategien auf nationaler Ebene in enger Zusammenarbeit mit der Kommission und den zuständigen deutschen Behörden;
- der Gewinnung von Projekten und Modellversuchen für das Netzwerk in enger Zusammenarbeit mit dem nationalen politischen Koordinator;
- der Unterstützung der Task Force bei der Veranstaltung von Fachtagungen, Workshops und Seminaren, die im Rahmen der gemeinschaftswiten Aktivitäten stattfinden;
- der Beantwortung von Anfragen zum Programm, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit über das Programm;
- der Auswertung der Arbeitsergebnisse deutscher Demonstrationsprojekte - soweit sie zur Verfügung gestellt werden - im Hinblick auf den EG-weiten Innovationstransfer, wobei sie fachlich von Experten des Bundesinstituts für Berufsbildung unterstützt wird;
- der Organisation von nationalen Projektleitertreffen zu Fragen der inhaltlichen Zusammenarbeit zwischen den deutschen Projekten, die Netzmitglieder sind:
- und schließlich in der Zusammenarbeit mit den nationalen Koordinierungsstellen weiterer EG-Bildungsprogramme und Gemeinschaftsinitiativen, die eine inhaltliche Nähe zum EUROTECNET-Programm aufweisen.

Die nationale Koordinierungsstelle ist darüber hinaus Mitglied der nationalen Arbeitsgruppe EUROTECNET (vgl. Abschnitt 1.6.5).

1.6.5 Die nationale Arbeitsgruppe EUROTECNET

Zur Begleitung und Unterstützung der Arbeit der Ausschußvertreter und der nationalen Koordinierungsstelle wurde eine nationale Arbeitsgruppe EUROTECNET eingereicht, die etwa alle vier Monate unter dem Vorsitz des Ausschußvertreters des Bundes tagt. Mitglieder dieser Arbeitsgruppe sind der Ausschußvertreter des Bundesausschusses für Berufsbildung, der Leiter der nationalen Koordinierungsstelle sowie je zwei Vertreter der Arbeitgeber (Deutscher Gewerkschaftsbund, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft) und der Arbeitgeber (Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Kuratorium der deutschen Wirtschaft für die Berufsbildung). Damit ist entsprechend den Bestimmungen des Ratsbeschlusses - die Beteiligung der Sozialpartner auch auf nationaler Ebene gesichert Die Verträge der Sozialpartner beteiligen sich durch die Mitarbeit in der nationalen Arbeitsgruppe an der Umsetzung des Programms in der Bundesrepublik Deutschland sowie an der Vor- und Nachbereitung der Ausschusssitzungen.

Da die Zusammenlegung der Beratenden Ausschüsse für die Programme FORSE und EUROTECNET gegen den Willen der deutschen Vertreter erfolgte, tagen die beiden nationalen Arbeitsgruppen für FORSE und EUROTECNET weiterhin getrennt, jedoch nach Möglichkeit an aufeinanderfolgenden Tagen, um die programmbezogene nationale Abstimmung vor den Ausschusssitzungen und die Nachbereitung dieser Sitzungen zu erleichtern. An der Eigenständigkeit der beiden Programme wird auf deutscher Seite festgehalten.

1.6.6 Experten und Sachverständige

Die Vertreter der Sozialpartner und der kleinen und mittleren Unternehmen, die als Beobachter an der Arbeit des früheren EUROTECNET-Ausschusses teilnahmen, sowie die Vertreter der Sozialpartner, die in die Beratungen des neuen gemeinsamen Ausschusses für FORSE und EUROTECNET einbezogen sind, haben den Status von Sachverständigen und werden von der Kommission zu Fragen der innovativen Gestaltung der Berufsbildung und Berufsbildungsprogramme angefragt.

Da das EUROTECNET-Programm keine Projektfinanzierung vorsieht, wurden auf EG-Ebene auch keine Expertengruppen zur Begutachtung der Projekte eingesetzt. Da die EUROTECNET-Projekte in der Bundesrepublik Deutschland aus Modellversuchsprogrammen ausgewählt werden, die von Bund, Ländern, der Wirtschaft und den Gewerkschaften gefördert werden, können die Ausschußvertreter für ihre Vorschläge nationale Expertise heranziehen. Die fachliche Beratung der deutschen Ausschußvertreter wird darüber hinaus von der nationalen Koordinierungsstelle sowie von den Vertretern der Sozialpartner im Rahmen der nationalen Arbeitsgruppe geleistet. In welcher Form Experten und Sachverständige in die Arbeit des neuen gemeinsamen Ausschusses einbezogen werden, läßt sich noch nicht absehen.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es darüber hinaus EUROTECNET-Arbeitskreise von Experten und Akteuren im Bereich der technologiebezogenen beruflichen Aus- und Weiterbildung, die von der nationalen Koordinierungsstelle im BIBB koordiniert werden. In diese Arbeitskreise werden auch Experten eingebunden, die nicht Projektleiter von nationalen Demonstrationsprojekten sind, sondern zu den jeweiligen Themenachwirkungen beiträgen können.

1.6.7 Projektleiter der nationalen Demonstrationsprojekte

Die Projektleiter der als Netzmitglieder aufgenommenen nationalen Demonstrationsprojekte haben die Möglichkeit, an von der Kommission organisierten gemeinschaftswidrigen Tagungen und Konferenzen teilzunehmen und sich auf den nationalen Projektleitertreffen austauschen. Sie können außerdem an den speziell für das EUROTECNET-Programm zugeschnittenen Besuchen im Rahmen des vom CEDEFOP durchgeführten Studienbesuchsprogramms für Fachkräfte in der beruflichen Bildung teilnehmen. Darüber hinaus besteht die Gelegenheit, sich an transnationalen, produktorientierten Kooperationen zu beteiligen und Zugriff auf Informationen über Aktivitäten des Netzes durch eine Vernetzung mit dem 'electronic mail'-System zu

Übersicht 16: EUROTECNET - beteiligte Organisationen
a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressouce, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) EUROTECNET Büro für technische Unterstützung, 37, rue des deux Eglises, B - 1040 Brüssel
c) Vertreter des Bundes im neuen gemeinsamen Beratenden Ausschuß: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Lellmann, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
d) Vertreter der Länder im neuen gemeinsamen Beratenden Ausschuß: Kultusministerium des Landes Niedersachsen, Herr Dr. Brandt, Schiffgraben 12, 3000 Hannover 1
e) Nationale Koordinierungsstelle: Bundesinstitut für Berufsbildung, Herr Paulsen, Fernbelliner Platz 3, 1000 Berlin 33
f) Vertreter der Arbeitgeber in der nationalen Arbeitsgruppe:
  i) Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Frau Dorn, Gustav-Heinemann-Ufer 72, 5000 Köln 51
  g) Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, Frau Dietrich-Fuhs, Buschstr. 83, 5300 Bonn 1
Vertreter der Arbeitnehmer in der nationalen Arbeitsgruppe:
h) Deutscher Gewerkschaftsbund, Herr Lübbe, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30
i) Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Herr Voigt, Karl-Musk-Platz 1, 2000 Hamburg 36

1.7 Ablauf des Programms


1.8 Berichte, Evaluation, Controlling


Eine angemessene Berichterstattung seitens der Kommission über die finanzielle Seite des Programms ist bisher nicht erfolgt. Zwei Gründe werden als Ursachen dafür vermutet:
- In den Gesprächen mit den beteiligten Akteure wurde verschiedentlich die Ansicht geäußert, daß das Programm insgesamt zu schlecht ausgestattet sei, um die Aktivitäten im vorgesehenen Umfang fördern zu können. Der im Ratsbeschuß formulierte Anspruch, was das Programm leisten solle, übersteige bei weitem die Mittel. Das Angebot an transnationalen Kooperationen und Erfahrungsaustausch der Netzmitglieder beschränke sich auf die Möglichkeit der Teilnahme von Projektleitern an nationalen und gemeinschaftsweiten Tagungen. Da die Förderung von eigenständigen Kontakten der Netzmitglieder untereinander nicht vorgesehen ist, können die auf den Tagungen entstandenen Kooperationsansätze nur durch Eigeninitiative der Projekte aufrechterhalten werden.

Der Jahresbericht 1991 der deutschen Koordinierungsstelle für das EUROTECNET-Programm bezieht sich fast ausschließlich auf die inhaltliche und politische Entwicklung im Rahmen der Umsetzung des Programms in der Bundesrepublik Deutschland, er enthält eine Darstellung der deutschen Projekte, die Mitglieder im Netzwerk sind, sowie die Berichterstattung über die Aktivitäten der Stelle in bezug auf die "Animation" des Programms und die Durchführung nationaler Konferenzen und Projektleitertreffen.
Daneben gibt es eine umfangreiche EUROTECNET-Publikationsliste, die Hinweise darauf gibt, auf welchen Gebieten und mit welchen Ergebnissen bisher gearbeitet worden ist. Die Mehrzahl dieser Berichte und Dokumentationen ist allerdings nicht in deutscher Sprache erhältlich. Von der deutschen Koordinierungsstelle ist eine deutschsprachige Dokumentation als Buch publiziert worden, in der über die EUROTECNET-Transfer-Aktivitäten in die neuen Bundesländer berichtet wird (vgl. Abschnitt 1.9.2).


1.8.1 Das Monitoring-System

Die politischen Vertreter der Mitgliedstaaten im Beratenden Ausschuß sind aufgefordert, auf der ersten Ausschüsseitzungen eines jeden Jahres einen Bericht über die auf der nationalen Ebene ergriffenen Maßnahmen im Rahmen des Programms vorzulegen, der Auskunft gibt über den Fortschritt des Programms im Verhältnis zur Entwicklung der auf einzelstaatlicher Ebene ergriffenen berufsbildungspolitischen Maßnahmen sowie über die Bedeutung und den Erfolg der nationalen Demonstrationsprojekte. Grundlage für diese Berichte sind u.a. die jährlichen Tätigkeitsberichte der nationalen Koordinierungsstellen.

Um über die Ergebnisse der nationalen Demonstrationsprojekte berichten zu können und diese gegebenenfalls auf ihre Transferfähigkeit zu prüfen, fordert die deutsche Koordinierungsstelle von allen Mitgliedsprojekten einen jährlichen Bericht an. Da die Projekte aber in keiner vertraglichen Beziehung zu EUROTECNET oder der Kommission stehen und solche Berichte zusätzlich und ohne finanzielle Unterstützung zu erbringen sind, erfolgt die Berichterstattung seitens der Mitgliedsprojekte nicht durchgängig.

Auch die Kommission ist im Rahmen des Monitoring-Systems zur Erstellung eines jährlichen Arbeitsplanes und zur jährlichen Berichterstattung verpflichtet, die Auskunft über die folgenden Elemente des Programms geben sollen:
- Ziel und Zweck jeder einzelnen Aktivität,
- zeitliche Dauer der einzelnen Aktivitäten,
- Finanzierung der einzelnen Aktivitäten,
- verantwortliche Personen für die einzelnen Aktivitäten,
- kritische Einschätzung der Ergebnisse,
- Darstellung der Produkte,
- einen aktualisierten Ereigniskalender über Sitzungen, Seminare, Gespräche etc.


1.8.2 Evaluierung

die erste Phase der externen Evaluation überhaupt abgeschlossen werden kann, wird von der deutschen Seite bestätigt.

1.8.3 Statistische Berichte


1.8.4 Controlling


Über die jährlichen Tätigkeitsberichte der nationalen Koordinierungsstellen an die Kommission hinaus, die zur Auszahlung von Restmitteln der als Zuschüssen zu den Verwaltungs kosten zur Verfügung gestellten Summe führen, ist ein Controlling der nationalen Koordinierungsstellen nicht vorgesehen.

1.9 Wichtige Dokumente und Informationen


1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfaden, Merkblätter


1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher

EUROTECNET Technical Assistance Office (Hg.): EUROTECNET Compendium. Brüssel, 1. Aufl. 1986 (Kompendium mit Kurzbeschreibungen aller nationalen Demonstrationssprojekte im Netzwerk; erscheint in englischer und französischer Sprache und wird kontinuierlich aktualisiert; auch einsehbar im Rahmen von On-line-Verbindungen mit der ECHO-Datenbank)

EUROTECNET News. Hrsg. von der technischen Unterstützungsstelle EUROTECNET in Brüssel (erscheint in unregelmäßiger Folge)


1.9.3 Rechenschafts- Jahres-, Evaluationsberichte


2. Probleme der Programm durchführung bei EUROTECNET

2.1 Charakter des Programms


Die Gründe, die zu dieser kritischen Einschätzung beitragen, sind im wesentlichen die folgenden:
- die angebotenen Kooperationsmöglichkeiten entsprechen den Bedürfnissen und Interessen der Mitgliedsprojekte im Netzwerk nur unzulänglich;
- die Zusammenlegung der beratenden Ausschüsse von FORCE und EUROTECNET hat zu einer "Identitätskrise" des EUROTECNET-Programms geführt;
- seitens der Kommission wird eine Politik gefördert, die sich eher sektoriell an bestimmten Wirtschafts- und Industriezweigen orientiert, wohingegen von deutscher Seite zum Teil eher der Anspruch vertreten wird, mit dem Programm stärker an der Lösung von Querschnittsthemen zu arbeiten, die von allgemeinem Interesse sind.

2.2 Kontinuität und Stabilität bei der Programm durchführung

Während in einer Reihe von anderen EG-Förderprogrammen im Bildungsbereich die anspruchsvolle Förderlogik einem relativ hohen organisatorischen Aufwand in der Durchführung entspricht, besteht beim EUROTECNET-Programm eher das Problem, daß durch Maßnahmen bzw. Initiativen der Kommission die Kontinuität und Stabilität der Durchführung beeinträchtigt wurde. Folgende Punkte sind an dieser Stelle hervorzuheben:
(a) Durch die Zusammenlegung der Ausschüsse von FORCE und EUROTECNET und die Bildung eines gemeinsamen Beratenden Ausschusses für die Weiterbildung ist der Bereich von EUROTECNET tendenziell ausgeschlossen, der sich auf Initiativen im Bereich der beruflichen Erstausbildung richtet (vgl. Abschnitt 2.5).
(b) Um die transnationale Kooperation zwischen den Modellprojekten im Netz zu verstärken, hatte die Kommission 1991 alle nationalen Demonstrationsprojekte aufgefordert, sich um eine Förderung bei EUROFORM zu bewerben, eine Initiative, die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zur Verfügung stellt. Diese Aufforderung hat große Verwirrung gestiftet, da die Förderungsvoraussetzungen und Adressatengruppen bei EUROFORM andere sind als bei EUROTECNET. Die Projekte, die sich um eine Förderung bemüht hatten, waren letztlich nicht erfolgreich, weil entweder die Laufzeit der Projekte mit den EUROFORM-Bedingungen nicht kompatibel war, oder die Projektfinanzierung bereits abgeschlossen war und Eigennutz zur Ergänzung der EUROFORM-Finanzierung nicht zur Verfügung standen, oder Themen bzw. Zielgruppe des Projekts den EUROFORM-Kriterien nicht entsprachen. Dies hat zum Teil zu Enttäuschungen geführt.


(c) Kritisiert wurde an der Durchführung des Programms seitens der Kommission auch die Tatsache, daß die Frist zwischen dem Eingang der Vorschläge zur Aufnahme von Modellvorhaben aus den Mitgliedstaaten und der endgültigen Aufnahme zu lang sei. Über die im Januar 1992 eingereichten Vorschläge ist nie eine endgültige Entscheidung getroffen worden, so daß die Vorschläge erst im Zuge der Revision von Mitgliedschaften wieder aktualisiert werden konnten, die im Sommer 1993 initiiert wurde.

(d) Schließlich wurde von deutscher Seite bedacht, daß die vorgesehene Abstimmung und Kooperation mit anderen EG-Programmen und EG-Initiativen (DELT A, COMET, PETRA, SPRINT) bisher nicht umgesetzt werden konnte. Zunächstgeführt wird dies auf eine mangelnde Handlungsbereitschaft der Task Force.

2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


Nationale Belange werden im Rahmen des Programms auf dreifache Weise an die Kommission herangetragen:
- durch regelmäßige Treffen der nationalen Koordinierungsstellen, die vom EUROTECNET-Büro für technische Unterstützung organisiert werden;
- durch die konzeptionelle Arbeit des Beratenden Ausschusses;
- durch die jährlichen Berichte der Mitgliedstaaten und der Koordinierungsstellen über die politische und inhaltliche Umsetzung des Programms.

Es ist nicht davon auszugehen, daß die Kommission bei der Durchführung des Programms zu wenig Feedback erhält oder deutsche Belange nur in ungenügender Form an die Kommission herangetragen werden. Problematisch scheint eher zu sein, daß die Möglichkeiten des Programms nur begrenzte Bedeutung für die Schwerpunkte der deutschen Berufsbildungspolitik im Kontext neuer Technologien und neuer Qualifikationsanforderungen besitzen und daß die Durchführung des Programms seitens der Kommission und des technischen Unterstützungsbüros zwar positive Auswirkungen auf die nationale Vernetzung von Initiativen hat, die gemeinschaftswirtschaftliche Vernetzung jedoch bisher nur in Ansätzen erkennbar wird. Erst im Verlauf des Jahres 1993 ist man diesem Ziel etwas näher gekommen.

Ein Grund für die weiterhin noch unzureichende inhaltliche Vernetzung könnte die mangelnde Verknüpfung von Instanzen und Akteuren an bestimmten Schnittstellen der Interaktion sein. So wird von der nationalen Koordinierungsstelle zwar die wesentliche Gestaltungsfunktion des technischen Unterstützungsbüros für das Programm anerkannt, andererseits sind einige Initiativen der Task Force auf große Kritik gestoßen; so z.B. die Zusammenlegung der Ausschüsse FORC E AND EUROTECNET, die Umsetzung der externen Evaluation, verfrühte und überschnelle Programmvorschläge und schließlich auch die Nichtberücksichtigung des Wünsches der Koordinierungsstellen mit Beobachterstatus an den Ausschußgesprächen teilnehmen zu können bzw. zumindest die EUROTECNET betreffenden Sitzungsunterlagen zu erhalten. Dagegen hat die Kommission die Möglichkeit, den nationalen Koordinierungsstellen Aufträge zu erteilen, soweit
2.4 Formen der Kooperation innerhalb des Netzwerks

Die Kooperation der nationalen Demonstrationsprojekte oder Modellvorhaben untereinander wird sowohl auf nationaler Ebene in Form von Projekttafeltreffen, themengebundenen Arbeitskreisen, Workshops und Konferenzen organisiert als auch gemeinschaftswelt. Darüber hinaus bestehen Informations- und Austauschmöglichkeiten durch den Zugriff auf die beim technischen Unterstützungsbüro angesiedelte Datenbank ECHO und die von der deutschen Koordinierungsstelle geschaffene Datenbank BIBBMAIL. Die Angebote und Möglichkeiten für den Austausch und die Kooperation sind auf nationaler Ebene jedoch größer als auf der europäischen.

Außerhalb der von der Kommission im Rahmen des EUROTECNET-Programms organisierten Tagungen für die Netzmitglieder bestehen keine Möglichkeiten eigenständiger Kooperation. Eine effektive grenzüberschreitende Kooperation dürfte zusätzlich zumindest teilweise dadurch behindert sein, daß die gebräuchlichen Sprachen im Rahmen des Netzwerks Englisch, und Französisch sind, was für die Adressatengruppe der kleineren und mittleren Unternehmen immer wieder ein Sprachenproblem aufwirft. Seitens der nationalen Koordinierungsstelle wurde berichtet, daß die hohen Erwartungen der Projekte an die vom Netzwerk geschaffenen Gemeinsamkeiten häufig nicht erfüllt würden. Die Koordinierungsstelle hat sich daher bemüht, durch eigene Initiativen, z.B. in Form von nationalen Arbeitskreisen, thematische Angebote für die deutschen Netzmitglieder zu machen, die den Erwartungen entgegenkommen (vgl. Abschnitt 2.10).


2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung


Die nationale Koordinierungsstelle im BIBB hat eine Reihe von Vorschlägen gemacht, die die Umsetzung der strategischen Programmeziele auf nationaler Ebene erleichtern könnten. Diese Vorschläge beziehen sich insbesondere auf vier organisatorische Aspekte:
- eine finanzielle Aufstockung des Programms, um den Projekten im Netzwerk eine selbstständige Kooperation untereinander zu ermöglichen (gegenseitige Informations- und Austauschbesuche. Mittel für die Übersetzung von Materialien);
verbesserungswürdig ist die geographische Verteilung der deutschen Demonstrationsprojekte, da besonders in den neuen aber auch in den alten Bundesländern eine ausgewogene Einbeziehung möglicher Projekte noch nicht erreicht werden konnte;

- nicht in allen sechs Schwerpunkthemen im Rahmen des EUROTECNET-Programms sind deutsche Demonstrationsprojekte gleichermaßen gut vertreten. Unterrepräsentiert ist die Bundesrepublik Deutschland mit Demonstrationsprojekten in den Bereichen Lerntechnologien und Ökologie, während das Thema 'Vernetzung in der Fertigungstechnologie' mehr als ausreichend abgedeckt ist;

- Verbesserung des englischsprachigen Kompendiums aller europäischen Netzwerkmitglieder mit dem Ziel, detailliertere Auskünfte über die Projekte zur Verfügung zu stellen. Da die aktuellsten Informationen über die EUROTECNET-Datenbank für viele Projekte nur schwer zugänglich sind, soll mit dieser Verbesserung den Informationswünschen der Projekte nachgekommen werden.

Notwendig scheint darüber hinaus die Suche nach einer Lösung für das folgende Problem: Einerseits ist als positiv hervorgehoben worden, daß die Projekte keine europäischen Artefakte seien, sondern echte Modellversuche mit innovativem und transferfähigem Charakter, deren eine europäische Dimension tendenziell inhärent ist. Insofern sei das EUROTECNET-Programm genau an der Schnittstelle zwischen der Wahrung europäischer Vielfalt und der Kooperation zur Lösung vergleichbarer Fragen und Probleme angesiedelt. Andererseits scheinen insbesondere im Rahmen des Programms die dezentralen Aktivitäten in den einzelnen Mitgliedstaaten wesentlich effektiver zu sein als die Verknüpfung und Kooperation auf der Ebene der europäischen Gemeinschaft. Die Herstellung einer europäischen Dimension im Rahmen des Programms ist bisher eher in fachlicher bzw. inhaltlicher Hinsicht deutlich geworden (Verbreitung innovativer Ansätze wie z.B. die Leitext-Methode in der Aus- und Weiterbildung, Fragen des Bildungsmarketing, Einsatz multimediaer Lehr-/Lernsysteme) als in operativer Hinsicht, da die Kooperations- und Austauschmöglichkeiten auf die angebotenen Veranstaltungen begrenzt bleiben.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung


Bezüglich der Größenordnung der finanziellen Förderung des Programms insgesamt wurde von deutscher Seite eingeschätzt, daß die im Programm formulierten Ansprüche im Hinblick auf eine gemeinschaftswide Kooperation mit dem zur Verfügung stehenden Budget nicht finanziert seien. Inwieweit sich die Zusammenlegung der Ausschüsse von FORCE und EUROTECNET finanziell auswirken wird, ist noch nicht deutlich.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmsumsetzung und -durchführung


2.8 Information, Transparenz, Evaluation


Die im Rahmen des Programms in der Bundesrepublik Deutschland ergriffenen Maßnahmen und Aktivitäten sind durch die Jahresberichte der nationalen Koordinierungsstelle gut dokumentiert. Ein Bericht über die Verwendung der Mittel ist in dem offiziellen Tätigkeitsbericht jedoch nicht enthalten. Die jährlichen Berichte der Mitgliedstaaten über die im Rahmen des Programms erfolgten Initiativen wurden vom technischen Unterstützungsbüro dokumentiert und den Ausschußvertretern und Koordinierungsstellen zugänglich gemacht.

2.9 Controlling


Von der nationalen Koordinierungsstelle im BIBB wurde insbesondere ein Problem im Hinblick auf das Controlling genannt. Ein Controlling der nationalen Demonstrationsprojekte sei nicht möglich, weil die Projekte keine Programmteile enthalten, sondern im Rahmen nationaler Förderprogramme von Bund und Ländern oder über ihre Trägerorganisationen finanziert werden. Die Erfahrungen hätten jedoch gezeigt, daß nicht alle Projekte gleichermaßen aktiv an den Netzwerkangeboten teilnehmen und auch der Bitte um Be-


2.10 Information und Beratung der Teilnehmer

Für die nationalen Demonstrationsprojekte gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, sich im Rahmen des Netzwerks untereinander auszutauschen und zu informieren. Dazu gehören:

- der Zugriff auf die von der deutschen Koordinierungsstelle eingerichtete Datenbank BIBBMAIL;
- die Teilnahme an den Projektleitertreffen und themenorientierten Arbeitskreisen;
- ein - bisher allerdings erst einmal - von der deutschen Koordinierungsstelle herausgegebener EUROTECNET-Newsletter, wobei anzuregen ist, daß dieser in regelmäßigen Abständen mehrmals pro Jahr erscheint;
- die Teilnahme an den internationalen Konferenzen und Tagungen der Netzwerkmitglieder aus den Mitgliedstaaten;
- Anfragen an die gemeinschaftsweite Datenbank ECHO beim technischen Unterstützungs­büro;
- die vom technischen Unterstützungs­büro in unregelmäßiger Folge herausgegebenen "EUROTECNET-News".


EURYDICE
Bildungsinformationsnetz in der Europäischen Gemeinschaft

1. Darstellung der Einrichtung

1.1 Ziele und Anlage des Netzes


Übersicht 17: Ziele des EURYDICE-Netzes


Übersicht 18: Aktualisierung der Ziele des EURYDICE-Netzes


Die Entwicklung des EURYDICE-Netzes sollte zu folgendem beitragen:

a) an erster Stelle zur Verbesserung des Anfrage-Antwort-Verfahrens, das im wesentlichen dazu bestimmt ist, den zuständigen einzelaufenebenen und gemeinschaftlichen Stellen schnell eine verläßliche Information zukommen zu lassen;
b) ferner zur Vereinfachung der Erstellung von vergleichenden Analysen, Berichten und Synthesen zu gemeinsamen vorrangigen Themen, die insbesondere im Ausschuß für das Bildungswesen und in den regelmäßigen Zusammenschlüssen der leitenden Beamten definiert werden;
c) darüber hinaus auch zur Diversifizierung der Verbreitung der im Rahmen des Netzes verfügbaren Do- kumente, wobei mit anderen öffentlichen und privaten Stellen zusammenzuarbeiten ist." (Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen vom 6. Dezember 1990 zum Bildungsinformationsnetz der Europäischen Gemeinschaft (EURYDICE); ABl 90/C 329/08)

Die Serviceleistungen der nationalen Informationsstellen bestehen darin, nach einem Anfrage-Antwort-System, das über die Europäische Informationsstelle läuft, eingehende Anfragen zu beantworten, nationale Be- richte zu Einzelfragen für EURYDICE-Veröffentlichungen zu erstellen und nationale Dossiers über den Aufbau und die Struktur des Bildungswesens zur Aufnahme in eine zentrale Datenbank bei der Europäischen Informationsstelle zu erarbeiten.

Zugang zum Informationsnetz über das Anfragesystem haben nur die in den Bildungsministerien und Parlamenten der EG-Mitgliedstaaten und den Dienststellen der EG-Kommission verantwortlichen Politiker und Beamten.
1.2 Entwicklung des Programms

Im Laufe der Jahre haben sich die Aktivitäten und Aufgaben des EURYDICE-Netzes stark erweitert und verändert. Die dreijährige Anfangsphase diente zunächst dazu, die Informationserfordernisse zu erheben und geeignete Maßnahmen zu finden, diesen gerecht zu werden. Schwerpunkte der Information waren bis Ende 1983:

- der Fremdsprachenunterricht,
- die Bildung und Ausbildung von Kindern ausländischer Arbeitnehmer,
- der Übergang von der Schule ins Berufsleben,
- die Voraussetzungen für den Hochschulzugang.

Im weiteren Verlauf der achtziger Jahre veränderten sich die Aktivitäten des Netzes von der Übermittlung von Informationsmaterial zu einzelnen Themen hin zu einem umfassenden Informationsaustausch über den gesamten Bereich des Bildungswesens, der auch die computergestützte Daten- und Informationsverarbeitung nach sich zog. Der Informationsbedarf nahm kontinuierlich zu, und Informationen wurden von einem immer breiteren Publikum angefordert (z.B. Sozialpartner, Lehrer- und Elternverbände, Schulaufsichtsbeamte und Verwaltungsfachleute, Medien, Dokumentationszentren und Wissenschaftler). Dabei stiegen die Anforderungen an die Informationsleistungen sowohl quantitativ als auch qualitativ. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten haben die Europäische und die einzelstaatlichen Informationsstellen den Informationsbedarf dieser Interessenten vor allem durch Veröffentlichungen und Veröffentlichungsinhalte zusätzlich mit abgedeckt.


1.3 Die Arbeit des Netzes

Das Bildungsinformationsnetz in der Europäischen Gemeinschaft EURYDICE ist eine Dauereinrichtung zur "Intensivierung und Verbesserung der bildungspolitischen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft" (Entschließung, Punkt 1). Die Grundzüge seiner Aufgaben sind in der Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen festgelegt. Das Netz besteht aus einer europäischen und aus einzelstaatlichen Informationsstellen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine nationale Informationsstelle der Länder, deren Aufgaben dem Dokumentationsdienst im Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister übertragen wurden, und eine des Bundes, die im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft angesiedelt ist. Diese Zweiteilung erfolgte aufgrund der innerstaatlichen Kompetenzen und Zuständigkeiten im Bildungsbereich und spiegelt sich in der Arbeitsteilung der beiden Stellen wider. Da sich die Mehrzahl der Anfragen auf den Zuständigkeitsbereich der Länder bezieht, ist die Arbeitsbelastung der Informationsstelle der Länder insgesamt höher als die des Bundes.
Die Arbeit des Netzes und damit auch der einzelstaatlichen Informationsstellen bezieht sich auf die Be- 
friedigung der Informationsbedürfnisse bestimmter Benutzergruppen, die Sammlung, Dokumentation und 
Verbreitung bestimmter Informationen und auf spezifische Kooperationsformen mit der Europäischen In-
formationsstelle und den anderen einzelstaatlichen Informationsstellen. Von den befaßten Instanzen wird 
betont, daß das EURYDICE-Netz ausschließlich für nicht-numerische Informationen zuständig ist, also keine 
Statistiken erstellt.

1.3.1 Das Anfragesystem

Die einzelstaatlichen Informationsstellen bearbeiten Anfragen, die von politischen Entscheidungsträgern an 
das Netz gerichtet werden. Die Europäische Informationsstelle übernimmt dabei die Weiterleitung und Ko-
ordination der Anfragen und Antworten sowie die nötigen Übersetzungen. Die Art der gewünschten In-
formationen reicht von Gesetzen, Verordnungen, Erlass en und amtlichen bildungspolitischen Erklärungen über 
öffentliche Dokumente und Literaturmarken bis hin zu Übersichtsinformationen zu einer spezifischen 
Thematik. In der Informationsstelle der deutschen Länder werden außerdem auf der Grundlage des Doku-
mentationsbestands der KMK Informationen über alle 16 Bundesländer zusammengestellt, um die Mitglied-
staaten über die Grundstruktur des deutschen Bildungswesens zu informieren.

Für das Anfragesystem wird ein formalisierter Fragebogen verwendet, um die Welterleitung der Anfragen, 
die Übersetzung und die Verwaltung der eingehenden Antworten mit ergänzenden Materialien zu erleichtern.
Die Übermittlung vergleichbarer Antworten in qualitativ und quantitativer Hinsicht aus allen zwölf 
Mitgliedstaaten konnte jedoch bisher nicht sichergestellt werden, da die Rahmenbedingungen der nationalen 
Informationsstellen zu unterschiedlich sind.

1.3.2 Die nationalen Dossiers und vergleichenden Studien

Die nationalen Dossiers enthalten eine Darstellung des Aufbaus und der Strukturen der nationalen Bil-
dungssysteme. Sie sollen eine Basisinformation für den europäischen Informationsaustausch bieten, die bei 
Bedarf auch durch Anfragen im Netz erweitert werden kann. Jedes Dossier wird an einer für alle Mitglied-
staaten festgelegten Gliederung erstellt und enthält im Anhang Hinweise auf die wichtigsten Gesetze zu den 
einzelnen Bereichen des Bildungssystems. Die nationalen Dossiers der zwölf Mitgliedstaaten sollen außer 
in der Originalsprache als Loseblattsammlung und auf Diskette in deutscher, englischer, französischer 
Sprache für alle Informationsstellen verfügbar sein. Es ist eine jährliche Aktualisierung durch die nationalen 
Informationsstellen in der Originalsprache und in den fremdsprachigen Fassungen vorgesehen. Das Projekt 
wird von der Europäischen Informationsstelle koordiniert, aber die hauptsächliche Arbeitsbelastung mit der 
Erstellung der Texte und der Überprüfung der Übersetzungen sowohl des eigenen Dossiers als auch der Doss-
iers aus anderen Mitgliedstaaten liegt bei den nationalen Informationsstellen.

Neben den übergreifenden nationalen Dossiers werden auch vergleichende Studien zu Spezialthemen er-
erarbeitet. Solche vergleichenden Studien können entweder von der Europäischen Informationsstelle in Koope-
ration mit den nationalen Informationsstellen entstehen oder als Einzelprojekt einer nationalen Informations-
stelle in Kooperation mit den anderen nationalen Stellen. So erarbeitete z.B. 1989 die Informationsstelle der 
Länder eine vergleichende Studie zum Thema Wirtschaftserziehung, für die per Fragebogen eine Darstellung 
der Wirtschaftserziehung in allen zwölf Mitgliedstaaten erhoben wurde. Wenn eine einzelstaatliche Informa-
tionsstelle die Erarbeitung einer vergleichenden Studie übernimmt, so kann sie von der Kommission für diese 
Aufgabe einen finanziellen Zuschuß beantragen.

1.3.3 Die Datenbanken

Einige EURYDICE-Informationsstellen haben Datenbanken zum Anfragesystem, zu den Dossiers und zu den 
verfügbaren Materialien über die Bildungssysteme angelegt. So kann z.B. die deutsche EURYDICE-In-
formationsstelle der Länder für Anfragen von Nutzern, die keinen Zugang zum Anfragesystem des Netzes 
haben, bibliographische Hinweise aus der Literaturdatenbank des Dokumentationsdienstes der KMK zusam-
menstellen.

Bei der Europäischen Informationsstelle bestehen mehrere Datenbanken. Das gesamte dort vorliegende 
Informations- und Dokumentationsmaterial ist in einer bibliographischen Datenbank mit etwa 12.000 Titeln 
erfaßt. Für die EDV-gestützte Verwaltung des Netzes (Anfragesystem, nationale Dossiers) sind ebenfalls 
Datenbanken im Aufbau. Ziel ist es, diese und die in den Mitgliedstaaten bestehenden Datenbanken unter-
einander zu vernetzen, was zur Zeit noch nicht möglich ist.

1.3.4 Das THESAURUS-Projekt

Um Sprachbarrieren innerhalb des Informationsaustauschs abzubauen, wurde im Jahre 1981 von der Kom-
misson und dem Europarat beschlossen, ein terminologisches Instrumentarium zu entwickeln. Das Ergebnis 
dieser Zusammenarbeit ist ein mehrsprachiger Thesaurus und ein Glossar über die Spezialbegriffe in den
Bildungssystemen der Mitgliedstaaten. Das Projekt wird gemeinsam vom Europarat und der Kommission finanziert und verwaltet.


Im Rahmen des EURYDICE-Informationsnetzes werden die Deskriptoren aus dem Thesaurus außerdem zur EDV-gestützten Verwaltung der Anfragen im Netz und zur Indexierung der nationalen Dossiers verwendet.

1.3.5 Publikationen


1.3.6 Kooperation


Ziel dieser Kooperation ist die Kohärenz des in beiden Einrichtungen vorhandenen Dokumentations- und Informationsmaterials, der Informationsaustausch, die gemeinsame Arbeit zu terminologischen Fragen sowie die Erstellung gemeinsamer Publikationen.


1.4 Benutzergruppen

1980 war beschlossen worden, daß der Zugriff auf das EURYDICE-Netz auf politische Entscheidungsträger beschränkt bleiben sollte. Dies ist bis heute für das Anfragesystem des Fall. Dennoch haben die Anfragen erheblich zugenommen und schließen eine breitere Gruppe von Interessierten ein, deren Informationsbedürfnisse zumindest teilweise durch den Versand von Informations- oder Dokumentationsmaterial befriedigt werden, das von der Europäischen Informationsstelle herausgegeben wurde. Darüber hinaus wird die Literaturdaten-
bank der KMK eingesetzt oder auch schon einmal Kopien von Zeitschriftenartikeln und grauer Literatur angefordert.

In der im Juni 1990 veröffentlichten Bilanz zum zehnjährigen Bestehen des EURYDICE-Netzes werden fünf verschiedene Nutzertypen mit je anderen Informationsbedürfnissen unterschieden (vgl. S. 22):
- bildungspolitische Entscheidungsträger (national, regional, lokal),
- die für die Verwirklichung der bildungspolitischen Entscheidungen zuständigen Handlungsträger,
- die Forscher,
- Einrichtungen mit Multiplikatorwirkung (Presse, Dokumentationszentren, etc.),
- Teile der Öffentlichkeit (interessierte Bürgerinnen und Bürger).

Außerdem werden drei Bereiche unterschieden, in denen Aufgaben für das Netz gesehen werden:
- Auskünfte über die Gesamtheit der Gemeinschaftsaktivitäten im Bildungsbereich,
- Verbreitung von Informationsmaterial über die Bildungspolitik und die Bildungssysteme der EG-Mitgliedstaaten,

1.5 Größenordnung des Programms

1.5.1 Ausstattung der EURYDICE-Informationsstellen

Die Zusammenarbeit im Rahmen des EURYDICE-Informationsnetzes beruht auf dem Prinzip der Subsidiarität, und es gibt für das Netz kein Budget im eigentlichen Sinne. Das bedeutet, die Mitgliedstaaten finanzieren ihre nationalen Informationsstellen selbst. Die Ressourcen der beiden EURYDICE-Informationsstellen in der Bundesrepublik Deutschland sind nicht zu bestimmen, weil sie Teil eines größeren Budgets innerhalb der KMK bzw. des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft sind.


**Tabelle 21: Etat der Europäischen Informationsstelle EURYDICE (in holländischen Gulden)**

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1990</th>
<th>1991</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Personalkosten</td>
<td>2,680.729</td>
<td>3,019.986</td>
</tr>
<tr>
<td>Sachkosten</td>
<td>1,595.375</td>
<td>1,578.711</td>
</tr>
<tr>
<td>Overhead</td>
<td>223.080</td>
<td>215.994</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>4.499.104</td>
<td>4.814.691</td>
</tr>
</tbody>
</table>


1.5.2 Anfragevolumen

Zwischen 1983 und 1990 kamen aus der Bundesrepublik Deutschland 37 von insgesamt 705 (5,3%) Anfragen, die an das Netz gerichtet wurden. Hinsichtlich der Häufigkeit der Anfragen stand die Bundesrepublik Deutschland damit an neunter Stelle unter den EG-Mitgliedstaaten. Die meisten Anfragen (19) kamen zum Bereich der allgemeinen Politik (Organisation und Verwaltung der Bildungssysteme, Gemeinschaftsprogramme) und zum Bereich Hochschulbildung (5). Im Vergleich dazu wurden nach Auskunft der EURYDICE-Informationssstelle der Länder von anderen Mitgliedstaaten an die Bundesrepublik Deutschland die meisten Anfragen gerichtet.

Die wichtigsten thematischen Schwerpunkte der Anfragen aus allen EG-Mitgliedstaaten verteilen sich auf die folgenden Gebiete:
- Curriculum (31%);
- Lehrkräfte (24%);
- Organisation und Verwaltung der Bildungssysteme (10%);
- Gemeinschaftsprogramme (5%);
- Hochschulbildung (9%);
- schulische Eingliederung behinderter Kinder (6%);
- Fremdsprachen (5,5%);
- neue Informationstechnologien (4%).


Die meisten Anfragen kommen aus Italien, Griechenland, Spanien und Portugal.


1.6 Aufbau des Netzes

1.6.1 Funktion der Kommission der EG

Die EG-Kommission wurde in der Entschließung des Rates vom Dezember 1990 aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, die:
a) die Dynamisierung und Koordinierung des netzinternen Informationsaustauschs durch den Ausbau der Datenbanken und die Förderung der Erarbeitung und Verbreitung von Informationen verstärken;
b) den Benutzern den Zugang zu den unterschiedlichen fachspezifischen Informationsquellen erleichtern, indem die Informationseinrichtungen des Netzes enger mit den Bildungs- und Ausbildungsinformationsdiensten auf nationaler und auf Gemeinschaftsebene verbunden werden;
c) bessere Arbeitsmethoden gewährleisten, um die Effizienz und Wirksamkeit des Netzes zu steigern.

(Entschließung des Rates, Punkte 3 und 7)

Die zuständige Verwaltungseinheit ist die Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend. Darüber hinaus erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit dem Ausschuß für Bildungsfragen.

Der Zwischenbericht der Kommission ist mittlerweile vorgelegt worden. Ein Arbeitsprogramm, das die Aufgaben der einzelstaatlichen und der europäischen Informationseinrichtungen genauer definiert, wird zur Zeit vorbereitet.

1.6.2 Der Lenkungsausschuß


Der Lenkungsausschuß ist zuständig für die Arbeit des Netzes als ganzes. Er setzt darüber hinaus Schwerpunkte bei der Informationsarbeit und versucht das Anfragesystem zu verbessern. Der Ausschuß hat

1.6.3 Die Europäische Informationsstelle

Die Europäische EURYDICE-Informationsstelle wird von der Europäischen Kulturstiftung finanziell getragen. Die Aufgaben der Europäischen Informationsstelle werden in der Entschließung des Rates wie folgt definiert:

- Dynamisierung und Koordination des netzinternen Informationsaustausches durch den Ausbau der Datenbanken, Erarbeitung vergleichender Materialien und die technische Unterstützung der nationalen Informationsstellen;
- Errichtung einer europäischen Datenbank zum Bildungsbereich in Zusammenarbeit mit den Informationsstellen der Mitgliedstaaten;
- Verbreitung von Informationen über Gemeinschaftsaktivitäten im Bildungsbereich in Zusammenarbeit mit den nationalen Informationsstellen und dem CEDEFOP;
- technische Unterstützung der Aktivitäten vor und nach den Sitzungen von hohen Beamten.


1.6.4 Die nationalen Informationsstellen

Auch die Aufgaben der einzelstaatlichen Informationsstellen sind in der Entschließung des Rates vom Dezember 1996 festgelegt:

- Sie sollen auf nationaler Ebene einerseits "dem europäischen Netz die Informationen bezüglich der Entwicklung ihres jeweiligen nationalen Bildungssystems übermitteln."
- Sie sollen andererseits "auf nationaler Ebene zur Verbreitung von Informationen über die Entwicklung der Bildungssysteme und der Bildungspolitiken in den Mitgliedstaaten sowie der Gemeinschaftsaktivitäten im Bereich der bildungspolitischen Zusammenarbeit beitragen."
- Sie sollen "in enger Verbindung mit den auf nationaler Ebene für die Gemeinschaftsaktivitäten auf dem Gebiet der Bildung und Ausbildung Verantwortlichen stehen."
- "Um ihre Aufgaben in einem aktiven europäischen Netz erfüllen zu können, müßten die nationalen Informationsstellen angemessene Maßnahmen in bezug auf das Personal und seine Ausbildung sowie die Ausstattung treffen können." (Entschließung, Punkte 4-6)

Die Mitgliedstaaten sind dafür verantwortlich, daß die nationalen Informationsstellen zur Wahrnehmung dieser Aufgaben materiell und personell angemessen ausgestattet sind. Die beiden bundesdeutschen Informationsstellen teilen sich die Arbeit je nach Zuständigkeit untereinander auf. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen fällt die überwiegende Zahl der Anfragen in die Zuständigkeit der Länderstelle.

1.6.5 Die Benutzer


Zugriff auf das Anfragesystem des Netzes haben alle bildungspolitischen Entscheidungsträger in den Ministerien und Parlamenten der Mitgliedstaaten.
Übersicht 19: EURYDICE - beteiligte Organisationen

e) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
f) Europäische Informationsstelle von EURYDICE, 15, rue d’Arlon, B - 1040 Brüssel
g) EURYDICE-Informationstelle des Bundes: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Prof. Dr. Hasemann, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
h) EURYDICE-Informationstelle der Länder: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Frau Dr. Jonen, Nasssestr. 8, 5300 Bonn 1

1.7 Ablauf der Arbeit des Netzes

Richtet ein anerkannter Benutzer eine offizielle Anfrage an das EURYDICE-Netz, so wird zunächst von der nationalen Informationstelle ein dafür vorgesehenes Formular mit möglichst präziser Fragestellung, eventuell zusätzlichen Informationen zum Kontext der Anfrage und Angaben darüber, von welchen Mitgliedstaaten Antworten erwünscht werden, ausgefüllt und die Anfrage an die Europäische Informationstelle weitergeleitet. Die Europäische Informationstelle übersetzt die Anfrage in alle entsprechenden Amtssprachen der Gemeinschaft und leitet sie an die nationalen Informationstellen weiter, von denen Antwort gewünscht wird. Anfrageformulare stellen die nationalen Informationstellen zur Verfügung.

In den nationalen Informationstellen werden die Anfragen und Antworten unterschiedlich bearbeitet. In der deutschen Informationstelle der Länder erfolgt zunächst die Eingabe eine Datenbank unter Angabe der Formalien und von Deskriptoren für die inhaltliche Erschließung der Anfrage. Darüber hinaus wird Material (Gesetze, Verordnungen, Erlass, Parlamentsdrucksachen, bildungspolitische Erklärungen, andere veröffentlichte Dokumente, Literatur) zur Beantwortung der Anfrage zusammengestellt. Auf dieser Grundlage wird in der Regel eine kurze Gesamtübersicht in Form eines etwa zwei- bis dreiseitigen Exposés erarbeitet und eine Auswahl von Dokumenten beigefügt.

Exposé und Dokumente gehen an den Anfrager, eine Kopie des Exposés auch an die Europäische Informationstelle, die dieses bei den "seltenen" Sprachen in die Sprache des Anfragenden übersetzt. Für die Übersetzung der Dokumente müssen die Anfrager allerdings selber sorgen. Da die Einschaltung der Europäischen Informationstelle die Frist bis zum Erhalt einer Antwort oft verzögert, verständigen sich die nationalen Informationstellen teilweise auch direkt untereinander. Beim Eingang einer Anfrage an die beiden deutschen Informationstellen erfolgt eine interne Absprache darüber, in wessen Zuständigkeit die Beantwortung fällt, wobei die Bearbeitung gegebenenfalls aufgeteilt wird.


Über die Bearbeitung von Anfragen von Nutzern, die keinen Zugriff auf das Netz haben, entscheiden die einzelstaatlichen Stellen jeweils individuell.

1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

Nachdem auf der Grundlage der EURYDICE-Bilanz, die anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Netzes von der Europäischen Informationstelle vorgelegt wurde und eine Reihe klärungsbedürftiger Fragen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Netzes enthielt, im Dezember 1990 eine Entschließung des Rates zum EURYDICE-Netz erfolgte, rückte auch die Frage der Berichterstattung und Evaluation etwas mehr in den Vordergrund. Klärungsbedürftig waren insbesondere die folgenden Aspekte:
- die Zielgruppen und die bildungspolitischen Bereiche;
- die Integration des Netzes in ein kohärentes Informationssystem in Verbindung mit anderen transeuropäischen Netzen,
- die Humanressourcen und technischen Hilfsmittel insbesondere der einzelstaatlichen Stellen.
Ebenfalls in der Bilanz angesprochen wurden Fragen der Relevanz und Effizienz der Antworten, die Transparenz und Zugänglichkeit der Informationen sowie die Sichtbarmachung und der Zugang zu den Informationsdiensten. In dem umfassenden Anhang zu dieser Bilanz sind auch einige Statistiken über das Anfragevolumen und die Ausstattung der einzelstaatlichen Stellen enthalten. Bis auf wenige Ausnahmen fehlen allerdings Angaben über die Höhe der verfügbaren Mittel und die personelle und materielle Ausstattung der Europäischen Informationstelle.

Der EURYDICE-Lenkingausschuss hat im Kontext dieser Bilanz insbesondere auf die Anerkennung des EURYDICE-Netzes durch Neundefinition und Verabschiedung eines offiziellen Mandats gedrängt und dem Bildungsausschuss ein diesbezügliches Dokument vorgelegt, das die Stärken und Schwächen der Arbeit klar benennt.


Die nationale EURYDICE-Informationstelle der Länder hat darüber hinaus der Kommission EG-Angenehmigungen (KEG) der Kultusministerkonferenz einen ausführlichen Bericht über ihre Tätigkeit vorgelegt

1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

Die Publikationen und Veröffentlichungen des EURYDICE-Bildungsinformationsnetzes im Rahmen der Informations- und Dokumentationsaufgaben des Netzes selbst werden an dieser Stelle nicht aufgeführt, weil sie anderweitig gut dokumentiert sind und die Liste sonst zu umfangreich würde (vgl. z.B. Anlage 3 der EURYDICE-Bilanz und die Informationsblätter EURYDICE Communiqué und EURYDICE Veröffentlichungen).

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter


EURYDICE-Informationen für die Bundesrepublik Deutschland - Bund und Länder (Ed.): EURYDICE das Bildungsinformationsnetz der Europäischen Gemeinschaft. Veröffentlichung vom Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, Dokumentationsdienst. Bonn, Dezember 1991

1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher


Dokument des EURYDICE-Lenkingausschusses an den Bildungsausschuss vom 6. April 1990 zur weiteren Entwicklung des Bildungsinformationsnetzes EURYDICE. Manuskript

EURYDICE-Info. Hrsg. von der Europäischen EURYDICE-Informationstelle. (erscheint zweimal jährlich.)


EURYDICE Veröffentlichungen. Hrsg. von der Europäischen EURYDICE-Informationstelle. (Liste der Veröffentlichungen, die im Rahmen des EURYDICE-Netzes erstellt wurden und Bestellschein; erscheint monatlich.)

1.9.3 Rechenschafts-, Jahres-, Evaluationsberichte

Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Zwischenbericht der Kommission an den Rat (und die im Rat vereinigten Minister für das Bildungswesen) über das Bildungsinformationsnetz in der Europäischen Gemeinschaft - EURYDICE. Brüssel, Oktober 1992, SEK(92) 2056


2. Durchführungsprobleme bei EURYDICE

2.1 Charakter der Einrichtung


2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand

Die Anfragen, die an das EURYDICE-Informationsnetz gerichtet werden, umfassen eine breite Palette von Informationswünschen, die von Publikationen über Gesetzes texte und Statistiken bis hin zu umfangreichen Erläuterungen einzelner Aspekte der befragten nationalen Bildungssysteme reicht.

Bezüglich der Informationsleistungen des Netzes ergibt sich eine Reihe von Schwächen, die auf unterschiedliche Ursachen zurückzuführen sind.


c) Bereits vorhandene und gespeicherte Daten und Informationen werden nicht immer von allen nationalen Informationsstellen optimal genutzt, so daß zusätzliche bzw. doppelte Arbeit anfällt.


2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


Von deutscher Seite wurde bedauert, daß die Kommission Forschungsprojekte - etwa vergleichende Studien - an unabhängige Forschungseinrichtungen vergibt, die in die Kompetenz der Arbeit des Netzes bzw. einzelstaatlicher Informationsstellen fallen. Auch bei anderen EURYDICE-Publikationen, die von der Europäischen Informationsstelle herausgegeben werden, wurden die einzelstaatlichen Stellen bezüglich der Korrektheit und Aktualität nicht immer befragt, so daß die Informationen teils ungenau, teils oberflächlich, teils veraltet sind (vgl. auch Abschnitt 2.3.8). Die Vergabe von Projekten an externe Einrichtungen kann jedoch auch eine Reaktion der Kommission auf die zum Teil schwache Ausstattung und Leistungsfähigkeit nationaler EURYDICE-Informationsstellen sein. Außerdem sollte angesichts dieser Klage bedacht werden, inwieweit die nationalen Informationsstellen neben den informationellen Dienstleistungen in der Lage sind, Forschung zu betreiben.


Inwieweit die gedruckte Fassung über die staatlichen Stellen hinaus auch einer interessierten Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann, muß vom Ausschuß für Bildungsfragen noch entschieden werden.


2.4 Mehrstufigkeit der informationellen Dienstleistungen

Wie bereits in Abschnitt 2.2 angesprochen, ist die Dauer zwischen einer Anfrage und dem Erhalt von Antworten - auch wegen der Einschaltung der Europäischen Informationsstelle - so lang, daß der Informationsbedarf häufig nicht rechtzeitig befriedigt werden kann. Das hat dazu geführt, daß sich die nationalen Informationsstellen wenn möglich untereinander verständigen oder die zuständige einzelstaatliche Informationsstelle versucht, die Anfrage mit ihrem vorhandenen Daten- und Informationsbestand zu beantworten. Das Problem der Übersetzung ist damit aber nicht gelöst.

2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

Die Entwicklung des EURYDICE-Informationsnetzes hat zu einem erheblichen Wandel der Ablauforganisation geführt, insbesondere was den qualitativen und quantitativen Umfang der Informationen und die Nutzergruppen angeht. Es hat sich erwiesen, daß die zu Beginn der Arbeit des Netzes übliche Zusammenstellung von Dokumenten und Materialien nicht mehr ausreicht und Informationen und Daten zunehmend bearbeitet und aufbereitet werden müssen, um den speziellen Informationsbedürfnissen zu entsprechen. Dabei haben der Auf- und Ausbau der EDV-Ausstattung in den Informationsstellen, die Arbeit mit Datenbanken, eine zunehmend einheitliche Klassifizierung der Informationen mittels eines Diskriptoren systems sowie die Entwicklung von Glossaren und die Arbeit an einem Thesaurus in begrenztem Umfang zu organisatorischen Verbesserungen geführt.

Dennoch sind Ausstattung und Kapazität der einzelstaatlichen Stellen so unterschiedlich, daß die Qualität der Antworten nicht gleich ist, was Auswirkungen auf die Effizienz und Kohärenz des Netzes hat. Sowohl in der anläßlich des zwanzigjährigen Bestehens des EURYDICE-Netzes veröffentlichten Bilanz als auch in einem Bericht des Lenkungsausschusses an den EG-Bildungsausschuß wird eine Reihe von Vorschlägen gemacht, um die Durchführung so zu verbessern, daß sie den veränderten Anforderungen entspricht. Als klärungsbedürftig wurden insbesondere die folgenden drei Bereiche identifiziert:
- Benutzerkreis und Zielgruppen des Netzes;
- Art und Umfang der Dienstleistungen;
- Strukturen des Netzes auf europäischer und nationaler Ebene sowie das Verhältnis beider Ebenen zueinander.


2.6 Größenordnung der Aussstattung


Der Evaluationsbericht von pro empio unterscheidet zwischen drei Typen von einzelstaatlichen Informationsstellen:

Typ A: hohes Maß interner und externer Autonomie; gute Aussstattung und angemessene Ressourcen; ist aktiv und ergreift häufig die Initiative bei der Gestaltung der Arbeit des Netzes;

Typ B: wenig oder keine Autonomie; ist untergeordneter Teil einer Hierarchie und abhängig von Vorgaben; Aktivitäten müssen mit übergeordneten Instanzen abgestimmt werden; ist teilweise gut ausgestattet, hat aber kein klares Arbeitsprogramm, weil andere Aufgaben Vorrang haben;

Typ C: ist von übergeordneten Behörden fast vergessen und führt ein Schattendasein; hat Engagement für die Arbeit verloren und ergreift so gut wie keine Initiative; hat häufig nur ungenügende Ressourcen, um die anfallenden Aufgaben zu bewältigen; fühlt sich nutzlos.


Die meisten einzelstaatlichen Informationssstellen, so auch die beiden deutschen EURYDICE-Stellen, fühlen sich in ihrer Arbeit durch die Tatsache beeinträchtigt, daß keine zusätzlichen Personalkapazitäten für die Erstellung von Antworten im Rahmen des Anfragesystems des Netzes vorhanden sind. Die deutschen Informationssstellen sehen sich darüber hinaus mit Problemen der Beschaffung von Material und Dokumenten sowie von kurzfristig anfallenden Übersetzungen konfrontiert, für deren Bewältigung die vorhandenen Kapazitäten nicht immer ausreichen. Eine zusätzliche finanzielle Unterstützung wird besonders für die folgenden drei Bereiche gewünscht:

- kurzfristige Übersetzung der Antworten aus dem Anfragesystem, die bisher von der Europäischen Informationssstelle nicht in einer vertretbaren Frist geleistet werden kann;
- bessere Möglichkeiten zur Aufbereitung eingehender Antworten auf die Anfragen in Form einer zusammenfassenden Übersichtsinformation für die eigenen staatlichen Stellen;
- Information der interessierten Öffentlichkeit und Fachöffentlichkeit durch die Übermittlung von Veröffentlichungen des EURYDICE-Netzes.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Umsetzung und Durchführung der Aufgaben


2.8 Information, Transparenz, Evaluation

Die Bilanz der Arbeit des EURYDICE-Netzes weist auf ein bedeutendes Problem hin: Es besteht kein Mangel an Informationen, sondern ein Mangel an Transparenz und an Kapazität zur Aufbereitung und Verbreitung der Information. Dieses Problem wird insbesondere auf die teils unzureichende Einbindung der nationalen Informationsstellen in die Informationsstrukturen, -dienste und -netze ihres jeweiligen Landes zurückgeführt.

Zu diesem Problemkomplex gehört auch die mangelnde Koordinierung des Netzes mit anderen - oft im Rahmen einzelner EG-Programme entstehenden - Datenbanken und Maßnahmen zur Informationserschließung, wie sie z.B. bei ERASMUS, LINGUA und COMETT vorgesehen sind.


In seinen Schlußfolgerungen hat der externe Evaluationsbericht Empfehlungen ausgesprochen, die die folgenden Bereiche betreffen:

- Stärkung des bestehenden Netzes durch eine umfassende Informationspolitik,
- größere Flexibilität des Auftrags- systems,
- Verbindungen und Synergien zu anderen Datenbanken und Informationsnetzen auf nationaler und Gemeinschaftsebene,
- Autonomie des Netzes und Staus der einzelstaatlichen und europäischen Informationsstellen,
- Klarung der Kompetenzen innerhalb des Netzes und Zuständigkeit der europäischen Gremien bzw. Instanzen,
- Beseitigung rechtlicher Unsicherheiten.

Der Eindruck, daß die Ergebnisse der Evaluation von den befaßten Stellen als hilfreich und in der Regel zutreffend eingeschätzt werden, ist ein Hinweis darauf, daß die Stärken und Schwächen des Netzes identifiziert wurden und die Empfehlungen (z.B. zur Durchführung eines Aktionsprogramms) sich mit der Hoffnung verbinden, in naher Zukunft eine Reihe von Verbesserungen erreichen zu können.
2.9 Controlling


FORCE
Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in Europa

1. Programmdarstellung
1.1 Ziele und Anlage des Programms


Übersicht 20: Zielsetzung des FORCE-Programms
"Das FORCE-Programm soll die Maßnahmen von und in den Mitgliedstaaten unterstützen und ergänzen, durch die die berufliche Weiterbildung gefördert wird.

Die Ziele des FORCE-Programms sind:

a) verstärkte und wirksame Förderung von Investitionen in die berufliche Weiterbildung und Verbesserung der Effizienz, um ... stärker für die Vorteile von Investitionen in die berufliche Weiterbildung zu sensibilisieren;

b) Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen zum Beispiel durch die Demonstration und Verbreitung beispielhafter Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung ...;

c) Förderung von Innovationen im Bereich des Weiterbildungsmanagements sowie von Methodik und Ausstattung;

d) den Auswirkungen der Vollendung des Binnenmarkts besser Rechnung zu tragen, indem insbesondere gemeinsame ländersüberschreitende und grenzüberschreitende Weiterbildungsvorhaben und der Informations- und Erziehungsaustausch gefördert werden;

e) größere Effizienz der Weiterbildungsinstrumente und bessere Eignung, mit den Veränderungen am europäischen Arbeitsmarkt Schritt zu halten, indem Maßnahmen auf allen Ebenen gefördert werden, um insbesondere die Entwicklung der beruflichen Weiterbildung begleiten und analysieren und den Bedarf an Qualifikationen und Berufsfähigkeiten besser prognostizieren zu können."


1.2 Entwicklung des Programms

1.2.1 Die Entscheidung des Rates über die berufliche Weiterbildung


Während die im Ratsbeschuß über das FORCE-Programm in Artikel 2 formulierten "Ziele" (vgl. Übersicht 1) eher eine Beschreibung dessen sind, welche Aktivitäten im Rahmen der drei Aktionen gefördert und welche Ergebnisse damit erreicht werden sollen, kommt der in Artikel 5 formulierten Rahmen von Leitlinien einer Zielfestsetzung viel näher, wird aber als "Inhalt" des FORCE-Programms bezeichnet.

Der im Ratsbeschuß zum FORCE-Programm formulierter Rahmen von Leitlinien bezieht sich sowohl auf die von den Mitgliedstaaten zu ergreifenden Maßnahmen auf nationaler Ebene als auch auf die mit den Programmmiteln geförderten länderübergreifenden Maßnahmen. Er ist auf die Konvergenz und Verbesserung der folgenden Initiativen gerichtet:

(a) die europäische Dimension der beruflichen Weiterbildung zu fördern, um die Voraussetzungen für die Mobilität der Arbeitnehmer zu verbessern;
(b) die ständige Anpassung an neue Anforderungen und der sozialen Aufstieg durch die berufliche Weiterbildung zu erleichtern und die Präventivfunktion der beruflichen Weiterbildung zu verstärken;
(c) den am wenigsten qualifizierten Arbeitnehmern ... die Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung und so das Erreichen eines ersten Qualifikationsniveaus zu ermöglichen;
(d) die tatsächliche Chancengleichheit von Männern und Frauen beim Zugang zur beruflichen Weiterbildung ... zu fördern;
(e) die Anreize für Investitionen der Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen, in die berufliche Weiterbildung zu verstärken;
(f) auf allen Ebenen die voraussichtliche Entwicklung im Bereich der Qualifikationen besser abzuschätzen sowie eine größere Konvergenz zwischen den Berufsbildungs- und Beschäftigungszwecken zu ermöglichen;
(g) durch auf innerstaatliche Rechtsvorschriften und Gepflogenheiten zugeschnittene Verfahren ... das Weiterbildungsangebot auszuweiten und die vorhandenen Instrumente zu verstärken ...;
(h) allen Arbeitnehmern, die Staatsangehörige eines Mitgliedstaats sind, für den Zugang zu Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung Gleichbehandlung zu gewährleisten;
(i) den Zugang zur beruflichen Weiterbildung und deren Unabhängigkeit allen interessierten Personen entsprechend den Bedürfnissen tatsächlich zu ermöglichen."

(Beschluß des Rates über das FORCE-Programm, Art. 5 (1).)

Die Entschließung des Rates über die berufliche Weiterbildung war nicht unumstritten, so daß sich bei der Verabschiedung des FORCE-Programms auf der Basis dieser Entschließung Folgen in zweierlei Hinsicht ergaben:

- eine tendenziell unzureichende Differenzierung von Zielen und Inhalten im Ratsbeschuß über das FORCE-Programm;
1.2.2 Die erste Phase


1.3 Förderungsmaßnahmen

Das FORCE-Programm ist in seinen Grundzügen durch den Europäischen Rat für eine Laufzeit von vier Jahren festgelegt. Der Ratsbeschuß ist mit einem Anhang versehen, der die Durchführung der drei Aktionen des Programms im einzelnen regelt. Darüber hinaus gibt es ein Vademecum, das die breite Öffentlichkeit über Ziele, Anlagen, Nutzen und Adressaten des Programms informiert will, und einen Leitfaden für Antragsteller, der für jede einzelne Maßnahme die Förderungsvoraussetzungen, die Schritte bei der Antragstellung und die Auswahlkriterien darstellt und die Antragsformulare enthält.

Die folgende Darstellung der Fördermaßnahmen läßt zwei übergreifende Ziele des FORCE-Programms deutlich werden. Zum einen sollen die Daten- und Informationslage auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung verbessert und methodische Instrumente zur Herstellung von Vergleichbarkeit der Daten aus den Mitgliedstaaten entwickelt werden. Dazu dienen die sektoralen Erhebungen (Aktion I), die statistischen Erhebungen (Aktion II) und die Tarifanalysen (Aktion II). Zum anderen soll die Infrastruktur der beruflichen Weiterbildung verbessert werden, d.h., es werden Aktivitäten gefördert, die sich auf eine Verbesserung des Angebots auswirken sollen. Dazu dienen die Austauschprojekte (Aktion I und II), die Modellvorhaben oder Pilotprojekte (Aktion I) und die Qualifikationsprojekte (Aktion II). Daneben wird die Entwicklung einer Vernetzung all dieser Aktivitäten gefördert.

Aktion I: Förderung innovativer Konzepte in der beruflichen Weiterbildung

Im Rahmen der Aktion I werden vier verschiedene Aktivitäten gefördert, darunter Austauschverha ben und Pilotprojekte (Projekte des Typs A) im Rahmen eines Netzes länderrübergreifender Partnerschaften und Erhebungen über die Weiterbildungsangebote in bestimmten Wirtschaftssektoren (Projekte des Typs B):

bildung, Kontaktbörse für potentielle Antragsteller und Partner sowie den Aufbau einer Datenbank für die länderübergreifenden Projekte.

(b) Im Rahmen der Partnerschaften (vgl. (a)) werden Ausauschmaßnahmen von Personen gefördert, die mit der Weiterbildung befähigt sind. Adressatengruppen dieser Ausauschmaßnahmen sind: Leiter von Personalabteilungen, Arbeitnehmervertreter und Ausbildungssachverständige regionaler Arbeitsgemeinschaften. Finanziert werden Praktika in Unternehmen oder Ausbildungseinrichtungen eines anderen Mitgliedstaates der Gemeinschaft. Zweck dieser Ausauschmaßnahmen ist:
- die Verbreitung von Innovationen auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung durch Ausausch von Erfahrungen und Informationen;
- der Ausausch über neue Strategien zur Verbesserung des Zugangs zur beruflichen Weiterbildung;
- der Ausausch von Informationen über die Bildung und Konsolidierung länderübergreifender Partnerschaften;
- die Vorbereitung und Ausarbeitung gemeinsamer Aktionen (Australauschprojekte).
Die Dauer des Ausauschs beträgt zwischen einem und drei Monaten. Finanziert werden die Mobilitätskosten. Außerdem stehen begrenzte Mittel für die sprachliche Vorbereitung der Beteiligten und in Ausnahmefällen Mittel für die Übersetzung von Informationsmaterialien zur Verfügung.

(c) innerhalb des Netzes werden länderübergreifende Modellvorhaben im Bereich der beruflichen Weiterbildung gefördert, zu deren Konzeption und Ausarbeitung sich Unternehmen und Ausbildungseinrichtungen verschiedener Mitgliedstaaten zusammenschließen. Zweck der Modellvorhaben - oder Pilotprojekte, wie sie auch genannt werden - ist die Weitergabe von Kenntnissen über Einrichtungen, Methoden und Inhalte beruflicher Weiterbildung sowie deren Anpassung an den Bedarf der kleinen und mittleren Unternehmen. Im Rahmen der Modellvorhaben sollen gemeinsame Weiterbildungskonzepte erarbeitet und gegebenenfalls getestet und erprobt werden. Die dabei entstehenden Angebote sollen zudem an den folgenden Zielen orientiert sein:
- Verbesserung der geographischen Mobilität,
- Förderung der Chancengleichheit,
- Verbesserung des Zugangs zur beruflichen Weiterbildung für eher bildungsferne Arbeitnehmergruppen,
- Bewertung von Qualifikationen und Berufen,
- Einführung einer europäischen Dimension in die berufliche Weiterbildung,
- Übertragbarkeit und Verbreitung der Ergebnisse.

- Einzelhandel,
- Nahrungs- und Genussmittelproduktion,
- Kraftfahrzeug-Handwerk.

Aktion II: Analyse und Begleitung, Bewertung, Vorausschau

Die Aktion II umfaßt die Förderung von vier verschiedenen Aktivitäten, von denen zwei zu den Erhebungen (Typ B), die beiden anderen zu den Projekten (Typ A) zählen.

Bei den statistischen Erhebungen finanziert das FORCE-Programm die Schaffung, Ausarbeitung und Aktualisierung vergleichbarer Übersichten. Dazu werden von der Kommission Verträge mit den zuständigen und von den Mitgliedstaaten benannten nationalen Einrichtungen abgeschlossen (für die Bundesrepublik Deutschland also das BBIB), die die Vertragsnehmer zu folgenden Aufgaben verpflichten:
- die systematische Sammlung bestehender Weiterbildungsdaten;
- die Mitarbeit an der Formulierung vergleichbarer Konzepte;
- die Mitarbeit an der Definition eines gemeinsamen methodischen Rahmens für die Erhebungen;
- der Austausch von Wissen über die Bedeutung bestehender nationaler Informationssysteme.

Die zweite Stufe ist eine gezielte repräsentative Erhebung von Weiterbildungsdaten in allen EG-Mitgliedstaaten, die im Auftrag der Kommission von EROSTAT (operationelle Verantwortung) in Zusammenarbeit mit den Einrichtungen in den Mitgliedstaaten durchgeführt werden soll, die auf jeweils nationaler Ebene die Vorarbeiten im Rahmen der ersten Stufe geleistet haben.


(d) Bei den im Rahmen der Aktion II geförderten Qualifikationsvorhaben, wie sie in Kurzform in den Be- richten und Publikationen genannt werden, wird die länderübergreifende Kooperation von Sachverständigen und Betrieben zur Durchführung von Analysen und Prognosen auf dem Gebiet der Qualifikationsanforderungen gefördert. Ziel dieser Zusammenarbeit ist eine bessere Vergleichbarkeit der Daten und Aussagen
durchn die Entwicklung von Methoden und Modellen für gemeinsame Analysen. In diesem Kontext spielt das CEDEFOP eine wichtige Rolle, das von der Kommission mit der fachlichen Unterstützung der Qualifikationsvorbereitung beauftragt wurde. Die im einzelnen durchgeführten Vorhaben legen ein vom CEDEFOP entwi

Gefördert werden zum einen Projekte auf Unternehmensebene mit folgenden Inhalten:
- Analyse und Prognose des beruflichen Weiterbildungsbedarfs kleiner und mittlerer Unternehmen,
- Kooperation kleiner und großer Unternehmen auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung,
- Anpassung von Formen und Praktiken der beruflichen Weiterbildung großer Unternehmen an die Bedürfnisse kleiner und mittlerer Unternehmen,
- Weiterbildung von Verantwortlichen für die berufliche Weiterbildung in Unternehmen,
- Entwicklung neuer Formen der Arbeitsorganisation, die eine berufliche Weiterbildungskomponente enthalten,
- Verbesserung der Transparenz und Bewertung von Fähigkeiten und Kompetenzen.

Gefördert werden zum anderen sektorenbezogene Kooperationsvorbereitungen mit folgenden Inhalten:
- Kooperation von Partnern aus führenden Unternehmen verschiedener EG-Mitgliedstaaten innerhalb eines wirtschaftlichen Sektors auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung,
- Kooperation von Bildungs- und Qualifizierungseinrichtungen auf sektoraler Ebene innerhalb eines Mitgliedstaates auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung,
- Kooperation von Fachleuten aus den Reihen der Sozialpartner und ihren Organisationen auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung,

mit dem Ziel, die Ergebnisse einiger COMETT-Ausbildungspartnerschaften und verschiedener Qualifikationsbedarfsanalysen ("skill-needs" Analysen) zu nutzen und zu erproben.

Aktion III: Flankierende Maßnahmen
Die für die flankierenden Maßnahmen vorgesehenen Mittel werden für die fachliche Unterstützung des FORCE-Programms auf Gemeinschaftsebene, die Betreuung und Bewertung der Aktivitäten des Programms und des Programms als ganzen sowie für die Verbreitung und Weitergabe der Ergebnisse eingesetzt. Es handelt sich hierbei also um Mittel zur Finanzierung des Brüsseler FORCE-Büros und der nationalen Koordinierungsstellen sowie für die (externe) Evaluation, (interne) Begleitung und Bewertung und für die Publikation von Informationen und Ergebnissen.

1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl
1.4.1 Sektoren- und statistische Erhebungen, Tarifanalysen
Für die sektoralen und statistischen Erhebungen sowie die Tarifanalysen sind im FORCE-Vademecum die Ziele der Erhebung, die Arbeitsmethoden, zum Teil die Durchführungsbestimmungen und die Finanzierungsverfahren dargestellt. Die Erhebungen und Analysen wurden nicht in offenen Ausschreibungsverfahren vergeben, sondern die Ausschüttungsverträge wurden von zwei oder drei geeigneten Institutionen aus ihrem Mitgliedstaat, die von der Kommission aufgefordert wurden, ein Angebot einzureichen. Die Förderungsvoraussetzungen und Auswahlkriterien wurden im Ausschuss mit der Kommission diskutiert, aber nicht veröffentlicht.

Zu Beginn der Laufzeit des FORCE-Programms wurden von der Kommission und den Ausschüttungsstellen eines jeden Mitgliedstaates in Abstimmung mit den jeweiligen nationalen Koordinierungsstellen und nach gemeinsam im Ausschuss festgelegten Prioritätenkriterien die folgenden Entscheidungen getroffen:
- Festlegung, welche der vorgeschlagenen Sektoren oder thematischen Schwerpunkte (ursprünglich über 40) vorrangig untersucht werden sollten;
- Entscheidung darüber, an welchen der Erhebungen sich die einzelnen Mitgliedstaaten beteiligen wollten;
- Benennung einer geeigneten Einrichtung oder Stelle auf nationaler Ebene für jede der drei Erhebungsarten, die die nationale Koordinierung der Erhebung übernehmen und zentrale Anlaufstelle für weitere Partner und/oder Experten sein sollte.

1.4.2 Allgemeine Kriterien
zwischen a) den allgemeinen Zulassungskriterien, d.h. den Förderungsvoraussetzungen, die vor der Einreichung des Antrags erfüllt sein müssen; b) den Zulassungskriterien, d.h. den formalen Anforderungen, die erfüllt sein müssen, damit ein Antrag überhaupt berücksichtigt werden kann; und c) den Auswahlkriterien, d.h. den qualitativen Kriterien, die erfüllt sein sollten, damit der Antrag Aussicht auf Erfolg hat. Diese drei Kriterienbereiche werden einmal bezüglich aller Aktivitäten, d.h. bezüglich der allgemeinen Bestimmungen für die Teilnahme am Programm und des weiteren spezifiziert für jede einzelne Projekterstellung formuliert. Die drei Projektkategorien, die im Rahen offener Ausschreibungen gefördert werden, sind: Austauschprojekte, Pilotprojekte und Qualifizierungsprojekte.

Die Zulassung zum FORCÉ-Programm ist von fünf Punkten abhängig (vgl. Leitfäden, S. 3):
- die Aktivitäten müssen die berufliche Weiterbildung zum Gegenstand haben;
- die beteiligten Personen müssen erwerbstätig sein, und ihre Weiterbildung muß im Rahmen von Arbeitgeberangeboten oder Angebote geeigneter anderer Organisationen erfolgen;
- Einrichtungen, Organisationen und Stellen können zugelassen werden, wenn sie systematische Maßnahmen im Bereich der beruflichen Weiterbildung anbieten;
- Einrichtungen, die an Analyse- und Forschungsaktivitäten teilnehmen, müssen über anerkannte Fachkenntnisse verfügen;
- die Projekte und Aktivitäten müssen zu Weitergabe erprobter Verfahren beitragen.


1.4.3 Austauschprojekte

An den Austauschmaßnahmen können die folgenden Personengruppen teilnehmen:
- vollzeitlich beschäftigte Ausbilder in inner- oder außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen, die für die berufliche Weiterbildung zuständig sind;
- Leiter von Personalabteilungen in Unternehmen und für die Weiterbildung zuständige Führungskräfte;
- Arbeitnehmervertreter in den Unternehmen, die für den Bereich der beruflichen Weiterbildung zuständig sind;
- Bildungsberater regionaler Arbeitsgemeinschaften, die im Bereich der beruflichen Weiterbildung tätig sind;
- Akteure im Bereich der Arbeitsbeziehungen (Organisationen der Sozialpartner, paritätische Gremien. z.B. Mitbestimmungsgremien, Aufsichtsräte u.ä.).

Anträge auf Austauschmaßnahmen müssen auf den dafür bestimmten Antragsformularen beim Büro für fachliche Unterstützung FORCÉ in einer der Amtsprachen der Gemeinschaft und vor Ablauf der Antragsfrist eingereicht werden. Die Austauschmaßnahmen müssen im Rahmen einer länderübergreifenden Partnerschaft von Einrichtungen und/oder Organisationen erfolgen, die aus mindestens einem Unternehmen und einer Einrichtung oder einem Gremium der Sozialpartner besteht. Die Auswahl der Anträge erfolgt nach den folgenden Kriterien:
- Gesamtkonzept und Management der Maßnahme,
- Art der Partnerschaft (vorrangig gefördert werden gemeinsame Weiterbildungsaktionen, Austausch zwischen größeren und kleineren Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Unternehmen, Arbeitsgemeinschaften und Unternehmen, Organisationen der Sozialpartner und paritätischen Organisationen),
- Möglichkeit der Beschäftigung in der aufnehmenden Organisation während der Dauer des Aufenthalts,
- Gegenstand des Austauschs (vorrangig gefördert werden der Erholungsaustausch über innovative Maßnahmen, der Austausch über die Bildung und Konsolidierung länderübergreifender Partnerschaften, die Vorbereitung und Erarbeitung gemeinsamer Aktionen),
- eine klare europäische Verpflichtung,
- Vorschläge zur Bewertung der Ergebnisse des Austauschs (der Antrag soll bereits Informationen darüber enthalten, wie die beteiligten Partner eine eigenständige Bewertung der Aktivitäten plänen),
- genaue Angaben darüber, welche inhaltlichen und finanziellen Verpflichtungen jeder der beteiligten Partner bei der Durchführung der Austauschprojekte eingegangen (geachtet wird dabei auf die möglichst gleichmäßige Verteilung der Rechte und Pflichten aller beteiligten Partner),
- Zahl und Dauer der Austauschmaßnahmen (vorrangig gefördert werden Maßnahmen, an denen eine Vielzahl von Partnern beteiligt ist und die einen längerfristigen Austausch vorsehen).
- sprachliche Vorbereitung der Teilnehmenden.

1.4.4 Pilotprojekte

Partner im Rahmen eines Pilotprojekts können folgende Einrichtungen sein:
- Unternehmen,
- Unternehmensgruppen,
- Bildungseinrichtungen, die sich auf Unternehmen stützen,
- Arbeitgeberorganisationen,
- Arbeitnehmerorganisationen,
- Partnerschaften, die sich im Rahmen anderer europäischer Programme gebildet haben (z.B. COMETT-Ausbildungspartnerschaften).

- geographische Mobilität von Arbeitnehmern und Selbständigen;
- Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern;
- Verbesserung des Zugangs zur Weiterbildung für unqualifizierte oder wenig qualifizierte Arbeitnehmer oder benachteiligte Beschäftigtengruppen;
- Bewertung von Berufen und Qualifikationen im Hinblick auf zukünftigen Bedarf;
- Formulierung der beruflichen Weiterbildung in europäischer Dimension entweder im Hinblick auf die beteiligten Länder oder im Hinblick auf einen Mitgliedstaat der EG.

Bei der Auswahl der beantragten Pilotprojekte werden folgende Kriterien zugrundegelegt:
- Gesamtkonzept und Management des Projekts;
- Art der Partnerschaft (vorrangig gefördert werden Projekte, die kleine und mittlere Unternehmen einbeziehen, Unternehmen und Bildungseinrichtungen aus hoch entwickelten und weniger entwickelten Regionen zusammenschließen, große und kleine Unternehmen derselben Branche oder einer Zulieferbranche zusammenschließen);
- Gegenstand des Projekts (vorrangig gefördert werden Projekte, die gemeinsame Weiterbildungsprogramme oder die Berücksichtigung einer europäischen Dimension in den Programmen erarbeiten, Innovationen bezüglich der Mobilität, der Chancengleichheit und der Bedarfsprognosen versprechen, sich um einen verbesserten Zugang weniger qualifizierter Arbeitnehmer zu beruflicher Weiterbildung bemühen);
- Maßnahmen zur Weitergabe und Verbreitung der Inhalte und Erkenntnisse des Pilotprojekts einschließlich einer Beurteilung der Ergebnisse und Veränderlichkeit (z.B. Erstellung von Multimediasystemen, Verwendung von Fernunterrichtsmethoden, Entwicklung übertragbarer Module, Bereitstellung von Personal für die Vermittlung und Weitergabe, Umsetzung von Beratungsstrukturen, Durchführung von Seminaren im Rahmen des europäischen Netzes);
- eine klare europäische Dimension und Verpflichtung;
- Maßnahmen zur Bewertung der Ergebnisse im Verhältnis zu den gesetzten Zielen, den Verbindungen zu den Erfordernissen der Unternehmen, den Transförmmöglichkeiten.

1.4.5 Qualifizierungsprojekte

- vorliegende Erfahrungen mit Prognosen und Prognosebedarf der beteiligten Partner;
- eine Vereinbarung über die Transparenz der erwarteten Ergebnisse und über ihre Vermittlung an außenstehende Interessenten;
- eine Aufstellung der Analyse- und Arbeitsmethoden;
- eine Beschreibung der Bewertungsmethoden;
- einen Zeitplan des Projekts.

Die Auswahl unter den beantragten Qualifizierungsprojekten erfolgt nach den folgenden Kriterien:
- Gesamtkonzept und Qualität des Managements;
- Art der Partnerschaft (vorrangig gefördert werden Partnerschaften von größeren und kleineren Unternehmen, von hochentwickelten und weniger entwickelten Regionen, Partnerschaften, die sich mit Prozessen von Qualifikationen und Berufen beschäftigen, die einem starken Wandel unterworfen sind oder sich in der Entwicklung befinden);
- Projekte, die den Methodenvergleich von Analysemodellen in spezifischen Bereichen erleichtern (bevorzugt geförderte Bereiche sind die Weiterbildung der für die Weiterbildung Zuständigen, neue Formen der Arbeitsorganisation mit: Weiterbildungskomponenten, Verbesserung der Transparenz und Validierung von im Rahmen der beruflichen Weiterbildung gewonnenen Qualifikationen und Fachkenntnissen, Erprobung und Verbesserung des vom CEDEFOP erarbeiteten Instrumentariums für die Analyse von Weiterbildungsprofilen insbesondere im Hinblick auf den Bedarf von kleinen und mittleren Unternehmen);
- Maßnahmen zur Verbesserung der Ergebnisse und die Weitergabe von Methoden sowie die Gestaltung des Berichts;
- eine klare europäische Verpflichtung;
- Maßnahmen zur Bewertung des mit dem Projekt erzielten Fortschritts und der Arbeitsergebnisse.


1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt

Die für Aktivitäten im Rahmen des FORCE-Programms zur Verfügung stehenden Mittel kommen aus zwei unterschiedlichen Quellen:
- Finanzmittel der Mitgliedstaaten in unbekannter Höhe zur Förderung von Aktivitäten, zu denen sich die Mitgliedstaaten auf der Grundlage des gemeinsamen Rahmens von Leitlinien (Raabschluß, Art. 5) verpflichtet haben;

### Tabelle 22: Mittelbedarf (in Mio. ECU) für das FORCE-Programm insgesamt (vorläufige Übersicht)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds</td>
<td>4</td>
<td>18</td>
<td>39</td>
<td>61</td>
</tr>
<tr>
<td>Programmmitel</td>
<td>3</td>
<td>8</td>
<td>16</td>
<td>27</td>
</tr>
</tbody>
</table>


### Tabelle 23: Vorgesehene Verteilung der FORCE-Programmmitel auf die einzelnen Aktivitäten für die Jahre 1991 und 1992 (in Mio. ECU)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1991</th>
<th>1992</th>
<th>Gesamt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Zusammenarbeit und Verbreitung der Erkenntnisse (Netzkomponente)</td>
<td>0,6</td>
<td>1,8</td>
<td>2,4</td>
</tr>
<tr>
<td>Praktika (Austauschprojekte)</td>
<td>1,0</td>
<td>2,0</td>
<td>3,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Planung gemeinsamer Vorhaben (Pilotprojekte)</td>
<td>1,0</td>
<td>3,5</td>
<td>4,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Sektorale Erhebungen</td>
<td>1,0</td>
<td>2,0</td>
<td>3,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Prüfung, Begleitung, Bewertung, Vorausschau (statistische Erhebungen)</td>
<td>1,5</td>
<td>2,0</td>
<td>3,5</td>
</tr>
<tr>
<td>Tarifanalysen</td>
<td>1,3</td>
<td>1,5</td>
<td>2,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Entwicklungsprognosen (Qualifikationsprojekte)</td>
<td>1,0</td>
<td>2,0</td>
<td>3,0</td>
</tr>
<tr>
<td>Flankierende Maßnahmen</td>
<td>0,6</td>
<td>1,2</td>
<td>1,8</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>8,0</td>
<td>16,0</td>
<td>24,0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1.5.2 Zahl der geforderten Aktivitäten


(b) Statistische Erhebungen: Die nationalen Vorarbeiten für die umfassende Erhebung durch EUROSTAT werden in allen Mitgliedstaaten individuell organisiert. Sie finden in Form von "pre-tests" statt, deren Schritte und Ergebnisse in einer europäischen Arbeitsgruppe beraten werden. Die statistischen Erhebungen ("pre-tests") in der Bundesrepublik Deutschland werden von einer Arbeitsgruppe vorbereitet und inhaltlich begleitet, an der neben dem Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), das als koordinierende Einrichtung bzw. zentrale Anlaufstelle für diese Erhebungen in der Bundesrepublik Deutschland benannt wurde, auch die folgenden Einrichtungen und Behörden beteiligt sind: das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg, das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) in Bonn, das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover, das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln und das Statistische Bundesamt in Wiesbaden.

(c) Tarifanalysen: Die deutsche Untersuchung im Rahmen der Tarifanalysen umfaßt eine Studie zum Stand der bestehenden tarifvertraglichen Regelungen und Betriebsvereinbarungen in den Branchen Bau, Textil, Metall sowie Banken, Versicherungen und Handel. Darüber hinaus werden 47 Unternehmen dieser Branchen über ihre aktuelle Weiterbildungssituation und vorbildliche Regelungen ("best practice") befragt.

### Tabelle 24: Projektarten der 1991 im Rahmen der FORCE-Programms bewilligten Projekte

<table>
<thead>
<tr>
<th>Bundesrepublik Deutschland</th>
<th>insgesamt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Austauschprojekte</td>
<td>1</td>
</tr>
<tr>
<td>Pilotprojekte</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Qualifikationsprojekte</td>
<td>6</td>
</tr>
</tbody>
</table>

- es wurden mehr Qualifikationsprojekte bewilligt,
- das Verhältnis von Austausch- zu Qualifikationsprojekten kehrte sich um,
- es gab eine stärkere Beteiligung strukturschwächerer Mitgliedstaaten (Italien, Portugal, Griechenland, Spanien und Irland),
- das Spektrum der Antragsteller verschob sich - im Sinne der Programmziele - zugunsten der Unternehmen und Sozialpartner, wodurch die Antragstellung aus den Bildungseinrichtungen zurückgingen.

1.5.3 Umfang der Förderung je Aktivität

Für die großen Erhebungen sind die Höchstförderbeträge festgelegt und von der Beteiligung des jeweiligen Mitgliedstaates an den vorgesehenen Aktivitäten abhängig.

(a) Sektorale Erhebungen werden mit bis zu 500.000 ECU pro Erhebung gefördert.

(b) Für die meist mehrgjährigen statistischen Erhebungen werden höchstens 80 Prozent der Kosten übernommen, die restlichen 20 Prozent müssen von den Mitgliedstaaten aufgebracht werden.

(c) Für die Tarifanalysen werden 100 Prozent der Kosten übernommen, wobei die Höchstgrenze mit 1 Mio. ECU pro Jahr bei maximal zweijähriger Laufzeit angegeben ist.

Bisher sind von der Kommission keine Angaben darüber veröffentlicht worden, welchen Mitgliedstaaten Mittel in welcher Höhe tatsächlich zur Verfügung gestellt wurden. Eine Berichterstattung über die Verwendung der Mittel im einzelnen gibt es nur für die Austausch-, Pilot- und Qualifikationsprojekte. Folgende Höchstförderbeträge sind vorgesehen:
- Austauschprojekte: Finanzierung der direkten und indirekten Mobilitätskosten bis zu 7.500 ECU je Teilnehmer für eine Praktikumsdauer von drei Monaten;
- Pilotprojekte: höchstens 50 Prozent der Gesamtkosten bis zu einer Höhe von maximal 70.000 ECU für die Dauer von zwei Jahren; bei Pilotprojekten mit kostenintensiven Produkten (z.B. Multi-Media-Systeme) bis zu einer Höhe von maximal 100.000 ECU;
- Qualifikationsprojekte: Übernahme der Kosten bis zu 100 Prozent bei einer Höchstgrenze von 75.000 ECU für die Realisierung (erstes Förderjahr) und weiteren 75.000 ECU für die Verbreitung (zweites Förderjahr).

Tabelle 25: Aufteilung der verfügbaren Mittel auf die Projektarten 1991 (in ECU)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Projektart</th>
<th>Zahl der bewilligten Projekte</th>
<th>Höhe der Mittel</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Austauschprojekte</td>
<td>47</td>
<td>1.122.200</td>
</tr>
<tr>
<td>Pilotprojekte</td>
<td>83</td>
<td>5.794.500</td>
</tr>
<tr>
<td>Qualifikationsprojekte</td>
<td>25</td>
<td>1.604.775</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>155</td>
<td>8.521.475</td>
</tr>
</tbody>
</table>


1.5.4 Deutsche Komplementärmittel


Das FORCE-Programm enthält eine explizite Verpflichtung aller Mitgliedstaaten, auf nationaler Ebene Maßnahmen zu ergreifen, um die Verwirklichung der Ziele des Programms zu unterstützen. Zu diesen Maßnahmen zählen:
- der Auf- und Ausbau eines nationalen Netzes beispielhafter Maßnahmen zum Wirkungszusammenhang zwischen technischer Innovation und betrieblicher Weiterbildung;
- die Bereitstellung und der Austausch beispielhafter Qualifizierungskonzepte;
- die Schaffung von Weiterbildungsarbeitsgemeinschaften, -kooperationen oder -partnerschaften;
- die Organisation eines Erfahrungsaustausches zwischen Fachleuten, Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern und Sozialpartnern;
- Verbesserung des Beratungsangebots für Unternehmen im Hinblick auf die Einbeziehung betrieblicher Weiterbildung in die Unternehmensstrategie;
- Einarbeitung einer nationalen Berufsbildungsplanung.
Über die Aufwendungen der im Rahmen dieser Maßnahmen entstandenen bzw. entstehenden Kosten gibt es keine Informationen. Ob z.B. den zentralen deutschen Anlaufstellen (Sozialforscherstelle Dortmund; Bundesinstitut für Berufsbildung Berlin; Prof. Sadowski, Universität Trier) für die größeren Erhebungen (sektorale und statistische Erhebungen, Tarifanalysen) zusätzliche Komplementärmittel von deutscher Seite gewährt werden, ist mir nicht bekannt.


1.6 Aufbau des Programms

1.6.1 Funktion der EG-Kommission

Die EG-Kommission in Gestalt der Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend trägt die Gesamtverantwortung für die Durchführung des Programms. Die Task Force ist bei der Durchführung an die Entscheidungen zur Gestaltung des Programms gebunden, die der Rat in seinen Durchführungsbestimmungen im Anhang zum Ratsbeschuß über das Programm niedergelegt hat.


1.6.2 Büro für fachliche Unterstützung FORCE

Das Büro für fachliche Unterstützung FORCE unterstützt die Kommission bei der praktischen Durchführung des FORCE-Programms. Alle Anträge im Rahmen der offenen Ausschreibungen gehen an dieses Büro und werden dort hinsichtlich der Erfüllung der formalen Zulassungskriterien und Förderungsvoraussetzungen bewertet. Auch die Vertragsverwaltung und die Auszahlung der Fördermittel läuft über das FORCE-Büro.

Weitere Aufgaben des FORCE-Büros sind:
- logistische Unterstützung und Koordinierung der länderübergreifenden Vorhaben und bei der Organisation der Austauschprojekte;
- Vorbereitung, Herstellung und Verbreitung von Informationen über das Programm in den Gemeinschaftsprachen;
- Unterstützung bei der fortlaufenden Bewertung des Programms.

1.6.3 Der Beratende Ausschuß


Der Ausschuß wird von der Kommission zu den folgenden Fragen konsultiert:
- zu den allgemeinen Leitlinien des Programms;
- zu den Leitlinien für die Verteilung der finanziellen Mittel (Beträge, Dauer, Begünstigte);
- zu Fragen der allgemeinen Ausgewogenheit des Programms und der Aufgliederung der einzelnen Maßnahmen;
- vor der endgültigen Auswahl der Austausch-, Pilot- und Qualifikationsprojekte, jedoch nach deren Begutachtung im Hinblick auf die vorgelegten Vorschläge und die finanzielle Ausstattung der für die Förderung vorgeschlagenen Projekte;
- zu den Vorschlägen der nationalen Koordinierungsstellen bezüglich der sektoralen und statistischen Erhebungen und der Tarifanalysen.

Die Ausschußvertreter sind darüber hinaus für die politische Koordination des Programms in ihren Mitgliedstaaten zuständig. Mit Unterstützung der Koordinierungsstellen sorgen sie für die Akzeptanz und Umsetzung der Programmaktivitäten auf der einzelstaatlichen Ebene. In der Bundesrepublik Deutschland hatte dies die Bildung einer nationalen Arbeitsgruppe FORCE (vgl. Abschnitt 1.6.6) zur Folge, in welche alle Akteure auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland einbezogen wurden.


Von deutscher Seite nehmen an den Sitzungen des Beratenden Ausschusses ein Vertreter des Bundes, ein Vertreter der Länder sowie der Leiter der nationalen FORCE-Koordinierungsstelle (als Stellvertreter des Mitglieds des Bundes) teil.

1.6.4 Die nationale Koordinierungsstelle

Die Aufgaben der nationalen Koordinierungsstellen sind sowohl im je individuellen Vertrag der Stelle mit der Kommission als auch in allgemeinerer Form - im Vademecum dargestellt. Unter nationaler Koordinierung wird vorrangig die Koordination, Verbreitung und Animation des Programms auf nationaler Ebene verstanden. Darüber hinaus sollen die Koordinierungsstellen folgende Aufgaben wahrnehmen:

- Verbreitung von Informationen über das Programm und von Ergebnissen aus den Projekten;
- Beratung und Hilfe bei der Antragstellung und der Partnervermittlung;
- Teilnahme an der Umsetzung von Erhebungen und Analysen;
- Auf- und Ausbau eines nationalen Netzes von FORCE-Demonstrationsprojekten;
- Bereitstellung von Informationsmaterial für die Kommission über Maßnahmen und Politiken auf einzelstaatlicher Ebene;
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, besondere Informationen für die kleinen und mittleren Unternehmen, Unterstützung der Kommission bei der Präsentation des Programms auf Messen, Ausstellungen und Seminaren;
- Organisation von Startkonferenzen vor jeder Antragsrunde;
- Zusammenarbeit mit den FORCE-Koordinierungsstellen aus anderen Mitgliedstaaten;
- Vorschläge für die einzelstaatliche Mitarbeit an den sektoralen und statistischen Erhebungen sowie den Tarifanalysen;
- Mitarbeit bei der projektinternen Bewertung und Begutachtung der Erhebungen und Tarifanalysen.

Die nationale Koordinierungsstelle für das FORCE-Programm in der Bundesrepublik Deutschland ist das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB). In Abstimmung mit dem BMBW und dem Vertreter des Bundes im Beratenden Ausschuß FORCE, der zugleich politischer Koordinator für das Programm ist, hat das BIBB seine Aufgaben als nationale Koordinierungsstelle um folgende Aspekte erweitert:

- Organisation von Arbeitsgesprächen und Workshops der an den Programmaktivitäten auf nationaler Ebene Beteiligten;
- fachliche Beratung der politischen Koordination und damit der Ausschußvertreter;
- Kooperation und organisatorische Unterstützung bei der Einbeziehung der Sozialpartner und Weiterbildungs träger;
- Koordination mit anderen EG-Programmen und EG-Initiativen (PETRA, EUROTECNET, IRIS);
- wissenschaftliche Beteiligung an den Aktivitäten im Forschungsbereich (sektoral und statistische Erhebungen).

Die Koordinierungsstelle FORCE im BIBB gibt schließlich ein vierteljährlich erscheinendes Informationsblatt heraus, das über die Entwicklungen im Rahmen des FORCE-Programms berichtet.
1.6.5 Experten


Im Rahmen der Erhebungen und Tarifanalysen hat das BIBB einen Vertreter entsandt, der als Experte für die Kommission tätig ist. Neben den Ausschußvertretern und der Kommission ist das BIBB auch an der Bewertung der laufenden Aktivitäten und der Ergebnisse der sektoralen und statistischen Erhebungen und der Tarifanalysen beteiligt.

1.6.6 Die nationale Arbeitsgruppe FORCE

In der Bundesrepublik Deutschland ist eine nationale Arbeitsgruppe FORCE eingerichtet worden, um alle für die berufliche Weiterbildung zuständigen Instanzen in die Umsetzung der Aktivitäten des Programms einzubeziehen und eine größere Akzeptanz des Programms zu sichern. Die Aufgaben der Arbeitsgruppe sind:

- die Beratung und Abstimmung über das FORCE-Programm von deutscher Seite,
- gegenseitiger Informationsaustausch,
- Koordinierung und Beratung über die nationalen Maßnahmen.

Die nationale Arbeitsgruppe trifft sich etwa alle zwei Monate unter dem Vorsitz des Ausschußvertreters des Bundes. Die Vertreter der folgenden Organisationen sind in diese Arbeitsgruppe eingebunden:

- der Ausschußvertreter der Länder,
- der Leiter der nationalen Koordinierungsstelle FORCE,
- ein Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes (zugleich von der europäischen Dachorganisation als Vertreter der Arbeitnehmer in den Beratenden Ausschuß entsandt),
- ein Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (zugleich von der europäischen Dachorganisation als Vertreter der Arbeitgeber in den Beratenden Ausschuß entsandt),
- eine Vertreterin des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für die Förderung der Berufsbildung,
- ein Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstages (war bis zum Sommer 1992 zugleich Mitarbeiter im Büro für fachliche Unterstützung FORCE),
- ein Vertreter der Deutschen Angestellten gewerkschaft,
- ein Vertreter der Handwerksgremien,
- ein Vertreter der Berufsverbände.

Bei Bedarf wird diese Gruppe durch weitere Teilnehmer erweitert, z.B. durch die Leiter der zentralen Anlaufstellen auf deutscher Seite für die sektoralen und statistischen Erhebungen sowie die Tarifanalysen.

Auf den Treffen der Arbeitsgruppe werden die wichtigsten Fragen bei der Umsetzung der FORCE-Aktionen vorgeklärt. Im einzelnen befaßt sich die Gruppe mit der Vorbereitung der Ausschüttungen sowie der inhaltlichen Begleitung und fachlichen Unterstützung der Arbeit der nationalen Koordinierungsstelle.

1.6.7 Die zentralen Anlaufstellen für die Erhebungen und Tarifanalysen


Für die sektoralen Erhebungen ist dies die Sozialforschungsstelle in Dortmund, die damit auf nationaler Ebene so etwas wie eine Projektleiterfunktion für diese Erhebungen wahrnimmt und mit den entsprechenden Fach- und Berufsverbänden sowie den Gewerkschaften zusammenarbeitet. Auf der zu Beginn der Laufzeit des Programms von der nationalen Koordinierungsstelle organisierten Startkonferenz für die sektoralen Erhebungen konnten die Sozialforschungsstelle und die weiteren einbezogenen Institute sich vorstellen und über ihr methodisches Konzept berichten. Außerdem konnten sie mit den eingeladenen Verbänden und Gewerkschaften weitere Vorgehensweisen besprechen und die in die Erhebung einzubeziehenden Betriebe auswählen.

Für die statistischen Erhebungen ist das Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin die zentrale Anlaufstelle. Die Koordination der Erhebungen ist von der Hauptabteilung für Erwachsenenbildungsforschung gemeinsam mit der Abteilung international vergleichende Berufsbildungsforschung übernommen worden. Bei der Durchführung der Erhebungen auf nationaler Ebene sind in die Arbeitsgruppe das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg, das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in Bonn, das
Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung in Hannover, das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln und das Statistische Bundesamt in Wiesbaden einbezogen.

Zentrale Anlaufstelle für die Tarifanalysen ist ein Wissenschaftler der Universität Trier (Prof. Sadowsky). Dort wurde eine Studie zum Stand der vertraglichen Regelungen zur beruflichen Weiterbildung in der Bundesrepublik Deutschland erarbeitet, die in Verbindung mit ähnlichen Studien in den anderen EG-Mitgliedstaaten die Grundlage für einen Vergleich der Weiterbildungs situation und -praxis auf Gemeinschaftsebene bilden soll. Bei den Tarifanalysen findet eine enge Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften sowie mit den Betriebsräten der in die Untersuchungen einbezogenen Betriebe statt.

1.6.8 Vertragsnehmer und Projektkoordinatoren

Bei den Austausch-, Pilot- und Qualifikationsprojekten muß für jedes Projekt ein Vertragsnehmer und ein Koordinator bestimmt werden.


1.6.9 Sozialpartner, Kammern, Verbände

Sozialpartner, Kammern und Verbände sind nicht nur die Adressaten des Programms, sondern haben eine bedeutende Rolle in den Prozessen der Abstimmung, Beratung und Gestaltung des Programms. Der Ratsbeschuß hat die Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, auf nationaler Ebene für eine Einbeziehung aller Akteure auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung Sorge zu tragen und auch die nationalen Koordinierungsstellen so auszuwählen, daß eine Einbeziehung dieser Akteure gewährleistet ist. So setzt sich z.B. der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung u.a. aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammen. Die Zusammensetzung der nationalen FORCE-Arbeitsgruppe in der Bundesrepublik Deutschland (vgl. Abschnitt 1.6.6) trägt der Beteiligung und Einbeziehung der genannten Akteure in das Programm Rechnung.

Übersicht 21: FORCE - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) Büro für fachliche Unterstützung FORCE, 34, rue du Nord, B - 1000 Brüssel
c) Vertreter des Bundes im Beratenden Ausschuß: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Lehmann, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
d) Vertreter des Bundes im Beratenden Ausschuß: Kultusministerium des Landes Niedersachsen, Herr Dr. Brandt, Schiffgraben 12, 3000 Hannover 1

e) Nationale Koordinierungsstelle FORCE: Bundesinstitut für Berufsbildung, Herr Dr. Grünewald, Fehrbeliner Platz 3, 1000 Berlin 31

Vertreter der Gewerkschaften:
f) Deutscher Gewerkschaftsbund, Herr Oliver Lübbe, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30
g) Deutsche Angestellten gewerkschaft Bundesvorstand, Ressort Bildungspolitik, Herr Vojta, Karl-Muck-Platz 1, 2000 Hamburg 36
h) Vertreter der Arbeitgeber: Bundesver einigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Frau Dorn, Gustav-Heinemann-Ufer 72, 5000 Köln 51
i) Vertreter der Wirtschaft: Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbildung, Frau Diedrich-Fuhs, Buschstr. 83, 5300 Bonn 1
j) Vertreter der Kammern und Verbände: Deutscher Industrie- und Handelsstag, Herr Dr. Rudorff, Adenauer-allee 148, 5300 Bonn 1
k) Zentrale Anlaufstelle für sektorale Erhebungen: Sozialforschungsstelle Dortmund, Herr Dr. Kruse, Rheinlanddamm 199, 4600 Dortmund 1
l) Zentrale Anlaufstelle für statistische Erhebungen: Bundesinstitut für Berufsbildung, Herr Dr. Sauter, Fehrbeliner Platz 3, 1000 Berlin 31
m) Zentrale Anlaufstelle für Tarifanalysen: Universität Trier, Herr Prof. Dr. Sadowsky, Olewiger Str. 189, 5500 Trier
1.7 Ablauf des Programms

Die Maßnahmen im Rahmen des FORCE-Programms unterscheiden sich im Auswahlverfahren und im Ablauf voneinander, je nachdem ob sie zu den Erhebungen und Tarifanalysen oder zu den Projekten zählen.


Die Kommission konsultiert die nationalen Koordinierungsstellen zum
- methodischen Entwurf der sektoralen Erhebungen,
- Inhalt der statistischen Erhebungen und
- Analysen der Tarifanalysen.

Die nationalen Koordinierungsstellen schlagen dann der Kommission die einzelstaatlichen Organisationen vor, die in dem entsprechenden Bereich kompetent sind, und diejenigen Branchen, an denen sich ein Mitgliedstaat im Rahmen der sektoralen Erhebungen beteiligen möchte. In der Bundesrepublik Deutschland wurden diese Vorschläge vom Ausschußvertreter des Bundes in Abstimmung mit dem BIBB gemacht. Neben der Begleitung und Betreuung der Erhebungen ist die nationale Koordinierungsstelle auch in die Bewertung der einzelstaatlichen Berichte einbezogen.

Die Kommission konsultiert den Beratenden Ausschuß zu den Vorschlägen der Koordinierungsstellen und ernennt schließlich die Einrichtungen und/oder Organisationen, die auf einzelstaatlicher Ebene die Erhebungen durchführen sollen (in der Bundesrepublik Deutschland sind dies die zentralen Anlaufstellen). Der Ausschuß wird darüber hinaus zu den konzeptionellen Vorschlägen im Hinblick auf die Erhebungen (Methoden, Inhalt, Analysen) und zu den Branchen für die sektoralen Erhebungen gehört. Auch in die Bewertung der nationalen Berichte sind die Ausschußvertreter einbezogen. Sie geben eine schriftliche Stellungnahme dazu ab und schlagen der Kommission Möglichkeiten zur Verbreitung der Ergebnisse vor.


Die Austausch-, Pilot- und Qualifikationsvorhaben unterliegen dem Antragsverfahren Typ 1, das jährliche Antrags- und Auswahlrunden nach einer offenen, im Amtsblatt erfolgenden Ausschreibung vorsieht. Der typische Ablauf der ersten Antragsrunde sah folgendermaßen aus:

- 31. Juli 1991: Ende der Antragsfrist; die Anträge mußten beim Büro für technische Unterstützung FORCE eingegangen sein, eine Kopie des Antrags war an die nationale Koordinierungsstelle zu senden;
- August 1991: Prüfung der Anträge im FORCE-Büro auf Erfüllung der Förderungsvoraussetzungen und Zulassungskriterien; Aufnahme der Stammdaten;
- 1. bis 15. Oktober 1991: die Task Force erarbeitete gemeinsam mit dem FORCE-Büro eine Präsentation der Auswahlvorschläge für den Beratenden Ausschuß;
- 17. bis 18. Oktober 1991: Sitzung des Beratenden Ausschusses und Stellungnahme zu den Auswahlvorschlägen der Kommission sowie Beratung über die finanzielle Ausstattung der Projekte (im Durchschnitt Kürzungen zwischen 10 und 30 Prozent);

Pilot- und Qualifikationsprojekte, die eine Laufzeit von zwei Jahren haben, müssen nach dem ersten Jahr einen Zwischenbericht erstatten. Von der Bewertung des Berichts hängt die Weiterbewilligung des Projekts ab.


1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte und Mittelnachweise der Empfänger

Für alle Förderungsmaßnahmen gilt, daß die vertraglichen Bewilligungsempfänger zu Sachberichten und zum Nachweis der Mittelverwendung verpflichtet sind. Sachberichte und Nachweis der Mittelverwendung an die Kommission erfolgen durch:

- die Projektkoordinatoren der Austausch-, Pilot- und Qualifikationsprojekte;
- die vertraglich verpflichteten Organisationen für die sektoralen und statistischen Erhebungen und die Tarifanalysen;
- die nationalen Koordinierungsstellen im Hinblick auf die Wahrnehmung ihrer vertraglichen Aufgaben und die sachgerechte Verwendung der Verwaltungsmittel;
- die nationalen Koordinierungsstellen im Hinblick auf die für die Durchführung von Konferenzen, Seminaren und Tagungen zur Verfügung gestellten Programmitel.


Die Sachberichte und Mittelnachweise werden schließlich drittens zur Evaluierung und internen Bewertung des FORCE-Programms insgesamt herangezogen. Alle Projekte und Erhebungen sind dazu verpflichtet, im Rahmen der Berichte eine eigene Bewertung der Aktivitäten vorzunehmen (vgl. Abschnitt 1.8.3).

1.8.2 Statistische Übersichten


Die Kommission ist laut Ratsbeschuß (Art. 11, Abs. 3) dazu verpflichtet, nach der Hälfte und nach dem Ende der Laufzeit des FORCE-Programms einen Zwischen- bzw. Schlußbericht über die Durchführung des

1.8.3 Evaluation und Controlling


Die Aktion III des FORCE-Programms sieht Mittel für die finanzielle Unterstützung der fortlaufenden Bewertung und für technische Hilfen bei der Erstellung von Bewertungsmitteln vor. Alle Einzelmaßnahmen, die im Rahmen des Programms gefördert werden, unterliegen relativ genau spezifizierten Bewertungsmechanismen, die von den Projektpartnern selbst durchzuführen sind und bereits im Antrag dargelegt sind. Sie bilden ein Element der Förderungsvoraussetzungen. In der Bundesrepublik Deutschland hat die nationale Koordinierungsstelle das Monitoring und die Betreuung der Projekte übernommen.


(a) Für die Austauschmaßnahmen muß die vertragsnehmende Einrichtung nach Abschluß des Austauschs eine abschließende Bewertung über erzielte Ergebnisse an das FORCE-Büro schicken, die eine Beschreibung des Bewertungsprozesses und die Bewertung des Austauschs durch alle einbezogene Partner enthält. Alle Partnereinrichtungen verpflichten sich mit der Vertragsunterzeichnung zur Weitergabe sämtlicher Produkte und Dokumente, die aus dem Austausch erwachsen.


(c) Anträge auf Qualifikationsprojekte sollen Vorschläge zur Erstellung von Dokumenten und zur Weitergabe von Methoden und Know-how enthalten. Darüber hinaus soll die Weitergabe der Ergebnisse besonders an kleine und mittlere Unternehmen geregelt sein. Schließlich erfolgt im Zuge der Durchführung des Projekts die Ausarbeitung eines Verfahrens zur Bewertung des Fortschritts und des Abschlusses der Arbeiten.

Insgesamt ist mit diesen Regelungen ein umfassendes System der Bewertung und Erfolgskontrolle auf allen Ebenen des Programms entwickelt worden. Dieses System umfaßt:
- Berichte der Kommission,
- Berichte der Mitgliedstaaten,
- interne Bewertung auf Programmebene und Projektebene,
- externe Evaluation.

Die interne Bewertung auf Programmebene umfaßt die laufende Kontrolle der Ziele und Zielsetzungen, der bei der Auswahl der Anträge zu berücksichtigenden Kriterien sowie die Überwachung der angestrebten Synergieeffekte mit anderen Gemeinschaftsprogrammen (COMETT, EUROTENET, IRIS).
Die interne Bewertung auf Projektenebene besteht aus der Schaffung und Anwendung eines Systems der Selbstkontrolle, der Überwachung der Projektziele im Hinblick auf die Programzziele und aus einem Beitrag zum Transfer von Wissen, Erkenntnissen und Praktiken mit innovativem Charakter.

1.9 Wichtige Dokumente und Informationen
1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter
Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): FORCE. Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in Europa. O.O. (Brüssel), o.J. (Falblatt mit einer Kurzdarstellung des Programms in allen Amtssprachen der EG)
Kommission der Europäischen Gemeinschaften: FORCE. Aktionsprogramm zur Förderung der beruflichen Weiterbildung in Europa. O.O. (Brüssel), o.J. (Informationsblatt mit einer knappen Darstellung der Ziele und Aktionen von FORCE)

1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher
Büro für fachliche Unterstützung FORCE (Hg.): Daten über die berufliche Weiterbildung in den 12 Mitgliedsstaaten (Synoptische Tabellen). Brüssel 1993
Büro für fachliche Unterstützung FORCE: FORCE Infos, Nr. 1, Februar 1992 (erscheint viertel pro Jahr)
Bundesinstitut für Berufsbildung, Nationale Koordinierungsstelle FORCE: FORCE. Weiterbildung in Europa, Nr. 1, Februar 1992 (erscheint viertel pro Jahr)

1.9.3 Rechenschafts-, Jahres-, Evaluationenberichte

2. Probleme der Programmdurchführung bei FORCE
2.1 Charakter des Programms
Das FORCE-Programm ist primär ein Dauerprogramm, bei dem eine Reihe der Regelkosten (Austausch, Pilot- und Qualifikationsprojekte, Aktualisierung der Erhebungen und Analysen, Förderung der Netzaktivitäten) kontinuierlich anfallen werden. Mit wachsender Akzeptanz der im Rahmen des Programms geförderten Projekte sind Engpässe bei der Finanzierung in der Zukunft absehbar. Probleme, die derzeit aus dem Charakter des Programms entstehen, betreffen aber zunächst noch andere Bereiche als den der finanziellen Ausstattung.
Die Konzeption des FORCE-Programms enthält eine gewisse Zielambivalenz, die bereits in der Entschließung des Rates der Europäischen Gemeinschaften zur beruflichen Weiterbildung angelegt war: Das Programm will sowohl die Instrumenten der beruflichen Weiterbildung in den Mitgliedstaaten ermitteln und bewerten als auch auf ihre Verbesserung hinwirken. Dies aber sind eher Schritte, die rückständen unternehmerisch neuen Werten und wirtschaftlich-schulischer - wie vorgesehen - zugleich stattfinden können.
Die Länderübergreifenden Maßnahmen der großen sektoralen und statistischen Erhebungen sowie der Tarifanalysen sind sehr anspruchsvoll konzipiert, ohne daß zugleich in allen Fällen die Bereitschaft der betroffenen Einrichtungen und Organisationen gesichert ist, über Formen und Maßnahmen der betrieblichen Weiterbildung und Tarifvereinbarungen Auskunft zu geben. Zugleich steht das Programm unter hohem Erfolgszwang bei einer verhältnismäßig kurzen Laufzeit. Der Anspruch, innerhalb von vier Jahren eine fundierte


Trotz der in diesem und den folgenden Abschnitten angesprochenen Hemmnisse und Probleme muß dennoch von einem Erfolg gesprochen werden, den das Programm bereits jetzt bewirkt hat: Der Bereich der beruflichen Weiterbildung ist nicht nur zu einem Thema geworden, sondern es konnte auch erstmals ein weitgehender Konsens der einbezogenen Instanzen und Akteure (Sozialpartner, Regierungen, Betriebe) erreicht werden, gemeinsame Anstrengungen auf diesem Gebiet zur Verbesserung der Angebote zu unternehmen.

2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand


Die deutsche Koordinierungsstelle für FORCE hat sich für eine grundlegende Überarbeitung des Leitfadens eingesetzt, bei der insbesondere die Förderungsvoraussetzungen und Zulassungskriterien flexibler gestaltet werden. Zwar konnte das Interesse der größeren Unternehmen an einer Antragstellung von der ersten zur zweiten Antragsrunde gesteigert werden, doch ist die Beteiligung weiterhin noch nicht zufriedenstellend. Es wurde berichtet, daß diese Unternehmen vielfach an einer Teilnahme nicht interessiert seien, weil die innerbetriebliche Weiterbildung bereits einen hohen Stellenwert habe, und man nicht bereit sei, in weitere Maßnahmen zu investieren, die zudem noch der Kontrolle einer externen Instanz ausgesetzt seien.

2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


Demgegenüber mußten die Mitglieder des Ausschusses sich konsequent darum bemühen, für sich selbst eine möglichst optimale Informationslasse herzustellen und auf die gegebenen Gestaltungsmöglichkeiten gegenüber der Kommission zu insistieren (vgl. Abschnitt 2.8). Seitens der deutschen Ausschußmitglieder ist dies durch konzeptionelles Engagement, vorbereitet und unterstützt durch eine gut funktionierende nationale FORCE-Arbeitsgruppe und die durch das BIBB geleistete fachliche Beratung der politischen Koordinierung, sicherlich gut gelungen. Inwieweit durch die Zusammenlegung der Ausschüsse FORCE und EUROTECNET die Gestaltungsmöglichkeiten der Vertreter der Mitgliedstaaten erschwert werden, läßt sich derzeit noch nicht absehen.

Die deutschen Vertreter im neuen Beratenden Ausschuß FORCE/EUROTECNET haben sich jedoch weiterhin darum bemüht, aus der Zusammenlegung der Ausschüsse sinnvolle Konsequenzen für die Perspektiven beider Programme zur Diskussion zu stellen. So wurden z.B. Vorschläge unterbreitet, wie die Arbeit des neuen gemeinsamen Ausschusses so organisiert werden kann, so daß den Vertretern der Mitgliedstaaten Gestaltungsspielräume offenbleiben, die die Formulierung nationaler Belange bei der Umsetzung und Durchführung des FORCE-Programms gegenüber der Kommission ermöglichen. Innerhalb des Programms sind durch die Vorschlagsrechte der Mitgliedstaaten und der nationalen Koordinierungsstellen bezüglich der Auswahl von Branchen und Sektoren sowie der an den Erhebungen zu beteiligenden Forschungsinstiute und bei der Begutachtung eingereichter Anträge weitere Möglichkeiten vorhanden, nationale Belange an die Kommission heranzutragen.

In den Debatten vor der endgültigen Zusammenlegung der Ausschüsse - die schließlich gegen die erheblichen Bedenken der deutschen Delegation vom Rat beschlossen wurde - wurde von deutscher Seite beklagt, daß das Mandat des neuen Ausschusses nicht klar genug definiert sei, daß es Überschneidungen mit dem Beratenden Ausschuß für die Berufsbildung gebe, daß man einen Verwaltungsausschuß vorziehe und eine stärkere Dezentralisierung der Durchführung wünsche.

Im Rahmen der Untersuchungen konnte der Eindruck gewonnen werden, daß durch eine gut funktionierende nationale Abstimmung und Beratung sowie eine gelungene politische Koordinierung der bisherige Erfolg des Programms trotz erheblicher Probleme organisatorischer und inhaltlicher Art durchaus gesichert werden konnte, daß am Verhalten der Kommission aber erhebliche Kritik und Skepsis bestand. So hat die Kommission bei der Präsentation von Ergebnissen im Rahmen der statistischen Erhebungen zum Teil auf Daten zurückgegriffen, deren Herkunft unbekannt war und die die deutsche Situation auf dem Gebiet der beruflichen Weiterbildung zu undifferenziert darstellten. Die Gefahr einer nicht ausreichenden Fundierung der Erhebungsraster, die ja sowohl den Vergleich zwischen den Mitgliedstaaten als auch die Berücksichtigung des nationalen Kontextes ermöglichen sollte, hatte wiederum zur Folge, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein Konsens aller Beteiligten hinsichtlich der beruflichen Weiterbildungsstatistiken erreicht werden konnte.


2.4 Probleme bei den Antragsverfahren und im Ablauf

In der bisherigen Laufzeit des FORCE-Programms haben sich - jenseits des organisatorischen Aufwands - einige spezifische Probleme bei den Antragsverfahren und der damit verbundenen Fristsetzungen ergeben. Ob diese Probleme als "Kinderkrankheiten" zu bezeichnen sind, wird sich erst nach einer längeren Laufzeit herausstellen.


2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

In diesem Abschnitt muß zwischen organisatorischen Veränderungen seitens der Kommission einerseits und Vorschlägen seitens der Bundesrepublik Deutschland zur Verbesserung der Durchführung andererseits unterschieden werden. Die Notwendigkeit dieser Unterscheidung soll an zwei Beispielen deutlich gemacht werden.


Die durch die Zusammenlegung der Beratenden Ausschüsse FORCE und EUROTENET gesetzten Fakten haben bei den Ausschußmitgliedern von deutscher Seite Kritik an der Kommission bewirkt, da man befürchtet, daß eine fachgerechte Beratung nicht mehr gewährleistet werden könne, daß während der Ausschußberatungen ein zu großer Zeitdruck entstehe und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Mitgliedstaaten...
eingeeignet würden. Zudem scheint die Funktion des neuen gemeinsamen Ausschusses nicht hinreichend de-
finiert. Von deutscher Seite ist daher vorgeschlagen worden, drei beratende Arbeitsgruppen aus den Mit-
gliedern des Ausschusses, einschließlich der Vertreter der Sozialpartner, zu formen, die die wichtigsten ge-
meinsamen Komponenten beider Programme (Netzaktivitäten, Austausch und Forschungsprojekte) beraten
und inhaltlich weiterentwickeln. Der neue Ausschuß soll eine sinnvolle Integration der beiden Programme
beraten, die sich nicht auf eine bloße Addition der Maßnahmen beschränkt, sondern durch konzeptionelle
Vorschläge zur Frage neu entstehender Qualifikationsmuster eine thematische Verzahnung entstehen läßt. Im
Rahmen der Untersuchungen dieser Studie hat sich immer wieder gezeigt, daß auch Beratende Ausschüsse
sich mit konstruktiven und konzeptionellen Vorschlägen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen können, die über
die reine Beratungsaufgabe hinausgehen.

Von der FORCE-Koordinierungsstelle im BIBB ist vorgeschlagen worden, im Jahr 1993 keine weitere
Ausscheidung zu machen, sondern sich statt dessen um eine qualitative Verbesserung der anderen im
FORCE-Programm enthaltenen Maßnahmen zu bemühen. Dazu gehören:
- der Auf- und Ausbau der Netzkomponente und die qualitative Verbesserung der Netzaktivitäten;
- der weitere Ausbau der angestrebten Datenbank mit Informationen über die nationalen Berufsbildungs-
systeme;
- eine bessere Betreuung und Unterstützung der laufenden Projekte;
- eine Flexibilisierung und Erleichterung der Antragstellung;
- die Erarbeitung von Orientierungshilfen für die Finanzkalkulation bei der Antragstellung;
- eine sprachliche Überarbeitung und Klärung des Leitfadens, der auch genauere Informationen über den
Kreis der Antragsberechtigten (z.B. Ein- oder Ausschuß kommerzieller Weiterbildungsträger und ge-
meinnütziger Dienstleistungsbetriebe) enthalten sollte;
- außerdem wurde bereits die vorgesehene Mindestdauer für Austauschmaßnahmen verkürzt (zunächst drei
Monate, jetzt ein Monat), weil ohne Finanzierung von Vertretungs- und/oder Lohnausfallskosten viele
Betriebe nicht bereit waren, Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter für diesen Zeitraum freizustellen.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung
Für deutsche Betriebe und Unternehmen ist eine Beteiligung an den Austausch-, Pilot- und Qualifikati-
osprojekten vielfach nicht interessant genug, weil die Höhe der finanziellen Förderung den Aufwand bei der
Antragstellung und die erforderlichen Eigenleistungen wenig lohnenswert erscheinen läßt. Niedrige Bewilli-
gungsquoten und - besonders für kleine und mittlere Unternehmen - Sprachprobleme sind weitere Faktoren
für eine nur zögerliche Beteiligung von deutscher Seite. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, daß
jenseits der Skepsis gegenüber Interventionen in den Bereich der beruflichen Weiterbildung auch
Anreizschwellen unterschritten sind. Dies stellt sich jedoch für Betriebe aus den peripheren und südlichen
EG-Mitgliedstaaten ganz anders dar. Von diesen wird berichtet, daß die finanzielle Größenordnung der För-
derung als interessant angesehen wird.

Offizielle Länderquoten gibt es im FORCE-Programm nicht, doch kann die Bundesrepublik Deutschland
damit rechnen, einen Anteil von etwa 10 Prozent an den bewilligten Gesamtfördermitteln zu erreichen. Dies
mag auf den ersten Blick niedrig erscheinen, wurde aber von den deutschen Akteuren und Inhabern als ak-
zeptabel bewertet, angesichts der weiterhin vorhandenen Skepsis gegenüber dem Programm und der für viele
Unternehmen offensichtlich nicht besonders interessanten Förderhöhen. Im Unterschied zu den anderen
Groß EG-Mitgliedstaaten werden aus der Bundesrepublik Deutschland weniger Anträge eingereicht, auf-
grund der guten Qualität der Anträge ist jedoch eine überproportional hohe Erfolgsquote zu verzeichnen.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung
Die Kooperation zwischen den auf deutscher Seite beteiligten Instanzen und Personen bei der Beratung und
Entscheidung des FORCE-Programms wird von allen Beteiligten als konstruktiv bezeichnet. Die zum
Zwecke der Beratung und Abstimmung gegründete nationale FORCE-Arbeitsgruppe, in die neben den
Ausschußvertretern von Bund und Ländern und der FORCE-Koordinierungsstelle auch Vertreter der Sozi-
alpartner, der Kammern und Verbände, der Wirtschaft und - zum Teil - die für die Kommission im Rahmen
des FORCE-Programms tätigen Experten von deutscher Seite sowie deutsche Projektleiter einbezogen sind,
trifft sich etwa alle zwei Monate.

Mit dieser Arbeitsgruppe wurde ein gut funktionierendes Gremium geschaffen, das nicht unwesentlich zur
Akzeptanz des Programms und zu seiner Umsetzung beiträgt. Von Bedeutung ist auch die Aufgabenteilung
zwischen der Ausschußvertretern von Bund und Ländern sowie der deutschen Koordinierungsstelle. Der
Ausschußvertreter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft hat die Funktion eines politischen
Koordinators für das Programm und ist damit auch verantwortlich für die nationale Berichterstattung über


2.8 Information, Transparenz, Evaluation


Die Fördermaßnahmen im Rahmen des FORCE-Programms sind in ein differenziertes System projektinterner Bewertungen, bewertender Berichterstattung (einschließlich der nationalen Berichte) und externer Evaluation eingebettet. Aus deutscher Sicht sind jedoch die inhaltlichen Vorgaben für die Bewertung bei einigen Aktivitäten - besonders betroffen sind davon die Austauschmaßnahmen - kaum einzuhalten. Deshalb wird eine Erleichterung der Antragstellung vorgeschlagen, die eine Überarbeitung der Kriterien einschließt.

2.9 Controlling


2.10 Information und Beratung der Teilnehmer

Eine individuelle und problembezogene Betreuung und Beratung der Antragsteller und Projektnnehmer wird vom BIBB als wesentliche Aufgabe im Rahmen der Koordinierung des Programms gesehen. Dies geschieht in Einzelberatungen zum Teil vor Ort, aber auch auf Seminaren und Tagungen. Die erfolgreiche und gezielte Beratung bei der Antragstellung hat sich in hohen Bewilligungsquoten niedergeschlagen. Als verbesserungswürdig werden dagegen die Kooperation mit den Koordinierungsstellen der anderen Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Hilfeleistungen bei der Partnersuche angesehen sowie die Betreuung der einzelnen Projekte während der Laufzeit.


Was die Information und Beratung der Teilnehmer in den Mitgliedstaaten betrifft, so scheinen die Bedürfnisse eher durch Bedingungen erschwert zu werden, die von den Koordinierungsstellen nicht zu verantworten sind. Insbesondere wurden die folgenden Aspekte genannt, die die sachgerechte und transparente Information der Interessenten erschweren:
- definitiorische und verfahrensbezogene Unklarheiten im Leitfaden und im Vademecum; so gibt es z.B. die Adressatengruppe "hauptberufliche Ausbilder" in der im Leitfaden gemeinten Form in der Bundesrepublik Deutschland nicht, was wechselseitige Anerkennungsprobleme bei den Austauschprojekten hervorgerufen hat;
- die Zeit von drei Monaten für die Antragstellung muß gestreckt werden, um auf deutscher Seite die Informationskanäle der Kammern und der Arbeitgeberverbände für die Bekanntmachung der Termine und Fristen sowie die Partnervermittlung nutzen zu können;
- es fehlt ein Merkblatt für die Antragsteller, daß Orientierungen für die Finanzkalkulation bereitstellt;
- es fehlen Informationen darüber, welche Sektoren und Branchen vorrangig und welche gar nicht gefördert werden;
- es fehlen Informationen darüber, welche Bildungsanbieter und welche Unternehmensarten antragsberechtigt sind und welche nicht;
- die Bemühungen um Akzeptanz, Transparenz und Nutzerfreundlichkeit des Programms werden beeinträchtigt, wenn die Kommission an kleine und mittlere Unternehmen - selbst an solche in den neuen Bundesländern - in englischer Sprache ausgefertigte Verträge schickt, die dann aufgrund von sprachlichen Problemen nicht mehr unterzeichnet werden.
IRIS

Europäisches Netzwerk von Ausbildungsmaßnahmen für Frauen

1. Programmverständigung

1.1 Ziele und Anlagen des Programms


Mit dem Programm wird das Ziel verfolgt (vgl. Übersicht 22), in den einzelnen Mitgliedstaaten Strategien zu entwickeln, die Benachteiligung von Frauen in den unterschiedlichsten Berufen und Berufsbildnswegen aufzuheben und zu einem chancenreichereren Berufswahlverhalten beizutragen. Im Rahmen des Programms werden also vorrangig Maßnahmen vernetzt, die die Beschäftigungsaussichten von Frauen in der Folge des technologischen Wandels verbessern und zukunftsträchtige Qualifizierungen vermitteln. Die Ausbildung von Frauen soll auf die politische Tagesordnung gesetzt werden, wie es in einer Informationsbroschüre über das IRIS-Programm heißt.

Übersicht 22: Zielsetzung des IRIS-Programms

"Es wird empfohlen, daß die Mitgliedstaaten aktive Maßnahmen treffen, fortsetzen oder fördern, deren Ziel es ist,
a) die Berufsbildung der Frauen in einen umfassenden Prozeß einzubeziehen, an dem sich alle in Frage kommenden Parteien beteiligen ...;
b) dafür zu sorgen, daß in den Beratungs-, Bildungs- und Vermittlungseinrichtungen Fachkräfte tätig sind, die den besonderen Problemen der Frauen Rechnung tragen ...;
c) die Beratungsdienste ... in der Weise umzugestalten, daß sie ... auf die Zielgruppen zugehen;
d) die Beteiligung von Mädchen und Frauen an Ausbildungslehrgängen durch Dezentralisierung ... zu erleichtern;
e) Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen zu fördern ... (über) Frauen in nichttraditionellen, vor allem zukunftsträchtigen Berufen ...;
f) Mädchen zum Besuch von Hochschulen und vor allem zur Wahl technischer oder technologischer Ausbildungsgänge ... zu ermutigen ...;
g) ... darauf hinzuwirken, daß mehr Mädchen die verschiedenen Ausbildungsmöglichkeiten, vor allem die nicht auf bestimmte 'Frauenberufe' ausgerichtete Ausbildungslehre wahrnehmen ...;
h) Mädchen und Frauen zu ermutigen, sich selbständig zu machen, ... und sie dabei mit einem besonderen Aus- und Weiterbildungsangebot zu unterstützen ...;
i) Maßnahmen zur Förderung der Weiterbildung von Frauen zu entwickeln ...;
j) für einige Gruppen von Frauen, vor allem für Frauen aus benachteiligten Bevölkerungsschichten und Frauen, die nach einer Berufsunterbrechung wieder erwerbstätig werden wollen, besondere Ausbildungskurse zu veranstalten ...;
k) das gesamte Aus- und Weiterbildungsangebot ... (für) Frauen ... zugänglich zu machen und die Sozialpartner anzuregen, 'Wiedereingliederungsvorhaben' mit einer geeigneten Ausbildung zu entwickeln ...;
l) mitheiratenden Ehepartnern von Selbständigen die Möglichkeit einzuräumen, unter den gleichen Bedingungen wie Selbständige an Ausbildungslehrgängen teilzunehmen;
m) Begleit- und Unterstützungsmaßnahmen ... zu schaffen, um Müttern die Teilnahme an Ausbildungsmaßnahmen zu ermöglichen, finanzielle Anreize zu gewähren oder in der Ausbildungszeit Unterhaltsbeihilfen zu zahlen;
n) im Haushalt und in der Familie erworbene Kenntnisse anzuerkennen (Befreiung von bestimmten Ausbildungsfächer usw.);
o) für die Nachbetreuung der Frauen zu sorgen, die an Ausbildungsmaßnahmen, vor allem in Berufen, in denen sie unterrepräsentiert sind, teilgenommen haben."


Das IRIS-Programm ist als ein Querschnittsprogramm konstruiert, das die für die meisten anderen Förderprogramme der EG im Bildungsbereich typischen Einteilungen oder Abgrenzungen überschreitet und entsprechend viele Schnittstellen zu anderen Programmen aufweist. IRIS bezieht die unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren mit ein und richtet sich an Projekte, die innovative Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen aller Qualifikationsstufen, aller Altersgruppen, für Frauen mit den unterschiedlichsten Erfahrungen und mit unterschiedlichem Beschäftigungsstatus anbieten. Es gibt weder eine Begrenzung auf bestimmte Wirtschaftssektoren oder auf bestimmte Altersgruppen von Frauen, noch ist eine Begrenzung auf Projekte der beruflichen Erstausbildung oder der beruflichen Weiterbildung vorgesehen. Diesem querschnittigen Charakter entsprechend, ist die organisatorische Ansiedlung des Programms bei der Kommission eine doppelte: Zuständig ist zum einen die Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und zum anderen die Arbeitsgruppe Chancengleichheit der Generaldirektion V.

1.2 Entwicklung des Programms


Die Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik (GIP) als deutsche Koordinierungsstelle für das IRIS-Programm, berichtet, daß das Engagement der Mitgliedsprojekte an den Netzwerkaktivitäten zunächst nur zögernd erfolgte und eine relative Distanz zum Programm bestand. Mittlerweile profitiert das Netzwerk jedoch davon, daß hinsichtlich der Gestaltung der nationalen und gemeinschaftsweiten Aktivitäten viele Spielräume zur Gestaltung bestehen, an der sich auch die Projekte selbst beteiligen können. So entwickele sich zur Zeit die Netzwerkidee von der Ebene der Projekte her, und das Engagement nehmte zu. Die deutschen Projekte, die Mitglieder im Netzwerk sind, haben mittlerweile Ansprüche an das Netzwerk selbst formuliert, um mit dessen Hilfe die Situation im Hinblick auf Frauenqualifizierungsmaßnahmen und Frauenförderung in der beruflichen Aus- und Weiterbildung zu verbessern.


1.3 Fördermaßnahmen


1.3.1 Fördermaßnahmen im Rahmen des europäischen Netzwerks


Mit den Mitteln des Programms werden die folgenden Netzwerkaktivitäten finanziert:
- gegenseitige Besuche der Projekte untereinander;
- transnationale Seminare;
- Informationen und Veröffentlichungen;
- eine elektronische Post und eine Anschlagtafel;
- eine IRIS-Datenbank mit Informationen über das Programm und die Mitgliedsprojekte;
- Kooperationsaktivitäten im Rahmen von Partnerschaften;
- Zuschüsse für die Öffentlichkeitsarbeit von Mitgliedsprojekten;
- nationale Treffen der Mitgliedsprojekte (finanziert durch Komplementärmittel der Mitgliedstaaten).

Teilnehmerinnen ein Informationspaket über die Beschäftigungssituation für Frauen im besuchten Land, über die besuchten Projekte und das Besuchsprogramm selbst zur Verfügung gestellt. Während des Besuchs finden Diskussionen und Informationsaustausch zu gemeinsam interessierenden Themen und Problemen statt. Materialien werden ausgetauscht oder Ausbildungscentren besucht. Während die besuchten Projekte keine Fördermittel erhalten, wird der Studienbesuch für die Teilnehmerinnen aus Programmmitteln finanziert.


(c) CREW hat eine Reihe von elektronischen und schriftlichen Informations- und Publikationsmöglichkeiten im Rahmen des IRIS-Programms organisiert. Zu den schriftlichen Informationen gehören das IRIS-Bulletin, das vierteljährlich in englisch und französisch erscheint, die Dossiers für die Teilnehmerinnen an den transnationalen Seminaren, ein jährlicher Bericht über die gemeinschaftsweiten IRIS-Aktivitäten und ein IRIS-Handbuch über die am Netzwerk beteiligten Ausbildungsprojekte. Kurzfristig wurde auch ein Informationsblatt ('Anschlagtafel') in neun Sprachen über die im Rahmen von IRIS-Projekten erworbenen Qualifikationen publiziert, das jedoch nicht mehr weitergeführt wird. Elektronische Informationsmöglichkeiten sind die IRIS-Datenbank mit Informationen über alle IRIS-Projekte, die insbesondere Hilfestellung bei der Partnersuche ermöglichen soll und die 'electronic mail', ein computergesteuertes Briefkastensystem mit online-Verbindungen, dem jedoch noch nicht alle Mitgliedstaaten angeschlossen sind. In die IRIS-Datenbank werden auch Projekte aufgenommen, die die IRIS-Kriterien nicht erfüllen, aber den Status assoziiertem Mitglied bekommen haben. Assoziierte Mitglieder haben die Möglichkeit, die Informationsangebote in Anspruch zu nehmen, können aber z.B. an den Austauschbesuchen nicht teilnehmen.

(d) Im Rahmen des Programms stehen Fördermittel für Partnerschaften zwischen Mitgliedsprojekten aus unterschiedlichen EG-Mitgliedstaaten oder unterschiedlichen Regionen eines Mitgliedstaates zur Verfügung. Damit soll der (grenzüberschreitende) Austausch zwischen den Projekten oder gemeinsame Projektinitiativen im Hinblick auf die Entwicklung und Erprobung von Ausbildungspartnerschaften stimuliert werden.


(g) Nationale Komplementärmitte werden in den meisten Mitgliedstaaten und auch in der Bundesrepublik Deutschland für die Treffen der Mitgliedsprojekte innerhalb eines Mitgliedstaates zur Verfügung gestellt, um auch auf nationaler Ebene eine Vernetzung der Netzmitglieder zu ermöglichen. Die Förderung solcher nationaler Treffen war anfänglich nicht vorgesehen, sondern ging aus Vorschlägen der Mitgliedsprojekte hervor, die von CREW aufgegriffen und propagiert wurden. Die nationalen Treffen sollen insbesondere die Vernetzung der Projekte innerhalb eines Mitgliedstaates stimulieren. In Deutschland werden die Mittel für die Durchführung dieser Tagungen der technischen Unterstützungsstelle (GIP) zur Verfügung gestellt, die für die Organisation der Tagungen verantwortlich ist.

(h) Für Projekte, die die entsprechenden Förderungsvoraussetzungen erfüllen, besteht die Möglichkeit, eine Finanzierung aus den allgemeinen Mitteln des Europäischen Sozialfonds (dies gilt z.B. für Projekte aus den neuen Bundesländern) oder im Rahmen des NOW-Programms - eine Initiative der Europäischen Gemeinschaft, die ebenfalls mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanziert wird - zu beantragen. Eine plausible Synergie der Programme NOW und IRIS ist angestrebt, könnte aber bisher noch nicht erreicht werden. Allerdings haben die IRIS-Mitgliedsprojekte einen informationsvorsprung hinsichtlich der europäischen Fördermöglichkeiten für Frauenprojekte.
1.3.2 Fördermaßnahmen auf nationaler Ebene


Durch die Organisation einer nationalen Tagung wurde im Jahre 1991 die Vernetzung der deutschen IRIS-Projekte auf nationaler Ebene eingeleitet. Im Sommer 1991 hatte das BMBW beschlossen, eine technische Unterstützungs- und Koordinierungsstelle für das IRIS-Programm einzurichten und damit die Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik (GIP) mit Sitz in Moers beauftragt. Diese sollte die Arbeit der beiden politischen Koordinatorinnen des Programms, die die Bundesrepublik Deutschland in der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe vertreten, bei der Durchführung des Programms auf nationaler Ebene unterstützen und die nationale Vernetzung der IRIS-Projekte organisieren.

Im Zuge der beiden Tagungen deutscher Projekte im Netzwerk (Herbst 1991 und Frühjahr 1992), die von der GIP organisiert wurden, wurde seitens der Projekte Kritik an der Durchführung des Programms geäußert und eine Reihe von Vorschlägen an das Netzwerk formulierte, die die bisherige Struktur des Aufbaus zugunsten einer verstärkten Organisation von unten nach oben verschoben. Im Rahmen dieser Tagungen wurde u.a. die GIP angesprochen, eine Lobbyfunktion im Interesse der Projekte wahrzunehmen, so daß die GIP zunehmend auch mit inhaltlichen Aspekten der Durchführung konfrontiert war. Auch von den beiden nationalen Koordinatorinnen forderten die Projekte, sich auf nationaler und europäischer Ebene intensiver für die Belange der Mitgliedsprojekte einzusetzen. Die Hauptforderungen der Projekte waren:

- Möglichkeit der Mitgliedschaft im IRIS-Netzwerk für die gesamte Projektlaufzeit und nicht nur für ein Jahr;
- Bereitstellung finanzieller Ressourcen seitens des Netzwerks zur Lösung von Sprachproblemen bei den transnationalen Projektbesuchen;
- Herstellung verstärkter Synergieeffekte mit anderen EG-Programmen und Finanzierung von diesbezüglichen Aktivitäten durch das Netzwerk;
- Durchführung einer nationalen und fachbezogenen Tagung pro Jahr, die die Frage nach der Umsetzung der EG-Richtlinien zur Frauenförderpolitik miteinbezieht;
- verstärkten Einsatz der deutschen Vertreterinnen in der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe für die Umsetzung der Forderungen der Projekte in der Bundesrepublik Deutschland und auf der Gemeinschaftsebene sowie für ein stärkeres politisches Gewicht von IRIS.

1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl


Die angebotenen Maßnahmen können auf verschiedenen Bildungs- und Ausbildungsstufen stattfinden: vorbereitende Ausbildung, berufliche Grundausbildung, Fortbildung, Umschulung, Bildung zur Erleichterung des Wiedereintritts in den Beruf oder Nachqualifizierung. Projekte, die Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen in folgenden Bereichen anbieten, können sich um die Netzmitgliedschaft bewerben:
- Landwirtschaft,
- kaufmännische Berufe,
- Handwerk,
- gewerblich-industrielle Berufe,
- Dienstleistungsberufe,
- Berufe in hochtechnologisierten Bereichen von Dienstleistungen und Gewerben,
- Persönlichkeitsentwicklung,
- Unternehmensführung, Existenzgründung,
- Vermittlung einer für eine Ausbildung wichtigen Allgemeinbildung,
- Beratung und Betreuung

Diese allgemeinen Förderungsvoraussetzungen werden ergänzt durch eine Reihe von Auswahlkriterien. Dazu gehören:
- Projekte, die einem anderen europäischen Netz angehören, können von IRIS nicht aufgenommen werden;
- die in den Projekten durchgeführten Maßnahmen müssen den Ausbildungsbedarf spezifischer Zielgruppen von Frauen (z. B. arbeitslose Frauen, Wiedereinsteigerinnen, Frauen, die umschulen wollen, etc.) entsprechen;
- die Projekte müssen den an den Qualifizierungsmaßnahmen teilnehmenden Frauen einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt, eine anerkannte Weiterbildung oder fachliche Ausbildung garantiert; die Angebote sollen der Arbeitsmarkt- und dem regionalen oder lokalen Entwicklungsniveau angepaßt sein;
- die Projekte müssen den familiären Verhältnissen der Teilnehmerinnen Rechnung tragen;
- die Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Projekte sollen möglichst Frauenuntypische Berufsfelder einbeziehen oder - wenn sie traditionelle Frauenberufe zum Gegenstand haben - innovative pädagogische Methoden anwenden, zu besseren Aufstiegschancen oder einer Wiedereingliederung beitragen oder die Frauen so qualifizieren, daß ihnen eine selbständige Existenzgründung möglich wird;
- die im Rahmen der Projekte angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen sollen innovativ und transferfähig sein, technologische Lehr- und Lernmittel einsetzen, mit modularen Strukturen arbeiten, Betriebspraktika, Orientierungs- und Beratungsdienste anbieten und die Betreuung der Teilnehmerinnen während und nach der Maßnahme vorsehen;
- die Projektverantwortlichen müssen sich verpflichten, am Informationsaustausch im Rahmen des Netzwerks teilzunehmen und zur Verbesserung der beruflichen Bildung von Frauen auf nationaler und Gemeinschaftsebene beizutragen.

Der externe Evaluationsbericht über das IRIS-Programm sprach von zwei Projektarten, die typischerweise Netzwerkmitglieder sind: a) häufig sind es Projekte, die vorrangig an einem Zugriff auf die im Rahmen des Netzwerks angebotenen Informationsmöglichkeiten interessiert sind; b) es gibt eine kleinere Anzahl als 'Modellprojekte' oder 'Demonstrationsprojekte' zu bezeichender Mitglieder, die aktiv und engagiert an den Netzwerkaktivitäten (transnationale Seminare, Partnerschaften) teilnehmen.


Um Zuschüsse zur Öffentlichkeitsarbeit können sich ebenfalls nur Projekte bewerben, die Mitglieder im IRIS-Netzwerk sind. Da nur eine begrenzte Anzahl solcher Zuschüsse zur Verfügung steht, werden jährlich wechselnde Themenschwerpunkte festgelegt, so daß sich nur die Projekte um einen Zuschuß bewerben können, die Maßnahmen im Bereich des festgelegten Themenschwerpunkts durchführen. Die Anträge müssen ergebnisorientiert sein und detaillierte Angaben über das geplante Produkt (Video, Broschüre, Stellwand, Computer-Präsentation u. ä.) enthalten.

1.5 Großenordnung des Programms und der finanziellen Förderung
1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt
Das IRIS-Programm ist mit einem Budget ausgestattet, das sich aus unterschiedlichen Quellen zusammen- setzt. Seit Bestehen des Programms stehen Fördermittel der Kommission in Höhe von jährlich 500.000 ECU.
zur Verfügung. Ab dem zweiten Jahr der Laufzeit hat das Büro für Chancengleichheit bei der Generaldirektion V zwischen 206.000 und 250.000 ECU jährlich für das Programm zur Verfügung gestellt, um mit diesem Betrag insbesondere die Zuschüsse zu den Projektpartnerschaften und zur Öffentlichkeitsarbeit zu finanzieren. Schließlich haben einige Mitgliedstaaten dazu beigetragen, die in ihrem Land stattfindenden transnationalen und nationalen Seminaren mit Mitteln in unterschiedlicher Höhe zu unterstützen (vgl. Abschnitt 1.5.3). Tabelle 26 zeigt die Entwicklung des IRIS-Budgets seit Beginn des Programms.

Tabelle 26: Entwicklung des IRIS-Budgets seit 1988/89 (in ECU)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Kommission</th>
<th>DG V (Büro für Chancengleichheit)</th>
<th>Gesamt</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>1988/89</td>
<td>500.000</td>
<td>500.000</td>
</tr>
<tr>
<td>1989/90</td>
<td>500.000</td>
<td>210.000</td>
</tr>
<tr>
<td>1990/91</td>
<td>500.000</td>
<td>200.000</td>
</tr>
<tr>
<td>1991/92</td>
<td>500.000</td>
<td>250.000</td>
</tr>
<tr>
<td>1992/93</td>
<td>500.000</td>
<td>250.000</td>
</tr>
</tbody>
</table>


Tabelle 27: Verwendung des IRIS-Budgets 1991 einschließlich der Beiträge aus den Mitgliedstaaten (in ECU und in Prozent)*

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktivität</th>
<th>Mittel in ECU</th>
<th>in Prozent des Gesamtbudgets</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Seminare</td>
<td>389.906</td>
<td>44 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Austausch</td>
<td>144.174</td>
<td>16 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Zuschüsse zu Partnerschaften</td>
<td>118.244</td>
<td>13 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Zuschüsse zur Öffentlichkeitsarbeit</td>
<td>43.522</td>
<td>5 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Bulletin</td>
<td>44.394</td>
<td>5 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Handbuch</td>
<td>42.079</td>
<td>5 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Datenbank</td>
<td>24.775</td>
<td>3 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Evaluationstreffen</td>
<td>14.615</td>
<td>2 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Koordinierung (technische Unterstützung)</td>
<td>58.698</td>
<td>7 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>880.407</td>
<td>100 %</td>
</tr>
</tbody>
</table>


1.5.2 Zahl der Mitgliedsprojekte und der geförderten Aktivitäten


| Tabelle 28: Entwicklung der Zahl der geförderten Projektpartnerschaften im IRIS-Netzwerk |
|--------------------------------------------------|----------------------------------|-----------------|
| EG-weit                                          | 14    | 31      | 28      |
| davon unter deutscher Koordinierung              | 1     | 3       | 1       |

Zusammen mit Portugal und Griechenland liegt die Bundesrepublik Deutschland bei der Zahl der von ihrer Seite aus koordinierten Projektpartnerschaften an fünfter Stelle hinter Spanien (15), Frankreich und Großbritannien (je 11) und Italien (7).


1.5.3 Deutsche Komplementärmittel

Drei Mitgliedstaaten, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und die Niederlande, haben eine technische Unterstützungs- und Koordinierungsstelle für das IRIS-Programm auf nationaler Ebene eingerichtet, die von ihnen auch finanziert wird. In Italien wurde in der national Kommission für Chancengleichheit eine Stelle zur Betreuung der IRIS-Projekte eingerichtet.

Tabelle 29: Komplementärmittel der Mitgliedstaaten 1989-1991 (gerundete Beträge in ECU)

<table>
<thead>
<tr>
<th>Staat</th>
<th>Betrag (ECU)</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Frankreich</td>
<td>100.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Dänemark</td>
<td>40.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Großbritannien</td>
<td>38.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Spanien</td>
<td>36.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>24.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Portugal</td>
<td>20.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Niederlande</td>
<td>13.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Luxemburg</td>
<td>10.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Irland</td>
<td>8.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Italien</td>
<td>Höhe unbekannt</td>
</tr>
<tr>
<td>Griechenland</td>
<td>keine Angaben</td>
</tr>
<tr>
<td>Belgien</td>
<td>keine Angaben</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die GIP erhält im Rahmen eines Projektvertrags mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft sowohl Mittel für die anfallenden Verwaltungskosten und die Ausstattung der Stelle mit Personal und Sachmitteln als auch Mittel für die Durchführung der vertraglich festgelegten Aufgaben (vgl. Abschnitt 1.6.4). Die vom BMBW der nationalen IRIS-Koordinierungsstelle zur Verfügung gestellten Mittel für das Jahr 1993 betrugen 350.000 DM.

1.6 Aufbau des Programms

1.6.1 Funktion der EG-Kommission


1.6.2 Die europäische IRIS-Arbeitsgruppe


Die europäische IRIS-Arbeitsgruppe berät die Kommission bei der Durchführung des Programms in folgender Hinsicht:
- bei der Festlegung von Kriterien für die Auswahl von Projekten zur Aufnahme in das Netzwerk;
- durch eine berufsbildungspolitische Bewertung und Stellungnahme zu den Bewerbungen von Projekten aus dem eigenen Land, die in das Netzwerk aufgenommen werden sollen, und bei der Auswahl unter den eingegangenen Anträgen;
- bei der Erarbeitung von Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Programms, seiner Aktivitäten und Strukturen auf europäischer Ebene.

1.6.3 Das technische Unterstützungsbüro in Brüssel


1.6.4 Die technische Unterstützung und Koordinierung auf nationaler Ebene


Bis 1991 war die Beteiligung deutscher Projekte am IRIS-Netzwerk wenig aufeinandergesetzt. Dies lag u.a. an dem mangelfuln Bekanntheitsgrad des Programms bei den in Frage kommenden Projekten. Die GIP wurde explizit damit beauftragt, die Beteiligung von deutscher Seite zu steigern und erreichte innerhalb eines knappen halben Jahres eine Verdreifachung der deutschen Mitgliedsprojekte im IRIS-Netzwerk. Im Rahmen ihres Vertrags hatte die GIP neben der Einbeziehung weiterer Projekte in das IRIS-Netzwerk auch folgende Aufgaben übernommen:

- Durchführung einer Studie zum aktuellen Stand der Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung von Frauen in der Bundesrepublik Deutschland,
- Aufbau eines Netzerwerks auf nationaler Ebene,
- Organisation und Durchführung nationaler Tagungen,
- Unterstützung der Kommission bei der Organisation und Durchführung der transnationalen Seminare, die in der Bundesrepublik Deutschland stattfinden, und deren veröffentlichtsfähige Dokumentation,
- Öffentlichkeitsarbeit, Information und Beratung potentieller und aufgenommener Netzmitglieder,

Von den deutschen Mitgliedsprojekten wurde die GIP aufgefordert, sich für die Interessen der Projekte einzusetzen und diese auch im Kontext nationaler und EG-weiter Frauenförderung zu vertreten. Insbesondere sind die Projekte daran interessiert, daß die GIP neben der Öffentlichkeitsarbeit für das Programm auch Öffentlichkeitsarbeit für die Projekte macht.

1.6.5 Die Netzwerkmitglieder

Übersicht 23: IRIS - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Equal Opportunities Unit (Arbeitsgruppe Chancengleichheit), Frau Margarida Pinto, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
c) Technisches Unterstützungsbüro IRIS CREW, 21, rue de la Tourelle, B - 1040 Brüssel
d) Vertreterin des Bundes in der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Referat II B 6, Frau Schultes-Zartmann, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
e) Vertreterin der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Frauen, Bundesinstitut für Berufsbildung, Frau Wolf, Fehrbelliner Platz 3, 1000 Berlin 31
f) IRIS-Koordinierungsstelle in der Bundesrepublik Deutschland: Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik (GIP), Frau Dr. Beader, Homberger Str. 73, 4130 Moers

1.7 Ablauf des Programms


Für nicht in das Netzwerk aufgenommene Projekte besteht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit, assozierte Mitglieder im Netzwerk zu werden. Das bedeutet für die Projekte die Möglichkeit des Zugriffs auf die verschiedenen im Rahmen des Netzwerks angebotenen Informationsmöglichkeiten und die Teilnahme an den nationalen Treffen und Tagungen. Fördermittel im Rahmen des Programms können die assoziierten Mitglieder jedoch nicht erhalten.


Projekte, die Fördermittel für die Öffentlichkeitsarbeit beantragen, müssen in ihrem Antrag die Arbeits schritte und das angestrebte Ergebnis darlegen. Antragstellung und Auswahl der Anträge erfolgen einmal im Jahr zu den per Ausschreibung bekanntgegebenen Terminen.

1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte und Mittelnachweise der Empfänger

Partnerschaften und Öffentlichkeitsarbeit sind die einzigen Aktivitäten innerhalb des IRIS-Programms, für die Fördermittel direkt an die Netzmitglieder vergeben werden. Alle Projekte, die für diese Aktivitäten Mittel aus dem IRIS-Programm erhalten, sind dementsprechend zu Sachberichten und Mittelnachweisen an die Kommission verpflichtet. Die für die Öffentlichkeitsarbeit erarbeiteten Materialien werden zum Teil auf den transnationalen Seminaren ausgestellt oder präsentiert. Die im Rahmen der Partnerschaften konzipierten gemeinsamen Qualifizierungsvorhaben sollen nach Möglichkeit in der zweiten Förderungsphase auch erprobt werden. Voraussetzung für die Bewilligung der zweiten Förderphase ist eine detaillierte Berichterstattung über die Erarbeitung und geplante Erprobung des Vorhabens.

Die übrigen Mittel, die im Rahmen des IRIS-Programms zur Verfügung stehen, werden für die Durchführung der transnationalen Seminare sowie die Netzwerkaktivitäten (Bulletin, Handbuch, Datenbank, Informationsarbeit, Publikationen, etc.) sowie die Finanzierung von CREW verwendet. Über die Verwendung der Mittel und die Durchführung der Aktivitäten erstattet CREW der Kommission einen jährlichen Bericht. Die transnationalen Seminare werden dokumentiert und in Form von Tagungsberichten veröffentlicht. Die Teilnehmerinnen an den transnationalen Seminaren füllen am Schluß des Seminars einen Fragebogen aus, der von technischen Unterstützungsbüro CREW ausgewertet wird. Die Ergebnisse fließen in die Seminar-Dokumentation mit ein.

Alle Netzmitglieder sollen einmal jährlich über den Stand der Projektaufträge und der Qualifizierungsmaßnahmen berichten und auch über die verfahrenstechnischen Aspekte des Projekts Auskunft geben. Allerdings wird dieser Bericht nicht von allen Mitgliedsprojekten eingereicht. Wird eine Verlängerung der Mitgliedschaft beantragt, dient der Bericht als Grundlage für die Entscheidung. In diesem Fall soll er Informationen über die Beteiligung des Projekts an den Netzwerkaktivitäten enthalten, eine Bewertung über den Ablauf der im Rahmen des Projekts durchgeführten Qualifizierungsmaßnahmen und eine Einschätzung der Bedeutung der Maßnahmen für die Beschäftigung von Frauen.

Die GIP ist als Koordinierungsstelle für die Netzwerkaktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer vertraglich festgelegten Aufgaben zu Sachberichten an das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft verpflichtet. Darüber hinaus erstellt die GIP Berichte über die nationalen Treffen der Mitgliedsprojekte und übernimmt die Dokumentation eines transnationalen Seminars. Für die Kommission wurde von der GIP eine Studie über die deutschen Projekte im IRIS-Netzwerk angefertigt.


1.8.2 Statistische Übersichten

Das technische Unterstützungsbüro für das IRIS-Programm, CREW, erstellt für seine Jahresberichte regelmäßig Statistiken, die einen Überblick über die Aktivitäten des Netzwerks und die Beteiligung und Maßnahmen der Projekte aus den EG-Mitgliedstaaten zur Verfügung stellen. In mancher Hinsicht sind diese statistischen Übersichten allerdings lückenhaft: So erfolgt z.B. keine Finanzberichterstattung über die Verwendung der Programmmitte, deren Aufteilung auf die einzelnen Aktivitäten und die Höhe der Einzelförderung bei den Zuschüssen zu Partnerschaften und für die Öffentlichkeitsarbeit. Auch das Verhältnis von Antragstellung zu Bewilligungen wird nur für einige wenige Aktivitäten (Partnerschaften, Zuschüsse für Öffentlichkeitsarbeit) genannt, nicht aber z.B. im Hinblick auf die Bewerbungen von Projekten für die Aufnahme in das Netzwerk.

Das viermal jährlich erscheinende IRIS-Bulletin, die Datenbank, das 'electronic-mail'-System und das Handbuch über die IRIS-Mitgliedsprojekte enthalten z.T. weitere Übersichten zu aktuellen oder speziellen Fragen des Programms.

1.8.3 Evaluierung


1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter
IRIS-Büro, CREW (Hg.): IRIS Bewerbungsunterlagen. Mit einem Anhang: "Kriterien der Projektauswahl." Brüssel o.J.

1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher
IRIS Unit, CREW: IRIS Directory. (Übersicht über alle IRIS Mitgliedsprojekte. Erscheinen angekündigt für das Frühjahr 1993 in allen neuen Amtssprachen der EG)
Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik: IRIS-Rundbrief (erscheint unregelmäßig, nach Bedarf mehrmals im Jahr)
IRIS-Büro, CREW: IRIS-Spezialdossier "Die erfolgreiche Partnerschaft." Brüssel o.J.
IRIS-Büro, CREW: IRIS-Spezialdossier "Die Ausbilder in der Chancengleichheit ausbilden." Brüssel o.J.
Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Fraueninformationsdienst: Info Frauen Europas (erscheint monatlich)
Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Fraueninformationsdienst: Sonderhefte Frauen Europas (eisher 35)

1.9.3 Jahres-, Rechenschafts-, Evaluationsberichte


2. Probleme der Programmdurchführung bei IRIS

2.1 Charakter des Programms

Das IRIS-Programm ist primär ein Dauerprogramm, bei dem ein großer Teil der Aktivitäten und Kosten kontinuierlich anfallen werden. Da es das einzige unter den EG-Bildungsprogrammen ist, das speziell auf die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen zugeschnitten ist, sollte sowohl über eine formellere Institutionalisierung durch einen Ratsbeschuß als auch über eine höhere finanzielle Ausstattung nachgedacht werden.


Ein wichtiges strategisches Ziel konnte mit dem IRIS-Programm allerdings bisher noch nicht erreicht werden: Es wurde mehrfach die Einschätzung vertreten, daß die Bedeutung des Programms sowohl im nationalen als auch im europäischen Kontext noch zu gering ist, um die Frage der Qualifizierung von Frauen nachhaltig auf die politische Tagesordnung zu setzen.

2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand

In der Berichterstattung über das Programm ist mehrfach von der Kritik der Mitgliedsprojekte an einer gewissen Bürokratie und Intransparenz bei den Programmaktivitäten die Rede. Im Abschlußbericht der externen Evaluation wurde auf die Notwendigkeit einer schnelleren Auszahlung von Fördermitteln für Partnerschaften und Öffentlichkeitsaktivitäten an die Netzmitglieder hingewiesen.

Als gravierendes Problem ist jedoch die verhältnismäßig hohe Fluktuationssrate der Mitgliedsprojekte im Netzwerk zu nennen, auf die sowohl im Evaluationsbericht als auch von den Projekten selbst hingewiesen wurde. Die übliche Dauer der Mitgliedschaft beträgt ein Jahr. Sie kann zwar auf Antrag um ein weiteres Jahr verlängert werden, doch scheiden viele Mitgliedsprojekte nach einem Jahr aus dem Netz aus. Um die Fluktuationsrate zu verringern und dem Netzwerk eine größere Stabilität und Kontinuität zu geben, wurde vorge-
schlagen, Projekte für die Dauer ihrer im nationalen Kontext bewilligten Laufzeit in das Netzwerk aufzunehmen. Dies würde allerdings voraussetzen, daß über die Weiterführung des IRIS-Programms nicht mehr jedes Jahr neu entschieden wird.

2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission

Zu Beginn der Laufzeit des IRIS-Programms hat es deutliche Defizite der Umsetzung in der Bundesrepublik Deutschland gegeben. Die beiden nationalen Koordinatorinnen, die die Bundesrepublik Deutschland in der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe vertreten, waren mit einer technischen und organisatorischen Umsetzung auf der nationalen Ebene, die die Information und Beratung in Frage kommender Projekte, die Kontaktpflege zu deutschen Projekten im Netz und eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit erfordert hätte, zeitlich wohl überfordert, zumal sie die Aufgaben im Rahmen des IRIS-Programms nicht hauptberuflich wahrmnahmen. Zwar konnte die rechtliche und politische Situation von Frauenfördermaßnahmen auf dem Gebiet der beruflichen Qualifizierung gegenüber der Kommission und in der IRIS-Arbeitsgruppe vertreten werden, doch bestand wenig Kontakt zu den Projekten selbst, so daß deren Anliegen in der Arbeit der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe nicht hinreichend berücksichtigt wurden. Die Arbeit in der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe war darüber hinaus von einer generellen Unsicherheit darunter gekennzeichnet, was das IRIS-Netzwerk leisten könnte und sollte, so daß neben dem zuvor genannten Vorteil der geringen Regelungsdichte auch ein gewisser Nachteil bestand. Zwar hat die europäische IRIS-Arbeitsgruppe häufig über Richtung und Ziele des Programms diskutiert und einzelne Vorschläge zur Verbesserung der Durchführung gemacht, die auch aufgenommen wurden, doch konnten damit bestehende Unsicherheiten nicht in allen Fällen beseitigt werden.

Die Projekte wiederum hatten zu hohe Erwartungen an die Möglichkeiten des Netzwerks. Die Unsicherheiten über Potentiale und Strategien des Netzwerks wirkten sich als Unsicherheiten auf die nationale Umsetzung der Ziele aus und bewirkten nicht nur eine niedrige Beteiligung von deutscher Seite am Programm insgesamt, sondern auch ein nur geringes Engagement der deutschen Mitgliedsprojekte. Als weitere Gründe für die niedrige deutsche Beteiligung in den ersten Jahren der Laufzeit von IRIS wurden genannt: a) die Begrenzung der Antragsberechtigung auf innovative Qualifizierungsprojekte und b) die geringe Intensität der Öffentlichkeits- und Informationsarbeit über das Programm in der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Situation konnte mit der Beauftragung der Gesellschaft für Informationstechnologie und Pädagogik (GIP), die technische Unterstützung des Programms in der Bundesrepublik Deutschland zu übernehmen, erheblich verbessert werden. Durch gezielte Werbemaßnahmen wurde die deutsche Beteiligung um ein Mehrfaches gesteigert. Hinzu kam die Ausdehnung der Antragsberechtigung auf Projekte, die sich mit der Beratung und beruflichen Orientierung von Frauen beschäftigten. Die GIP bietet sich als Ansprechpartnerin der Mitgliedsprojekte an und pflegt intensive Kontakte mit den technischen Unterstützungsbüro CREW in Brüssel.


Die Förderung der deutschen Mitgliedsprojekte an die GIP, sich als Sprachrohr und Lobby für die Projekte zur Verfügung zu stellen, hat sich neben den transnationalen Seminaren als eine weitere Form des Feedbacks für die Projekte selbst erwiesen. Auf dem nationalen Treffen der deutschen Mitgliedsprojekte im Frühjahr 1992 wurden eine Reihe von Forderungen formuliert, die sich sowohl an die Kommission als auch an die nationalen Koordinatorinnen richteten. Neben Vorschlägen zur Verbesserung organisatorischer und finanzieller Aspekte des Netzwerks, wurde insbesondere darauf hingewiesen, daß Frauen, die sich für eine Teilnahme an den von den Projekten angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen interessieren, häufig nicht die nationalen Förderkriterien erfüllen, die Voraussetzung für die Finanzierung der Projekte und die Aufnahme in das IRIS-Netzwerk sind. Ein Beispiel dafür: Vielfach sind Frauen unter 35 Jahren an den von den Projekten angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen interessiert, die weniger als fünf Jahre arbeitslos sind. Öffentliche Mittel für die Durchführung von Frauenqualifizierungsmaßnahmen stehen aber vorrangig für Projekte zur Verfügung, die Angebote an Frauen ab 35 Jahren machen, die mindestens fünf Jahre arbeitslos sind. Da die Projekte ihre Finanzierung sichern müssen, bevor sie IRIS-Netzwerkmitglieder werden können, kommen Projekte für die
am meisten interessierten Frauen häufig nicht zustande. Es scheint dennach Fälle zu geben, wo die Orientie-
run de Projekt en an der Nachfrage nach Qualifizierungsmaßnahmen in einen tendenziellen Widerspruch zu
den Kriterien rückt, die erfüllt sein müssten, um eine Förderung zu sichern und in das IRIS-Netzwerk aufge-
nommen zu werden. Dies stellt ein Problem dar, das durch ein stärkeres Feedback an die nationalen Koordi-
natorinnen und die Kommission zu lösen wäre.

Verschiedentlich wurde berichtet und von den Mitgliedsprojekten moniert, daß die angestrebten Syner-
gieeffekte des IRIS-Programms mit einer Reihe von weiteren EG-Förderprogrammen und Initiativen (z.B.
PETRA, COMETT, EUROTECNET) bisher nur unzureichend erzielt werden konnten. Dies steht offen-
sichtlich im Zusammenhang mit einem Defizit, daß in den Empfehlungen des externen Evaluationsberichts
angesprochen wird: Im Rahmen der europäischen Koordinierung des Programms sollten bessere Ver-
bindungen zur Task Force aufgebaut werden. Da die Durchführung des Programms wesentlich von der Ar-
beitsgruppe Chancengleichheit der Generaldirektion V wahrgenommen wird, scheinen die Verbindungen zu
den von der Task Force durchgeführten Förderprogrammen im Bildungsbereich eher locker zu sein. Die im
Rahmen des Netzwerks mit zusätzlichen Fördermitteln finanzierten grenzüberschreitenden Partnerschaften
zwischen Mitgliedsprojekten bieten gute Voraussetzungen, Fördermittel im Rahmen von NOW - eine Frau-
enförderinitiative der Gemeinschaft, die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds vergibt - zu beantragen.

2.4 Vergabe von Fördermitteln

Nach anfänglicher Zurückhaltung wird die Fördermöglichkeit im Rahmen von NOW (New Opportunities for
Women) mittlerweile recht intensiv genutzt. NOW ist eine Initiative, die mit Mitteln des Europäischen Sozi-
fonds Frauenqualifizierungsmaßnahmen und Existenzgründungen von Frauen fördert. Aktuellen In-
formationen zufolge haben 14 von 39 Trägerorganisationen deutscher Mitgliedsprojekte aus den alten Bun-
desländern einen Antrag auf Fördermittel bei NOW gestellt. Trägerorganisationen aus den neuen Bun-
desländern konnten allgemeine Mittel des Europäischen Sozialfonds beantragen. Über die Höhe der För-
dermittel und die tatsächlichen Bewilligungsquote fehlen allerdings Informationen.

Direkte Fördermittel an die Mitgliedsprojekte werden im Rahmen des IRIS-Programms nur in sehr be-
grenztem Umfang vergeben. Projekte können Zuschüsse zur Durchführung von gemeinsamen Kooperati-
onsvorhaben mit Mitgliedsprojekten aus einem anderen EG-Land oder einer anderen Region beantragen so-
wie Mittel zur Erarbeitung von Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit. Die Auszahlung der von der Kom-
mission in diesem Rahmen bewilligten Mittel erfolgt erst sehr spät, zum Teil sechs bis sieben Monate nach
dem Bewilligungsbescheid. Dies wurde von den Projekten bereits häufiger beklagt. Auch der externe Eva-
luationsbericht empfahl eine schnellere Überweisung der bewilligten Mittel an die Projekte.

2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

1991 wurde die erste Phase des IRIS-Programms, in der ein Schwerpunkt auf die Errichtung eines gut funk-
tionierenden Informationsnetzwerks gesetzt worden war, als beendet angesehen. 1992 kann als eine Zwi-
schenphase bezeichnet werden, in welcher über die Zukunft des Programms und mögliche Formen seiner
Weiterentwicklung diskutiert und nachgedacht wurde. Die Überlegungen beziehen sich sowohl auf organi-
satorische als auch auf inhaltliche Aspekte der Durchführung.

Von der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe wurde ein Vorschlag erarbeitet, der die Aufgaben der an der
Durchführung, Koordinierung und technischen Unterstützung auf europäischer und auf einzelstaatlicher
Ebene beteiligten Instanzen und Akteurinnen stärker strukturiert und eine klarere Aufgabenteilung festlegt.
Dies war bereits in den im Januar 1992 von der GIP vorgelegten Zwischenbericht über die Aktivitäten im
Jahre 1991 für notwendig erachtet worden.

Im Hinblick auf die inhaltliche Weiterentwicklung des Netzwerks im Rahmen der Europäischen Gemein-
schaft werden vorrangig drei Aspekte diskutiert:

a) Das Netzwerk soll sich stärker auf Evaluations- und Bewertungsaktivitäten konzentrieren. Dazu sollen
Methode entwickelt werden, die insbesondere den Mitgliedsprojekten im Netz die Möglichkeit eröff-
nen, den Erfolg und die Effektivität der von ihnen angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen einzuscha-
tern.

b) Die Netzwerkaktivitäten sollen sich stärker auf die gemeinsame Entwicklung von Ausbildungsmaterial
und innovativen Vermittlungsmethoden für Frauenqualifizierungsmaßnahmen konzentrieren.

c) Das Netzwerk soll verstärkt die Verbreitung von Modellen guter Praxis dienen. Dazu wird vorgeschla-
gen, eine Reihe nationaler Demonstrationsprojekte als Vollmitglieder aufzunehmen und thematisch
kompatible Projekte und Maßnahmen als assozierte Mitglieder zu führen.

Insbesondere der letzte Vorschlag greift eine Entwicklung des IRIS-Netzes auf, die seit längerer Zeit zu be-
obachten ist. Das Netzwerk besteht im Prinzip aus einem Kern von aktiven und engagierten Mitgliedspro-
jekten und einer Reihe von interessierten, aber weniger aktiven Mitgliedsprojekten.


Mit der Idee des "mainstreaming" soll besonders der Marginalisierung entgegengewirkt werden. Das "mainstreaming" bezieht sich auf die Zusammenarbeit zwischen den Projekten und Betrieben oder Unternehmen in den wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Bereichen der angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen. Zum "mainstreaming" gehören auch die Verstärkung spezieller Frauenfördermaßnahmen in den Betrieben - die Mehrzahl der derzeitigen Maßnahmen und Projekte finden außerhalb der Betriebe statt - und eine stärkere Berücksichtigung neuer Berufsfelder in der Wirtschaft bei der Vermittlung neuer Qualifikationsprofile für Frauen.

Die GIP hat sich die Aufgabe gestellt, einen praxisnahen Akutionsrahmen zu entwickeln, der die Kritik der deutschen Mitgliedsprojekte aufnimmt und auch Unterstützungsmaßnahmen für die Öffentlichkeitsarbeit der Projekte enthält. Die Projekte haben ein großes Interesse daran, daß im Rahmen des IRIS-Programms Hilfestellungen für die Finanzierung von Frauenfördermaßnahmen angeboten werden und daß durch eine Erweiterung sowie eine bessere Planung und Durchführung der gegenseitigen Besuche und durch verstärkte Möglichkeiten, Kontakte mit anderen Projekten zu pflegen, die Isolierung vieler Projekte aufgehoben wird. Die im IRIS-Programm enthaltenen Informations- und Publikationsmöglichkeiten, die einen Teil der Netzwerkaktivitäten ausmachen, sollen u.a. so ausgebaut werden, daß das IRIS-Programm zu einem Zentrum von Ressourcen aller Art für Fragen der Qualifizierung von Frauen wird. In diesem Zusammenhang wurde von den Projekten auch ein intensiveres politisches Engagement der nationalen KoordinatorInnen eingefordert, um zu einer wirkungsvolleren Umsetzung der EG-Richtlinien zur Frauenförderung sowie zur verstärkten Förderung von Fragen der Frauenqualifizierung in der Europäischen Gemeinschaft zu gelangen.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung

Die Ausführungen im vorangegangenen Abschnitt machen deutlich, daß die finanzielle Ausstattung des Programms zu gering ist, um das Potential zu verwirklichen und die Ansprüche einzuholen. Eine spürbare Erhöhung der Mittel würde Möglichkeiten eröffnen, den Projekten Zuschüsse für die Durchführung eigenständiger Kooperationen zu gewähren.

Bezüglich der Finanzierung einzelner Netzwerkaktivitäten mit Programmmitteln sind zwei Aspekte hervorzuheben. Die Mittel zur Erstattung der Fahrkosten für die TeilnehmerInnen an den transnationalen Seminaren werden als nicht ausreichend bezeichnet, weil entweder die Zahl der TeilnehmerInnen begrenzt werden muß oder die Fahrkosten nur teilweise erstattet werden können. Für den Austausch von Informationen und
Materialien sowie während der gegenseitigen Besuche sollten Mittel für Übersetzungen und Dolmetsch- 
dienste zur Verfügung gestellt werden.

Die Evaluation des IRIS-Programms durch die Mitgliedsprojekte selbst hat schließlich auch Hinweise dar- 
auf erbracht, daß die finanzielle Absicherung der Projekte vielfach unzureichend ist. Da das IRIS-Programm 
keine Projektförderung vorsieht, erhoffen sich die Vertreterinnen von 78 Prozent der befragten Mitgliedspro- 
jekte zumindest Hilfestellung und Informationen über Möglichkeiten der Akquisition anderweitiger EG-För- 
dermittel. Ansätze dazu sind z.B. durch die Möglichkeit gegeben, Mittel aus der Initiative NOW zu beantrag- 
en, doch wäre zu überlegen, ob nicht auch Fördermöglichkeiten im Rahmen anderer EG-Bildungsprogram- 
me bestehen.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung

Die Kooperation der deutschen Beteiligten an der Programmumsetzung und -durchführung ist von verschiede- 
denen Faktoren beeinflußt worden, die zeitweilig eine nicht durchgängig optimale Situation bewirkt haben. 
Zu Beginn der Laufzeit von IRIS wurden zwei deutsche Koordinatorinnen benannt, die die Bundesrepublik 
Deutschland in der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe vertraut. Durch das Fehlen einer technischen Unter- 
stützungsstelle ergaben sich wenig direkte Kontakte zu den deutschen Mitgliedsprojekten im IRIS-Netzwerk. 
Durch die geringe Regelungsdichte bei der Umsetzung und Unserheiten über die Richtung und die Ziele 
des IRIS-Programms, die auch in der europäischen Arbeitsgruppe zunächst nicht aufgehoben werden konn- 
ten, sowie aufgrund der zeitlichen Überlastung der nationalen Koordinatorinnen, die diese Aufgabe nicht 
hauptberuflich wahrnehmen, erfolgte nur wenig Öffentlichkeitsarbeit für das Programm.

Die Ernennung der GEP als technische Unterstützungsstelle mit dem Auftrag der Gewinnung neuer Mit- 
gliedsprojekte und der Öffentlichkeitsarbeit für das Programm hat diese Situation erheblich verbessert. Un- 
terschiedliche Auffassungen bestanden aber zunächst darüber, wie die Teilung der Aufgaben und Verant- 
wortlichkeiten bezüglich der technischen Unterstützung und der inhaltlichen Koordinierung des Programms 
in der Bundesrepublik konkret gestaltet werden sollte. Dies hatte offensichtlich eine Beeinträchtigung der 
Kooperationsintensität zur Folge, die durch unterschiedliche Auffassungen über die Richtung und Ziele des 
IRIS-Netzwerks in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt wurde und das Dreieck des Verhältnisses zwi- 
sehen den Projekten, der nationalen Koordinierung und der gemeinschaftsweiten Durchführung aus der Ba- 
lance brachte.

Im Verlauf des Jahres 1992 haben jedoch positive Entwicklungen bezüglich der Kooperation der deut- 
schen Beteiligten stattgefunden, die von allen Akteurinnen hervorgehoben werden. Die neue Diskussion in 
der europäischen IRIS-Arbeitsgruppe darüber, wie die Zusammenarbeit zwischen technischer Unterstützung, 
nationaler Koordinierung und gemeinschaftsweiter Durchführung verbindlich gestaltet werden kann, hat zu 
Vereinbarungen und Absprachen auch in der Bundesrepublik Deutschland geführt, die für die Umsetzung des 
Programms auf nationaler Ebene bessere Kooperationsgrundlagen und einen größeren Konsens hergestellt 
haben.

2.8 Information, Transparenz, Evaluation

Von deutscher Seite wurde verschiedentlich darüber geklagt, daß die Durchführung des Programms auf eu- 
opäischer Ebene zu intransparent sei. Zwar wurden von der Kommission in Abstimmung mit der europäi- 
schen IRIS-Arbeitsgruppe Kriterien für die Auswahl der Projekte erarbeitet, die ins Netzwerk aufgenommen 
werden sollen, doch scheinen die Maßstäbe für die Stellungnahmen der nationalen Koordinatorinnen von 
verschiedener Mitgliedstaaten bezüglich der Anträge aus ihrem Land, die vor der endgültigen Entscheidung der 
Kommission über die Aufnahme abgefragt werden, unterschiedlich hoch zu sein.

Die von CREW konzipierten Bewerbungsunterlagen für die Aufnahmeanträge berücksichtigen nicht in 
allen Punkten nationale Besonderheiten, so daß die abgefragten Informationen zum Teil zu unspezifisch und 
ungenau formuliert sind, um z.B. deutschen Projekten die Antragstellung leicht zu machen. Für die Projekte 
werden damit ein klares Verständnis der Ziele und des Charakters des Programms erschwert. Die abgefragten In- 
formationen dienen in erster Linie dazu, festzustellen, ob die Projekte die Aufnahmekriterien erfüllen. Wenn 
dabei nicht-applizierbare Kategorien verwendet werden, kann es leicht zu dem in Abschnitt 2.1 erwähnten 
Problem der Inkonsistenz zwischen der Nachfrageorientierung der Projekte und der Erfüllung von Auswahl- 
kriterien kommen. Um die Transparenz des Programms zu steigern, wurde seitens der deutschen Mitgliedspro- 
jekte der Wunsch nach einem größeren Einfluß auf die Gestaltung der Aktivitäten formuliert.

Der externe Evaluationsbericht hat auf einige Defizite bezüglich der Verbreitung der Ergebnisse und Er- 
fahrungen der Projekte hingewiesen und darüber hinaus empfohlen, Informationen über das IRIS-Programm 
// für Arbeitgeber und Betriebe bzw. Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Von deutscher Seite wurde 
der Evaluationsbericht allerdings als nicht besonders repräsentativ bewertet. Dies mag unter Umständen da- 
mit zusammenhängen, daß das IRIS-Programm zu einem Zeitpunkt evaluiert wurde, als die deutsche Be-
teiligung noch nicht sehr hoch war. Für die Zukunft von IRIS sind vermehrte Evaluationsaktivitäten und Eigenbewertungen der Projekte im Gespräch.

2.9 Controlling


Ein über die Berichtspflichten hinausgehendes Controlling der technischen Unterstützungsstelle in der Bundesrepublik Deutschland ist nicht vorgesehen. Die Arbeit der GIP wird aber offensichtlich insbesondere von den Mitgliedsprojekten gut angenommen und stellt eine Unterstützung des Prozesses der Vernetzung 'von unten' dar.

2.10 Information und Beratung der Mitgliedsprojekte


LINGUA

Aktionsprogramm zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der Europäischen Gemeinschaft

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Anlage des Programms

Das LINGUA-Programm soll die Fremdsprachenkenntnisse möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Gemeinschaft verbessern und fördern (siehe Übersicht 24). Dies soll durch eine quantitative und qualitative Verbesserung der Fremdsprachenausbildung, durch Austauschmaßnahmen für Studierende und Jugendliche in der Ausbildung sowie innovative Projekte im Bereich der Lehr- und Lernmittelentwicklung für den allgemeinen und berufsbezogenen Fremdsprachenunterricht erreicht werden. Die Hauptakzente des Programms liegen zum einen im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, zum anderen in der Förderung der weniger verbreiteten und unterrichteten Sprachen.

Übersicht 24: Zielsetzung des LINGUA-Programms

"Hauptziel des LINGUA-Programms ist eine quantitative und qualitative Verbesserung der Fremdsprachenkenntnisse zur Förderung der Kommunikationsfähigkeit innerhalb der Gemeinschaft. (…)

Das LINGUA-Programm trägt dazu bei, die Umsetzung der Politiken zu erleichtern, die die Mitgliedstaaten beschließen und die von ihnen im Rahmen ihrer Bildungs- und Ausbildungssysteme durchgeführt werden und darauf abzielen,

- alle Bürger zu ermutigen, praktische Kenntnisse in Fremdsprachen zu erwerben;
- das Unterrichts- und Lernangebot für Fremdsprachen in der Gemeinschaft zu erweitern und insbesondere die Kenntnisse in den weniger unterrichteten und weniger verbreiteten Fremdsprachen zu fördern;
- für Hochschulstudenten verstärkt die Möglichkeit anzubieten, ihren Hauptstudiengang mit einem Fremdsprachenstudium zu kombinieren, wobei diesem Studium … ein anerkannter Stellenwert zukommt;
- das Niveau des Fremdsprachenunterrichts anzuheben, indem die Erstausbildung und die Fortbildung der Fremdsprachenlehrer und -ausbilder dadurch verbessert werden, daß sie mehr Möglichkeiten vor allem für eine geeignete Vorbereitung im Ausland erhalten;
- die Arbeitgeber und Berufsverbände zu ermutigen, die fremdsprachliche Ausbildung für Arbeitnehmer zu fördern …, insbesondere angesichts der Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Randgebiete und der weniger entwickelten Gebiete der Gemeinschaft;
- methodische Innovationen in der fremdsprachlichen Ausbildung und beim Einsatz der bei der fremdsprachlichen Ausbildung verwendeten Kommunikationstechnologien zu fördern."


1.2 Entwicklung des Programms

1.2.1 Anlauffase


Nachdem das Programm mit geringfügigen Änderungen gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag verabschiedet worden war, wurden aufgrund dieser Bedenken in der Bundesrepublik Deutschland zwei Entscheidungen gefällt, die Auswirkungen auf die nationale Durchführung hatten (vgl. Punkt 1.6). Zum einen die Aufteilung der Aktionen I und IV auf je zwei Durchführungsstellen; zum anderen die Begrenzung des Teilnehmerkreises an der Aktion IV (Austausch von Jugendlichen in der Berufsausbildung) auf Jugendliche, die in der beruflichen Bildung stehen. Dies entsprach dem Wortlaut des ersten Leitfadens. Andere europäische Mitgliedstaaten beriefen sich demgegenüber jedoch auf Ziffer 1, Absatz 2 der im Anhang zum Ratsbeschuß niedergelegten Durchführungsbestimmungen der Aktion IV, in denen es heißt: "Es ist Sache der Mitgliedstaaten, diesen Personenkreis (in der beruflichen Bildung stehende Jugendliche; B.K.) näher zu definieren und ihn entsprechend einzuengen oder auszuweiten, z.B. auf alle Jugendlichen über 16 Jahre oder alle, die an Bildungsmaßnahmen nach der Pflichtschulzeit teilnehmen."


1.2.2 Das erste operationelle Jahr


Die Durchführungsstellen sind inzwischen aufgebaut und besetzt; durch die jährliche Überarbeitung des Leitfadens für Antragsteller konnten Unklarheiten und mißverständliche Formulierungen weitgehend ausgeräumt werden.

Im Jahr 1991 wurden außerdem besondere Anstrengungen unternommen, durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung bei der Antragstellung die neuen Bundesländer in das LINGUA-Programm einzubeziehen. Diese Bemühungen bezogen sich insbesondere auf die Aktionen I, II und IV.

1.3 Fördermaßnahmen


Zum anderen wird die Entwicklung von "Europäischen Kooperationsprogrammen" (EKP) gefördert, die von Einrichtungen für die berufsbegleitende Fortbildung aus verschiedenen Mitgliedstaaten mit dem Ziel aufgebaut werden, das Angebot berufsbegleitender Fortbildung für Fremdsprachenlehrer und Ausbilder zu verbessern. Um den Aufbau solcher EKPs zu erleichtern, werden auch vorbereitende Besuche von Vertretern interessierter Einrichtungen gefördert.


Im Unterschied zum ERASMUS-Programm sind in das LINGUA-Programm - auch nicht in die Aktion II - Mitgliedsstaaten der EFTA nicht einbezogen.

Aufgrund der gut eingespielten Durchführungskonzepte für das ERASMUS-Programm gab es für die Aktion II von LINGUA erheblich geräumigere Anlaufprobleme als für die anderen Aktionen.


c) Dozentenmobilität: Mobilitätsstipendien werden für Dozenten vergeben, die an einer Partnerhochschule in einem anderen Mitgliedsstaat im Rahmen der regulären Lehrprogramme unterrichten. Die Dauer des Aufenthaltes liegt zwischen einer Woche und einem Jahr.

d) Besuchsstipendien für Dozenten und Hochschulbedienstete: Diese Stipendien dienen der Möglichkeit von Individuen oder kleineren Gruppen, Besuche zur Vorbereitung eines HKP bei potentiellen Partnerhochschulen zu absolvieren, Studienbesuche zu unternehmen oder Kurzzeitlehraufträge wahrzunehmen.
Besuche sollen grundsätzlich dem Aufbau bzw. der Durchführung von Mobilitätsprogrammen dienen, Erfahrungen im Unterricht von Fremdsprachen vertiefen oder bessere Ausbildungsverfahren für künftige Fremdsprachenlehrer erkunden.

**Aktion III: Maßnahmen zur Förderung der Kenntnisse von Fremdsprachen, die im Berufssieben und in der Wirtschaft verwendet werden:** Im Rahmen dieser Aktion werden Maßnahmen zur Ermittlung des Fremdsprachenbedarfs insbesondere kleinerer und mittlerer Unternehmen und die Entwicklung von Strategien zur Verbesserung des Fremdsprachenangebots für diese Zielgruppe gefördert. Die Durchführung von und die Teilnahme an Sprachkursen wird nicht gefördert.

Finanzielle Unterstützung von in der Regel 50 Prozent der Gesamtkosten ist für folgende Vorhaben vorgesehen:
- linguistische Bedarfsanalysen in Form von sektoralen oder regionalen Projekten, bei denen es um die Entwicklung von Methoden und Verfahren zur Ermittlung und Analyse des Sprachausbildungsbedarfs von Arbeitskräften geht;
- Entwicklung von Lehrplänen und Zertifikaten für die Sprachausbildung;
- Verbesserung der grenzüberschreitenden Anerkennung von Zertifikaten;
- Pilotprojekte zur Entwicklung innovativer Lehrräume für unterschiedliche Wirtschaftsbereiche und offenen sowie multimediaalen Fremdsprachenlernsystemen.

Ebenso wie bei allen anderen LINGUA-Aktionen, geht es auch hier insbesondere um die Förderung der weniger verbreiteten und unermitichten Sprachen. Im Rahmen der Aktion III müssen aber in jedem Projektvorschlag kleine und mittlere Unternehmen (KMU) oder deren Organisationen als Partner einbezogen sein, auch wenn andere Einrichtungen (wie Hochschulen, Sprachinstitute, Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände) den Vorschlag einreichen.


Um die projektförmige Struktur der Aktion III zu konkretisieren, sollen in folgenden einige Beispiele für die in diesem Kontext geförderten Untersuchungen gegeben werden:
- Die Entwicklung neuer und multimedia orientierter offener Lehr-/Lernmethoden konzentrierte sich auf den Einsatz neuer Lernmedien (Video, EDV, Satelliten) und die Erarbeitung entsprechender Methoden zur Vermittlung von Fremdsprachen.


Die im Rahmen des Austauschs bzw. der Begegnung durchgeführten gemeinsamen Bildungsprojekte können sprachlich, technisch oder kulturell ausgerichtet sein und sollen in die ausbildungsbezogenen Aktivitäten der Teilnehmer integriert sein. Eine Verpflichtung zur Reziprozität des Austauschs besteht nicht, ist aber erwünscht.

Von Anfang an bestanden zwischen den Mitgliedstaaten unterschiedliche Auffassungen über den in die Austauschmaßnahmen einbezogenen Kreis von Einrichtungen und Jugendlichen (vgl. Punkt 1.2.1). Antragsberechtigt waren in der Bundesrepublik Deutschland zunächst berufliche Teilzeit- und Vollzeit-
schulen, die zu einem berufsqualifizierenden Abschluß führen (d.h. keine allgemeinbildenden Schulen des Sekundarbereichs und berufliche Vollzeitschulen, die eine allgemeine Hochschulreife vergeben), überbetriebliche Ausbildungszentren sowie Industrie-, Handels- und Handwerksschulen, Innungen, Bildungs träger der Wirtschaft und der Gewerkschaften und Berufsbildungswerke (d.h. keine Betriebe) sowie Ein richtungen der Jugendsozialarbeit. Durch diese Eingrenzung, die andere europäische Mitgliedstaaten und auch die Kommission nicht teilten, sowie aufgrund von Schwierigkeiten bei der Abstimmung der nationalen Durchführungsstellen untereinander kam es zu einem unzureichenden Mittelaufbau in der Bundesrepublik Deutschland. Die Teilnahme wurde darüber hinaus durch komplexe und eher abschreckende An tragsformalitäten, Unsicherheiten über die Definition dessen, was ein gemeinsames Bildungsprojekt sein konnte und durch das fremdsprachliche Element erschwert.

Im März 1992 hat daraufhin die 114. Amtsbeiratkonferenz der Länder u.a. beschlossen,

a) alle Schulen des berufsbildenden Bereiches in die Aktion IV des LINGUA-Programms einzubeziehen, somit auch die vorher nicht antragsberechtigten Kollegs, Fachschulen und Wirtschaftsgymnasien;

b) allgemeinbildende Schulen des Sekundarbereichs in die Aktion IV einzubeziehen, sollten noch Restmittel zur Verfügung stehen, und unter Maßgabe der absolut vorrangigen Antragsberechtigung der Schulen des berufsbildenden Bereichs.


**Aktion V: Ergänzende Maßnahmen**

Die Maßnahmen im Rahmen der Aktion V des LINGUA-Programms gliedern sich in zwei Bereiche:

- **Teil A:** Förderung von Verbänden und Vereinigungen auf europäischer Ebene,
- **Teil B:** Diversifizierung des Fremdsprachenunterrichts durch die Entwicklung und den Austausch von Lehrmaterialien.

Die Aktion V A zielt auf die Entwicklung grenzüberschreitender Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen, die auf europäischer Ebene im Bereich des Fremdsprachenunterrichts und der Fremdsprachenausbildung tätig sind. Gefördert werden insbesondere gemeinsame Aktivitäten zur Verbesserung der Methodik des Fremdsprachenunterrichts und zur Förderung der Verwendung von Fremdsprachen in den Medien.

und Kosten für die Übersetzung und Verbreitung schriftlicher Materialien. Ein Eigenanteil der beteiligten Einrichtungen wird erwartet.

Die Aktion V.B fördert die Entwicklung fremdsprachlicher Unterrichtsmaterialien für die am wenigsten verbreiteten und gesprochenen Gemeinschaftssprachen. Im Unterschied zur Aktion III des LINGUA-Programms, die sich auf den berufsbezogenen und fachsprachlichen Fremdsprachenunterricht bezieht, geht es in der Aktion V.B um Lehr- und Lernmaterialien für den allgemeinen Gebrauch, die von Einrichtungen aus mehreren Mitgliedstaaten gemeinsam entwickelt werden sollen. Antragsberechtigt sind in diesem Rahmen Hochschulen, andere Einrichtungen des tertären Bereichs oder Institutionen, die sich auf die Entwicklung von Lehrmaterialien spezialisiert haben.


1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl


1.4.1 Berufsbegleitende Fortbildung


Der Kreis der antragsberechtigten Einzelpersonen und Einrichtungen ist für jedes Land genau, wenn auch nicht einheitlich, definiert. In der Bundesrepublik Deutschland können folgende Personen und Einrichtungen im Rahmen dieser Maßnahme gefördert werden:

- Fremdsprachenlehrer und -ausbilder an
  - Volkshochschulen,
  - staatlich anerkannten Ersatzschulen,
  - überbetrieblichen Bildungstätten,
  - Bildungseinrichtungen der Wirtschaft und der Gewerkschaften,
  - Einrichtungen der Jugendsozialarbeit,
  - Industrie-, Handels- und Handwerkskammern;
- Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen;
- Ausbilder von Fremdsprachenlehrern (z.B. Fachleiter an Ausbildungs- und Studienseminaren);
- Hochschullehrer, die zukünftige Fremdsprachenlehrer ausbilden und/oder in der berufsbegleitenden Fortbildung tätig sind;
- Schulaufsichtsbeamte mit Fakultas für den Fremdsprachenunterricht, wenn sie in der Lehrerfortbildung tätig sind;
- Fachberater für den Fremdsprachenunterricht;
- Lehrer, die den Fremdsprachenunterricht in der eigenen Einrichtung einführen oder ausweiten wollen und sich zu diesem Zweck eine (weitere) Fremdsprache aneignen;
- arbeitslose oder beurlaubte Fremdsprachenlehrer, deren (Wieder-)Eingliederung in den Schuldienst absehbar ist.

Das Referendariat wird zeitlich auf die Voraussetzung einer mindestens dreijährigen Berufserfahrung ange- rechnet. Bei der Initiierung oder Ausweitung des Fremdsprachenunterrichts an der eigenen Einrichtung gilt als Voraussetzung eine mindestens dreijährige Unterrichtserfahrung und eine mindestens einjährige Erfahrung im Unterricht der betreffenden Fremdsprache.

Ausgeschlossen sind Fremdsprachenlehrer und -lehrerinnen an kommerziellen Sprachinstituten und Weiterbildungseinrichtungen.


Anträge auf Teilnahme an einer Fortbildungsmaßnahme werden dezentral verwaltet, d.h., die Kommission weist den nationalen Durchführungsstellen - in Deutschland für den schulischen Bereich der Pädagogische Austauschdienst (PAD), für den nicht-schulischen Bereich die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) - einen Pauschalzuschuss zu. Die nationalen Durchführungsstellen entscheiden über die Auswahl der Antragsteller und die Höhe der tatsächlich gewährten Zuschüsse in Abstimmung mit der nationalen LINGUA Arbeitsgruppe und im Rahmen des festgelegten Höchstzuschusses pro Empfänger. Für die einzelnen Bundesländer gibt es im Zuständigkeitsbereich des PAD eine Quote, in deren Rahmen sie planen und Kurse anmelden können.

1.4.2 Europäische Kooperationsprogramme

Im Rahmen der Europäischen Kooperationsprogramme (EKP) wird die aktive Zusammenarbeit von berufsbegleitenden Forbildungeinrichtungen in mindestens zwei, vorzugsweise aber drei oder mehr Mitgliedstaaten gefördert. Sie sollen innovative Methoden für den Fremdsprachenunterricht und die Fremdsprachenausbildung erarbeiten und dabei möglichst Informationstechnologien einsetzen.

Über Anträge auf die Förderung von EKP entscheidet die Kommission. Bevorzugt werden solche Programme unterstützt, die die folgenden Kriterien erfüllen:
- Verbesserung der berufsbegleitenden Fortbildung von Fremdsprachenlehrern,
- Förderung von Kenntnissen in den am wenigsten verbreiteten und unterrichteten Sprachen,
- Förderung von Innovationen im Bereich der Methoden zur Fremdsprachenausbildung,
- Nutzung neuer Informationstechnologien.

Antragsberechtigt für die Teilnahme an einem EKP sind bestimmte, von den Mitgliedstaaten der Kommission offiziell benannte Einrichtungen. Sie sind im LINGUA Leitfaden für Antragsteller namentlich aufgeführt.


1.4.3 Hochschulkooperationsprogramme


Bei HKP, die Dozentennobilitätsprogramme organisieren, wird solchen Programmen Vorrang eingeräumt, in denen die Gastdozenten zum regulären Lehrprogramm der Gastuniversität beitragen und die weniger verbreiteten und unterrichteten Sprachen einbezogen sind. Die Dauer des Auslandsaufenthalts sollte zwischen einer Woche und einem Jahr liegen.

1.4.4 Besuchsstipendien


- die am wenigsten verbreiteten und unterrichteten "LINGUA"-Sprachen;
- Ausbildung zukünftiger Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer;
- Aufbau oder Durchführung von Mobilitätsprogrammen für zukünftige Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer;
- sprachliche Probleme, die bei der Studentenmobilität auftreten;
- Einsatz von Informationstechnologien im Fremdsprachenunterricht.

Nach Prüfung der Anträge durch das ERASMUS-Büro werden sie von der Kommission entschieden.

1.4.5 Strategien für die Fremdsprachenausbildung im Berufsleben und in der Wirtschaft


Eine Kopie des Projektantrags, der an das LINGUA-Büro zu richten ist, muß an die zuständige nationale Agentur in den beteiligten Mitgliedstaaten geschickt werden. Damit wird den Agenturen Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

1.4.6 Studienbesuche zur Entwicklung von Mobilität und Sprachautauschvorhaben in der Wirtschaft


1.4.7 Austausch und Begegnung von Jugendlichen in der Berufsausbildung


Die für den Austauschvortreiber verantwortlichen Betreuer können über ihre berufsbildenden Einrichtungen Zuschüsse für vorbereitende Besuche von bis zu einwochiger Dauer beantragen, die für die Reise- und Unterbringungskosten bestimmt sind.


Rechtsgrundlage des Austauschs ist ein Partnervertrag mit mindestens einer Einrichtung der deutschen Bildung in einem anderen Mitgliedsstaat der EG. Der Vertrag wird von beiden Partnern in der Vorbereitungphase ausgehandelt. Er regelt alle fachlichen, pädagogischen und organisatorischen Einzelheiten der Zusammenarbeit (z.B. Projekttiteln, Vorbereitung der Gruppen, Ablauf der Begegnung, Rahmenprogramm, Teilnehmerzahl, Unterkunft, Betreuung etc.).


1.4.8 Förderung von europäischen Verbänden und Vereinigungen

Im Rahmen dieser Maßnahme werden Aktivitäten von Verbänden und Vereinigungen gefördert, die a) im Bereich des Fremdsprachenunterrichts und der Fremdspracheausbildung tätig sind, b) in mindestens vier Mitgliedsstaaten operieren und c) gemeinnützig sein müssen.

Sie bewerben sich mit Projekten bei der Kommission (LINGUA-Büro), die eines oder mehrere der folgenden Kriterien erfüllen sollen:
- Beitrag zum besseren Verständnis der Ziele des LINGUA-Programms;
- Förderung des Gedankenaustauschs und Organisation von Diskussionsforen über Themen des Fremdsprachenunterrichts;
- Einbringung und Verstärkung der europäischen Dimensionen in die Aktivitäten;
- Koordination der Aktivitäten nationaler Verbände und Vereinigungen auf europäischer Ebene;
### Tabelle 32: Einzelförderung

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktion I:</th>
<th>Höchstzuschuß laut Leitfaden 1992</th>
<th>durchschnittlicher Zuschuß BRD</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>A: Förderung der Fortbildung von Fremdsprachenlehrern (pro TN)</td>
<td>1.500 ECU</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>B: EKP (pro Jahr)</td>
<td>25.000 ECU</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktion II:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>HKP (pro Hochschule/pro Jahr)</td>
<td>25.000 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>Studentenmobilität (pro Person und Monat)</td>
<td>417 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>Dozentenmobilität (1-3 Monate)</td>
<td>1.500-3.500 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>Studienbesuche</td>
<td>1.500 ECU</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktion III:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Studienbesuche (pro Person)</td>
<td>1.500 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>Bedarfsfeststellung (pro Projekt und Jahr)</td>
<td>50.000 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>Modellversuche: Lehrrat (pro Projekt und Jahr)</td>
<td>200.000 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>Entwicklung offener Lernsysteme (pro Projekt und Jahr)</td>
<td>50.000 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>Einführung des Zertifikatsverfahrens (pro Projekt und Jahr)</td>
<td>50.000 ECU</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktion IV:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Austauschstipendien</td>
<td>variabel</td>
</tr>
<tr>
<td>vorbereitende Besuche (pro Besuch)</td>
<td>500 ECU PAD: variabel</td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>CDG: 950.-- DM</td>
</tr>
</tbody>
</table>

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktion V:</th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>A: Informationsmäßige Unterstützung der Verbände pro Projekt</td>
<td>20.000 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>B: Entwicklung von Unterrichtsmaterial (jährlich, für maximal 3 Jahre)</td>
<td>50.000 ECU</td>
</tr>
</tbody>
</table>


#### 1.5.2 Förderung der Fortbildung von Fremdsprachenlehrern

Im Rahmen der Aktion I werden zwei Einzelmaßnahmen gefördert: a) Fortbildung von Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrern; b) europäische Kooperationsprojekte zwischen Fortbildungseinrichtungen.

Im akademischen Jahr 1990/91 (der Anlaufphase des LINGUA-Programms) nahmen 137 deutsche Lehrerinnen und Lehrer an einer Fortbildung teil, was einem Anteil von 26,5 Prozent an der Gesamtzahl der Teilnehmer entspricht. Von allen europäischen Mitgliedstaaten hatte die Bundesrepublik Deutschland damit die meisten Teilnahmen an einer Fortbildung zu verzeichnen. Der Anteil der deutschen Teilnehmerinnen und Teilnehmer im akademischen Jahr 1991/92 betrug sogar 44,0 Prozent (2312 von 5257 insgesamt). Im Jahre 1990/91 kamen insgesamt 48 Fremdsprachenlehrer und -lehrerinnen aus anderen Mitgliedstaaten zu Fortbildungen in die Bundesrepublik Deutschland. Im Rahmen der Aktion I.A stand die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1991/92 als Gastland an vierter Stelle (447 Aufnahmen) nach Großbritannien (2.414 Aufnahmen), Frankreich (1.416 Aufnahmen) und Spanien (577 Aufnahmen). Dagegen stand sie als Entsendeland (2.312 Teilnahmen) an erster Stelle vor Großbritannien (663 Teilnahmen).
### Tabelle 33: Zuschüsse und Teilnahme an der Aktion I.A im Vergleich EG-weit und Bundesrepublik Deutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Budget der Aktion I.A</td>
<td>4,5 Mio. ECU</td>
<td>5,6 Mio. ECU</td>
<td>7,0 Mio. ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>deutscher Anteil am Budget</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>2,07 Mio. ECU</td>
<td>1,7 Mio. ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnitt. Zuschuß pro Teilnehmer (EG-weit)</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>1,000 ECU</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Teilnehmer insgesamt</td>
<td>516</td>
<td>5,257</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>deutsche Teilnehmer</td>
<td>137</td>
<td>2,312</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>BRD als Gastland:</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Zahl der Aufnahmen</td>
<td>48</td>
<td>447</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>


Der durchschnittliche Anteil von Frauen an Fortbildungen lag 1991/92 EG-weit bei 79 Prozent; in der Bundesrepublik Deutschland lag er im selben Jahr bei 83,2 Prozent. Die Dauer der Fortbildung beträgt zumeist zwischen acht und fünfzehn Tagen (61,2%); ein knappes Viertel (24,0%) der Fortbildungen dauert zwischen 16 und 24 Tagen. 7,7 Prozent sind länger als 24 Tage und 3,7 Prozent kürzer als acht Tage.


### Tabelle 34: Budget und Anzahl der Europäischen Kooperationsprogramme

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1991</th>
<th>1992</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Budget (EG-weit)</td>
<td>300.000 ECU</td>
<td>1.431.000 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>beantragte EKP</td>
<td>68</td>
<td>62</td>
</tr>
<tr>
<td>bewilligte EKP</td>
<td>12</td>
<td>25*</td>
</tr>
<tr>
<td>von deutscher Seite koordinierte EKP</td>
<td>0</td>
<td>2</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl deutscher Partnereinrichtungen in EKP</td>
<td>7</td>
<td>16</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* davon 7 Verlängerungen

1.5.3 Förderung der Studenten- und Dozentenmobilität im Rahmen von Hochschulkooperationsprogrammen (HKP)

Der 1991/92 zur Verfügung stehende Gesamthaushalt für die Aktion II des LINGUA-Programms betrug 5 Mio. ECU. Die Kommission bewilligte europaweit 149 HKP (Bewilligungsquote: 84,2 %) mit 144 Studentenmobilitätsprogrammen (Bewilligungsquote 83,7 %) und 32 Dozentenmobilitätsprogrammen (Bewilligungsquote 40 %). Die meisten Teilnehmer (19,9 %) kamen aus der Bundesrepublik Deutschland, gefolgt von Großbritannien (15,3 %), Frankreich (14 %) und Spanien (14 %). Tabelle 35 gibt einen Überblick über die EG-weite Entwicklung der Aktion II in den Jahren 1991/92 und 1992/93.


<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>HKP-Anträge</td>
<td>182</td>
<td>232</td>
</tr>
<tr>
<td>bewilligte HKP</td>
<td>12</td>
<td>211*</td>
</tr>
<tr>
<td>Zahl der beteiligten Hochschulen</td>
<td>627</td>
<td>972</td>
</tr>
<tr>
<td>HKP mit Studentenmobilität</td>
<td>144</td>
<td>204</td>
</tr>
<tr>
<td>HKP mit Dozentenmobilität</td>
<td>32</td>
<td>58</td>
</tr>
<tr>
<td>vorbereitende Besuche</td>
<td>56</td>
<td>40</td>
</tr>
<tr>
<td>Beteiligung von Studierenden</td>
<td>4.180</td>
<td>6.724</td>
</tr>
<tr>
<td>Beteiligung von Lehrenden</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>774</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* davon 162 Veränderungen


Von den insgesamt 56 vorbereitenden Besuchen hatten neun eine Einrichtung der neuen Länder zum Ziel (16,1 %).


Tabelle 36: Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an LINGUA, Aktion II und verfügbare Mittel

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>davon verausgabt</td>
<td>544.447 DM</td>
<td>1,36 Mio. DM</td>
<td>1,98 Mio. DM</td>
</tr>
<tr>
<td>(89% =)483.770 DM</td>
<td></td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>HKP insgesamt mit deutscher Beteiligung</td>
<td>32</td>
<td>122</td>
<td>187</td>
</tr>
<tr>
<td>davon mit Studentenmobilität</td>
<td>29</td>
<td>115</td>
<td>178</td>
</tr>
<tr>
<td>davon mit Dozentenmobilität</td>
<td>?</td>
<td>?</td>
<td>?</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl der geförderten Studierenden</td>
<td>168</td>
<td>564</td>
<td>1.104</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnittl. Aufenthaltsdauer der Studierenden</td>
<td>7 Monate</td>
<td>7 Monate</td>
<td>7 Monate</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnittl. Stipendium für Studierende pro Monat</td>
<td>409 DM</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

Auch im LINGUA-Programm erhalten BAFöG-Empfänger den Bafög-Auslandssatz (bestehend aus dem Inlandsbafög, einem länderspezifischen Bafög-Auslandszuschlag und einen BAFöG-Reisekostenzuschuss) und eine zusätzliche monatliche Mobilitätsszulage von 100,- DM aus LINGUA-Mitteln für die Dauer ihres Auslandsaufenthaltes.


1.5.4 Förderung von Fremdsprachen im Berufsbildung und in der Wirtschaft


Die verschiedenen Einzelaktivitäten, die von der Kommission projektformig (mit Ausnahme der Studienbesuche und der vorbereitenden Besuche zur Projektanbahnung) gefördert werden, können maximal wie folgt geschätzt werden:

a) Entwicklung und Verbreitung von Techniken zur Ermittlung und Analyse des Fremdsprachenbedarfs von Beschäftigten,
   bis zu 50.000 ECU pro Projekt und pro Jahr für maximal 3 Jahre;

b) Entwicklung von Fremdsprachenlehrplänen und Zertifizierungsverfahren,
   bis zu 50.000 ECU pro Projekt und pro Jahr für maximal 3 Jahre;

c) Entwicklung von Sprachlehrmaterialien,
   bis zu 200.000 ECU pro Projekt und pro Jahr für maximal 3 Jahre;

d) Studienbesuche (3 Wochen),
   1.500 ECU pro Teilnehmer.

Dabei decken die bewilligten Zuschüsse 50 Prozent der beantragten und bewilligten Projektkosten bis zur festgelegten Höchstgrenze ab. Die Durchschnittsbeträge liegen in der Regel erheblich unter den Höchstbeträgen.

mit Frankreich an zweiter Stelle, was die Anzahl der bewilligten Projekte betrifft (für Großbritannien wurden elf Projekte bewilligt), jedoch an erster Stelle bezüglich der Höhe der bewilligten Projektmittel (20,4% der bewilligten Gesamtsumme). Im Jahr 1992 wurden ebenfalls zehn Projekte von deutscher Seite koordiniert. Damit lag die Bundesrepublik gemeinsam mit Italien an dritter Stelle hinter Großbritannien (Koordination von 17 Projekten) und Frankreich (Koordination von 15 Projekten). Mit 13 beteiligten Partnereinrichtungen lag die Bundesrepublik 1992 an fünfter Stelle hinter Frankreich und Großbritannien (je 68), Italien (43) und Spanien (40). Tabelle 37 zeigt die Entwicklung der Aktion III von 1991 bis 1992 und die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Aktion.


<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td><strong>Budget (EG-weit)</strong></td>
<td>2,74 Mio. ECU</td>
<td>7,00 Mio. ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>deutscher Anteil am Budget</td>
<td>560,800 ECU</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>beantragte Projekte</td>
<td>173</td>
<td>170</td>
</tr>
<tr>
<td>bewilligte Projekte</td>
<td>58</td>
<td>86*</td>
</tr>
<tr>
<td>beteiligte Partnereinrichtungen</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>441</td>
</tr>
<tr>
<td>von deutscher Koordinierte Projekte</td>
<td>10</td>
<td>10</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl deutscher Partnereinrichtungen</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>33</td>
</tr>
<tr>
<td>Vorbereitende Besuche</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>12</td>
</tr>
<tr>
<td>Studienbesuche</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>0</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* davon 34 Verlängerungen


1.5.5 Förderung des Austauschs von Jugendlichen in der Berufsausbildung


Der LINGUA-Leitfaden legt für die einzelnen Aktivitäten der Aktion IV folgende Höchstfördersätze fest:

a) Vorbereitende Besuche (1 Woche): 500 ECU pro Besuch,
b) Austausch von Jugendgruppen (2 Wochen): 50 bis maximal 75 Prozent der Kosten.

Der Tätigkeitsbericht der Kommission weist für das Haushaltsjahr 1990/91 noch große Lücken in den Statistiken über die Aktion IV auf. Die Bundesrepublik Deutschland entsandte 16 Gruppen (7,4%) mit 264 Teilnehmern (6,6%) und 29 Betreuungspersonen (9,2%). Damit lag sie bei der Anzahl der Gruppen und Teilnehmer an vierter Stelle hinter Frankreich, Italien und Großbritannien. Als Aufnahmeland liegt sie bei der Anzahl der Gruppen an erster Stelle, bei der Anzahl der Teilnehmer an dritter Stelle.

Der PAD verwaltet 30% der Programmmitte von Aktion IV, was im Haushaltsjahr 1990/91 einer Summe von etwa über 51.000 DM entsprach. Er verausgabte im selben Jahr 92 Prozent dieser Mittel (knapp 47.000 DM) und förderte damit insgesamt 19 Gruppen. Im Unterschied zur CDG verfügt der PAD über keine Komplementärmittel. Es gibt jedoch einige Bundesländer (z.B. Niedersachsen und Bayern), die für ihre eigenen Landeskinder im Rahmen von LINGUA Komplementärmittel zur Verfügung gestellt haben. Diese werden allerdings nicht vom PAD vergeben, sondern direkt von den Kultusministerien der Länder.

tion IV aus. Mit dieser Zahl (2.884) lag die Bundesrepublik Deutschland an zweiter Stelle hinter Frankreich (4.374 Jugendliche).


Tabelle 38: Entwicklung der Aktion IV europaweit und in der Bundesrepublik Deutschland

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>deutscher Anteil am Budget</td>
<td>ca. 24.901 ECU</td>
<td>1.807.423 ECU</td>
<td>1.622.662 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl vorbereitende Besuche</td>
<td>235</td>
<td>811</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl gefördelter Projekte (EG-weit)</td>
<td>215</td>
<td>911</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Teilnehmer insgesamt</td>
<td>4.335</td>
<td>19.720</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>davon Schüler</td>
<td>4.018</td>
<td>17.891</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>davon Lehrer</td>
<td>317</td>
<td>1.829</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>deutsche Teilnehmer</td>
<td>293</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>davon Schüler</td>
<td>264</td>
<td>2.884</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>davon Lehrer</td>
<td>29</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>

1.5.6 Förderung von Verbanden und Vereinigungen


Tabelle 39: EG-weite und deutsche Beteiligung an der Aktion V.A

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1991</th>
<th>1992</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Anträge</td>
<td>28</td>
<td>22</td>
</tr>
<tr>
<td>bewilligte Projekte</td>
<td>8</td>
<td>14</td>
</tr>
<tr>
<td>beteiligte Partnerinrichtungen</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>70</td>
</tr>
<tr>
<td>bewilligte Zuschüsse</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>172.392 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>(Haushaltsansatz: 200.000 ECU)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>von deutscher Seite koordiniert</td>
<td>0</td>
<td>0</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl deutscher Partnerinrichtungen</td>
<td>keine Angaben</td>
<td>4</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1.5.7 Förderung der Entwicklung und des Austauschs von Lehrmaterialien

Die Aktion V.B wird meist zusammen mit der Aktion III betrachtet. Wird in der Aktion III die Entwicklung und der Austausch fachspezifischer und auf berufliche Fächer bezogener Lehrmaterialien gefördert, so geht es in der Aktion V.B um Lehrmaterialien für allgemeinere Zwecke.


Im Jahr 1991 gab es eine Vorauswahl und zwei reguläre Antragsrunden, in denen von insgesamt 58 eingegangenen Projektanträgen 35 bewilligt und zwei weitere für das Haushaltsjahr 1992 vorgesehen wurden. Von der 1991 beantragten Summe der Projektmittel (770.500 ECU) wurden 548.500 ECU bewilligt (71,2%). Die Bundesrepublik Deutschland beantragte 51.500 ECU (6,7% der Antragssumme) und bekam 20.000 ECU (3,7% der Bewilligungssumme) bewilligt. Sie koordinierte eins von insgesamt 15 Projekten im Rahmen der Aktion V.B. Als Partner war sie an 24 von 73 Projekten im Rahmen der Aktion III und V.B zusammen beitragen beteiligt (39,9% der Projekte).


<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1991</th>
<th>1992</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Anträge</td>
<td>58</td>
<td>52</td>
</tr>
<tr>
<td>bewilligte Projekte</td>
<td>15</td>
<td>23*</td>
</tr>
<tr>
<td>Zuschüsse</td>
<td>548.500 ECU</td>
<td>991.500 ECU</td>
</tr>
<tr>
<td>von deutscher Seite koordinierte Projekte</td>
<td>1</td>
<td>4</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl Partnereinrichtungen</td>
<td>nicht zu ermitteln**</td>
<td>93</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl beteiligter Partnereinrichtungen, aus der Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>nicht zu ermitteln**</td>
<td>4</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* davon 7 Verlängerungen.
** Im Tätigkeitsbericht der Kommission für das Jahr 1991 sind die statistischen Angaben für die Aktionen III und V.B an diesen Punkten zusammengefaßt.

In den 1992 bewilligten Projekten wurden als Zielsprache Deutsch zweimal, Englisch viermal und Französisch fünfmal berücksichtigt.


1.5.8 Deutsche Komplementärmittel

Bei der Aufschlüsselung von Komplementärmitteln muß unterschieden werden zwischen solchen, die direkt zur Aufstockung von Programmaktivitäten zur Verfügung gestellt werden, und solchen, die zur Deckung bzw. Aufstockung der personellen und sachlichen Ressourcen der Durchführungs- und Koordinierungsstellen in der Bundesrepublik Deutschland dienen. Die von deutscher Seite aufgebrachten Mittel sind für die Durchführung der verschiedenen LINGUA-Aktionen unterschiedlich hoch und auch für verschiedene Zwecke vorgesehen.


1.6 Aufbau des Programms


1.6.1 Funktion der Kommission der EG

Entsprechend der Entscheidung des Rates der Europäischer Gemeinschaften zur Einrichtung des LINGUA-Programms (Art. 9, Abs. 1) "führt die Kommission das LINGUA-Programm... durch." Die zuständige Verwaltungseinheit ist die Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend.

Bei der Durchführung ist die Task Force an die Entscheidungen zur Gestaltung des Programms gebunden, die im Anhang zum Ratsbeschuß über das Programm niedergelegt sind. Der Anhang bestimmt die Fördervoraussetzungen, Ziele und maximalen Fördersummen der einzelnen Aktionen. Die Kommission kann in begrenztem Umfang Förderungsmaßnahmen modifizieren (vgl. Ratsbeschuß Art. 9, Abs. 4 und 5).

Der Anhang zum Ratsbeschuß legt außerdem fest, welche Aktionen des LINGUA-Programms zentral von der Kommission und welche dezentral von nationalen Durchführungsstellen abgewickelt werden. Schließlich werden Kriterien für die Berechnung des jährlichen Globalzuschusses an die einzelnen Mitgliedstaaten für die Aktion I.A (Fortbildung von Fremdsprachenlehrern), die Aktion II (Mobilitätsstipendien für Studenten) und die Aktion IV (Jugendaustausch) bestimmt.

1.6.2 Der Beratende Ausschuß

Beider Wahrnehmung ihrer Aufgaben "wird die Kommission von einem Ausschuß unterstützt, der sich aus je zwei Vertretern der Mitgliedstaaten zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt" (Art. 9, Abs. 2). Der Ausschuß hat beratende Funktionen und wird zweimal im Jahr von der Kommission einberufen. Laut Ratsbeschuß konsultiert die Kommission den Ausschuß insbesondere zu den "allgemeinen Leitlinien für das LINGUA-Programm", den "Leitlinien für die finanzielle Unterstüzung durch die Gemeinschaft (Beträge, Dauer, Begünstigte)" sowie zu "Fragen im Zusammenhang des LINGUA-Programms, einschließlich der Aufgliederung der einzelnen Aktionen und der Förderung der Verwendung aller Fremdsprachen" (Art. 9, Abs. 3).


1.6.3 Expertengruppen

Artikel 9, Absatz 2 des Ratsbeschlusses über das LINGUA Programm legt ebenfalls fest, daß "die Mitglieder des Ausschusses ... von Sachverständigen oder Beratern unterstützt werden (können)." Auch die Kommission bedient sich des Rates verschiedener Expertengruppen, die auf Vorschlag der Vertreter der Mitgliedstaaten im Beratenden Ausschuß aus Sachverständigen der verschiedenen Mitgliedstaaten gebildet werden.


a) Anträge auf Teilnahme an oder Koordination eines Europäischen Kooperationsprogramms (Aktion I.B);

b) Projektanträge zur linguistischen Bedarfsanalyse, Entwicklung fachbezogener Lehrmaterialien, Einführung von Zertifikatsverfahren, Einsatz von Lehr- /Lernmaterialen (Aktion III);

c) Projekte im Rahmen der Förderung von Verbänden und Vereinigungen (Aktion V.A);

d) Projekte zur Entwicklung und zum Austausch allgemeiner Lehrmaterialien (Aktion V.B).


1.6.4 Das LINGUA-Büro


Das LINGUA-Büro hatte im Dezember 1992 insgesamt 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Mitgliedstaaten. Es wird von einem Konsortium getragen, das aus dem deutschen Goethe-In-
stitut, dem British Council und dem französischen Centre International d'Études Pédagogiques (CIEP) in Sèvres/Alliance Française besteht.

1.6.5 Nationale Agenturen und nationale LINGUA-Gruppe

Im LINGUA-Programm gibt es zwei Arten nationaler Agenturen; zum einen die nationalen Durchführungsstellen (im Sinne von National Grant Awarding Authorities, NGAA), zum anderen die nationalen Koordinierungsstellen. Die nationalen Koordinierungsstellen nehmen gutachterliche Tätigkeiten wahr und sind für Information und Beratung der potentiellen Teilnehmer zuständig; mit der Verwaltung von Fördermitteln und der finanziellen Abwicklung sind sie dagegen nicht befaßt. Die nationalen Durchführungsstellen verwalten die Förder- oder Programmmittel, die jährlich als Pauschalsumme von der Kommission zugewiesen werden. Sie entscheiden in Abstimmung mit der deutschen LINGUA-Gruppe über die Höhe der Zuschüsse bei der Fortbildung von Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrern (Aktion I.A), die Höhe der Studentenmobilitätsstipendien (Aktion II), nicht aber über die Einrichtung von HKP, und die gemeinsamen Bildungsprojekte im Rahmen des Jugendtausuchs (Aktor IV). Darüber hinaus sind sie für die Information, Organisation, Beratung und Betreuung der Mitteilempfänger zuständig. In diesem Sinne sind CDG und PAD Durchführungsstellen für die Aktionen I.A und IV, der DAAD für die Aktion II. Die NATALI (Nationale Agentur LINGUA an der Universität Saarbrücken) ist Koordinierungsstelle für die Aktionen III und V.B.


Zu den wichtigsten Aufgaben der Carl Duisberg Gesellschaft und des Pädagogischen Austauschdienstes (Durchführungsstellen für die Aktionen I.A und IV) gehören: Information der Adressatenkreise und Beratung der Antragsteller, Hilfestellung bei der Antragstellung, Sammlung und Prüfung der Anträge, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Beratung bei der Gestaltung und Durchführung der Aktivitäten durch die Mitteilempfänger (einschließlich die Entwicklung von Formblättern für die Antragstellung, Setzung von Richtlinien über die Höhe der Zuschüsse und die erstattungsfähigen Kosten im einzelnen in Abstimmung mit der nationalen LINGUA-Gruppe), Bewilligung von Anträgen (beim PAD nur nach Anweisung der Länder) und Auszahlung der Zuschüsse, Prüfung der Abrechnungen sowie die Sammlung und Auswertung der Berichte. Für den vollzeitschulischen Bereich in der Zuständigkeit der Länder und des PAD gilt das oben Gesagte nur eingeschränkt. Mit Ausnahme von Beratungen eher technischer Natur auf Informationsveranstaltungen sehen hier die Kultusministerien der Länder eine direkte Zuständigkeit für


Für CDG und PAD bestehen noch große Schwierigkeiten, die Interessenten bei der Suche nach Partnereinrichtungen in anderen Mitgliedstaaten zu unterstützen. In gewissem Umfang können die nationalen Durchführungsstellen aber auch programmsteuernd wirken, indem sie z.B. durch höhere Zuschüsse bei Projekten im Rahmen der Aktion I in Zielländern mit den am wenigsten verbreiteten Sprachen besondere Anreize schaffen. Dies ist gerade im berufsbildenden Bereich besonders schwierig, weil dort - wenn überhaupt - nur eine der verbreiteten Sprachen unterrichtet wird. In der Bundesrepublik Deutschland erfolgt die Schwerpunktsetzung im Rahmen der Abstimmungen in der nationalen LINGUA-Gruppe.


- Initiierung von Projekten,
- Beratung von Projektleitern und potentiellen Antragstellern,
- Prüfung und Evaluierung von Projektanträgen und Projektiinitiativen,
- Kooperation mit dem LINGUA-Büro in Brüssel und den Partnern in den anderen EG-Mitgliedstaaten,
- Förderung der Kooperation zwischen Institutionen, Unternehmen und Betrieben auf nationaler und internationaler Ebene,
- gemeinsame Diskussion mit den Partnern über die Förderphilosophie und die Förderungspolitik von LINGUA,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Einbeziehung der LINGUA-Projekte und -Aktivitäten in die internationale Fachdiskussion und umgekehrt,
- Förderung der Bemühungen um tragfähige Bedarfs- und Bedürfniserhebungen, die quantitativ und qualitativ einem internationalen Standard entsprechen.


Darüber hinaus werden in der deutschen LINGUA-Arbeitsgruppe laufend Präzisierungen des Teilnehmer- und Adressatenkreises vorgenommen, die Aufteilung der verfügbaren Fördermittel in Aktion Ia und IV auf den PAD und die CDG beschlossen sowie die Förderungshöhe und -soweit möglich - die Vergabeverfahren in den dezentral durchgeführten Aktionen angestimmt. Schließlich wirkt die Arbeitsgruppe an der Vorbereitung der Sitzungen des Beratenden Ausschusses mit und ist in die Beratungen zur Weiterentwicklung des LINGUA-Programms eingebunden.
1.6.6 HKP-Koordinatoren, Programmbeauftragte und Funktion der Hochschulverwaltungen im Rahmen der Aktion II

Aufgaben und Funktionen der HKP-Koordinatoren, Programmbeauftragten und Hochschulverwaltungen im Rahmen der Aktion II des LINGUA-Programms sind denen des ERASMUS-Programms vergleichbar. Auch die LINGUA-HKP haben jeweils einen Koordinator, der für die Antragstellung und laufende Zusammenarbeit sowie für die Berichterstattung an die Kommission zuständig ist. Immer häufiger - wenn auch nicht durchgängig - werden diese Aufgaben von damit betrauten Personen in den Akademischen Auslandsämtern der Hochschulen wahrgenommen.


1.6.7 EKP-Koordinatoren


1.6.8 Individuelle Antragsteller

Einzelpersonen oder kleinere Gruppen, die außerhalb von EKP und HKP Zuschüsse für Studien- bzw. vorbereitende Besuche erhalten, sind für die Verwendung der Mittel sowie für die sachliche und Finanzberichterstattung gegenüber der Kommission selbst zuständig. Dasselbe gilt für Projektleiter in Gestalt von Einrichtungen, Verbänden und Organisationen, die Mittel aus den Aktionen III und V erhalten.


Übersicht 25: LINGUA - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) LINGUA-Büro, 10, rue du Commerce, B-1040 Brüssel
c) ERASMUS-Büro (Aktion II), 70, rue Montoyer, B-1040 Brüssel
d) Vertreter des Bundes im Beratenden Ausschuß: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Elchlepp, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
e) Vertreter der Länder im Beratenden Ausschuß: Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultur, Herr Knauss, Salvatorstr. 2, 8000 München

Aktion I.A: a) 70 %; schulischer Bereich; Durchführung: Pädagogischer Austauschdienst der KMK, Herr Gross, Nassestr. 8, 5300 Bonn 1; b) 30 %; außerschulischer Bereich; Durchführung: Carl Duisberg Gesellschaft, Herr Krippendorff, Hohenstaufenring 30-32, 5000 Köln
Aktion II: Durchführung: Deutscher Akademischer Austauschdienst, EG-Referat, Herr Wächter, Kennedyallee 50, 5300 Bonn 2
Aktion III: Koordinierung: Nationale Agentur LINGUA (NATALI), Universität des Saarlandes, Prof. Raasch (wissenschaftlicher Leiter), Im Stadtwald, Bau 15, 6600 Saarbrücken
Aktion IV: a) 70 %; duales System der beruflichen Bildung; Durchführung: Carl Duisberg Gesellschaft, Herr Krippendorff, Hohenstaufenring 30-32, 5000 Köl; b) 30 %, vollzeitschulischer Bereich der beruflichen Bildung; Durchführung: Pädagogischer Austauschdienst der KMK, Herr Gross, Nassestr. 8, 5300 Bonn

Aktion V.B: Koordinierung: Nationale Agentur LINGUA (NATALI), Universität des Saarlandes, Prof. Raasch, Im Stadtwald, 6600 Saarbrücken

1.7 Ablauf des Programms

Für die verschiedenen LINGUA-Aktionen bestehen unterschiedliche Abläufe und Antragsfristen. Sie werden im folgenden der Reihe nach dargestellt.


Die Förderung von Hochschulkooperationsprogrammen mit Studenten- und Dozentenmobilität (Aktion II) unterliegt dem gleichen Ablauf wie die Hochschulkooperationsprogramme im ERASMUS-Programm. Beide HKP-Typen (ERASMUS und LINGUA) werden auf EG-Ebene vom ERASMUS-Büro betreut und in der Bundesrepublik Deutschland vom DAAD. In der Einzeldarstellung des ERASMUS-Programms wird der Ablauf eines Haushaltsjahres exemplarisch und ausführlich dargestellt, so daß an dieser Stelle auf Abschnitt 1.7 der Einzeldarstellung des ERASMUS-Programms verwiesen werden kann.


Die Fristen und der Ablauf von Aktivitäten im Rahmen der Aktion IV (Austausch von Jugendlichen in der beruflichen Bildung im Rahmen von gemeinsamen Bildungsprojekten) haben von Beginn des LINGUA-Programms an ein gewisses Problem dargestellt. Von der Idee zu einem gemeinsamen Bildungsprojekt über die Suche nach geeigneten Partnern, vorbereitende Besuche zur Planung und Organisation des Projekts, Antragstellung und Bewilligung bis hin zur tatsächlichen Durchführung des Austauschs vergeht häufig so viel Zeit, daß die Jugendlichen, mit denen das Projekt geplant wurde, die Einrichtung schon wieder verlassen oder ihre berufliche Ausbildung beendet haben, bevor es zum Austausch kommt.
Will eine berufsbildende Einrichtung Jugendgruppen mit einer Partnereinrichtung aus einem anderen EG-Mitgliedstaat austauschen, so ergeben sich im Rahmen des Ablaufs folgende Aufgaben:
- Suche einer geeigneten Partnereinrichtung und Kontaktaufnahme;
- Festlegung des Projektinhalts;
- Klärung der Austauschbedingungen (evtl. im Rahmen eines vorbereitenden Besuchs), Benennung der teilnehmenden Jugendlichen und des Betreuers oder der Betreuerin;
- Beachtung der jeweiligen Bestimmungen für den Austausch, Einholen der notwendigen Genehmigungen;
- Abschluß des Partnervertrags;
- Betreuung der Gruppe im Gastland, Sicherstellung, daß der Partnervertrag eingehalten wird;
- kulturelle Betreuung ausländischer Gastgruppen in der eigenen Einrichtung;
- Abschlußbericht.

Aufgrund der Komplexität dieses Ablaufs und der damit verbundenen aufwendigen Vorbereitungen werden im Prinzip auf Dauer angelegte Partnerschaften zwischen Einrichtungen angestrebt, die wechselseitig Jugendgruppen austauschen. Dies ist aber bisher noch nicht in der nötigen Stabilität erreicht.


Formulare für Anträge von Vereinigungen und Verbänden im Rahmen der Aktion V.A sind ebenfalls im LINGUA-Leitfaden für Antragsteller enthalten. Anträge werden mindestens sechs Monate vor Beginn der Aktivität an das LINGUA-Büro eingereicht, eine Kopie des Antrags ist zur Begutachtung an die nationale Agentur zu senden.

1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

Bei allen Fördermaßnahmen sind die vertraglichen Mittelempfänger zu Sachberichten und zum Nachweis der Mittelverwendung verpflichtet. Zu Sachberichten an die Kommission sind verpflichtet:
- die nationalen Durchführungsstellen im Hinblick auf die Fortbildung von Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrern (Aktion I.A), die Mobilitässtipendien für Studierende (Aktion II) und den Austausch von Jugendlichen in der beruflichen Bildung (Aktion IV);
- die Koordinatoren der HKP im Hinblick auf die Hochschulkooperationsprogramme (Aktion II);
- die einzelnen Antragsteller im Hinblick auf Studienbesuche und Besuchsstipendien (Aktionen II, III);

Zu Verwendungsanweisungen, beim PAD in Form einer detaillierten Abrechnung mit Originalbelegen, sind verpflichtet:
- die einzelnen Empfänger von Zuschüssen für vorbereitende Besuche, Studienbesuche und Besuchsstipendien gegenüber der Kommission;
- die einzelnen Antragsteller und Empfänger von Mitteln für die vorbereitenden Besuche im Rahmen der Aktion IV an die zuständige nationale Durchführungsstelle;
- die Freundsprachenlehrerinnen und -lehrer, die einzelnen Hochschulen und die Jugendgruppen aus der beruflichen Bildung gegenüber der nationalen Durchführungsstelle und letztere gegenüber der Kommission;
- Projektnehmer und Projektkoordinatoren im Hinblick auf die Verwendung der Projektgelder gegenüber der Kommission;
- die Carl Duisberg Gesellschaft für die vom BMBW zur Verfügung gestellten Komplementärmittel gegenüber dem BMBW.

Alle Berichte werden für die Einzelentscheidung zum Abschluß der Förderungsverfahren benutzt. Für die CDG sind die Mittelnachweise und Berichte der Empfänger Voraussetzung zur Auszahlung der bewilligten Fördermittel insgesamt. In den anderen Fällen kann unter Umständen von Restzahlungen abgesehen werden. In der Regel werden etwa 26 Prozent der bewilligten Mittel erst nach Vorlage des Abschlußberichts und der Verwendungsannahme ausgezahlt. Der PAD verlangt für die Rechenschaftspflicht die Vorlage von Originalbelegen. Die CDG verlangt die Vorlage von Originalbelegen nicht in jedem Fall, die Belege müssen jedoch zu Prüfungszwecken aufbewahrt werden.


Der Tätigkeitsbericht der Kommission über die Durchführung des LINGUA-Programms im Jahr 1992 enthält fünf Aspekte, die gemeinsam das interne Monitoring and Controlling sowie die externe Evaluation des Programms bilden:


(b) Vertreter der Kommission, Projektkoordinatoren oder Vertreter von Partnerschaften (Aktionen I.B, III, V.B) treffen zu gemeinsamen Sitzungen zusammen, auf denen der Inhalt der Projekte bzw. Partnerschaften sowie die finanzielle Verwaltung der Fördermittel erörtert werden.

(c) Auf transnationalen LINGUA-Konferenzen, -Symposien und -Seminaren erfolgt eine individuelle oder kollektive Vorstellung und Betreuung der anwesenden Projekte. Für 1993 ist eine Begleitung und Beobachtung von mindestens zehn Prozent der laufenden Projekte und darüber hinaus all jener Projekte geplant, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, d.h. die inhaltlich und/oder finanziell instabil sind.

(d) Eine interne Bewertung der verschiedenen LINGUA-Aktionen findet in vierfacher Hinsicht statt:

- auf den Sitzungen des LINGUA-Ausschusses und den Treffen der nationalen LINGUA-Agenturen;
- im Rahmen der themenspezifischen Arbeitsgruppen der Experten und der nationalen LINGUA-Agenturen;
- bei den dezentralen Aktionen durch Auswertung von Fragebogen, die von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ausgefüllt wurden;
- durch Besuche der Kommission bei nationalen LINGUA-Agenturen bestimmter Mitgliedstaaten.

(e) Die Ausschreibung der externen Evaluierung erfolgte Ende 1992 und wurde an die Consulting-Firma Price Waterhouse vergeben. In einer ersten Phase sollte eine Bewertung der Wirksamkeit der Verwaltungs- und Koordinierungsmethoden und der EG-weiten und nationalen Verfahren für die Umsetzung des Programms erfolgen. In einer zweiten Evaluationsphase ist die Bewertung der allgemeinen Wirksamkeit des
Programms und seiner Aktionen vorgesehen. Der Vorlage des endgültigen Berichts wird für November 1993 erwartet.

1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend: LINGUA Leitfäden für Antragsteller. Brüssel (erscheint jährlich neu; enthält Antragsformulare für die Aktionen I.B, III. V.A und V.B)


Carl Duisberg Gesellschaft: LINGUA. Aktionsprogramm zur Förderung der Fremdsprachenkenntnisse in der Europäischen Gemeinschaft. Köln, September 1991 (Broschüre mit Kurzüberblick über das gesamte Programm und ausführlicher Darstellung der Aktionen I und IV)


Carl Duisberg Gesellschaft: LINGUA-Programm/Aktion I. Köln, September 1991 (enthält in Form von drei Manuskripten a) Informationen, b) Beschreibung der Maßnahmen, c) Durchführungsbestimmungen der Aktion I)

Carl Duisberg Gesellschaft: LINGUA-Programm/Aktion IV. Köln, September 1991 (enthält in Form von drei Manuskripten a) Informationen, b) Beschreibung der Maßnahmen, c) Durchführungsbestimmungen der Aktion IV)


1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher


Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): Verzeichnis der ERASMUS-, LINGUA-, TEMPUS- und COMETT-Koordinatoren deutscher Hochschulen. Bonn: DAAD, Januar 1993 (erscheint jährlich neu)


Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hg.): Success Stories. Studenten und Dozenten berichten über ihre Erfahrungen mit den EG-Programmen ERASMUS, LINGUA, TEMPUS und COMETT. Bonn: DAAD, Dezember 1992


1.9.3 Rechenschafts-, Jahres-, Evaluationsberichte


2. Probleme der Programmdurchführung bei LINGUA

2.1 Charakter des Programms

Das LINGUA-Programm hat hinsichtlich seiner fremdsprachlichen Ansprüche eine verhältnismäßig umfassende Zielsetzung und ist in weiten Teilen, d.h. zumindest die Aktionen I, II und IV, vom Charakter her ein Dauerprogramm. Der komplexe Aufbau des Programms sowie seine breit gestreuten Zielgruppen und Zieldbereiche wirken sich aus mindestens zwei Gründen erschwerend auf die Herstellung einer Kohärenz der einzelnen Aktionen innerhalb des Programms aus:


c) Das Auseinanderfallen von Interessen und tatsächlichen Adressatengruppen hat die Umsetzung des LINGUA-Programms zu Beginn der Laufzeit erschwert und verzögert. Unzureichende Informationstrategien - die Unklarheit des ersten Leitfadens für Antragsteller eingeschlossen - sowie beträchtliche Auffassungsunterschiede bei den beteiligten und verantwortlichen Akteuren der Mitgliedstaaten auf EG-Ebene und in der Bundesrepublik Deutschland haben ein übriges dazu getan, die Stabilisierung der Durchführung und Abläufe zu verzögern.

Von deutscher Seite gibt es unterschiedliche Überlegungen dazu, wie diese Schwierigkeiten zu lösen wären. Mehrheitlich weisen sie in die Richtung einer Veränderung des Programms durch einen engeren Zuschnitt der Adressatenkreise:

a) Ausgliederung einzelner Aktionen des LINGUA-Programms und deren Integration in andere EG-Programme;

b) Konzentration des Programms auf den berufsbildenden Bereich und spezifische Adressatengruppen, die aufgrund von Bedarfsanalysen genauer ermittelt werden sollen.

2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand

Der hohe organisatorische Aufwand des LINGUA-Programms auf der Ebene der Verwaltung des Fördersystems ergibt sich durch ein erhebliches Maß an Abstimmungserfordernissen unter den beteiligten Instanzen und Personen sowohl auf nationaler als auch auf Gemeinschaftsebene. Daneben wurde von den durchführenden Stellen berichtet, daß manche Antragsteller - insbesondere die Kammern und die kleinen und mittleren Unternehmen - sich mit der Planung, Konzeption, Antragsstellung und Durchführung der Projekte oder Austauschaktivitäten überfordert fühlen bzw. Interessenten die personalen Kapazitäten dafür nicht aufbringen können.


Neben der Tatsache, daß insbesondere der PAD sich unzureichend ausgestattet fühlt, um die anfallenden Aufgaben in der gewünschten Zügigkeit und Effizienz bewältigen zu können, beklagen im Grunde alle Durchführungsstellen einen zu hohen Aufwand bei der Verwaltung der Fördermittel sowie der Abrechnung und Berichterstattung gegenüber der Kommission.

2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


a) Erhält die Kommission zu wenig Feedback von den Mitgliedstaaten?

tionalen Durchführungs- und Koordinierungsstellen, im LINGUA-Programm als nationale Agenturen bezeichnet, haben sowohl beratende als auch empfehlende Funktionen gegenüber der Kommission.


b) Werden nationale Belange in der Umsetzung und Durchführung des LINGUA-Programms hinreichend an die Kommission herangetragen?

Diese Frage ist sicherlich zu bejahen, da die lange Anlaufphase des Programms u.a. durch die unterschiedlichen nationalen Auffassungen vom Programmcharakter und der Durchführungsorganisation bedingt war und die Kommission sich intensiv um Stellungnahmen aller beteiligten Mitgliedstaaten und Akteure bemüht hat. Verbleibende Probleme der Paßfähigkeit mit den deutschen Strukturen und Usanzen können eher durch verbesserte Informationsstrategien für potentielle Antragsteller und weitere nationale Abstimmungsbeihilfen gelöst werden. Bei folgenden Aspekten sind nationale Belange hervorgetreten:


- Eine größere Flexibilität in der Durchführung des projektbezogenen Jugendaustausches (Aktion IV) könnte erreicht werden durch a) Ausweitung der Antragsberechtigung (z.B. auf Betriebe); b) flexiblere Handhabung der Reziprozitätsregel; c) Anerkennungsregel für Partnergruppen aus entsendendem und aufnehmendem Land.

c) Kommen die nationalen Belange zu kurz, wenn sie nicht mit Entscheidungskompetenzen verbunden sind?


Es wird berichtet, daß die Kommission sich zwar um eine zügige Auszahlung bewilligter Gelder bemüht, dies aber noch nicht immer gelingt. Die dann notwendigen Vorleistungen von Jugendlichen oder öffentlichen Einrichtungen sind kaum zumutbar und können zu Rücktritten oder Entnachbarungen führen. Die CDG hat dieses Problem so gelöst, daß sie im Bedarfsfall einen Vorschub auf die bewilligte Förderumme gewährt. Im Zuständigkeitsbereich des PAD haben Teilnehmer bzw. Einrichtungen allerdings in einigen Fällen Verleihungen in einer Höhe erbringen müssen, die für die Beteiligten problematisch war.


Von deutscher Seite wurde schließlich auch kritisiert, daß die Kommission Programmregeln für Aktivitäten externer, d.h. nicht von den Ausschußmitgliedern vorgeschlagener Berater ausgibt. Insbesondere richtet sich die Kritik gegen die Einberufung von Expertengruppen im Rahmen der Aktionen I B (europäische Kooperationsprogramme), III (Fremdsprachen im Berufsbereich) und für Schulpartnerschaften. An der Einsetzung dieser Ausschüsse werden die Vertreter der Mitgliedstaaten im Beratenden Ausschuß LINGUA offensichtlich nicht beteiligt.


2.4 Mehrstufigkeit der Stipendienvergabe
Der organisatorische Aufwand einer mehrstufigen Stipendienvergabe betrifft die Aktion II des LINGUA-Programms, die dem Ablauf des ERASMUS-Programms entspricht (vgl. dort).

Der unter Punkt (b) in Abschnitt 2.4 des ERASMUS-Programms dargestellte Zielkonflikt ist vielleicht bei der Aktion II des LINGUA-Programms noch gravierender, weil im Haushaltsjahr 1991/92 ein höherer Kürzungsschlüssel für die Mobilitätsstipendien angewendet werden müßte als im ERASMUS-Programm (ERASMUS zwischen 10% und 35% je nach Zielland, LINGUA zwischen 10% und 50%). Die Notwendigkeit zur Entwicklung von Kürzungsschlüsseln ergibt sich aus der Tatsache, daß die Hochschulkooperationsprogramme die Mobilitätsstipendien in Form von Studentenmonaten beantragen. Werden die beantragten Monate nicht in voller Höhe von der Kommission bewilligt, obliegt es den Programmbeauftragten der einzelnen Hochschulen in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, einen sogenannten Kürzungsschlüssel zu erarbeiten, nach dem die pauschal von der Kommission überwiesenen Stipendienmittel aufgeteilt werden können. Zwar läßt sich mit höheren Stipendien für die Mobilität in Mitgliedstaaten mit weniger verbreiteten und unterrichteten Sprachen ein gewisser Steuerungseffekt erzielen, doch gilt für die Aktion II des LINGUA-Programms das für das ERASMUS-Programm Gesagte: der Aufwand wird durch die Mehrstufigkeit der Stipendienvergabe erheblich vergrößert.

2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung
Wie bereits unter Punkt 2.5 beim ERASMUS-Programm erwähnt, würde für die DAAD die Durchführung von LINGUA, Aktion II erheblich erleichtert, wenn sie in das ERASMUS-Programm integriert werden könnte. Bisher werden die Verträge und Mittel des LINGUA-Programms, Aktion II streng getrennt von den ERASMUS-Mitteln verwaltet; sie sind auch nicht miteinander deckungsfähig. Eine Integration der Aktion II von LINGUA in das ERASMUS-Programm wird auch von anderen verantwortlichen Akteuren in der Bundesrepublik Deutschland befürwortet. Damit könnte eine stärkere Konzentration von LINGUA in das ERASMUS-Programm auf den Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung erreicht werden, deren Nähe zum Schulbüro in der Bundesrepublik geringer ist als in anderen Mitgliedstaaten.

Die teilweise geringe Qualität der Anträge (besonders im Rahmen von Aktion IV) erhöht den organisatorischen Aufwand durch notwendige Zusatzberatungen seitens der Stellen und Nachbesserungen der Anträge. Weil der Jugendausstausch immer im Rahmen eines gemeinsamen Bildungsprojekts stattfinden muß, aber keine einheitlichen Rahmenrichtlinien darüber existieren, was ein solches Projekt sein sollte, weil außerdem die Berufsbildungssysteme der Mitgliedstaaten große Unterschiede aufweisen, so daß es nicht einfach ist, ein gemeinsames ausbildungsbezogenes Projekt zwischen zwei Jugendgruppen aus verschiedenen Mitgliedstaaten zu konzipieren, war der Mittelabfluß in der Aktion IV in der Bundesrepublik Deutschland zunächst nur zögernd. Das Problem wird von den verantwortlichen Akteuren vor allem auf unklare Verstellungen über Zweck und Inhalt der projektbezogenen Jugendausstauchmaßnahmen zurückgeführt. Intensive Informationsarbeit und Werbung haben einen besseren Mittelabfluß im Haushaltsjahr 1992/93 ergeben.


Das Ziel einer größeren Diversifizierung des Fremdsprachenlernens mit Bevorzugung der weniger verbreiteten und unterrichteten Sprachen kann insbesondere im berufsbildenden Bereich nur zögernd umgesetzt werden, da hier das Fremdsprachenangebot im Umfang geringer ist als beispielsweise an Hochschulen oder auch Schulen und sich zumeist auf Englisch und eventuell noch Französisch und/oder Spanisch beschränkt. Als entsprechend schwierig erweist sich die sprachliche Vorbereitung der teilnehmenden Jugendlichen im Rahmen der Aktion IV. Darüber hinaus hat sich die Freistellung der Jugendlichen durch ihre Ausbildungsbetriebe als nicht immer ganz einfach erwiesen. Um hier ein größeres Engagement der Betriebe zu erreichen, ist die CDG der Auffassung, daß diese als Ausbildungstätigen antragsberechtigt sein sollten.

Sieht man sich die Liste der antragsberechtigten berufsausbildenden Einrichtungen (Aktion IV) der verschiedenen Mitgliedstaaten im Leitfaden für Antragsteller an, so fällt auf, daß in einigen Mitgliedstaaten Institutionen einbezogen sind, die z.B. in der Bundesrepublik ausgeschlossen werden. Das hängt mit unterschiedlichen Auffassungen darüber zusammen, was als berufsausbildende Einrichtung gilt. So sind etwa in der Bundesrepublik Hochschulen und private Träger ausgeschlossen, in anderen Ländern nicht.

Die Fristen für Konzeption, Planung und Durchführung von Jugendausstauschprojekten sind in einzelnen Fällen so lang, daß die geplante Gruppe die berufsbildende Einrichtung manchmal schon wieder verlassen hat, bevor es zum Austausch gekommen ist bzw. bevor die angestrebte Reziprozität des Austauschs erreicht werden konnte. Die lange Vorbereitungsphase und der erforderliche Zeitaufwand läßt Motivationsprobleme bei den Lehrerinnen und Lehren in den berufsbildenden Einrichtungen entstehen.


Undeutlich bleibt, ob das LINGUA-Programm primär durch eine Klärung und Abstimmung der Durchführungsorganisation sowohl auf nationaler als auch auf Gemeinschaftsebene organisatorisch verbessert werden kann (und soll), oder ob die Programmlogik so inkonsistent ist, d.h., die unterschiedlichen Aktionen innerhalb des Programms so wenig kohärent sind, daß sich die Frage nach einem grundlegenden Wandel des Gesamtprogramms stellt. Bezüglich dieser Frage werden auf deutscher Seite unterschiedliche Auffassungen vertreten. So optiert der DAAD z.B. für die Integration der Aktion II in das ERASMUS-Programm, zumindest aber für die wechselseitige Deckungsfähigkeit der HKP- und Stipendienmittel zwischen LINGUA, Aktion II und ERASMUS. Diese Auffassung wird mittlerweile von den meisten anderen verantwortlichen Akteuren in der Bundesrepublik geteilt. Die CDG ist der Meinung, daß entweder eine klare Abgrenzung der Aktion IV des LINGUA-Programms von der Aktion Ia des PETRA-Programms erforderlich sei, oder beides Maßnahmen in einem Programm zusammengeführt werden sollten. Außerdem sei es wünschenswert, die Betriebe als Ausbildungsstätten im Rahmen des dualen Systems der beruflichen Ausbildung innerhalb der Aktion IV in den Kreis der unmittelbar antragsberechtigten Einrichtungen einzubeziehen. Diese Auffassung

Im Rahmen der Aktion I hat sich die Beurlaubung der Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrer für mehr als eine Woche als Problem erwiesen, da im Rahmen der Förderung keine Vertretungsmittel vorgesehen sind. Dieses Problem wird auch im Tätigkeitsbericht der Kommission erwähnt (vgl. S. 11), so daß davon ausgegangen werden kann, daß viele Mitgliedstaaten betroffen sind.

Die Aufteilung der Aktionen I.A und IV auf jeweils zwei nationale Agenturen in der Bundesrepublik Deutschland wird zwar als sachgerecht und den Zuständigkeiten entsprechend angesehen, jedoch als wenig praktisch im Ablauf selbst. Zwischen den beiden für die Aktionen I.A und IV zuständigen Stellen bestehen außerdem weiterhin erhebliche Auffassungsunterschiede über die Modalitäten der Durchführung und Mittelverwaltung, so daß punktuell Abstimmungen nur mit Mühe oder gar nicht erzielt werden können.

Daneben gibt es eine Reihe von Punkten, die von den nationalen Durchführungsstellen genannt wurden, um die organisatorische Arbeit zu erleichtern:

- Vereinfachung der Projektkonzeption im Rahmen der Aktion IV;
- vereinfachte Administration der Abläufe bei Abrechnung und Auswertung der Berichte;
- Verbesserung der sprachlichen Eindeutigkeit des Leitfadens für Antragsteller;
- verbindliche gemeinschaftsweite Absprachen über die Anerkennung und Antragsberechtigung von Zielgruppen und -einrichtungen im Rahmen des Programms;
- für den PAD als Funktion der Bundesländer stellen sich insbesondere Probleme der einheitlichen Koordination der Ansprechpartner und Prüfung der Anträge auf Klarheit und Vollständigkeit in den Länderministerien;
- Verbesserung der Informations- und Werbearbeit auf nationaler Ebene, um die Qualität der Anträge zu steigern und das Wissen über Ziel und Zweck der Maßnahmen zu vergrößern.

Darüber hinaus wird von den befaßten Instanzen und Personen berichtet, daß die Abwicklung der Anträge bei einigen Aktionen seitens der Kommission eine zu lange Zeit in Anspruch nehme. Von der Antragstellung bis zur Bewilligung vergehen bei der Aktion I.B (europäische Kooperationsprogramme) sowie den Aktionen III und V teilweise bis zu elf Monaten. Wenn darüber hinaus die Überweisung der bewilligten Gelder auch nur schleppend erfolgt, so ist dies eine für die Antragsteller kaum noch zumutbare Verzögerung.


2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung

Die Mobilitätstipendien für Studierende im Rahmen der Aktion II von LINGUA liegen im Durchschnitt etwa in derselben Höhe wie die Mobilitätstipendien für das ERASMUS-Programm. Da das LINGUA-Programm jedoch die weniger verbreiteten und unzertifizierten Sprachen fördern will, sind die Stipendien für einen Studienaufenthalt in den entsprechenden Ländern deutlich höher als für einen Studienaufenthalt etwa in Großbritannien oder Frankreich. Bezüglich der durchschnittlichen Höhe der Mobilitätstipendien trifft für die Aktion II von LINGUA dasselbe zu, wie für das ERASMUS-Programm: bei gleichbleibendem Budget und zunehmender Teilnehmerzahl verringert sich die Stipendienhöhe zunehmend, so daß mittelfristig die Gefahr besteht, daß Anreizschwelle unterschritten werden. Durch die Empfehlung der Länder, die erwartete Eigenbeteiligung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Aktion I.A von 100,- DM pro 300,- DM pro Fortbildung zu erhöhen, dürfte bei dieser Aktion eine vergleichbare Tendenz gegeben sein.

Aus den Berichten der Durchführungsstellen geht hervor, daß für bestimmte Adressatengruppen - so teils für die Studierenden, aber vor allem für die Kammern (Aktionen I.B und IV) und die kleinen und mittleren Unternehmen (Aktionen III und V.B) - die Anreizschwelle häufig bereits unterschritten ist bzw. ein Anreiz von Beginn an nicht gegeben war. Kleine und mittlere Unternehmen, aber auch Berufsschulen im dualen System und vor allem die Kammern können nur mit Mühe für eine Beteiligung gewonnen werden. Bei den Schulen und Kammern kommen Motivationsprobleme und fehlende personelle Kapazitäten als Hinderungsgründe für eine sinnvolle Beteiligung hinzu.

Aufgrund des zunächst schlechten Mittelabflusses in Teilen der Aktion IV sollte die Möglichkeit geschaffen werden, die den beiden befaßten Durchführungsstellen zur Verfügung stehenden Mittel miteinander deckungsfähig zu halten und die Aufteilung von 30 Prozent und 70 Prozent so flexibel wie möglich zu

Der Tätigkeitsbericht der Kommission nennt zwei weitere Punkte, die den Einsatz der Mittel betreffen. Zum einen ergibt sich bei den LINGUA-HKP (Aktion II) eine erhebliche Belastung der aufnehmenden Sprachabteilungen, so daß bereits Überlegungen angestellt werden, wie diese eventuell finanziell zu kompensieren seien. Zum anderen wirft die Disparität der Stipendienhöhe im ERASMUS- und im LINGUA-Programm Fragen auf. Um das LINGUA-Ziel einer verstärkten Förderung der weniger gesprochenen und unterrichteten Sprachen zu erreichen, ist schließlich das Fremdsprachenangebot für alle Studierenden erheblich zu verbreitern.


2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung


Das BMBW war bis September 1992 zuständig für die Koordination der Aktionen III und V.B, hat diese Aufgabe aber ab Oktober 1992 an die an der Universität Saarbrücken eingerichtete Nationale Agentur LINGUA (NATALI) abgegeben, deren wissenschaftlicher Leiter, Prof. Raasch, das BMBW bereits zuvor als Experte bei der anfänglichen Begutachtung von Anträgen und bei der Ermittlung der Bedarfslage unterstützt hatte. Für die Aktion V.A gibt es keine eigene Koordinierungsstelle. Die damit verbundenen Aufgaben werden vom Ausschußvertreter des Bundes wahrgenommen.


Insgesamt gibt es beim LINGUA-Programm weniger Klagen über die Kooperation mit der Kommission oder geringe Einflußmöglichkeiten als z.B. beim ERASMUS-Programm. Stattdessen aber eine Reihe von
Irritationen über die Programmlogik und -struktur selbst und über die Kooperation der beteiligten Instanzen auf deutscher Seite untereinander. Dadurch wird nicht nur die Arbeit der einzelnen Stellen zum Teil erschwert, sondern es ist auch eine gewisse Resignation darüber festzustellen, ob ein solches Maß an Abstimmung erreicht werden kann, daß sich eine bessere Kohärenz und höhere Stimmigkeit der Durchführung auf nationaler Ebene ergibt. Die Tendenz geht eher dahin, sich auf die je eigenen Zuständigkeiten und Kompetenzen zurückzuziehen.

2.8 Information, Transparenz, Evaluation


- Versand von Fragebogen an die Nationalen Agenturen über den Ausbau der angebotenen Palette von Fremdsprachen;
- Fragebogenerhebung unter die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Aktionen I.A und IV;
- Bitte um Zwischenberichte der Projekte im Rahmen der Aktionen I.B, III und V.B;
- Analyse der Tätigkeitsberichte aus der Aktion II;
- Sachverständigungssitzungen zur Analyse der Sachlage und Fortschritte in den einzelnen Mitgliedstaaten.

Das vorgesehene umfassende Berichts- und Statistiksystem, für dessen Aufbau die Kommission verantwortlich ist, wird in seiner Qualität und Breite u.a. auch von der Operation des EDV-Informationssystems zwischen den nationalen Agenturen abhängig sein.


Daraus leitet sich ein weiteres Problem ab: Die Jugendautasschprojekte im Rahmen der Aktion IV müssen eine Partnereinrichtung im Gastland finden. Zwischen beiden Einrichtungen wurden ursprünglich die Kosten geteilt. Dadurch kam es in einigen Fällen dazu, daß die gastgebende Institution im eigenen Land nicht anerkannt wurde und daher auch keine Mittel zur Verfügung hatte, so daß die deutsche entsendende Institution für die Gesamtkosten aufkommen mußte. Umgekehrt gab es Fälle, in denen die deutsche Entsendeeinrichtung im Gastland nicht anerkannt wurde, so daß auch hier Probleme entstanden. Außerdem war


2.9 Controlling

Im Hinblick auf die transparente und sachgemässe Durchführung der Antrags- und Entscheidungsverfahren wurde bereits mehrfach auf die Probleme im Rahmen der Aktion I.A und IV hingewiesen. Dabei ist zu betonen, daß die beiden beteiligten Durchführungsstellen die Abläufe in ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereichen sicherlich in angemessener Form organisieren, die unterschiedlichen Regelungen und weiterhin bestehende Auffassungsunterschiede aber die Herstellung von Transparenz für die Antragsteller eher erschweren.

Von deutscher Seite wurde in einem Fall bemängelt, daß die Begutachtung der EKP durch die Kommission nach unveröffentlichten Kriterien erfolgte. Diese seien zwar im Beratenden Ausschuß diskutiert, aber nie offiziell verabschiedet und veröffentlicht worden.

Ein weiteres Problem stellt der Mittelabfluß im Rahmen der Aktion IV dar. Es ist zu hoffen, daß durch die Öffnung der Aktion IV für neue Schultypen hier eine Verbesserung erreicht werden kann, doch scheinen größere Schwierigkeiten eher bei der Beteiligung von Einrichtungen im Rahmen des dualen Systems der beruflichen Bildung zu bestehen. Es wäre der Vorschlag der CDG zu prüfen, ob eine direkte Antragsberechtigung der Betriebe selbst zu einem besseren Mittelabfluß führen könnte oder ob durch eine gezielte Informations- und Beratungspolitik die Kammern für eine verstärkte Beteiligung gewonnen werden sollten, wobei diese beiden Überlegungen sich nicht notwendig gegenseitig ausschließen.

In der Bundesrepublik Deutschland haben sich zwei Probleme so deutlich gezeigt, daß eine Lösung hier dringend empfohlen wird:

a) die Kooperation zwischen den beiden Durchführungsstellen für die Aktionen I.A und IV;
b) die Koordinierung der Aktion V.A, einschließlich der Information und Beratung von potentiellen Antragstellern.

Die Information und Beratung im Rahmen der Aktion V.A ist u.a. deshalb unzureichend, weil es für diese Aktion in der Bundesrepublik keine gesonderte Koordinierungsstelle gibt. Vielmehr liegt derzeit die Koordinierung der Aktion vom Ausschußvertreter des Bundes, der diese Aufgabe neben seinen übrigen Dienstaufgaben und ohne zusätzliche personelle Unterstützung zu bewältigen hat. Es scheint dringend geboten, für diesen Aktionsbereich eine Koordinierungsstelle einzurichten oder eine bestehende Stelle bzw. Einrichtung mit der Koordinierung zu beauftragen.

Hinsichtlich der Informations- und Beratungstätigkeiten sollte an die Entwicklung einer gezielten Strategie im Rahmen der Arbeit der nationalen LINGUA-Arbeitsgruppe gedacht werden, die auch die Abstimmung der verschiedenen Durchführungs- und Koordinierungsstellen für die einzelnen Aktionen des LINGUA-Programms auf eine solche übergreifende Strategie verpflichtet und die Kommunikation untereinander verbessert.

2.10 Information und Beratung der Nutzer


In der Aktion I.A gibt es Schwierigkeiten der Qualitätsevaluation von Angeboten in der Fortbildung von Fremdsprachenlehrerinnen und -lehrern. Die Eignung potentieller Kursanbieter aus anderen Mitgliedstaaten ist nicht immer deutlich; manche Länder können keine umfassenden Informationen über geeignete Anbieter zusammenstellen. Da die Nachfrage von deutscher Seite recht groß ist, müssen potentielle Teilnehmer und Teilnehmerinnen sich häufig selbst um ein geeignetes Angebot kümmern. Über die im LINGUA Leitfaden für Antragsteller genannten Einrichtungen hinaus gibt es wenig allgemeine Informationen und Beratungsmöglichkeiten, die seitens der Durchführungsstellen angeboten werden können.
Auch in der Aktion IV stellt sich das Problem der Partnerung zwecks Austausch von Jugendgruppen in der beruflichen Ausbildung. Hierfür sind aber eher die unterschiedlichen Auffassungen der Mitgliedstaaten über den einzubeziehenden Adressatenkreis und wechselseitige Anerkennungsprobleme verantwortlich.

Die Kommission führt in ihrem Tätigkeitsbericht an, daß im Rahmen der Aktion IV die Nachfrage zwecks Entsendung größer ist als die Bereitschaft zur Aufnahme von Gruppen. Hier müße nicht nur stärker geworben werden, sondern auch ein Informationsnetz über aufnehmende Einrichtungen geschaffen werden, das alle Mitgliedstaaten umspannt und die Partnersuchprobleme erleichtern kann.

Probleme der Partnerfindung gibt es schließlich auch in der Aktion III. Die neue Koordinierungsstelle für diese Aktion an der Universität Saarbrücken (NATALI) hat sich die Aufgabe gesetzt, kleine und mittlere Unternehmen sowie Kammern verstärkt über die Möglichkeiten und Vorteile einer Teilnahme zu informieren und zu beraten. In grenznahen Gebieten, wie es das Saarland selber ist, bestehen allerdings weniger Schwierigkeiten, geeignete Kooperationspartner zu finden. Insgesamt bewertet die NATALI die deutsche Beteiligung an der Aktion III als noch zu gering und will daher versuchen, durch gezielte Information und Werbung mehr Interessenten zu gewinnen.


Ob hinsichtlich der größeren Breite des Fremdsprachenangebots eine Umsteuerung von der Nachfrage- auf eine Angebotsorientierung gelingt, ist zur Zeit noch nicht abzuschätzen.
PETRA
Aktionsprogramm für die Berufsbildung Jugendlicher und zur Vorbereitung der Jugendlichen auf das Erwachsenen- und Erwerbsleben

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Anlage des Programms

Übersicht 26: Zielsetzung des PETRA-Programms (PETRA II)

Durch das Programm sollen "Politiken und Tätigkeiten der Mitgliedstaaten durch Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene unterstützt und ergänzt werden, ... um allen Jugendlichen in der Gemeinschaft, die dies wünschen, im Anschluß an die Vollzeitschulpflicht für die Dauer von einem oder, wenn möglich, von zwei oder mehr Jahren die Teilnahme an einer beruflichen Erstausbildung zu ermöglichen, ... die anerkannt wird."

Mit diesem Programm soll außerdem

- die Politik der Mitgliedstaaten ... ergänzt und unterstützt werden, um das Niveau und die Qualität der beruflichen Erstausbildung anzuheben, das Berufsbildungsangebot diversifiziert werden, um Jugendlichen ... Wahlmöglichkeiten zu bieten, sowie
- die Anpassungsfähigkeit der Berufsbildungssysteme an die raschen wirtschaftlichen, technologischen und sozialen Veränderungen gefördert werden;
- den beruflichen Qualifikationen eine Gemeinschaftsdimension verliehen werden, um insbesondere zur Entsprechung dieser Qualifikationen zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft beizutragen;
- die konkrete Zusammenarbeit und die Entwicklung von Ausbildungspartnerschaften auf grenzüberschreitender Ebene zwischen Bildungseinrichtungen, den Berufsverwaltungen und den Verantwortlichen für örtliche und regionale Entwicklung gefördert und unterstützt werden;
- Jugendlichen ... die Möglichkeit zu Ausbildungsaufenthalten oder Arbeitspraktika in anderen Mitgliedstaaten geboten werden;
- die gemeinschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der Berufsformation und -beratung gefördert werden."


Wie aus der Zielsetzung des Programms hervorgeht, sollen sich die Fördermöglichkeiten im Rahmen des PETRA-Programms auf die Unterstützung und Ergänzung der Politik und der Aktivitäten der Mitgliedstaaten im Bereich der beruflichen Bildung beschränken. Der Rat der Europäischen Gemeinschaft hat nicht den Anspruch, mit dem Programm eine eigenständige Berufsbildungspolitik zu verfolgen. Dennoch sind die Mitgliedstaaten in besonderer Weise aufgefordert, im Bereich der Berufsbildung und Berufsbildungspolitik verstärkt aktiv zu werden.

1.2 Entwicklung des Programms

1.2.1 Die erste Phase des PETRA-Programms (PETRA I)
1991 konnten im Rahmen von PETRA I insgesamt 34,5 Mio. ECU EG-Fördermittel vergeben werden, von denen rund 3,6 Mio. ECU (9%) für bundesdeutsche Aktivitäten eingeworben wurden.

PETRA I setzte sich aus insgesamt vier Bereichen zusammen, in denen folgende Aktivitäten gefördert wurden:


In der Regelförderung bekamen diese Projekte nur einen Zuschuß von 50 Prozent der Projektkosten.

1.2.2 Die zweite Phase des PETRA-Programms (PETRA II)


1.3 Fördermaßnahmen

Die Grundzüge des PETRA II-Programms sind im Anhang zum Ratsbeschuß für die Laufzeit des Programms festgelegt: was und wer gefördert wird, in welcher Höhe und wie lange. Darüber hinaus gibt das jährlich neu erscheinende PETRA-Vademecum, der Leitfaden für Antragsteller, Auskunft über die Details der Antragstellung, die Adressatengruppen und die Auswahlkriterien. Anforderungsformulare für weiteres Informationsmaterial und Antragsformulare der dezentral durchgeführten Aktionen, bzw. ein vorläufiges Antragsformular für die Aktion II (ENAP) sind im Leitfaden enthalten.

In der Durchführungsorganisation auf nationaler Ebene ist die Aufteilung der einzelnen Aktivitäten, die im Rahmen der drei Aktionen gefördert werden, etwas enztert und anders aufgeteilt worden:

- Der Aktion A in den Durchführungsbestimmungen (Ausbildungsaufenthalte oder Arbeitspraktika in einem anderen Mitgliedstaat sowie gemeinsame Entwicklung von Ausbildungseinrichten für die berufliche
Bildung/gemeinsame Aus- und Weiterbildung von Ausbildern für die berufliche Bildung) entsprechen in der deutschen Organisationsstruktur die Aktionen Ia (Ausbildungsaufenthalte), Ib (Weiterbildungsaufenthalte und Betriebsspraktika) und II (gegliedert in Entwicklung von Ausbildungseinheiten und Ausbildung der Ausbilder im Rahmen eines Europäischen Verbundnetzes von Ausbildungspartnerschaften einerseits und Jugendinitiativprojekten andererseits).


Der folgenden Darstellung der Fördermaßnahmen liegt die Organisations- und Durchführungsstruktur des PETRA-II-Programms in der Bundesrepublik Deutschland zugrunde. Sie wird durch eine Reihe verschiedener Durchführungsstellen gekennzeichnet, für die das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die nationale Dachkoordination übernommen hat und damit auch Ansprechpartner der EG-Kommission ist.

**Aktion Ia: Ausbildungsaufenthalte für Jugendliche in einem anderen Mitgliedstaat**


Die finanzielle Unterstützung wird in Form von Zuschüssen zu den Unterhaltskosten, den Fahrkosten, den Kosten für die sprachliche Vorbereitung der Jugendlichen selbst sowie den Durchführungs-, Koordinations- und Betreuungskosten für die Organisationen und Betriebe gewährt. Die anbietenden oder organisierenden Einrichtungen, die sich zum erstenmal an dieser Aktivität beteiligen, können außerdem Zuschüsse zu vorbereitenden Besuchen in Partnereinrichtungen eines anderen Mitgliedstaates beantragen. Die Ausbildungsaufenthalte dauern in der Regel drei Wochen, können aber in Ausnahmefällen auch kürzer oder länger (maximal zwölf Wochen) sein.

**Aktion Ib: Weiterbildungsaufenthalte, Betriebsspraktika**


Mit Mitteln aus dem PETRA-Programm werden Organisationskosten (einschließlich vorbereitende Besuche), Kosten für den verbereitenden Fremdsprachenunterricht, Unterhaltskosten während des Aufenthalts und Fahrkosten für die An- und Abreise bezuschusst. Die Dauer der Weiterbildungsaufenthalte und Betriebsspraktika beträgt in der Regel drei Monate. Sie kann im Ausnahmefall jedoch verkürzt oder bis zu einem Jahr verlängert werden.

Während die Inhalte der Ausbildungsaufenthalte eng an die bestehenden Ausbildungsziele gebunden sind, haben die Weiterbildungsaufenthalte und Betriebsspraktika einen erweiterten inhaltlichen Horizont. Sie sollen dazu dienen, Berufskenntnisse zu erweitern und zu bereichern, Probleme der Arbeitswelt in einem anderen Land bewußt zu machen und Kontakte mit den dortigen Berufskreisen anzuknüpfen, die Kenntnisse der Lebensbedingungen und sozialen Verhältnisse im Gastland zu erweitern und Erfahrungen in der menschlichen, staatsbürgerlichen und sozialen Dimension der Europäischen Gemeinschaft vermitteln.
Aktion II: Entwicklung von Ausbildungseinheiten, Ausbildung der Ausbilder, Jugendinitiativprojekte

a) Europäisches Verbundnetz von Ausbildungspartnerschaften (ENAP)


Ziel ist zum anderen die Aus- oder Weiterbildung von Ausbildern in der beruflichen Bildung im Rahmen dieser Partnerschaften. Die Aktivitäten umfassen dabei gemeinsame Ausbildungseminare, den Austausch oder die gemeinsame Entwicklung von Materialien für die berufliche Bildung.


Die nächsten beiden Jahre gelten als 'Kooperationsphase', in welcher das Projekt abgewickelt und mit jährlichen Zuschüssen gefördert wird. Fördermittel für die Durchführung von Ausbildungsaufenthalten oder Arbeitspraktika müssen allerdings im Rahmen der Aktion I beantragt werden.


b) Jugendinitiativprojekte


Aktion III: Austausch von Berufserfahrung und Weiterbildung von Berufsfachkräften

Im Rahmen der Aktion III fördert die Kommission den Auf- und Ausbau eines Informationssystems zum Austausch von Daten zur Berufserfahrung, den Informationsaustausch über Modelle guter Praxis und über wirksame Beratungsmethoden. Bereits 1990 wurden aufgrund eines Beschlusses der Bildungskammer der zwölf Mitgliedstaaten zwei Experten pro Mitgliedsländern gesetzt, die die Praxiserfahrungen im Rahmen der Aktion III übernehmen und Vorschläge zur weiteren Gestaltung dieser Aktion machen. In der Bundesrepublik Deutschland hat diese Aufgabe die Bundesanstalt für Arbeit übernommen. Diese Expertengruppe hat die
Aktivitäten im Rahmen der Aktion III von PETRA II in Abstimmung mit der Kommission und dem Beratenden Ausschuß wesentlich gestaltet. So ist beschlossen worden, mit den für diese Aktion zur Verfügung stehenden Mitteln zwei große Projektbereiche zu fördern, die in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden.


Die Bundesanstalt für Arbeit hat daneben Europa-Bereiche in allen Berufsinformationszentren der Arbeitsämter eingerichtet, in denen Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten in allen Mitgliedstaaten der EG dokumentiert werden. Außerdem wurden elf auf je einen EG-Mitgliedstaat spezialisierte Beratungszentren in den größeren Arbeitsämtern der Bundesrepublik Deutschland eingerichtet, die über Spezialinformationen verfügen.


**Aktion IV: Ergänzende Maßnahmen**

Die Aktion IV umfaßt Zuschüsse für eine Reihe unterschiedlicher Aktivitäten. Dazu zählen:
- Forschungsansätze auf dem Gebiet der beruflichen Erstausbildung,
- die fachliche und technische Unterstützung, Betreuung und Koordinierung des Programms auf Gemeinschaftsebene (inkl. PETRA-Büro) und auf der Ebene der Mitgliedstaaten,
- Information und Öffentlichkeitsarbeit (inkl. Konferenzen und Tagungen),
- die Einrichtung einer computergestützten Datenbank als Teil eines Dokumentationssystems,
- Evaluation und Begleitung des PETRA-Programms.

Die Durchführungsbestimmungen im Anhang zum Ratsbeschuß ermöglichen es der Kommission außerdem, die Dienste spezialisierter Institutionen und Organisationen in Anspruch zu nehmen.

**1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl**

Die grundlegenden Förderungsvoraussetzungen im Rahmen des PETRA-Programms sind im Anhang zum Ratsbeschuß für die einzelnen Aktionen aufgeführt. Prämizierungen erfolgen vor allem in den Sitzungen des Beratenden Ausschusses, um die nationalen Gegebenheiten der einzelnen Berufsbildungssysteme berücksichtigen zu können. Die Antragsteller werden über die Förderungsvoraussetzungen und grundlegenden
Auswahlkriterien durch das PETRA II Vademecum informiert, sowie durch die von den nationalen Durchführungsstellen erstellten Merkblätter zu den einzelnen Aktionen.

1.4.1 Ausbildungsaufenthalte

Für die Ausbildungsaufenthalte von Auszubildenden im Rahmen der Aktion 1a ist die Carl Duisberg Gesellschaft (CDG) die in der Bundesrepublik Deutschland zuständige Durchführungsstelle, an die auch die Anträge auf Förderung zu richten sind. Da die Ausbildungsaufenthalte nur als Gruppenmaßnahmen durchgeführt werden, sind alle im Sinne des Berufsbildungsgesetzes und der Landesschulgesetze anerkannten Träger der beruflichen Bildung antragsberechtigt. Träger in der Zuständigkeit der Länder bedürfen der Zustimmung der zuständigen Schulaufsichtsbehörde. Die Gruppen sollten eine Größe zwischen fünf und 20 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 27 Jahren haben, die sich in der beruflichen, nicht-akademischen Erstausbildung befinden.

Die CDG fördert bevorzugt Anträge für bestimmte Zielgruppen (Benachteiligte, Behinderte) und für bestimmte Zielregionen (periphere Länder der Gemeinschaft, Länder außerhalb des englischen und französischen Sprachraums). Darüber hinaus werden nicht mehr als 30 Prozent der deutschen Teilnehmer in ein Zielland entsandt. Wichtige Kriterien für die Förderentscheidung sind nach Angaben der CDG:

- die inhaltliche Qualität der Anträge (bes. Vermittlung neuer Qualifikationen),
- didaktische und methodische Innovationen der Maßnahme,
- ausgewiesene Funktionalität der Maßnahme für die Ausbildung,
- sorgfältige sprachliche und landeskundliche Vorbereitung.

Das europäische Verbundnetz von Ausbildungspartnerschaften (ENAP) stellt eine Infrastruktur für solche Ausbildungsaufenthalte zur Verfügung. Doch können auch Ausbildungsbestecke, gewerbliche und berufständische Organisationen, Verbände und Körperschaften, die ausbilden, aber nicht Partner im ENAP sind, Fördermittel beantragen. Die nationale Durchführungsstelle ist gegebenenfalls bei der Partnersuche behilflich.


1.4.2 Weiterbildungsaufenthalte


1.4.3 Betriebspraktika

Für die Betriebspraktika von Jugendlichen zwischen 18 und 27 Jahren ist die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), eine besondere Dienststelle der Bundesanstalt für Arbeit, die für die Bundesrepublik Deutschland zuständige Durchführungsstelle. Anträge von Trägerorganisationen, die solche Betriebspraktika für Jugendliche anbieten, sind an die ZAV zu richten, die ein feststehendes Kontingent von Plätzen zu vergeben hat. Teilnehmer und Teilnehmerinnen sind häufig Praktikanten, Arbeitslose, Personen zwischen zwei Arbeitsverhältnissen oder Jugendliche, die sich ohne Bezüge freistellen lassen. Die ZAV bemüht sich um eine ausgewogene Teilnahme von Männern und Frauen, aller Berufsgruppen, aller Regionen und aller Mitgliedstaaten.

Da die Zuschüsse der Gemeinschaft nicht alle Kosten decken, ist in der Regel eine Eigenbeteiligung der Teilnehmer oder eine Komplementärfinanzierung nötig. Werden die Betriebspraktika von kommerziellen bzw. privaten Einrichtungen angeboten und durchgeführt, ist mit verhältnismäßig hohen Teilnahmegebühren zu rechnen.

1.4.4 Europäisches Netz von Ausbildungspartnerschaften

Um Mitglied in diesem europäischen Verbundnetz von Ausbildungspartnerschaften zu werden, müssen sich öffentliche oder private Einrichtungen sowie freie Träger, die Maßnahmen zur beruflichen Erstausbildung anbieten, mit einem Projekt um Aufnahme in das Netz bewerben. Die Projekte sollten folgenden Kriterien genügen:

- Sie sollten die gemeinsame Entwicklung von Ausbildungseinheiten oder die gemeinsame Aus- und Weiterbildung von Ausbildern zum Gegenstand haben.
- Sie sollten über die organisatorischen, sachlichen und personellen Voraussetzungen für eine grenzübergreifende Zusammenarbeit verfügen.
- Sie sollten in strukturierte Maßnahmen zur beruflichen Bildung eingebunden sein, die gleichzeitig eine Multiplikatorenrolle erfüllen können.
- Sie sollten innovative Ansätze hinsichtlich der Inhalte, Methoden und/oder Zielgruppen enthalten.
- Sie sollten - soweit möglich - Ausbildungsaufenthalte oder Praktika von Jugendlichen in einem anderen Mitgliedstaat der EG miteinbeziehen.

Auch die Art der Einrichtungen, die sich um die Mitgliedschaft bewerben können, ist festgelegt. Es handelt sich hierbei um:

- Schulen und Berufsschulen,
- Ausbildungs- und Lehrwerkstätten,
- Einrichtungen der Arbeitsverwaltung und Arbeitsvermittlung,
- lokale, regionale und nationale Behörden,
- Ausbildungsbetriebe,
- Industrie-, Handels- und Handwerkskammern,
- Einrichtungen der Berufsberatung und Berufsinformation,
- Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften,
- freie Träger und private Organisationen,
- genossenschaftliche Einrichtungen,
- Einrichtungen und Zentren zur Entwicklung von Ausbildungsordnungen und Curricula in der Berufsbildung,
- Ausbildungseinrichtungen für Ausbilder und Lehrer in der beruflichen Bildung,
- unter bestimmten Voraussetzungen können auch Jugendinitiativprojekte Mitglied des Verbundnetzes werden.

In der Kontakphase sind die Einrichtungen zur Teilnahme an einem themenspezifischen Kontaktseminar verpflichtet, das vom PETRA-Büro organisiert wird. Um nach der einjährigen Kontakphase in die zweijährige Kooperationsphase aufgenommen zu werden, müssen die potentiellen Partnereinrichtungen während der Kontakphase ein ausführliches und konkretes Arbeitsprogramm für die im Rahmen der Partnerschaft vorgesehenen Aktivitäten entwickeln. Die Kontakphase wird mit Zuschüssen gefördert (Modus A), die etwas niedriger als die Zuschüsse in der Kooperationsphase (Modus B) liegen.

Die Einrichtungen bewerben sich mit Projektvorschlägen bei der zuständigen nationalen Durchführungsstelle. Für die Bundesrepublik Deutschland ist dies das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), das im übrigen auch die Dachkoordination für das gesamte PETRA-Programm übernommen hat. Der Vertrag wird zwischen dem Projektträger und dem PETRA-Büro abgeschlossen.

Das in der Kontakphase erstellte Arbeitsprogramm ist Entscheidungsgrundlage für die Bewilligung von Zuschüssen im Rahmen der Kooperationsphase. Dabei müssen Aktivitäten im Rahmen von Ausbildungsauf-

- europäische Aspekte der beruflichen Erstausbildung, Ausbildungsmöglichkeiten und Berufspraxis in anderen Mitgliedstaaten, Auswirkungen des Binnenmarktes;
- Förderung von Schlüsselqualifikationen (Kommunikationsfähigkeit, Fähigkeit zur Teamarbeit, Problemlösungskompetenz);


Für die Ausbildung der Ausbilder wurden 1992 die folgenden Themen bevorzugt gefördert:
- europäische Aspekte in der beruflichen Erstausbildung, Planung und Durchführung von Berufsbildungsaustausch und Praktika im Ausland;
- Förderung und Vermittlung von Schlüsselqualifikationen;
- Ansätze und Strategien zur Ausbildung benachteiligter Jugendlicher;
- Ansätze und Strategien zur Verbesserung der Ausbildungschancen von Mädchen und jungen Frauen in sogenannten Männerberufen.

1.4.5 Jugendinitiativprojekte


Entscheidendes Auswahlkriterium ist die eigenverantwortliche Planung und Durchführung des Projekts. Darüber hinaus sollen die Projekte die folgenden Kriterien erfüllen:
- Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze im lokalen und nationalen Rahmen;
- eine mindestens einjährige Laufzeit;

1.4.6 Austausch von Berufsberatungsdaten und Weiterbildung von Beratungsfachkräften

Die Aktion III des PETRA-Programms wird von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt, die eine Reihe konkreter Aktivitäten entwickelt hat. Die Weiterbildung von Beratungsfachkräften wird projektformig und seminarteilig gefördert. So hat die Bundesanstalt für Arbeit selbst eine Reihe von Projekten begonnen, die
erste Schritte auf der nationalen Ebene bilden. Dabei handelt es sich um einen um den Ausbau der Informationsangebote zum europäischen Binnenmarkt in den Berufsinformationszentren der Arbeitsämter und um die Erstellung zusätzlicher Informationsschriften, einschließlich eines europäischen Beraterhandbuchs.


Die zur Förderung unter Aktion III vorgeschlagenen Projekte sowohl im Rahmen der Einrichtung nationaler Informationszentren als auch der Aus- und Weiterbildung der Berufsberater sollten folgende Kriterien erfüllen:

- Jedes Projekt sollte die Zusammenarbeit mit mindestens drei Mitgliedstaaten anstreben und eine Mischung aus nördlichen und südlichen Mitgliedstaaten enthalten.
- Die beteiligten Organisationen müssen in der Lage sein (und dies nachweisen), neue Themen und Bedarfslagen der Berufsberatung im europäischen Kontext aufzugreifen und Beratungsfachkräfte und -einarbeitung zu informieren, anzuleiten und/oder auszubilden, die mit der Berufsorientierung und -beratung von Jugendlichen befaßt sind.
- Im Projektantrag muß dargelegt werden, inwieweit das Projekt eine Multiplikatorenrolle übernehmen soll, welche Einwirkungen auf das Beratungssystem beabsichtigt sind und wie diese erreicht werden soll.

Der Austausch von Berufsberatungsdiensten im Rahmen eines europäischen Informations- und Kommunikationssystems befindet sich noch in der Planung. Für den Aufbau des Systems wurden Projekte bzw. Machbarkeitsstudien vergeben, die folgende Kriterien erfüllen sollten:

- Funktionsqualität von Verfahren;
- Datenschutz und -quantität, Aktualisierung;
- Übertragbarkeit der Verfahren und Daten;
- Nutzung bestehender und bewährter Infrastrukturen;
- kostengünstige Entwicklung, Wartung und Pflege der Systeme.

1.4.7 Ergänzende Maßnahmen

Für den Bereich der ergänzenden Maßnahmen ist auf der nationalen Ebene wiederum das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) als koordinierende Stelle zuständig. Gefördert werden Veröffentlichungen und Seminare über das PETRA-Programm, allgemeine Informations- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Forschung zu Fragen der beruflichen Erstausbildung. Mit finanzieller Unterstützung der Kommission wurden z.B. ein Video-Film über PETRA in Deutschland gedreht, eine PETRA II-Broschüre produziert und verteilt (32 Seiten, Auflage: 50.000) und vierteljährlich erscheint das Magazin "PETRA-News" in einer Auflage von 3.000 Exemplaren (vgl. auch Abschnitt 1.9).


Auskünfte erteilen sowohl das BIBB als übergreifende deutsche Koordinierungsstelle als auch das PETRA-Büro in Brüssel. Anträge werden über das BIBB an die Kommission weitergeleitet.

1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt


**Tabelle 41: Verteilung der 1992 EG-weit verfügbaren Mittel auf die einzelnen Aktionen (in ECU)**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktion</th>
<th>1992</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Ausbildungsaufenthalte</td>
<td>3.700.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Weiterbildungsaufenthalte</td>
<td>9.450.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Neue ENAP-Projekte (150)</td>
<td>1.500.000</td>
</tr>
<tr>
<td>ENAP-Projekte aus 1991 (150)</td>
<td>3.750.000</td>
</tr>
<tr>
<td>ENAP-Projekte aus 1990 (90)</td>
<td>2.700.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Jugendinitiativprojekte (100)</td>
<td>1.000.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Austausch von Beratungsdaten</td>
<td>600.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Weiterbildung von Beratungsfachkräften</td>
<td>1.000.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Berufsgebiedforschung</td>
<td>800.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Information, Veröffentlichungen</td>
<td>1.009.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Konferenzen, Evaluation, fachliche Betreuung</td>
<td>2.930.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Nationale Koordinierungsstellen</td>
<td>1.200.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>29.000.000</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die im Rahmen der Aktion I (Aus- und Weiterbildungsaufenthalte, Betriebspraktika) zur Verfügung stehenden Mittel werden in Form von Globalzuweisungen an die zuständigen nationalen Koordinierungsstellen vergeben, die diese Mittel auf der Grundlage eines genehmigten operationellen Plans eigenständig verwalten. Die Mittelzuweisung an die Mitgliedstaaten wird nach der Anzahl der Jugendlichen pro Mitgliedstaat in der PETRA-Altersgruppe berechnet und außerdem nach den Kriterien Bruttoinlandprodukt, Entfernung und Transportkosten gewichtet.

30 Prozent der in Aktion I verfügbaren Mittel für den Austausch hat die Kommission zunächst selbst für multilaterale Austauschprojekte bestimmter europäischer Organisationen vergeben. Seit Sommer 1992 gibt es diese Form der Mittelvergabe nicht mehr, sämtliche verfügbaren Mittel für die Aktion I werden dezentral über die nationalen Durchführungsstellen vergeben.


**Tabelle 42: Verteilung der 1993 EG-weit verfügbaren Mittel auf die einzelnen Aktionen (in ECU)**

<table>
<thead>
<tr>
<th>Aktion</th>
<th>1993</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Aktion Ia und Ib</td>
<td>15.080.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktion II</td>
<td>12.000.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktion III</td>
<td>1.300.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktion IV</td>
<td>3.720.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Reserve</td>
<td>700.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Aufstockung der Aktion Ib</td>
<td>2.696.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Gesamt</td>
<td>35.496.000</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Tabelle 43: EG-Mittel im Rahmen des PETRA-Programms 1992 und 1993 an die Bundesrepublik Deutschland (in ECU)

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1992</th>
<th>1993</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Aktion Ib (gesamt)</td>
<td>1.825.425</td>
<td>2.057.168</td>
</tr>
<tr>
<td>(geplante Aufstockung auf)</td>
<td>(3.510.328)</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- davon für Weiterbildungs-</td>
<td>763.800</td>
<td>763.800</td>
</tr>
<tr>
<td>aufenthalte</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>- davon für Betriebspraktika</td>
<td>1.061.683</td>
<td>1.293.368</td>
</tr>
<tr>
<td>(geplante Aufstockung der</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Betriebspraktika auf)</td>
<td></td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td></td>
<td>1.825.828</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Aktion II (gesamt)</td>
<td>1.080.000</td>
<td>1.395.000</td>
</tr>
<tr>
<td>- davon für KNAP</td>
<td>980.00</td>
<td>1.295.00</td>
</tr>
<tr>
<td>- davon für Jugendinitiativprojekte</td>
<td>100.000</td>
<td>100.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktion III</td>
<td>86.000</td>
<td>100.000</td>
</tr>
<tr>
<td>Aktion IV</td>
<td>40.000</td>
<td>nicht festgelegt</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* Zusätzlich sind weitere 100.000 ECU für Jugendinitiativen aus den neuen Bundesländern vorgesehen.

1.5.2 Zahl der geförderten Aktivitäten und Größenordnung der Finanzierung im einzelnen

Bei den Austauschmaßnahmen für Jugendliche im Rahmen der Aktion I sind Quoten für alle Mitgliedstaaten festgelegt, die sich nach der Anzahl der Jugendlichen in der PETRA-Altersgruppe (15 bis unter 28 Jahre) im Verhältnis zur Gesamtbevölkerungszahl orientieren, aber zusätzliche Gewichtungsfaktoren mit einbeziehen. Die Bundesrepublik Deutschland hat von allen Mitgliedstaaten den höchsten Anteil (knapp 22 Prozent) und kann die meisten Teilnehmer entsenden. Die Mittel sind in der Regel Zuschüsse, die etwa 60 Prozent der tatsächlich entstandenen Kosten abdecken.

Tabelle 44: Anteil der Bundesrepublik Deutschland an den Austauschmaßnahmen im Rahmen der Aktion I

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Anzahl der Teilnehmer</th>
<th>Mittel in ECU</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Ausbildungsaufenthalte EG-weit</td>
<td>5.276</td>
<td>3.699.605</td>
</tr>
<tr>
<td>davon deutscher Anteil</td>
<td>1.109</td>
<td>731.940</td>
</tr>
<tr>
<td>deutscher Anteil in Prozent</td>
<td>21,0%</td>
<td>19,8 %</td>
</tr>
<tr>
<td>Weiterbildungsaufenthalte/ Betriebspraktika EG-weit</td>
<td>3.489</td>
<td>9.443.437</td>
</tr>
<tr>
<td>davon deutscher Anteil</td>
<td>717</td>
<td>1.825.482</td>
</tr>
<tr>
<td>deutscher Anteil in Prozent</td>
<td>20,6%</td>
<td>19,3 %</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Bei allen drei Aktivitäten (Ausbildungsaufenthalte, Weiterbildungsaufenthalte, Betriebspraktika) der Aktion I ist der deutsche Anteil der höchste in der EG. Für die insgesamt 717 Teilnehmer und Teilnehmerinnen vergibt die CDG 300 Weiterbildungsaufenthalte und die ZAV organisiert Betriebspraktika für 417 Einzelpersonen.


Die Ausbildungspartnerschaften werden in zwei verschiedenen Modi (Kontakphase, Kooperationsphase) gefördert. Die in die Kontakphase aufgenommenen Projekte erhalten einen Zuschuß von 10.000 ECU für diese einjährige Phase. In der bis zu zweijährigen Kooperationsphase erhalten die Projekte jährlich bis zu 25.000 ECU. Für die Jahre 1993 und 1994 gilt eine veränderte Laufzeit und Finanzierung, da die Projekte


Der Austausch von Berufsberatungsdaten und die Weiterbildung von Beratungsfachkräften sind Aktivitäten, die auf den Zuständigkeitsbereich der Bundesanstalt für Arbeit beschränkt sind. EG-weit stanzen für Aktivitäten im Rahmen der Aktion III im Jahr 1992 insgesamt 1 Mio. ECU Fördermittel für die Verfügung, die auf die beiden großen Projektbereiche dieser Aktion aufgeteilt wurden. 600.000 ECU wurden für Aktivitäten zur Einrichtung und zum Betrieb nationaler Informationszentren verwendet, 400.000 ECU für gemeinsame Weiterbildungsprojekte von Beratungsfachkräften.

Da jeder dieser beiden Projektbereiche mehrere Einzelaktivitäten umfaßt, können pro Einzelaktivität bis zu 50.000 ECU im ersten und zwischen 15,000 und 36.000 ECU im zweiten Bereich zur Verfügung gestellt werden. Dabei decken die Programmmittel maximal 50 Prozent der gesamten Projektkosten. Die Bundesrepublik Deutschland bekam für das Projekt 'Stützpunktsystem', wie die Einrichtung von Beratungszenren kurz genannt wird, im Jahr 1992 insgesamt 50.000 ECU. Dieser Betrag ist für alle zwölf Mitgliedstaaten gleich hoch. Für die Weiterbildung von Beratungsfachkräften wurden 36.000 ECU zur Verfügung gestellt.

Für Forschungsprojekte im Rahmen der ergänzenden Maßnahmen können die beteiligten Institute einen Zuschuß von bis zu 20.000 ECU pro Jahr für maximal zwei Jahre erhalten. Die Aktion enthält aber auch Fördermittel für die technische und fachliche Unterstützung des PETRA-Programms und die Arbeit der nationalen Koordinierungsstellen. Die nationale Dachkoordinierung des BIBB wurde 1992 mit 100.000 ECU seitens der Kommission unterstützt.

Im Jahre 1992 hat die Kommission allen Mitgliedstaaten Sondermittel für die Öffentlichkeitsarbeit anläßlich des Beginns von PETRA II zur Verfügung gestellt. Die Bundesrepublik Deutschland erhielt 80.000 ECU, die der zentralen nationalen Koordinierungsstelle für das PETRA-Programm im BIBB zugewiesen wurden. Die Koordinierungsstelle wiederum hat von diesen Mitteln 35.000 DM der CDG und knapp 23.000 DM der ZAV für die Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der von ihnen jeweils durchgeführten PETRA-Aktionen überwiesen.

Für spezielle Aktivitäten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit können auch die anderen Durchführungsstellen gesondert Mittel bei der Kommission beantragen. So erhielten 1992 die CDG 20.000 ECU von der Kommission zur Durchführung von Informationsveranstaltungen besonders in den neuen Bundesländern und die ZAV 10.000 ECU für vergleichbare Aktivitäten. Dies wird allerdings nicht die Regel sein. Mit Unterstützung der Kommission, aber auch mit Eigenmitteln des BMBW wurde außerdem ein Video-Film über das PETRA-Programm in Deutschland gedreht.


1.5.3 Deutsche Komplementärmittel

Die Mitgliedstaaten haben bei der Durchführung des PETRA-Programms eine bedeutsame Rolle, die sich nicht nur auf die Aktivitäten des Beratenden Ausschusses und die nationalen Koordinierungs- bzw. Durchführungsstellen beschränkt. So legt der Ratsbeschuß die Mitgliedstaaten darauf fest, die "größtmöglichen
Anstrengungen" zu unternehmen, allen Jugendlichen die Teilnahme an einer beruflichen Erstausbildung zu ermöglichen. Dies schließt Initiativen auf einzelstaatlicher Ebene mit ein.

Obwohl sich derzeit die Höhe der deutschen Komplementärmittel nicht im einzelnen beziffern läßt, sind die Zuschüsse in allen Aktionen des PETRA-Programms so kalkuliert, daß Eigen- bzw. Komplementärmittel aufgebracht werden müssen. Im folgenden werden zunächst die von den Teilnehmern bzw. teilnehmenden Institutionen aufzubringenden Eigen- und/oder Komplementärmittel aufgeführt, und dann die Komplementärmittel der staatlichen Institutionen zur Finanzierung der Durchführungs- und Koordinierungsstellen.


Die Zuschüsse für die ENAP-Projekte und die Jugendinitiativprojekte decken höchstens bis zu 50 Prozent der Projektkosten. Hier ergeben sich zum Teil Probleme für die Projekte aus den neuen Bundesländern, weil dort so gut wie keine Komplementärmittel angeboten werden, und nur in wenigen Ausnahmefällen eine hundertprozentige Bezugsgeschichte erfolgt. Probleme ergeben sich auch für die Jugendinitiativprojekte, die nicht ohne weiteres Zugang zu den Möglichkeiten der Komplementärfinanzierung besitzen. In diesem Bereich liegen besondere Beratungsaufgaben der die Jugendinitiativprojekte koordinierenden Stiftung MITARBEIT.

Die PETRA-Aktivitäten im Rahmen der Aktion III, die von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) durchgeführt werden, sind als Teil der Aufgaben im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes definiert, so daß die benötigten Komplementärmittel für die Ausstattung der elf Beratungszentren über Arbeitsmöglichkeiten in den anderen EG-Mitgliedsstaaten mit Mitteln der BA finanziert werden. Für diese elf Spezialzentren in den dafür benannten Arbeitsämtern stellt die BA jährlich etwa zwischen 50.000 und 80.000 DM pro Zentrum zur Verfügung. Dem stehen Zuschüsse aus dem PETRA-Programm von 36.000 ECU insgesamt pro Jahr gegenüber.


**Tabelle 45: Verwaltungskostenkalkulation der deutschen Durchführungs- bzw. Koordinierungsstellen im Rahmen des PETRA-Programms (in DM)**

<table>
<thead>
<tr>
<th>1992</th>
<th>1993</th>
<th>1994</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>BIBB</td>
<td>131.007</td>
<td>431.007</td>
</tr>
<tr>
<td>Stiftung MITARBEIT</td>
<td>69.972</td>
<td>69.080</td>
</tr>
<tr>
<td>CDG</td>
<td>377.400*</td>
<td>413.600</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* Laut Unterlagen des BMBW war eine Reduktion um 50.000 DM vorgesehen. Laut Angaben der CDG beliefen sich die real angefallenen Verwaltungskosten im Jahre 1992 auf unter 200.000 DM.


Ein Sonderfall bei den Komplementärmitteln sind die Verwaltungskosten der Stiftung MITARBEIT, die die Koordinierungsstelle für die Jugendinitiativprojekte ist und dies bereits im Rahmen von PETRA I war. Der Zuschuß betrug jährlich etwa 30.000 ECU. Die Beratung der Jugendinitiativprojekte ist in PETRA II jedoch Bestandteil des Vertrages zwischen der Kommission und dem BIBB und damit finanziell abgedeckt. Das BIBB gibt diese Aufgabe einvernehmlich an die Stiftung MITARBEIT weiter, so daß diese keine
Kommissionsmittel mehr für die Koordinierung und Verwaltung beantragen kann. Die Stiftung MITARBEIT hat deshalb für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben einen Vertrag mit dem BMBW, der die Verwaltungskosten für 1992 vollständig abdeckt, abzüglich der noch zur Verfügung stehenden Kommissionsmittel. Ab 1993 soll die Koordinierungsstelle für die Jugendinitiativprojekte vollständig vom BMBW getragen werden, weil keine Kommissionsmittel mehr zur Verfügung stehen. Die Verwaltungs- und Personalkosten für die Stelle belaufen sich auf knapp 100.000 pro Jahr.

Die Bundesanstalt für Arbeit und die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung nehmen ihre Aufgaben als Durchführungsstellen ohne EG-Zuschüsse zu den Verwaltungskosten wahr. Die anfallenden Kosten für die Koordination und Verwaltung der Mittel werden aus dem Haushalt der BA finanziert.

Insgesamt wird beklagt, daß das PETRA-Programm zu niedrig ausgestattet sei und alle Beteiligten Mühe hätten, Complementärmittel der unterschiedlichsten Art einzuwerben. Das führe teilweise zu einer hohen finanziellen Belastung der Mitteilempfänger (Individuen und Projekträger). Die komplexe Struktur von teils eigenständigen, teils abhängigen Durchführungs- und Koordinationsstellen innerhalb des Programms erfordere darüber hinaus erhebliche Mittel, vor allem des Bundes, zur Finanzierung der Verwaltungskosten.

1.6 Aufbau des Programms

Im Vorfeld des Inkrafttretens von PETRA II wurden in einer Reihe unterschiedlicher Leitlinien die Aufgaben der Kommission, des Beratenden Ausschusses und der nationalen Koordinierungsstellen detailliert festgelegt. Die Leitlinien gingen insbesondere auf die Aufgaben der beteiligten Instanzen bei der Durchführung und fachlichen Betreuung der einzelnen Aktionen ein.

1.6.1 Funktionen der Kommission der EG


- Die Kommission sorgt für die kohärente Entwicklung und Koordinierung des Programms in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten, sie organisiert Abstimmung und Querverbindungen zu anderen relevanten Gemeinschaftsprogrammen (besonders FORCE, EUROTECNET, LINGUA, Jugend für Europa und Initiativen im Rahmen des Europäischen Sozialfonds). Darüber hinaus arbeitet sie mit dem CEDEFOP zusammen.
- In enger Abstimmung mit den nationalen Stellen erarbeitet die Kommission detaillierte Leitfäden zur Durchführung der einzelnen Aktionen des Programms in Form von Handreichungen für die nationalen Durchführungsstellen und Leitlinien für die Erstellung der Antragsformulare.
- Die Kommission erstellt einen Leitfaden für Antragsteller mit Angaben zum Antragsverfahren, den Teilnahmekonditionen und den Auswahlkriterien für die Anträge.
- Die Kommission hält eine ständige Verbindung zu den maßgeblichen Behörden in den Mitgliedstaaten.
- Die Kommission erstellt Informationsmaterialien zur Bekanntmachung des Programms, führt Konferenzen und Tagungen zu seiner Entwicklung und Förderung durch und richtet eine computergestützte Datenbank ein.

1.6.2 Der Beratende Ausschuß

Der Beratende Ausschuß wurde erst mit Beginn des PETRA II-Programms in seiner jetzigen Form eingerichtet. Während PETRA I wurde mit Nationalkoordinatoren und einem Ad-hoc-Komitee auf EG-Ebene gearbeitet. Der Beratende Ausschuß setzt sich aus folgenden Personen zusammen:

- zwei Regierungsvertreter pro Land, die vom jeweiligen Bildungs- und Arbeitsministerium benannt werden und stimmberechtigt sind;
- sechs Arbeitgebervertretern, die vom europäischen Arbeitgeberverband (UNICE) benannt werden (mit Beobachterstatus);
- sechs Arbeitnehmervertretern, die vom europäischen Gewerkschaftsbund (ETUC) benannt werden (mit Beobachterstatus).

Für die Bundesrepublik Deutschland sind dies ein Vertreter des BMBW und eine Vertreterin des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA). Darüber hinaus nimmt ein Vertreter der Bundesländer an den Sitzungen des Ausschusses teil, jedoch ohne Stimmentsrecht. Mit Beobachterstatus nehmen ein Vertreter
der Arbeitgeber (BDA) und ein Vertreter der Gewerkschaften (DGB) teil, die von ihren jeweiligen europäischen Dachverbänden (UNICE und ETUC) vorgeschlagen wurden. Häufig ist auch das Bibb als Instanz der nationalen Dachkoordinierung mit Beobachterstatus vertreten.

- Beratung bei der Erstellung der allgemeinen Leitlinien des Programms;
- Beratung bei der Erstellung der finanziellen und der Förderrichtlinien und bei der Aufteilung des Budgets (Beträge, Dauer, Begünstigte);
- Beratungen über die Ausgewogenheit des Programms, einschließlich der Aufgliederung in die einzelnen Maßnahmen;
- Bewertung des Programms und Berichterstattung über die Maßnahmen auf nationaler Ebene im Kontext des Programms.

1.6.3 Expertengruppen

Sowohl die Kommission als auch der Beratende Ausschuß können zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben weitere Sachverständige heranziehen. Die Kommission arbeitet zur Durchführung der Aktion III z.B. mit einer Expertengruppe Berufserstattung zusammen, die aus zwei Personen pro Mitgliedstaat besteht. Darüber hinaus besteht eine enge Kooperation mit dem CEDEFOP.

Die Kommission lädt die Leiter der nationalen Koordinierungsstellen und weitere Experten zu Treffen nach Brüssel ein, um über die praktische Durchführung des Programms und eventuell auf nationaler Ebene auftretende Probleme zu diskutieren.

1.6.4 Das PETRA-Büro


1.6.5 Die nationale Durchführung und Koordinierung

Das PETRA-Programm hat hinsichtlich der beteiligten Stellen eine außerordentlich komplexe Durchführungsstruktur. Es gibt einerseits eine nationale Dachkoordinierung, die drei Funktionen erfüllt:
- sie übernimmt die übergreifende Koordination der PETRA-Aktivitäten auf nationaler Ebene zur Sicherung der Kohärenz der verschiedenen Aktionsbereiche;
- sie sorgt für die Darstellung des Programms in seiner Gesamtheit und gewährleistet die Transparenz des Programms für die Sozialparteien und weitere Interessenten;
- sie dient der EG-Kommission, dem PETRA-Büro in Brüssel und den nationalen Koordinierungsstellen der anderen Mitgliedstaaten als nationaler Ansprechpartner bei allen das Programm insgesamt betreffenden Fragen;
- sie arbeitet an der Erstellung einer Datenbank über die Anfrager zum PETRA-Programm (Kammern, Kultusministerien der Länder, Projekte, Verteiler der einzelnen Durchführungsstellen),
- sie ist zuständig für die Herstellung von Synergieeffekten zwischen PETRA und anderen EG-Förderprogrammen.
Daneben hat die PETRA-Koordinierungsstelle im BIBB folgende weitere Aufgaben übernommen:

f) sie ist nationale Koordinierungsstelle für das ENAP in Aktion II;


Gegenüber der EG-Kommission wurden offiziell nur drei nationale Durchführungs- bzw. Koordinierungsstellen benannt: das Bundesinstitut für Berufsbildung (Dachkoordinierung, Koordinierung der Aktionen II (ENAP) und IV), die Carl Duisberg Gesellschaft (Durchführung der Aktion Ia und eines Teils der Aktion Ib) und die Bundesanstalt für Arbeit (Durchführung der Aktion III). Innerhalb der deutschen Durchführungs- und Koordinierungsstruktur wurden weitere Aufgaben an Untergliederungen dieser Stellen (z.B. ZAV für einen Teil der Aktion Ib) oder andere ausgelagerte Stellen (z.B. Stiftung MITARBEIT für die Aktion II, Jugendinitiativprojekte) übergeben. Da die PETRA-Aktivitäten in die Zuständigkeiten und Kompetenzen von zwei Ministerien fallen (BMBW und BMA), ist die Benennung der Stellen für einzelne Aktionen zwischen diesen beiden Ministerien aufgeteilt worden. Das BMA hat die Bundesanstalt für Arbeit als Durchführungsstelle für die Aktion III benannt und die ZAV als Durchführungsstelle für die Betriebspraxis im Rahmen der Aktion Ib. Das BMBW hat die CDG als Durchführungsstelle für die Aktion Ia und für die Weiterbildungsaufenthalte im Rahmen der Aktion Ib benannt; außerdem wurde die Stiftung MITARBEIT mit der Koordinierung der Jugendinitiativprojekte im Rahmen der Aktion II beauftragt.


### 1.6.6 Die nationale PETRA-Arbeitsgruppe

Die Vielzahl der beteiligten Durchführungsstellen auf nationaler Ebene macht ein hohes Maß an Abstimmung erforderlich. Da sich die Durchführungsstellen im Prinzip als eigenständige Einheiten verhalten, gestaltet sich die Abstimmung mit der Stelle für die Dachkoordinierung im BIBB teilweise schwierig. Zur programmbezogenen nationalen Abstimmung, auch unter Einbeziehung der Sozialpartner, wurde 1992 eine nationale PETRA-Arbeitsgruppe eingerichtet, die viermal jährlich tagt. Diskutiert werden die Entwicklung der einzelnen Aktionen, die Öffentlichkeitsarbeit und die Orientierungsleitlinien für die Mittelverwendung. Darüber hinaus wird über die Tagesordnung der Sitzungen des Beratenden Ausschusses informiert, so daß die Möglichkeit gegeben ist, die Ausschußmitglieder mit der Wahrnehmung spezieller Anliegen von nationaler Seite zu beauftragen.

Mitglieder dieser nationalen Arbeitsgruppe sind:

- die Mitglieder des Beratenden Ausschusses aus dem BMBW, dem BMA und der KMK,
- je ein Vertreter der Bundesverbände der Deutschen Arbeitgeber (BDA), des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG) sowie des Kuratoriums der Deutschen Wirtschaft für die Berufsbildung (KWB),
- je ein Vertreter des Zentralverbandes für das deutsche Handwerk und des Deutschen Industrie- und Handelsstages (DIHT)
- das BIBB als Stelle für die nationale Dachkoordinierung und alle weiteren Durchführungsstellen (CDG, ZAV, Stiftung MITARBEIT und BA).

### 1.6.7 Einrichtungen, Organisationen und Gruppen als Antragsteller

Bis auf wenige Ausnahmen (Weiterbildungsaufenthalte, vorbereitende Besuche) können Individuen sich um eine Teilnahme an Aktivitäten des PETRA-Programms nur bei den anbietenden Trägerorganisationen bewerben. Die Zuschüsse bzw. Stipendien werden jedoch von Einrichtungen bestritten, die die Maßnahmen anbieten oder organisieren. Alle Aktivitäten werden als Projekte bezeichnet. Über die Projekte besteht für alle Träger eine Pflicht zur Sach- und Finanzberichterstattung. Die Anträge im Rahmen der Aktion I richten sich an die jeweilige nationale Durchführungsstelle, die auch die Verträge mit den Projektträgern abschließt.
Anträge im Rahmen der Aktion II müssen ebenfalls an die zuständige Koordinierungsstelle gerichtet werden, die in der Regel eine Vorauswahl in Form einer Empfehlung trifft und die Anträge über das BIBB an die Kommission (PETRA-Büro) weiterleitet. Die Zuwendungsverträge werden mit der Kommission abgeschlossen.

1.6.8 Individuelle Antragsteller

Für die Weiterbildungsaufenthalte können sich Interessierte individuell bewerben, soweit sie förderungsberechtigt sind. Die Angebote werden in angemessener Weise bekanntgemacht. Allerdings können sich die potentiellen Teilnehmer und Teilnehmerinnen auch selbst einen aufnehmenden Betrieb in einem anderen EG-Mitgliedstaat suchen und sich mit einem detaillierten Praktikumsplan und dem schriftlichen Einverständnis des Betriebs um Fördermittel bewerben.

Übersicht 27: PETRA - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) PETRA/Jugend-Büro IFAPLAN, 2-3 Place du Luxembourg, B - 1040 Brüssel
Vertreter des Bundes im Beratenden Ausschuß:

c) Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Dr. Maslankowski, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2
d) Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Frau Dr. Breuer, Rochusstr. 1, 5300 Bonn 1
e) Vertreter der Länder im Beratenden Ausschuß: Ministerium für Bildung und Sport des Saarlandes, Herr Dr. Tiêcciak, Hohenzellernerstr. 60, 6600 Saarbrücken
f) Nationale Koordinierungsstelle und Durchführungsstelle Aktionen II (ENAP) und IV: Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), Herr Hanf, Fehrbelliner Platz 3, W - 1000 Berlin 31
g) Durchführungsstellen Aktion Ia, Ib (Weiterbildungsauftahnte): Carl Duisberg Gesellschaft (CDG), Herr Fahele, Hohenstaufenring 30-32, 5000 Köln 1
h) Durchführungsstelle Aktion Ib (Betriebspraktika): Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV), Herr Dick, Feuerbachstr. 42-46, 6000 Frankfurt/M. 1
i) Durchführungsstelle Aktion II (Jugendinitiativenprojekte): Stiftung MITARBEIT, Herr Schulz, Bornheimer Str. 37, 5300 Bonn 1
j) Durchführungsstelle Aktion III: Bundesanstalt für Arbeit (BA), Herr Dr. Thiel, Regensburger Str. 104, 8500 Nürnberg

1.7 Ablauf des Programms

Der Ablauf und die Fristen für die Antragstellung sind von den Durchführungsstellen für die einzelnen Aktionen selbst geregelt.


Die Auszahlung der für eine Maßnahme bewilligten Zuschüsse an die Teilnehmer erfolgt in Form einer Abschlagszahlung von 70 Prozent des voraussichtlichen Zuschusses, der an die antragstellende Einrichtung vor Antritt der Maßnahme überwiesen wird. Erst nach Abschluß der Maßnahme und Vorlage aller Abrechnungen und Berichte wird die endgültige Höhe des Zuschusses festgestellt, so daß die Restauszahlung erfolgen kann.


der Antragsfrist von der ZAV eine Nachricht über die voraussichtliche Höhe der Förderung. Vor Beginn der Maßnahme erfolgt eine Abschlagszahlung in Höhe von 70 Prozent der Mittel. Die restlichen Mittel werden bei der Endabrechnung ausgezahlt, die spätestens sechs Wochen nach Beendigung der Maßnahme bei der ZAV sein sollte.


Der Ablauf der Aktivitäten im Rahmen der Aktionen III und IV wird intern geregelt, da die Fördermittel bereits festgelegt sind. Auch für die Forschungsvorhaben, die unter Aktion IV gefördert werden, werden Einrichtungen aufgefordert, Projekte einzureichen, die den Förderkriterien und Schwerpunktthemen entsprechen.

1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

Bei allen Fördermaßnahmen sind die vertraglichen Mittelempfänger zu Sachberichten und zum Nachweis der Mittelverwendung verpflichtet. Zu Sachberichten an die Kommission sind verpflichtet:

- die nationale Koordinierungsstelle (BIBB) im Hinblick auf die Entwicklung und den Fortschritt der deutschen Projekte im Rahmen des ENAP (Aktion II), die Durchführung und Entwicklung von Aktivitäten im Rahmen der Jugendinitiativprojekte (Aktion II) sowie die Aktivitäten auf nationaler Ebene im Rahmen der Aktion IV (ergänzende Maßnahmen);
- die nationale Koordinierungsstelle (BIBB) im Hinblick auf die Gesamtdurchführung des PETRA-Programms auf nationaler Ebene einschließlich der Erstellung nationaler Berichte als Grundlage für die vorgesehene Evaluationen (1993, 1995);
- die Durchführungsstellen über die Vergabe der als Pauschalsummen zugewiesenen Fördermittel;
- die Projektnehmer im Rahmen des ENAP und die an den Forschungsprojekten im Rahmen der Aktion IV beteiligten Forschungsinstitutionen über den Verlauf und die Ergebnisse der Forschung;
- die Bundesanstalt für Arbeit über die im Rahmen der Aktion III getroffenen Maßnahmen auf dem Gebiet der Berufsberatung.

Zu Verwendungsbezeichnungen sind verpflichtet:

- die nationale Koordinierungsstelle (BIBB) über die Verwendung von Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit an die Kommission;
- die einzelnen Durchführungsstellen über die Verwendung der Verwaltungsmittel an die Kommission und das BMWB;
- die einzelnen Empfänger von Zuschüssen für vorbereitende Besuche, Ausbildungs- und Weiterbildungsauenthalte sowie Betriebspraktika an die nationale Durchführungsstelle;
- die Anbieter bzw. Organisatoren von Austauschmaßnahmen im Hinblick auf die Verwendung der für die Maßnahmen bewilligten Gelder an die nationale Durchführungsstelle;
- die Projektnehmer im Rahmen des ENAP und der Jugendinitiativprojekte, erstere an die Kommission, letztere an die Durchführungsstelle und über diese an die Kommission.


Die nationale Dachkoordinierungsstelle ist darüber hinaus verpflichtet, ein Datenerfassungssystem über die einzelnen Aktivitäten im Rahmen des Programms auf nationaler Ebene einzurichten, so daß die 1993 und 1995 vorgesehene externe Evaluierung erleichtert wird und eine Informationsgrundlage zur Verfügung steht. Die Angaben über die Mittelverwendung sind dabei so aufzubereiten, daß eine Überprüfung jederzeit möglich ist.


1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, PETRA-Büro (Hg.): PETRA II Vademecum. Leitfäden für Antragsteller. Brüssel 1993 (erscheint jährlich neu)

PETRA Youth Bureau (Hg.): PETRA II Information. Brüssel o.J. (Faltblatt)

PETRA Technical Assistance Office: Manual for the National Coordination Units. Brüssel 1992

Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, PETRA-Büro (Hg.): PETRA II. Jugendinitiativen. Antragsformular 1993. Brüssel 1993 (erscheint jährlich neu; enthält auch Hinweise zum Verfahren)

Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.): PETRA II Deutschland. Berlin 1992 (offizielle deutsche Broschüre mit Gesamtübersicht über das Programm)

Video-Informationsfilm: "PETRA - unterwegs für Europa" (mit Faltblatt). Erhältlich beim BIBB


Carl Duisberg Gesellschaft: Informationsblatt zum PETRA II Programm "Maßnahmen für Jugendliche in der beruflichen Erstausbildung." Köln o.J.

Carl Duisberg Gesellschaft: Informationsblatt zum PETRA II Programm "Maßnahmen für junge Arbeitnehmer." Köln o.J.


1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher


Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.): Katalog der deutschen Projekte. Berlin, o.J. (Kurzbeschreibung der deutschen Projektpartner im Rahmen der Ausbildungspartnerschaften, einschl. Kontaktdressen; wird ständig aktualisiert)

PETRA-News. Hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung. (PETRA-Zeitschrift, erscheint vierteljährlich)


Stiftung MITARBEIT (Hg.): Zur Lage und Zukunft von Jugendinitiativen in der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation eines bundesweiten Treffens in Neu-Anspach, 23. bis 25.3.1990. Bonn 1990 (PETRA I)


1.9.3 Rechenschafts-, Jahres-, Evaluationsberichte


Bundesinstitut für Berufsbildung: EG-Aktionsprogramm PETRA. Nationaler Zwischenbericht (Bundesrepublik Deutschland). Berlin, Juli 1989 (Zwischenbericht PETRA I)


2. Probleme der Programmdurchführung bei PETRA

2.1 Charakter des Programms

Das PETRA-Programm ist primär ein Dauerprogramm, bei dem ein großer Teil der Regelkosten (Austauschstipendien, Kosten des ENAP etc.) kontinuierlich anfallen wird. Je erfolgreicher das Programm, desto größer wird das Interesse an einer Beteiligung, so daß bereits jetzt Engpässe entstanden sind. Im Rahmen der Untersuchung haben sich im wesentlichen drei größere Problembereiche herausgestellt, die die Durchführung des Programms beeinträchtigen:

- eine im Verhältnis zum Anspruch des Programms unzureichende Mittelausstattung;
- Konflikte bei der Aufgaben- und Kompetenzabgrenzung der beteiligten Instanzen auf nationaler Ebene;
- eine nicht optimal funktionierende Abstimmung und Kooperation der beteiligten Instanzen auf nationaler Ebene.

Diese drei Problembereiche werden insbesondere in den folgenden Abschnitten 2.6 und 2.7 angesprochen. Bis der Analyse der Probleme sollte allerdings bedacht werden, daß PETRA II sich 1992 erst in seinem ersten Jahr der Laufzeit befand, und es insgesamt erst wenig Berichterstattung und Erfahrungswerte gibt.

2.2 Programmierter organisatorischer Aufwand

Im Vergleich zu PETRA I weist PETRA II breitere Aktivitäten und eine höhere Mittelausstattung auf. Die Integration des zuvor selbständigen EG-Förderprogramms "Austausch junger Arbeitskräfte" in das PETRA II-Programm, eine neue Schneidung der einzelnen Aktionsbereiche innerhalb des Programms und die Abschaffung der Funktion des nationalen Koordinators hat in der Bundesrepublik Deutschland zu einer Erhöhung der Anzahl der Durchführungs- bzw. Koordinierungsstellen geführt. Die Aufteilung der einzelnen Aktionen des PETRA II-Programms auf insgesamt vier Durchführungs- und Koordinierungsstellen hat nicht


Daß sowohl das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung als auch das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung beim PETRA-Programm eine Zuständigkeit für sich gegeben haben, wenn auch ein internes Vetorecht für die nationale Abstimmung vereinbart wurde. Besser einbezogen sind die Länder in die Abstimmung auf nationaler Ebene, wo eine gute Kooperation mit einigen der Durchführungsstellen besteht und auch ein Vorspruchsrecht für Projekte im Rahmen der Aktion II (ENAP) vereinbart wurde.

2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


So haben die Durchführungsstellen, mit denen sich die Kommission getrennt vom Ausschuß berät, einen verhältnismäßig großen Einfluß auf die Gestaltung und Durchführung der Aktionen, für die sie zuständig sind. Dieser Spielraum wird so genutzt, daß die Stellen auf europäischer Ebene Arbeitsgruppen zu Spezialthemen des Programmmanagements bilden und auch bei der Gestaltung des Leitfadens eine wichtige Rolle spielen.

werden muß. In einem solchen Fall wird ein Auswahlausß gebildet. In die Entscheidungen bezüglich der Durchführung der Aktion III waren weder das BIBB als Dachkoordinationsstelle noch der Beratende Ausschuß einbezogen. Bund und Länder haben dagegen ein Vorschlagsrecht für Projekte im Rahmen der Aktion II (ENAP).


Ein weiteres Problem hat sich aus der unzureichenden Abstimmung der Programminhalte mit der deutschen Berufsbildungspolitik und dem deutschen System der dualen Berufsausbildung ergeben, das in seiner Art sicherlich einmalig ist in Europa. Bisher haben wenig konzeptionelle Diskussionen über die Richtung der erforderlichen Adaption stattgefunden, was die Durchführung an einzelnen Punkten (so z.B. die Einbeziehung der Kammern, die für die Integration und Anerkennung der Austauschmaßnahmen in die Ausbildungssysteme mit realitätsorientierten und von der Freistellung von Berufsschülern und -lehrerinnen als Betreuungspersonen bei Austauschmaßnahmen) erschwert. Von einem Teil der Gesprächspartner wurde außerdem darauf hingewiesen, daß die europäischen Aktivitäten - z.B. im Rahmen der Ausbildungspartnerverbünde - für die beteiligten Betriebe und Träger zusätzliche Aufgaben der normalen Alltagsaufgaben zu erbringen wären und damit eben noch nicht zur Routine gehören. Dies erschwere auch die Umsetzung der Entwicklungsresultate der Ausbildungssysteme in die Regelausbildung. In dieser Hinsicht wurde z.B. eine größere Unterstützung seitens der Kultusministerien der Länder aber auch der Kammern gewünscht.

Es gibt dennoch keinen Grund, davon auszugehen, daß die Kommission die nationalen Belange nicht hinreichend berücksichtigen wird. Die Erfahrungen der Beratenden Ausschusses sind nicht aufgreifen wollen. Vielmehr läßt sich die in einigen Punkten vielleicht eher schwache Einflußnahme der Bundesrepublik Deutschland auf die Entwicklung konzeptioneller Leitlinien im Rahmen der Beratenden Ausschusses auf die programmbezogenen nationalen Abstimmungsschwierigkeiten und andererseits auf die im Beratenden Ausschuß selbst bestehende Vielfalt der Positionen bei den Mitgliedstaaten zurückführen, was bei der Unterschiedlichkeit der nationalen Bildungssysteme nicht verwunderlich ist. Von einigen unserer Gesprächspartner wurde allerdings auch eine aktive Haltung der deutschen politischen Akteure hinsichtlich der Gesamtkoordinierung der Programms gewünscht.

2.4 Mehrstufigkeit der Stipendienvergabe

2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung


An einzelnen Punkten läßt sich jedoch bereits jetzt eine Notwendigkeit zur Verbesserung erkennen. Dies betrifft zum einen sicherlich die Verkürzung der Fristen zwischen Vertragsabschluß und Auszahlung bewilligter Fördermittel durch die Kommission. Verzögerungen im Ablauf ergeben sich aber nicht nur bei der Kommission. So kommt es z.B. bei den Austauschmaßnahmen auch vor, daß die für nicht angetretene Teilnehmer zur Verfügung gestellten Gelder so spät von den Einrichtungen zurückgezahlt werden, daß sie nicht mehr neu verteilt oder über Reservelisten neu vergeben werden können und daher als Rückflüsse an die Kommission zurückgezahlt werden müssen.

Hinsichtlich der Durchführung der Aktion III, die von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) wahrgenommen wird, gibt es Überlegungen zu einer möglichen Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes, um die Fördervoraussetzungen und -modalitäten europäischer Förderprogramme in die durch das Arbeitsförderungsgesetz festgelegten Richtlinien besser integrieren zu können.

2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung


Im Rahmen der Aktion I stellt die Kommission den Mitgliedstaaten die Mittel für den Austausch von Jugendlichen nach einem Quotenschluß zur Verfügung, der sich am Anteil der Jugendlichen im PETRA-Alt (etwa 15 bis 27 Jahre) und einigen Gewichtungsfaktoren (z.B. Bruttoinlandsprodukt) orientiert. Hinzu kommt eine Sockelzahl, die für alle Mitgliedstaaten gleich ist. Der Bundesrepublik Deutschland stehen prozentual und absolut für die Austauschmaßnahmen im Rahmen der Aktion I die meisten Mittel und die meisten Austauschplätze zur Verfügung.

Vergleichbare Probleme ergeben sich für die von der CDG durchgeführten Aus- und Weiterbildungsaufenthalte. Gerade beim Austausch von Auszubildenden bieten die schon länger bestehenden bilateralen Abkommen (besonders mit Frankreich und Großbritannien) eine bessere finanzielle Ausstattung und einen eingespannten Ablauf, so daß eventuell Anreizschwellen für die Teilnahme am PETRA-Programm unterschritten werden.

Für die im Rahmen der Aktion II (ENAP) bezuschussten Projekte haben Bund und Länder ein Vor- schlagsrecht (im Verhältnis 3:1). Auch hier müssen die Projektnehmer unterschiedlich hohe Anteile an Eigenmitteln aufbringen, da die beantragten Kosten meist nur bis zu 50 Prozent, manchmal aber auch darunter, bewilligt werden. Für die von den Ländern vorgeschlagenen Projekte scheint es schwieriger zu sein, die nötigen Komplementärmittel zu beschaffen, so daß für eine Teilnahme schon nicht mehr öffentlich geworben wird. Projektvorschläge der Länder werden im Unterausschuß für berufliche Bildung der KMK erörtert.


2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung

Die Vielzahl der in der Bundesrepublik Deutschland am PETRA-Programm beteiligten Durchführungs- und Koordinierungsstellen haben den Aufwand für die Abstimmung vergrößert. Deshalb ist eine nationale PETRA-Arbeitsgruppe eingereicht worden, die sich unregelmäßig und nach Bedarf trifft. Im ersten Laufjahr von PETRA II war dies viermal der Fall.

Aus den Gesprächen mit den befaßten Steilen ergab sich ein etwas uneinheitliches Bild vom Funktionieren dieser Abstimmung. Auf der einen Seite begreifen sich die Durchführungsstellen als selbständig bei der Umsetzung der in ihre Zuständigkeit fallen den Aktionen und sehen in der Funktion des BB8 (Dachkoordinierung) ein eher formales Konstrukt. Die in die Zuständigkeit des BMA fallenden Aktionen (Teil von I.b und III) werden darüber hinaus unabhängig von den in der Zuständigkeit des BMWB liegenden Aktionen durchgeführt. Auf der anderen Seite kooperieren die beiden Durchführungsstellen für die Aktion I eng miteinander. Eine engere Kooperation gibt es aber z.B. auch zwischen der Aktion Ia und I,
weil die Gruppenaustauschmaßnahmen im Rahmen der ENAP über die Mittel für Ausbildungsaufenthalte Jugendlicher im Rahmen der Aktion 1a finanziert werden.


Die nationale programmbezogene Abstimmung innerhalb der PETRA-Arbeitsgruppe hat sich in der Vergleich zur Anlaufphase von PETRA II zwar stabilisiert, doch wurde von einigen unserer Gesprächspartner geäußert, daß man sich eine aktive Haltung von Bund und Ländern sowohl auf nationaler Ebene als auch im Rahmen der Arbeit des Beratenden Ausschusses wünsche.

2.8 Information, Transparenz, Evaluation


2.9 Controlling

Ein Controlling der Projekte und Austauschmaßnahmen ist über die Berichte der Mittelempfänger vorhanden. Dabei beklagt die Stiftung Mitarbeit allerdings, daß die Berichte der Jugendinitiativprojekte nur an die Kommission gehen und nicht auch an die Durchführungsstelle. Die für die Betriebspraktika im Rahmen der Weiterbildung junger Arbeitskräfte zuständige Stelle berichtete, daß ein Controlling der Anbieter bzw. Träger in den anderen Mitgliedstaaten schwierig sei und eher auf gegenseitigem Vertrauen beruhte. Darüber hinaus seien die Fragebogen, die die Grundlage der Berichterstattung seien, der Trägerüber die Teilnehmer und Projekte bildeten, nicht sehr aussagekräftig.

Bei allen Aussagen zur Transparenz und zum Controlling bleibt jedoch zu zeigen noch zu berücksichtigen, daß die Erfahrungswerte aufgrund der kurzen Laufzeit von PETRA II noch keine hinreichende Basis für ge-
sicherte Aussagen abgeben. Darüber hinaus hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren gezeigt, daß der Stellenwert von Evaluierungen, Tätigkeits- und Rechenschaftsberichten sowie der wissenschaftlichen Beleitung für alle EG-Programme gestiegen ist, und die Kommission hier mittlerweile höhere Maßstäbe anlegt. In diesen Kontext paßt der von einem deutschen Vertreter geteußte Vorschlag, alle EG-Programme sollten auf der nationalen Ebene als Modellversuche angesesehen werden, die einer wissenschaftlichen Beleitung bedürften.

2.10 Information und Beratung der potentiellen Nutzer und Teilnehmer

Die für potentielle Interessenten und Antragsteller bereitgestellten Informationen über das PETRA II-Programm sind als gut zu bezeichnen. Darüber hinaus betreiben die Durchführungsstellen eine intensive Öffentlichkeitsarbeit und informieren ausführlich über die in ihrer Verantwortung liegenden Programmteile. Daß die Einbeziehung der neuen Bundesländer in einige der Maßnahmen noch unbefriedigend ist, liegt eher an den mangelnden Möglichkeiten, eine geeignete Komplementärfinanzierung zu finden als an Defiziten in der Information und Beratung.


2.11 Andere Probleme

Bei der Umsetzung des PETRA-Programms haben sich einige weitere Probleme abgezeichnet, die eine zielgerichtete Umsetzung des PETRA-Programms in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit noch erschweren:

- Die Übernahme oder Integration der im Rahmen des ENAP entwickelten Ausbildungsmodule und die Gewährleistung der Anerkennung von Auslandsaufenthalten als Teil der Ausbildung ist in den meisten der bestehenden deutschen Ausbildungsordnungen noch nicht vorgesehen. Zwar gibt es einige Modellversuche, doch müßten die Kammern noch intensiver einbezogen werden, weil sie an der Festlegung der Ausbildungsordnungen einen wesentlichen Anteil haben.
- Die Frage der Quellen für die im Rahmen der Aktionen I und II erforderlichen Komplementärmittel stellt ein noch nicht bewältigtes Problem dar.
- Die multipie Funktion des BIBB: Dachkoordination und Koordinierung der Aktionen II und IV - zum Teil auch Beteiligung an Forschungsvorhaben, die im Rahmen der Aktion IV gefördert werden - hat im Rahmen der vorhandenen personellen Kapazitäten zu Engpässen bei der Beratung und Begleitung der mittlerweile 65 deutschen Einrichtungen geführt, die am ENAP beteiligt sind.
- Die Abrechnung der Mittel, insbesondere bei den Austauschmaßnahmen, ist für die Durchführungsstellen insofern kompliziert, als das Haushaltsrecht der Bundesrepublik Deutschland nicht in allen Punkten mit dem EG-Haushaltsrecht kompatibel ist. Die Durchführungsstellen rechnen nach deutschem Recht mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ab, die Verwendungsanweisweise für die Brüsseler Stellen sind aber am EG-Haushaltsrecht zu orientieren.
- In der gemeinschaftweiten Einstufung der Ausbildungsberufe, die den Vergleich von Unterschieden und Gemeinsamkeiten ermöglichen sowie ein gewisses Maß an Kompatibilität besonders von Austauschgruppen herstellen soll, wurde die Einstufung der deutschen Ausbildungsberufe als zu niedrig eingeschätzt. Ursache dafür ist wohl die Einzigartigkeit des dualen Systems der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland, die dazu führt, daß einige Berufe hier eine Ausbildungszeit von drei Jahren haben, in denen in anderen Mitgliedstaaten nur über ein oder zwei Jahre ausgebildet wird. Hier wurde eine Korrektur nach oben gewünscht.
TEMPUS
Europaweites Mobilitätsprogramm für den Hochschulbereich

1. Programmdarstellung

1.1 Ziele und Anlage des Programms


Übersicht 28: Ziele des TEMPUS-Programms

"Das TEMPUS-Programm bezweckt folgendes:

a) die Koordinierung der Unterstützung der in Betracht kommenden Länder auf dem Gebiet des Austauschs und der Mobilität, insbesondere der Hochschulstudenten und -lehrer, zu erleichtern ...;

b) zu einer Verbesserung der Ausbildung in den in Betracht kommenden Ländern beizutragen und ihre Zusammenarbeit mit Partnern in der Gemeinschaft zu fördern ...;

c) die Möglichkeiten des Lehrens und Erlernens der in der Gemeinschaft verwendeten und vom JUNIPro gramm abgedeckten Sprachen in den in Betracht kommenden Ländern und umgekehrt zu verbessern;

d) Studenten aus den in Betracht kommenden Ländern in die Lage zu versetzen, in den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft während eines bestimmten Studienabschnitts an einer Hochschule zu studieren oder ein Betriebspraktikum abzuleisten, wobei die Chancengleichheit für männliche und weibliche Studenten in bezug auf die Mobilität sicherzustellen ist;

e) Studenten aus der Gemeinschaft in die Lage zu versetzen, eine gleichartige Studien- oder Praktikumszeit in einem der in Betracht kommenden Länder zu verbringen;

f) den Austausch und die Mobilität von Lehr- und Ausbildungspersonal als Teil des Kooperationsprozesses zu fördern."

(Beschluß des Rates vom 7. Mai 1990 zur Aufstellung eines europaweiten Mobilitätsprogramms für den Hochschulbereich (TEMPUS), 90/233/EWG, Artikel 4. ABl. 131/21 vom 23. 5. 1990.)

Studien mit dem Ziel der Weiterentwicklung der Bildungssysteme in den mittel- und osteuropäischen Ländern gefördert.

1.2 Entwicklung des Programms


Eine weitere Veränderung, die sich durch die Erfahrungen der ersten beiden Jahre ergeben hat, ist die zunehmende Integration der Mobilitätsmaßnahmen in die gemeinsamen europäischen Projekte (GEP), die mittlerweile Vorrang vor den Einzelbewerbungen hat. Im Haushaltsjahr 1992/93 werden keine Einzelbewerbungen von Studierenden mehr gefördert. Einzelbewerbungen von Lehr- und Verwaltungspersonal aus Hochschulen und Ausbildern aus Unternehmen sind jedoch weiterhin möglich. (Im weiteren steht der Begriff 'Personal' für diese Adressatengruppe.) Um die Effizienz und Effektivität der Austauschaktivitäten zu gewährleisten und zu verbessern, wurde von dieser Möglichkeit jedoch bald Abstand genommen, und der Austausch ist heute vorrangig im Rahmen von GEP möglich.


1.3 Fördermaßnahmen


Neben den Durchführungsbestimmungen zum TEMPUS-Programm im Anhang zum Ratsbeschuß werden die Einzelheiten in dem jährlich neu erscheinenden Vademecum geregelt. Die verschiedenen Fördermaßnahmen des Programms sind in drei Aktionen gegliedert.

Aktion I: Gemeinsame europäische Vorhaben

Ein gemeinsames europäisches Vorhaben (GEP) besteht aus mindestens einer Hochschule aus einem der förderungsberechtigten Länder und mindestens zwei Einrichtungen aus zwei verschiedenen EG-Mitglied-
staaten, von denen mindestens eine ebenfalls eine Hochschule sein muß. Der neue Leitfaden für das Haus- 
haltsjahr 1992/93 spezifiziert die Verteilung noch genauer: mindestens eine Hochschule aus einem förde- 
rungsberechtigten Land, eine Hochschule aus einem EG-Mitgliedstaat und eine weitere Hochschule oder ein 
Unternehmen aus einem zweiten EG-Mitgliedstaat. Unter besonderen Voraussetzungen können auch bereits 
bestehende Partnerschaften von Hochschulen oder Hochschulen und Unternehmen aus den Programmen 
ERASMUS, LINGUA und COMETT als Partner in einem GEP Anträge auf Förderung stellen. An den GEP 
können sich auch Einrichtungen der anderen G24-Länder beteiligen, die nicht der EG angehören. Außerdem 
kann eine Einrichtung an mehreren GEP beteiligt sein.

Der Antrag ist immer mit der Beantragung von Zuschüssen für bestimmte Aktivitäten innerhalb der GEP 
zu verbinden. Darüber hinaus gibt es Zuschüsse für die institutionellen Kosten der Planung, Durchführung 
und Betreuung der Aktivitäten sowie für bestimmte Anschaffungen, die für die Durchführung der Aktivitä- 
ten erforderlich sind (Geräte, Bücher, Zeitschriften, Software, etc.). Schließlich können Sprachkurse, Über- 
setzungs- und Druckkosten, Reise- und Aufenthaltskosten für vorbereitende Besuche und Overhead-Kosten 
bezuschusst werden.

Für folgende Einzelaktivitäten im Rahmen von GEP können Zuschüsse beantragt werden:

a) Kooperationsmaßnahmen im Lehr- und Ausbildungsbereich; darunter fallen:
  - Entwicklung von Lehrplänen mit dem Ziel des Wissenstransfers,
  - Weiterbildungsmaßnahmen für Hochschuldozenten, Ausbilder und Sekundarschullehrer,
  - kurze Intensivlehrgänge zu speziellen Themen und Fremdsprachenkurse,
  - Entwicklung offener Lernsysteme und Einrichtungen für den Fernunterricht in den förderungsberechtig- 
    ten Ländern.

b) Strukturelle Entwicklung des Hochschulwesens; darunter fallen:
  - Unterstützung bei der Schaffung neuer oder der Umstrukturierung bestehender Hochschulzentren und 
    - einrichtungen,
  - Ausbau von Hochschuleinrichtungen (Labors, Bibliotheken, Dokumentationszentren),
  - Ausbau der Kapazitäten von Hochschulen, um eine bessere Zusarnamenarbeit mit der Wirtschaft zu errei- 
    chen (Technologietransferstellen, Lehr- und Ausbildungsmaßnahmen, Beratungstätigkeiten).

c) Studenten- und Dozentenmobilität; darunter fallen:
  - Entwicklung und Durchführung von Austauschprogrammen zwischen Hochschulen (Studien- und Lehr-
    aufenthalte),
  - Entwicklung und Durchführung von Austauschprogrammen zwischen Hochschulen und Unternehmen 
    (1 Jahr- und Ausbildungsaufenthalte, Betriebspraktika).

d) Regionale Aktivitäten; darunter fallen:
  - Entwicklung der Bildungszusammenarbeit, besonders bei der Entwicklung von Lehrplänen für be- 
    stimmte vorrangige Fächer,
  - Ausbau von Kapazitäten der Hochschulen zur Lösung spezifischer regionaler Probleme.

Die Aktivitäten der GEP können höchstens drei Jahre lang gefördert werden, wobei in der Regel ein jährli-
cher Verlängerungsantrag gestellt wird, der auch die Ausweitung der Aktivitäten auf neue Bereiche enthal-
ten kann. Die Mobilitätsschüsse für die unter (c) genannten Austauschmaßnahmen müssen im Rahmen 
der Aktion II, aber in einem GEP-Antrag beantragt werden.

Aktion II: Mobilitätsschüsse bzw. -stipendien für Studierende, Dozenten und Verwaltungspersonal 
aus Hochschulen und Ausbildern aus Unternehmen

Die Mobilitätsschüsse bzw. -stipendien werden sowohl für Austauschaktivitäten im Rahmen von 
GEP als auch an Einzelbewerber vergeben, wobei der Mobilität im Rahmen von GEP ein absolu-ter Vorrang 
eingeräumt wird. Die Mobilität von Studierenden wird seit dem Haushaltsjahr 1992/93 nur noch im Rahmen 
von GEP gefördert, wohingegen Einzelbewerbungen von Personal weiterhin möglich sind.

Der Leitfaden unterscheidet zwischen Mobilitätsschüssen für Lehr- und Verwaltungspersonal an 
Hochschulen und Ausbilder in Unternehmen einerseits und Mobilitätsstipendien für Studierende und Post-
graduierte zum Zwecke eines Zusatzstudiums (einschließlich Doktorandinnen und Doktoranden) anderer-
seits.

Die Zuschüsse für das Lehr-, Ausbildungs- und Verwaltungspersonal sind vorgesehen für:
  - Lehr- und Ausbildungsaufträge zwischen einer Woche und einem akademischen Jahr, insbesondere in 
    - vorrangigen, von den förderungsberechtigten Ländern im einzelnen genannten Fachgebieten,
  - Praktika von Dozenten, Sprachlehrern und Verwaltungskräften,
  - Fort- und Weiterbildung von Hochschulpersonal aus den förderungsberechtigten Ländern (Sprachkurse, 
    Teilnahme an Konferenzen und Seminaren, längere Fortbildungsaufenthalte),
- Besuche zur Vorbereitung von GEP oder von Lehrmaterial, zur Verbreitung relevanter Informationen oder zum Austausch von Expertenwissen, zur Fachberatung in Fragen der Lehre und Verwaltung.


**Aktion III: Ergänzende Maßnahmen**

Im Rahmen der Aktion III des TEMPUS-Programms werden vier verschiedene Aktivitäten bezuschusst.

a) Es werden Zuschüsse an Hochschulvereinigungen oder -konsortien mit Mitgliedern in mehreren Mitgliedstaaten und in mindestens einem der förderungsberechtigten Länder vergeben, die zum Ziel haben, den Einrichtungen aus den förderungsberechtigten Ländern die Teilnahme an Aktivitäten europäischer Vereinigungen zu erleichtern. Mit Unterstützung ihrer Hochschule sind auch Studentenvereinigungen antragsberechtigt. Fördermittel stehen für die Kontaktaufnahme, die Beteiligung bzw. Mitgliedschaft oder für die Beitragsgebühren zur Verfügung.

b) Es werden Zuschüsse für Veröffentlichungen und andere Informationsaktivitäten an Organisationen und Einzelpersonen vergeben, die die Entwicklung und Erneuerung der Hochschulsysteme in den förderungsberechtigten Ländern betreffen. Die Zuschüsse für diese Aktivität werden in Form von Projektmitteln ausgezahlt.

c) Es werden Studien und Analysen unterstützt, die das Ziel haben, eine Informationsbasis zur Begleitung, Bewertung und Entwicklung des TEMPUS-Programms aufzubauen und sich auf die Untersuchung der Entwicklung der Hochschulsysteme in den förderungsberechtigten Ländern und die durch das TEMPUS-Programm erzielten Wechselwirkungen zwischen der EG-Mitgliedstaaten, weiteren westlichen Ländern sowie den förderungsberechtigten Ländern stützen.


Die Durchführungsbestimmungen im Anhang zum Ratsbeschluss sehen unter dieser Aktion auch die Mittel für die technische Unterstützung und Evaluierung des TEMPUS-Programms vor.

**1.4 Förderungsvoraussetzungen und Kriterien bei der Auswahl**


**1.4.1 Gemeinsame europäische Projekte**

An den gemeinsamen europäischen Projekten (GEP) können sich Hochschulen und Unternehmen aus allen Mitgliedstaaten der EG, den förderungsberechtigten Ländern sowie den anderen G24-Staaten beteiligen. Die Definition der Einrichtungen ist in Artikel 3 des Ratsbeschlusses niedergelegt. Bei der Auswahl der GEP wird die Kommission insbesondere auf eine ausgewogene Beteiligung aller in das Programm einbezogenen

Die auf die Entwicklung einer bestimmten Region ausgerichteten GEP werden aus einem besonderen Haushaltsstil des PHARE-Programms finanziert, der zusätzlich zu den nationalen TEMPUS-Mitteln in das TEMPUS-Programm fließt. Darüber hinaus haben alle förderungsberechtigten Länder eine Liste von fächerbezogenen Prioritäten aufgestellt, die im TEMPUS-Vademecum aufgeführt ist und auf die sich die Aktivitäten der GEP vorrangig beziehen sollen. Ein deutliches Übergewicht besitzen bei den Bewilligungen die Ingenieurwissenschaften, angewandte Naturwissenschaften und technologiebezogene Fächer, gefolgt von Management, Betriebswirtschaft und angewandter Ökonomie.


Bei der Förderung von Kooperationsmaßnahmen und der strukturellen Entwicklung des Hochschulwesens werden insbesondere Aktivitäten berücksichtigt, die längerfristige Auswirkungen und Multiplikatoreffekte haben. Der Wissenstransfer soll den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Reformprozeß in den förderungsberechtigten Ländern unterstützen.

GEP mit Mobilitätsaktivitäten werden bevorzugt dann gefördert, wenn sie eine sorgfältige Organisation der Maßnahmen aufweisen können. Dies schließt nicht nur die Unterbringung und Betreuung der Studierenden und Lehrenden ein, sondern ebenso die Wiedereingliederung nach Beendigung des Aufenthalts. Darüber hinaus sollten die Anträge eine sprachliche Vorbereitung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen vorsehen, fortgesetzte und strukturierte Mobilitätsflüsse in beide Richtungen zum Ziel haben und Vorkehrungen für die akademische Anerkennung der Aktivitäten treffen.

Insgesamt gibt es drei Typen von GEP, die vorrangig gefördert werden und sich wie folgt charakterisieren lassen:

a) GEP mit gemischten Aktivitäten (Kooperationsmaßnahmen, strukturelle Entwicklung des Hochschulwesens, Mobilität), die sich jedoch schwerpunktmäßig auf die von jedem einbezogenen Land Mittel- und Osteuropas festgelegten prioritären Fächer beziehen sollen.


c) GEP mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Förderung organisierter Studentenmobilität. Für diese GEP-Kategorie können sich auch bestehende Hochschulkooperationsprogramme bewerben, die im Rahmen von ERASMUS gefördert werden und entsprechende Erfahrung aufweisen. Wichtigstes Kriterium ist ein groß angelegtes Mobilitätsprojekt mit hohem Multiplikatoreffekt.

1.4.2 Mobilitätsstipendien für Studierende

Die zu Beginn des TEMPUS-Programms vorgesehene Möglichkeit der individuellen Bewerbung von Studierenden (free movers) ist mittlerweile ausgeschlossen worden. Studentenmobilität kann nur noch im Rahmen der GEP stattfinden. Mit Mobilitätsstipendien werden sowohl Studierende gefördert, die vor ihrem ersten akademischen Studienabschluß stehen, als auch Postgraduierte und Doktoranden, die ein Zusatzstudium absolvieren.


Die an einem GEP beteiligten Hochschulen stellen Sammelanträge für Mobilitätsmaßnahmen, die integraler Bestandteil des GEP-Antrags sind. Den Sammelanträgen müssen detaillierte Mobilitätspläne zugeordnet liegen, die Auskunft über Zweck, Richtung und Dauer der Aufenthalte sowie die Anzahl der beteiligten Studierenden geben und eine Schätzung der benötigten Stipendienhöhe enthalten.

1.4.3 Mobilitätszuschüsse für Lehr-, Ausbildungs- und Verwaltungspersonal

Die Mobilitätszuschüsse für Lehr-, Ausbildungs- und Verwaltungspersonal werden sowohl im Rahmen von TEMPUS-GEP als auch für Einzelbewerber vergeben. Die Zuschüsse können von Dozenten und Verwaltungspersonal aus Hochschulen und von Ausbildern aus Unternehmen beantragt werden und sollen vier Aktivitätstypen fördern:

- Lehr- und Ausbildungsaufträge zwischen einer Woche und einem akademischen Jahr an einer ausländischen Gasteinrichtung; bei Lehraufträgen an Hochschulen in einem der förderungsberechtigten Länder soll die Lehrtätigkeit darüber hinaus in einem der von diesen Ländern genannten vorrangigen Fachgebiete stattfinden;
- Auslandspraktika von Dozenten oder Verwaltungskräften für die Dauer von einem Monat bis zu einem Jahr;
- Fort- und Weiterbildung von Hochschulpersonal aus den förderungsberechtigten Ländern in einer Gastseinrichtung der EG für die Dauer von einer Woche bis zu einem akademischen Jahr; zur Weiterbildung zählt auch die Teilnahme an Sprachkursen, Konferenzen und wissenschaftlichen Symposien oder Seminaren in einem der vorrangigen Fachgebiete;
- Besuche von einer Woche bis zu einem Monat zur Vorbereitung von GEP, Sammlung von Lehrmaterial und relevanten Informationen sowie zum Austausch von Expertenwissen und zur Beratung in Fragen von Lehre und Verwaltung im Hochschulbereich.

Mobilitätszuschüsse für Personal im Rahmen eines GEP werden nach denselben Kriterien wie die studentischen Mobilitätsstipendien vergeben. Bei Einzelbewerbungen muß ein Einladungsschreiben der Gasteinrichtung vorliegen, das mit dem Antrag eingereicht wird.

1.4.4 Jugendaustausch


Antragsformulare für Jugendaustauschmaßnahmen sind nicht im TEMPUS-Vademecum enthalten, sondern auf Anfrage beim EG-TEMPUS-Büro zu bekommen. Leitfaden und Bewerbungsformulare sind ebenfalls auf Anfrage über die nationalen Anlaufstellen zu bekommen. In der Bundesrepublik Deutschland wird der DAAD als nationale TEMPUS-Kontaktstelle vom EG TEMPUS-Büro zwar auch als nationale Anlaufstelle für den Jugendaustausch im Rahmen von TEMPUS angegeben, ist aber mit dieser Aufgabe nie offiziell betraut worden und übernimmt auch keine Öffentlichkeits- und Beratungsarbeit für die Jugendaustauschmaßnahmen.

1.4.5 Studien, Umfragen, Publikationen

Im Rahmen der ergänzenden Maßnahmen von TEMPUS stehen ebenfalls Mittel für Projekte zur Verfügung, die es sich zur Aufgabe machen, die Verwirklichung der Ziele des Programms zu unterstützen und über das Programm zu informieren. Dabei werden drei verschiedene Aktivitätstypen gefördert, die je unterschiedlichen Anforderungen genügen müssen.
(a) Einrichtungen aus den förderungsberechtigten Ländern soll die Beteiligung an Aktivitäten europäischer Vereinigungen durch Kontakte oder Mitgliedschaft erleichtert werden. Zuschüsse werden an Hochschulvereinigungen oder -konsortien vergeben, die Mitglieder in mehreren EG-Mitgliedstaaten haben und eine oder mehrere Vereinigungen aus den förderungsberechtigten Ländern einbeziehen wollen. Zu diesen Einrichtungen zählen auch ERASMUS-HKP oder COMETT-APHW.


(c) Organisationen werden bei der Durchführung von Untersuchungen und Studien unterstützt, die die Analyse der Hochschul- und Ausbildungssysteme der förderungsberechtigten Länder zum Gegenstand haben und insbesondere deren Wechselbeziehungen mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und anderen westlichen Ländern berücksichtigen. Die Ergebnisse solcher Projekte sollen dazu geeignet sein, eine Informationsbasis zur Begleitung, Bewertung und künftigen Entwicklung des TEMPUS-Programms aufzubauen.


1.5 Größenordnung des Programms und der finanziellen Förderung

1.5.1 Finanzielle Mittel insgesamt

Im Unterschied zu anderen EG-Förderprogrammen im Bildungsbereich ist für die Laufzeit des TEMPUS-Programms kein festes Budget vorgesehen. Die finanzielle Ausstattung des Programms richtet sich nach den jährlich aus dem PHARE-Programm von den förderungsberechtigten Ländern zur Verfügung gestellten Beträgen. Die Erfahrung der ersten beiden Jahre hat gezeigt, daß der Anteil mit leichten Schwankungen etwa 10 Prozent des PHARE-Budgets beträgt. Hinzu kam, daß das TEMPUS-Programm auf immer weitere Länder ausgedehnt wurde, so daß auch die insgesamt zur Verfügung stehende Summe angestiegen ist. In den einleitenden Bemerkungen der Kommission, die dem Vorschlag für die Neuauflage des TEMPUS-Programms (TEMPUS II) vorangestellt sind, werden die in Tabelle 46 zusammengefaßten Angaben über die bisherige Durchführung des TEMPUS-Programms gemacht:


<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>Anzahl</th>
<th>Bewilligung</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td></td>
<td>förderungsberechtigter Länder</td>
<td>Anträge</td>
</tr>
<tr>
<td>1990/91</td>
<td>25,0 Mio ECU</td>
<td>3</td>
</tr>
<tr>
<td>1991/92</td>
<td>70,5 Mio ECU</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>1992/93</td>
<td>98,3 Mio ECU</td>
<td>10</td>
</tr>
</tbody>
</table>

1 plus ehemalige DDR

Auffällig ist, daß auch einem sprunghaften Anstieg im zweiten Jahr der Laufzeit die Bewilligungssumme (Verhältnis von gestellten zu bewilligten Anträgen) fast wieder auf das Niveau des ersten Jahres zurückgegangen ist.

Das Budget des TEMPUS-Programms setzt sich aus PHARE-Nationalmitteln und aus PHARE-Regionalmitteln zusammen. Letztere werden von der Kommission verwaltet. Einige der förderungsberechtigten Län-
der haben einen bestimmten Prozentsatz ihres nationalen TEMPUS-Budgets für die Förderung der Studienmobilität reserviert (z.B. 15 Prozent des polnischen TEMPUS-Budgets).

Bei den im Rahmen der GEP geförderten Aktivitäten nehmen die Mobilitätsmaßnahmen einen niedrigeren Umfang als andere Aktivitäten (Curriculumreform, Ausstattungsbeihilfen, Kapazitätserweiterungen, etc.) ein: In den ersten drei Jahren der TEMPUS-Laufzeit hat die Mobilität in den neuen GEP einen Anteil von 34 Prozent an allen Aktivitäten, bei verlängerten GEP beträgt der Anteil 44 Prozent.


1.5.2 Anzahl der geförderten Aktivitäten

Bei der GEP wird zwischen nationalen und regionalen Projekten sowie zwischen Projekten im Rahmen der Aktion I (Kooperationsmaßnahmen im Lehr- und Ausbildungsbereich und strukturelle Entwicklung des Hochschulwesens) und im Rahmen der Aktion II (Mobilitätsmaßnahmen) unterschieden. Die regional bezo- genen GEP wurden im ersten Jahr der Laufzeit des TEMPUS-Programms noch nicht gefördert. Die Ent- wicklung der Förderung insgesamt und die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland in den ersten beiden Jahren gestaltete sich wie folgt:

- In der ersten Antragsrunde 1990/91 wurden 153 GEP in die Förderung aufgenommen. Von diesen 153 GEP wurden 26 von deutschen Einrichtungen koordiniert (16,7%), an 72 GEP waren deutsche Einrich- tungen beteiligt (47,1%). Davon waren 60 aus den alten und 12 aus den neuen Bundesländern, bzw. der ehemaligen DDR. Unter den EG-Mitgliedstaaten nahm die Bundesrepublik Deutschland damit den zweiten Platz (nach Großbritannien) ein.
- 1991/92 wurden 318 neue Projekte in die Förderung aufgenommen und 134 GEP verlängert. Von diesen insgesamt 452 GEP war die Bundesrepublik Deutschland an 199 beteiligt (44,0%), davon an 49 in koordinierender Funktion (10,8%).


Bei den Mobilitätszuschüssen ist zu unterscheiden zwischen:
- Ost-West-Mobilität und West-Ost-Mobilität,
- Mobilität von Personal und Mobilität von Studierenden,
- bei der Mobilität von Personal zusätzlich zwischen den verschiedenen Zwecken (Lehraufträge, Praktika, Fort- und Weiterbildung, Besuche).


Bei der Ost-West-Mobilität von 'free movers' ist die Bundesrepublik Deutschland nach Großbritannien in der Regel das begehrteste Aufnahmeland. Es gibt allerdings Unterschiede und auch Verschiebungen bei den einzelnen förderungsberechtigten Ländern. So reisten z.B. 1990/91 mehr polnische Studierende nach Deutschland als nach Großbritannien, ein Jahr später war das Verhältnis umgekehrt.

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>EG-weit</td>
<td>457</td>
<td>724</td>
<td>706</td>
<td>637</td>
</tr>
<tr>
<td>davon aus der Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>103 (22,5 %)</td>
<td>217 (30,0 %)</td>
<td>169 (23,9 %)</td>
<td>125 (19,6 %)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

*Die Beteiligung aus der ehemaligen DDR ist in die Tabelle nicht aufgenommen worden. (Nur 1990/91: 9 Studierende, 32 Personal).


<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>EG-weit</td>
<td>306</td>
<td>35</td>
<td>280</td>
<td>34</td>
</tr>
<tr>
<td>davon aus der Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>24 (7,8 %)</td>
<td>3 (8,6 %)</td>
<td>41 (14,6 %)</td>
<td>6 (17,7 %)</td>
</tr>
</tbody>
</table>

* Die Beteiligung aus der ehemaligen DDR ist in die Tabelle nicht aufgenommen worden (Nur 1990/91: 9 Personal).


Im Jahre 1990/91 wurden außerhalb der Jugendausstauschmaßnahmen insgesamt 40 ergänzende Studien und Projekte im Rahmen der Aktion III gefördert. 1991/92 waren es insgesamt 37 Projekte. Über die deutsche Beteiligung gibt es nur Angaben für die zweite Auswahllinie. Danach war die Bundesrepublik Deutschland an 23 von 37 Projekten (62,2%) beteiligt, davon bei zwei (5,4%) in koordinierender Funktion.

1.5.3 Umfang der Förderung je Aktivität

Bei den gemeinsamen europäischen Projekten (GEP) ist zwischen den institutionellen Zuschüssen, die im Rahmen der Aktion I vergeben werden und den Mobilitätsmitteln zu unterscheiden, die im Rahmen der Aktion II des TEMPUS-Programms vergeben werden. Tabelle 49 zeigt die im Vademecum vorgesehene maximale Förderhöhe im Vergleich zur durchschnittlichen Förderhöhe in ECU und das Verhältnis von institutionellen Zuschüssen und Mobilitätsmitteln in ECU.

Tabelle 49: Institutioneller Zuschuß (Aktion I) für GEP und durchschnittliche Höhe der Mobilitätsmittel

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
<th></th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>maximaler institutioneller Zuschuß pro GEP und Jahr (in ECU)</td>
<td>200.000</td>
<td>200.000</td>
<td>200.000</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnittlicher institutioneller Zuschuß pro GEP und Jahr (in ECU)</td>
<td>71.960</td>
<td>80.800</td>
<td>42.518</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnittliche Höhe der Mobilitätsmittel pro GEP und Jahr (in ECU)</td>
<td>35.947</td>
<td>89.600</td>
<td>70.088</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die vorgesehenen Höchstförderbeträge variieren je nach Dauer des Aufenthalts, Zielland, beruflichem Profil (beim Personal) und gegebenenfalls der Höhe des Gehalts, das die aufnehmende Einrichtung gewährt (bei Praktika und beim Austausch von Personal). Folgende Höchstförderbeträge sind vorgesehen:

- Lehraufträge: maximal 15.000 ECU pro Person für die Dauer eines akademischen Jahres; für Einzelbewerber aus den EG-Mitgliedsstaaten, einen Lehrauftrag in einem der förderungsberechtigten Länder wahrnehmen, gewährt die Kommission der Heimathochschule darüber hinaus Mittel zur Deckung der Vertretungskosten in Höhe von höchstens 2.500 ECU pro Monat.
- Praktika: maximal 10.000 ECU für zwölf Monate.
- Fort- und Weiterbildung (nur für Personal aus Einrichtungen der förderungsberechtigten Länder): maximal 15.000 ECU für ein akademisches Jahr zur Deckung der Reise- und Aufenthaltskosten, der Sozialversicherung und der sprachlichen Vorbereitung.
- Besuche: maximal 1.500 ECU pro Antragsteller und Monat aus den EG-Mitgliedsstaaten, maximal 2.500 ECU pro Antragsteller und Monat aus einem förderungsberechtigten Land zur Deckung der Reise- und Aufenthaltskosten.
- Studentenmobilität: maximal 5.000 ECU pro akademisches Jahr für die West-Ost-Mobilität, maximal 6.000 ECU pro akademisches Jahr für die Ost-West-Mobilität als Zuschuß zu den Reise- und Unterbringungskosten, zum Kauf von Büchern, für die Bibliotheks- und Laborbenutzung, für sprachliche Vorbereitung und eine Sozialversicherung.


Tabelle 50 zeigt die Individualmobilität von Ost nach West insgesamt und die entsprechende durchschnittliche Einzelförderungshöhe im Vergleich zur Individualmobilität aus den förderungsberechtigten Ländern in die Bundesrepublik Deutschland.


**Tabelle 50: Anzahl der 'free movers' aus dem Osten in den Westen insgesamt und in die Bundesrepublik Deutschland sowie durchschnittliche Förderhöhen**

<table>
<thead>
<tr>
<th></th>
<th>1990/91</th>
<th>1991/92</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Anzahl Personal insgesamt</td>
<td>409</td>
<td>706</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für Mobilität v. Personal insgesamt (in ECU)</td>
<td>1.140.503</td>
<td>1.577.515</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnittliche Höhe der Einzelförderung (in ECU)</td>
<td>2.789</td>
<td>2.234</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl Personal in die Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>103</td>
<td>169</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für Mobilität von Personal nach Deutschland (in ECU)</td>
<td>392.519</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Höhe der durchschnittlichen Einzelförderung in Deutschland (in ECU)</td>
<td>2.323</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl Studierende insgesamt</td>
<td>733</td>
<td>637</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für Mobilität von Studierenden insgesamt (in ECU)</td>
<td>4.083.309</td>
<td>3.201.536</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnittliche Höhe der Einzelförderung (in ECU)</td>
<td>5.571</td>
<td>5.626</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl Studierende in die Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>217</td>
<td>125</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für Mobilität von Studierenden nach Deutschland (in ECU)</td>
<td>584.226</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Höhe der durchschnittlichen Einzelförderung von Gast-Studierenden in Deutschland (in ECU)</td>
<td>4.674</td>
<td></td>
</tr>
</tbody>
</table>


Von den 32 bewilligten Projekten wurden vier von Deutschland koordiniert (ein kurzer Besuch und drei reziproke Austauschmaßnahmen), die Fördermittel in Höhe von insgesamt 24.902 ECU (12,5% der verfügbaren Mittel) erhielten. Das entspricht einer durchschnittlichen Förderhöhe von 6.226 ECU pro Aktivität. Dennoch ist diese Angabe zu relativieren. Der kurze Besuch (mit 20 Teilnehmern) wurde mit 1.950 ECU gefördert, die drei Austauschmaßnahmen (insgesamt 35 Teilnehmer) mit insgesamt 22.952 ECU, so daß für letztere eine durchschnittliche Förderhöhe von 7.651 ECU zugrundegelegt werden muß. Daneben war die Bundesrepublik Deutschland an drei weiteren Maßnahmen beteiligt, die jedoch von anderen EG-Mitgliedstaaten koordiniert wurden.

### Tabelle 51: Anzahl der 'free movers' von Westen nach Osten insgesamt und aus der Bundesrepublik Deutschland sowie durchschnittliche Förderhöhen in ECU

<table>
<thead>
<tr>
<th>Anzahl Personal insgesamt</th>
<th>1990/91</th>
<th>1991/92</th>
</tr>
</thead>
<tbody>
<tr>
<td>Anzahl für Mobilität v. Personal insgesamt (in ECU)</td>
<td>315</td>
<td>280</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnittliche Höhe der Einzelförderung (in ECU)</td>
<td>386.578</td>
<td>308.890</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl Personal aus der Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>1.132</td>
<td>1.103</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für Mobilität von Personal aus der Bundesrepublik Deutschland (in ECU)</td>
<td>24</td>
<td>41</td>
</tr>
<tr>
<td>Höhe der durchschnittlichen Einzelförderung von deutschem Personal im Gastland (in ECU)</td>
<td>49.720</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl Studierende insgesamt</td>
<td>1.213</td>
<td></td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl für Mobilität von Studierenden insgesamt (in ECU)</td>
<td>35</td>
<td>34</td>
</tr>
<tr>
<td>durchschnittliche Höhe der Einzelförderung (in ECU)</td>
<td>59.600</td>
<td>103.520</td>
</tr>
<tr>
<td>Anzahl Studierende aus der Bundesrepublik Deutschland</td>
<td>1.703</td>
<td>3.045</td>
</tr>
<tr>
<td>Höhe der durchschnittlichen Einzelförderung von deutschen Studierenden im Gastland (in ECU)</td>
<td>3</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>Mittel für Mobilität von Studierenden aus Deutschland (in ECU)</td>
<td>3</td>
<td>6</td>
</tr>
<tr>
<td>Höhe der durchschnittlichen Einzelförderung von deutschen Studierenden im Gastland (in ECU)</td>
<td>18.500</td>
<td>3.083</td>
</tr>
</tbody>
</table>

Die anderen ergänzenden Maßnahmen (Beteiligung der förderungsberechtigten Länder an Hochschulvereinigungen, Veröffentlichungen und Informationsaktivitäten, Studien) können mit bis 20.000 ECU pro Projekt und Jahr gefördert werden. 1991/92 lag der durchschnittliche Zuschuß jedoch bei 10.000 ECU pro Projekt und Jahr. Im selben Jahr war die Bundesrepublik Deutschland an 23 von insgesamt 37 geförderten Projekten (62,2%) beteiligt, davon an zweiem (5,4%) in koordinierender Funktion. Standen 1990/91 insgesamt 388.650 ECU für 40 Maßnahmen zur Verfügung, so waren es 1991/92 insgesamt 435.000 ECU für 37 Maßnahmen.

#### 1.5.4 Deutsche Komplementärmittel

Die nationale Informationsstelle für das TEMPUS-Programm in der Bundesrepublik Deutschland, der DAAD, erhält von Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft Mittel im Rahmen einer Zuwendung, die als Projekttvertrag die Wahrnehmung der mit der Durchführung des TEMPUS-Programms verbundenen Aufgaben finanziert. Das Projekt umfaßt jedoch noch weitere Aufgaben, sich auf die Abwicklung einiger Aspekte des ERASMUS und des LINGUA-Programms (Aktion II) beziehen. Verwaltungskostenzuschüsse seitens der Kommission werden den nationalen Informationsstellen in den EG-Mitgliedstaaten nicht gewährt.

Das vom BMBW in Auftrag gegebene Projekt hat die Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit deutscher Hochschulen im Rahmen von EG-Programmen zum Ziel und wird vom Deutschen Akademischen Austauschdienst in seiner Funktion als nationale TEMPUS-Informationsstelle sowie als
Durchführungsstelle für ERASMUS und LINGUA, Aktion II, durchgeführt. Im Rahmen dieses Projekts werden seitens des BMBW Komplementärmittel für die Erarbeitung von Informationsmaterial zu den einzelnen EG-Programmen, für den Aufbau einer TEMPUS-Datenbank sowie die Vergabe von Reisekostenzuschüssen an deutsche Hochschulvertreter zur Anbahnung von TEMPUS-GEPI ab der auch von ERASMUS- und LINGUA-HKP (maximal 500.- DM pro Person) zur Verfügung gestellt. Der für die Aufgaben im Rahmen des TEMPUS-Programms verfügbare Anteil dieser Komplementärmittel beträgt nach Angaben des DAAD etwa 150.000 DM pro Jahr für Personal- und Sachmittel.


1.6 Aufbau des Programms
1.6.1 Funktionsteilung zwischen EG und förderungsberechtigten Ländern

Im Tätigkeitsbericht der Kommission über die ersten fünfzehn Monate der Laufzeit des TEMPUS-Programms ist ein Aufbauschema enthalten (vgl. S. 11), das die Funktionsteilung zwischen den beteiligten Institutionen für die drei Hauptbereiche des Programms verdeutlicht.


(c) Der dritte Hauptbereich ist die Durchführung des Programms, zu dem der letzte Schritt des unter (b) dargestellten Auswahlverfahrens gehört. Die eigentliche Umsetzung findet dann im Rahmen des Projektmanagements und der Projektkoordination statt, für die die vertragschließenden, koordinierenden und beteiligten Einrichtungen zuständig sind.

1.6.2 Funktion der EG-Kommission


Bei den Entscheidungen zur Gestaltung des Programms ist die Kommission insbesondere an die Vorstellungen von nationalen TEMPUS-Beratungsgremien (vgl. Abschnitt 1.6.4) der förderungsberechtigten Länder gebunden, die selbst die Prioritäten der Förderung und die finanzielle Ausstattung des Programms festlegen und auch an der Auswahl der beantragten Projekte und Aktivitäten beteiligt sind. Mit Unterstützung des EG-TEMPUS-Büros und dreier Expertengruppen trifft die Kommission die Auswahlentscheidungen ab Anträge aus den EG-Mitgliedstaaten.


1.6.3 Das EG TEMPUS-Büro


Das EG TEMPUS-Büro unterstützt die Kommission bei der technischen Durchführung des Programms. Es ist zuständig für die Dokumentation über das Programm, den Abschluß und die Überwachung der Verträge, die Auszahlung der Zuschüsse und die Erarbeitung und Übersetzung von Vorlagen für die Ausschussitzungen. Zur letztgenannten Aufgabe zählt auch die Übersetzung des Vademecums in alle Amtssprachen der Gemeinschaft. Alle Anträge im Rahmen des TEMPUS-Programms gehen zunächst an das EG TEMPUS-Büro, wo sie auf ihre Qualität hin bewertet werden.

Das EG TEMPUS-Büro war zudem mit Rat und Unterstützung an der Errichtung der nationalen TEMPUS-Büros in den förderungsberechtigten Ländern und der Schulung des dort tätigen Personals beteiligt.

1.6.4 Die nationalen TEMPUS-Beratungsgremien in den förderungsberechtigten Ländern


1.6.5 Die nationalen TEMPUS-Büros in den förderungsberechtigten Ländern


Die Entscheidungen über die Gestaltung des Programms, die je nationalen Prioritäten und die finanzielle Ausstattung wurden in allen förderungsberechtigten Ländern mittlerweile den nationalen Beratungsausschüssen übertragen, die dafür gebildet wurden. Die nationalen TEMPUS-Büros bereiten die Entscheidun-
gen dieser Ausschüsse bzw. Gremien vor und sind für die organisatorischen Aspekte der Programm durchführung zuständig. Nationale TEMPUS-Büros und Beratungsgremien arbeiten bei der Durchführung des Programms eng zusammen.

In gemeinsamen Sitzungen mit Vertretern aller Büros hat die Kommission Verwaltungsverfahren und Auswahlverfahren abgestimmt, Informationen ausgetauscht und einen Stufenplan zur Computerisierung der Büros entwickelt, der die Ausstattung mit Hardware und Software einschließt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der nationalen TEMPUS-Büros wurden darüber hinaus im EG TEMPUS-Büro beraten und geschult.

1.6.6 Der TEMPUS-Verwaltungsausschuss

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben im Rahmen des Programms "wird die Kommission von einem Ausschuß unterstützt, der sich aus zwei Vertretern je Mitgliedstaat zusammensetzt und in dem der Vertreter der Kommission den Vorsitz führt. Die Mitglieder des Ausschusses können von Sachverständigen oder Beratern unterstützt werden." (Art. 5, Abs. 2)

Im Unterschied zum Beratenden Ausschuß haben Stellungnahmen des Verwaltungsausschusses ausführende Wirkung, wenn sie mit denen der Kommission nicht übereinstimmen. Der Ratsbeschuß legt fest, zu welchen Maßnahmen die Kommission den Ausschuß konsultieren muß:
- den allgemeinen Leitlinien für das TEMPUS-Programm,
- den finanziellen Leitlinien (Betrag, Dauer, Begünstigte),
- zu Fragen der Ausgewogenheit des Programms und der Aufgliederung der einzelnen Aktionen,
- zur Durchführung der Beobachtung (Monitoring) und Bewertung (Evaluation) des Programms (vgl. Art. 5, Abs. 3).


1.6.7 Beratergruppen und TEMPUS-Experten


Daneben stützt sich die Kommission bei ihren Auswahlentscheidungen auf die Empfehlungen von drei Beratergruppen, die sich aus von den EG-Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Sachverständigen zusammensetzen und Vertreter der Hochschulen und der Wirtschaft umfassen. Für die Bundesrepublik Deutschland sind in diesen Sachverständigengruppen Herr Hernaut von der Firma Siemens, Herr Tippe von der Technischen Fachhochschule Berlin und Herr Erger von der RWTH Aachen tätig.

Alle Experten, sowohl aus den förderungsberechtigten Ländern als auch aus den EG-Mitgliedstaaten, sind externe Sachverständige und vertreten die wichtigsten vorrangig zu fördernden Fachgebiete, die von den förderungsberechtigten Ländern für das TEMPUS-Programm festgelegt wurden.

1.6.8 Nationale TEMPUS-Informationsstellen in den EG-Mitgliedstaaten

Zur Unterstützung der Durchführung des TEMPUS-Programms haben alle Mitgliedstaaten nationale TEMPUS-Informationsstellen eingerichtet. Für die Bundesrepublik Deutschland ist dies der Deutsche Akademische Austauschdienst. Seine wichtigsten Aufgaben bestehen in der Unterstützung der deutschen Hochschulen, Organisationen und Unternehmen bei der Antragstellung und der Durchführung der GEP sowie in der allgemeinen Information über das Programm. Im einzelnen werden folgende Aufgaben vom DAAD wahrgenommen:
- Information und Bereitstellung von Informationen unter Einbeziehung der förderungsberechtigten Länder,
- Erstellung von Analysen, Datenbanken, Broschüren und Rundschreiben,
- Antragsberatung,
- Gewährung von Zuschüssen zu Projektanbahnungsreisen für deutsche Hochschulvertreter (à 500,- DM),
- Durchführung von Tagungen, Seminaren und Kolloquien,
- Kontaktvermittlung (diese wird als Aufgabe angesehen, kann aber derzeit für fachspezifische Anfragen noch nicht hinreichend wahrgenommen werden).
1.6.9 GEP-Koordinatoren und Programmbeauftragte


Jede teilnehmende Einrichtung ist mit einem Programmbeauftragten für die Durchführung der vertraglich festgelegten Aktivitäten zuständig. Dies betrifft vor allem die Mobilitätsmaßnahmen (Ein- und Ausreise der betroffenen Personen, Visabeschaffung, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen, Aufnahme, Unterbringung, Betreuung der aus dem Ausland kommenden Studierenden und des Personals, Organisation der Entsendung eigener Studierender und des eigenen Personals in die Partnereinrichtungen und Auszahlung der Mobilitätszuschüsse) und die weiteren Aktivitäten, die vertraglich festgelegt sind (z.B. Beratung, Zusammentstellung und Versand oder gar eigene Überbringerung von Ausstattungshilfen, etc.).

1.6.10 Funktion der Hochschulverwaltungen und der Unternehmensleitung

Ähnlich wie bei den ERASMUS- und LINGUA-HKP übernehmen die Verwaltungen der an einem GEP beteiligten Hochschuleinrichtungen die Verwaltung der Stipendienmittel und gegebenenfalls der GEP-Mittel. Dasselbe gilt für die in entsprechender Funktion beteiligten Unternehmen. Die Hochschulleitung (die Unternehmensleitung) ist die Instanz, die die Zuwendungsverträge und Abrechnungen offiziell unterzeichnet. In die laufende Organisation der Aktivitäten im Rahmen eines GEP sind darüber hinaus auch die Akademischen Auslandsämter einbezogen, wenn das GEP Mobilitätsaktivitäten enthält.

1.6.11 Individuelle Antragsteller

Einzelne Dozenten oder Verwaltungsangehörige sowie Fachkräfte aus den an einem GEP beteiligten Unternehmen können Mobilitätszuschüsse und für kurze vorbereitende Besuche zur Anbahnung eines GEP beantragen. Einzelbewerbungen für Mobilitätszuschüsse außerhalb eines GEP müssen an die Kommission gerichtet werden, die kurzen Vorbereitungsbesuche werden ebenfalls bei der Kommission beantragt, zum Teil aber auch direkt vom DAAD bezuschusst (nur für Hochschulvertreter), der dafür deutsche Komplementärmittel zur Verfügung hat.

Bei individuellen Mobilitätsanträgen für längere Aufenthalte und Praktika von Personal sind dem Antrag ein Einladungsschreiben der aufnehmenden Einrichtung sowie ein offizielles Schreiben der Herkunftseinrichtung beizufügen, in welchem die Kosten für eine Vertretung beantragt werden können.

Für einige der Aktivitäten (Studien und Analysen, die im Rahmen der ergänzenden Maßnahmen gefördert werden, sind Einzelpersonen antragsberechtigt. Individuelle Antragsteller sind für die Verwendung der Fördermittel sowie für die sachliche und Finanzberichterstattung selbst verantwortlich.

1.6.12 Studierende


Übersicht 29: TEMPUS - beteiligte Organisationen

a) Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Task Force Humanressourcen, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend, 200, rue de la Loi, B - 1049 Brüssel
b) EG TEMPUS-Büro, Avenue des Arts 19H, B - 1049 Brüssel
c) Vertreter des Bundes im Verwaltungsausschuß:
   Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, Herr Ludwig, Heinemannstr. 2, 5300 Bonn 2

d) Vertreter der Länder im Verwaltungsausschuß:
   Ministerium für Familie, Frauen, Weiterbildung und Kunst des Landes Baden-Württemberg, Herr Uhlmann, Hauptstätter Str. 67, 7000 Stuttgart 1

e) Deutscher Akademischer Austauschdienst, Referat 314 (EG-Programme), Herr Trena, Kennedyallee 50, 5306 Bonn 2

1.7 Ablauf des Programms


Im Unterschied zu ERASMUS- und LINGUA-HKP werden die an einem TEMPUS-GEF beteiligten deutschen Hochschulen zwar vom DAAD betreut und beraten, doch ist er als nationale informationsstelle nicht in die Durchführung eingebunden. Dafür sind die GEP-Partner selbst zuständig. Die einzelnen Aktivitäten müssen innerhalb des bei jedem GEP vertraglich festgelegten Zeitrahmens stattfinden.

- Entgegennahme und Bestätigung der Anträge durch das EG TEMPUS-Büro bis zum Ende der Antragsfrist;
- anschließend erfolgt in parallelen Verfahren a) eine erste Bewertung der Qualität der Anträge durch das EG TEMPUS-Büro und b) eine Bewertung der Anträge im Hinblick auf die nationalen Erfordernisse und Prioritäten durch die nationalen TEMPUS-Büros der förderungsberechtigten Länder;
- dieser Bewertung folgen bilaterale Konsultationen zwischen der Task Force und den nationalen TEMPUS-Büros;
- im nächsten Schritt finden Konsultationen zwischen der Task Force und den TEMPUS-Experten aus den Mitgliedstaaten und den förderungsberechtigten Ländern Mittel- und Osteuropas statt (Expertengruppen);
- danach folgt eine Auswahlzusammenlegung der Task Force mit den Vertretern der Bildungsministerien der förderungsberechtigten Länder und den nationalen PHARE-Koordinatoren dieser Länder;
- im Anschluß an diese Auswahlzusammenlegung erfolgt die abschließende Genehmigung der vorgeschlagenen Projekte durch die Kommission und die Bildungsminister der förderungsberechtigten Länder;
- nun können die Antragsteller über die Ergebnisse benachrichtigt werden;
- die erfolgreichen Antragsteller erhalten Verträge und müssen sie unterzeichnet zurück schicken;
- nach Eingang der unterzeichneten Verträge beim EG TEMPUS-Büro wird die erste Rate der Mittel ausgezahlt. In der Regel werden etwa 20 Prozent der bewilligten Mittel bis nach dem Eingang des Abschlußberichts und der Mittel nacherweise zurückbehalten.

1.8 Berichte, Evaluation, Controlling

1.8.1 Sachberichte und Mittelnachweise der Empfänger

Für alle Fördermaßnahmen gilt, daß die vertraglichen Bewilligungsempfänger zu Sachberichten und zum Nachweis der Mittelverwendung verpflichtet sind. Werden Aktivitäten für die Dauer von mehr als einem Jahr gefördert, sind jährliche Zwischenberichte zu erstellen. Zu einem Sachbericht und zum Mittel nacherweise an die Kommission sind verpflichtet:
- die ein GEP koordinierende Einrichtung für das Projektals Ganzes;
- die individuellen Antragsteller (Einzelpersonen oder Organisationen bsw. andere Einrichtungen) im Hinblick auf Reisezuschüsse, Mobilitätszuschüsse und Zuschüsse für Aktivitäten im Rahmen der ergänzenden Maßnahmen.

Die Verpflichtung der Studierenden zu einem kurzen Bericht ist bei den Hochschulkoooperationsprogrammen von ERASMUS und LINGUA aufgehoben worden. Bei Mobilitätsmaßnahmen im Rahmen des TEMPUS-Programms sind die Studierenden zu einem kurzen Bericht auf einem Formblatt verpflichtet.

Alle Parteneinrichtungen innerhalb eines GEP sind zu Berichten verpflichtet, die die Grundlage der Gesamtberichterstattung bilden. Darüber hinaus ist die Mittelverwendung mit der Kommission abzurechnen.
Die am TEMPUS-Programm beteiligten Einrichtungen und Einzelpersonen aus den förderungsberechtigten Ländern haben besondere Berichtspflichten gegenüber dem nationalen TEMPUS-Büro ihres Landes.


Da die Anträge auf Förderung von GEP für einen mehrjährigen Zeitraum von bis zu drei Jahren gestellt werden, bildet zweitens der jährlich fällige Zwischenbericht die Grundlage für die Weiterbewilligung des Projekts um ein weiteres Jahr.

Drittens werden die Sachberichte und Mittel nachweise als Unterlagen für die Begleitung und Evaluierung des TEMPUS-Programms insgesamt verwendet. Durch sie kann die Kommission erfahren, wieviel Studierende tatsächlich ein Mobilitätsstipendium erhielten und mit welchen typischen Problemen die GEP-Koordinatoren bei der Durchführung konfrontiert sind.


1.8.2 Statistische Übersichten

Das EG TEMPUS-Büro erstellt regelmäßig statistische Übersichten, die vor allem im Tätigkeitsbericht der Kommission niedergelegt sind, aber auch in andere Veröffentlichungen über das TEMPUS-Programm zumindest zum Teil aufgenommen werden. Die Statistiken geben ein recht detailliertes Bild über Antragstellung und Bewilligungen sowie die Verteilung der Mittel über die einzelnen Aktionen des Programms. Sie enthalten außerdem Informationen über die Beteiligung der EG-Mitgliedstaaten und der förderungsberechtigten Länder am TEMPUS-Programm.

Der erste Jahresbericht der Kommission enthält insgesamt befriedigende Angaben ohne größere Lücken, aus denen sich die Informationen für die meisten der hier aufgestellten Übersichten zumindest errechnen ließen. Weitere Details enthält die vom EG TEMPUS-Büro veröffentlichte Übersicht über die Ergebnisse der Antragsrunde 1991/92, so daß zur Zeit von einer recht guten Informationslage gesprochen werden kann.

Der DAAD hat die Ergebnisse der bisherigen Antragsrunden im Hinblick auf ihre Bedeutung für die Beteiligung deutscher Einrichtungen und Einzelpersonen ausgewertet und dazu statistische Übersichten vorgelegt. Wie in anderen Programmen auch, werden allerdings die Mittel für Verwaltung, Information und Evaluation nicht publiziert.

1.8.3 Evaluierung

Unter dieser Überschrift muß zwischen der von der Kommission veranlaßten und durchgeführten internen Erfolgskontrolle und der an eine externe Firma vergebenen Evaluation im engeren Sinne unterschieden werden.


1.9 Wichtige Dokumente und Informationen

1.9.1 Offizielle Darstellungen, Leitfäden, Merkblätter


1.9.2 Übersichten, Berichte, Periodika, Handbücher


1.9.3 Rechenschafts-, Jahres-, Evaluationsberichte


2. Probleme der Programmdurchführung bei TEMPUS

2.1 Charakter des Programms


Die erstgenannte Zielambivalenz des TEMPUS-Programms ist mehrfach und von unterschiedlichen Seiten hervorgehoben worden; am deutlichsten im externen Evaluationsbericht der Firma Coopers & Lybrand über die erste Phase des Programms 1990/91: Für jedes förderungsberechtigte Land sollte individuell präziert werden, ob das Programm überhaupt die wirtschaftliche Umstrukturierung und den Aufbau einer Marktwirtschaft unterstützen soll oder die Reform des Hochschulwesens. Wenn auch als Hilfsprogramm für die mittel- und osteuropäischen Länder im Prinzip umstritten, so ist TEMPUS auch für die weniger umfassende Aufgabe der Unterstützung von Reformen im Hochschulwesen noch unterausgestattet und hat durch das große Interesse im Verhältnis zu den vorhandenen Mitteln bereits eine Sättigungsbarriere erreicht (vgl. Abschnitt 2.6).
Die innerhalb kurzer Zeit erfolgte Ausdehnung des Programms auf eine immer größere Zahl von förderungsberechtigten Ländern, die gleichberechtigt integriert werden sollen, hat zu Steuerungsproblemen bei der Durchführung und Umsetzung geführt. Die instabile wirtschaftliche und politische Entwicklung in einigen der einbezogenen Länder macht vor allem ein Inhalten zwecks Stabilisierung der Abläufe notwendig. Auch kann der Anspruch der gleichberechtigten Integration nicht überall eingelöst werden, zumal durch eine mediensensible Öffentlichkeitsarbeit zum Teil falsche Erwartungen an das Programm hervorgerufen wurden. Eine präzisere Definition dessen, was das Programm leisten kann und was nicht, sowie die Arbeit an einem adäquaten "Image" könnten wahrscheinlich hier die Durchführung erleichtern.

2.2 Programmiert er organisatorischer Aufwand


Der DAAD als nationale Koordinierungs- und Informationsstelle für das TEMPU S-Programm sieht seine Hauptaufgaben demzufolge vorrangig darin, bei der Antragsstellung zu beraten und den Hochschuln Hilfeleistungen zur Bewältigung der anfallenden Probleme während der Laufzeit des GEP zu geben. Insgesamt lassen sich bei der Durchführung von GEP drei organisatorisch aufwendige Bereiche mit je spezifischen Problemen nennen, zu denen der DAAD konkrete Beratung und Hilfestellung anbietet:
- die Antragstellung: notwendige Vorklärungen und Absprachen mit den beteiligten Partnern, einschließlich der Zielbestimmungen und Aufstellung von Kostenlisten verlangen einen hohen Arbeitsaufwand und "Ausflüthilfen";
- die Projektdurchführung: Bewältigung der Ein- und Ausreiseformalitäten (z.B. Visa, Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen), Auszahlung der Reise- und Verwaltungskosten, Transfer und Auszahlung von Mitteln (z.B. ECU-Schecks, nicht-konvertierbare Währungen, instabiles Bankensystem in den für die Förderungsberechtigten Ländern), Kauf von Geräten und anderer Ausstattung (Zoll und Ausfuhrbeschränkungen der COCOM, Auflösung von Fachbereichen in den förderungsberechtigten Ländern, die Kooperationspartner sind);
- die Finanzberichterstattung: die Finanzrechnung bereitet deshalb Probleme, weil die TEMPU S-Finanzvorschriften mit den Finanzvorschriften der Hochschulen bzw. der Bundesländer nicht kompatibel sind und nicht einmal die Haushaltsjahre übereinstimmen.

2.3 Feedback und Beratung der EG-Kommission


2.4 Probleme bei der Stipendienvergabe


2.5 Wandel der Ablauforganisation und organisatorische Verbesserungen der Durchführung

Ursprünglich sah das TEMPUSS-Programm auch die Möglichkeit der Einzelbewerbung von Studierenden für Mobilitätsstipendien vor. Die erste Antragsritte hat jedoch gezeigt, daß die dazu notwendigen Einzelentscheidungen und -vermittlungen, die über das EG TEMPUSS-Büro abgewickelt wurden, organisatorisch so aufwendig waren, daß man von dieser Möglichkeit abgesehen hat. Zwar werden Mobilitätszuschüsse für Lehrende und Verwaltungspersonal aus Hochschulen sowie für Ausbilder aus Unternehmen noch in Einzelverfahren gefördert, Studierende können jedoch die Mobilitätsstipendien nur noch im Rahmen von GEP erhalten.


2.6 Größenordnung der finanziellen Förderung

Die durchschnittlichen Fördersummen der einzelnen Projekte sowie der individuell ausgezahlten Mobilitätsstipendien und -zuschüsse liegen beim TEMPUS-Programm deutlich höher als etwa bei ERASMUS und LINGUA. Bei den Mobilitätsmitteln ist jedoch zu berücksichtigen, daß den Studierenden und dem Personal aus den förderungsberechtigten Ländern in der Regel erheblich weniger Eigenmittel zur Verfügung stehen als etwa Westeuropäern. Inwieweit die Summen ausreichend sind, darüber gibt es bisher noch keine Untersuchungen.

Eine andere Sache ist jedoch die Größenordnung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Wenn deutsche Hochschulen für "ihre" GEP Mobilitätsmittel aus anderen Programmen (z.B. des DAAD) einver- ben, dann liegt der Schluß nahe, daß das Interesse größer ist als Mittel zur Verfügung stehen. Eine von verschiedenen Seiten geteilte Einsicht über die Grenzen des Machbaren, gelangt zu dem Ergebnis, daß mitterweile so viel Mittel für die Weiterbildung bzw. Verlängerung bereits bewilligter GEP aufgewendet werden müssen, daß Neuanträge nur noch wenig Chancen auf Bewilligung haben. Dies senkt die Bewilligungsquote und führt zu erheblichen Enttäuschungen, zumal die Antragstellung recht aufwendig ist. Kompliziert wird dieses Problem durch die jährliche Festlegung des Budgets seitens der förderungsberechtigten Länder, so daß eine kontinuierliche Planungssicherheit besteht, weil auch die Verlängerung der GEP von den zur Verfügung gestellten Mitteln abhängt. Dies hat im wesentlichen zwei Folgen:

- bei der Bewilligung von Neu- und Verlängerungsanträgen richtet sich die Aufmerksamkeit zunehmend mehr auf die Qualität des Antrags (inkl. Organisation und Projektmanagement), die Zielländer und die prioritären Fächer;
- deutsche Hochschulen (vermutlich aber auch Hochschulen aus anderen EG-Mitgliedstaaten) suchen sich Partnereinrichtungen aus solchen förderungsberechtigten Ländern, in denen noch eine relativ hohe Chance besteht, daß Anträge bewilligt werden, was zu Verzerrungen in der Beteiligung führen kann.

Nach Aussagen der Kommission sind etwa 60 Prozent der Anträge fürdungsfähig, bewilligt werden jedoch nur etwa 10 bis 12 Prozent, wobei Ungarn sogar nur eine Bewilligungsquote von 5 Prozent in der Antragsrunde 1991/92 hatte. In diesem Kontext ist der Vorschlag eines deutschen Ausschußvertreters zu sehen, bei den förderungsberechtigten Ländern darauf hinzuwirken, daß diese eine jährliche oder auf die Laufzeit der bewilligten GEP bezogene Mindestsumme garantieren, um die Kontinuität der GEP zu sichern.

2.7 Kooperation deutscher Beteiligter an der Programmumsetzung und -durchführung


2.8 Information, Transparenz, Evaluation

Wie bei einigen anderen EG-Bildungsprogrammen wird auch beim TEMPUS-Programm gegenüber der Kommission die Kritik erhoben, den Ausschuss nur ungenügend an den Verfahren der Entscheidung und Durchführung des Programms zu beteiligen. Die Sitzungsunterlagen erreichen die Ausschussmitglieder häufig erst knapp vorher. Zugleich ist das EG TEMPUS-Büro im wesentlichen die einzige Informationsquelle für den Ausschuss, so daß sich die Informationsflüsse etwas einseitig auf die Brüsseler Instanzen (Kommission/Task Force und EG TEMPUS-Büro) konzentrieren.


Die weitgehenden Mitspracherechte der mittel- und osteuropäischen Länder, die in das TEMPUS-Programm einbezogen sind, wird von keiner Seite in Frage gestellt, doch lassen sich verschiedene Maßnahmen denken (vgl. Abschnitt 2.3), die der TEMPUS-Verwaltungsausschuß eine stärker gestaltende Rolle bei der Umsetzung des Programms erlauben würden.


2.9 Controlling

Da der DAAD die Aufgaben als nationale TEMPUS-Kontaktstelle im Rahmen eines Projektes wahrmimmt, gelten die Projektberichte zugleich als Tätigkeitsberichte. Diese werden dem BMBW als Projektgeber zuge stellt, gehen aber nicht automatisch auch an die Ausschußmitglieder von Bund und Ländern im TEMPUS-Verwaltungsausschuß. Über Probleme mit der Abnahme der Berichte ist nichts bekannt geworden, und die Arbeit des DAAD bei der Information und Beratung über das Programm gilt allgemein als vorbildlich. Die Bemühungen um individuelle und problembezogene Beratung gehen sicherlich zum Teil über das hinaus, was gemeinhin erwartet werden kann, zumal sich der DAAD ein verhältnismäßig hohes Maß an Flexibilität und kreativen Problemlösungsmöglichkeiten bewahrt hat, um in Notfällen unbürokratisch helfen zu können.

Es gibt zwei Probleme im Bereich des Controlling, die bisher noch nicht zufriedenstellend gelöst werden konnten. Das erste betrifft die Rolle sogenannter "sleeping partners" in den GEP, vor deren Aufnahme die Antragsteller gewarnt werden. Es scheint vorgekommen zu sein, daß GEP-Antragsteller Einrichtungen aus den förderungsberechtigten Ländern nur dem Namen nach in die Liste der beteiligten Partner aufgenommen haben, um die Bewilligungschancen des Antrags zu erhöhen. Inwieweit hier gezielte Kontrollen stattfinden, ist mir nicht bekannt. Das zweite Problem betrifft die Definition von Einrichtungen in den förderungsberechtigten Ländern, die als Hochschule anerkannt werden. Da dieser Sektor in einigen Ländern noch durch keine Gesetzgebung eindeutig geregelt ist und nach dem Umbruch vielfach ein wild wachsender Sektor pri-
vater Einrichtungen entstanden ist, die sich Hochschulen nennen, muß von Fall zu Fall von der Kommission in den betroffenen Ländern nachgefragt werden, ob die in einem GEP-Antrag aufgeführten Partnereinrichtungen aus den förderungsberechtigten Ländern auch wirklich antragsberechtigt sind.


2.10 Information und Beratung der Adressaten
Zum Thema Information und Beratung der Adressaten ist an anderer Stelle bereits einiges gesagt worden (vgl. z.B. Abschnitt 2.5). Der DAAD sieht seine wichtigsten Aufgaben im Rahmen des TEMPUS-Programms in den folgenden Bereichen: einen Überblick über das Programm zu geben, individuelle Information und Beratung für Interessenten und potenzielle Antragsteller sowie Projektnehmer zur Verfügung zu stellen. Als Schwachstelle sieht der DAAD die Frage der Vermittlung von Partnereinrichtungen aus den mittel- und osteuropäischen Ländern. Obwohl er nach eigenen Aussagen viele diesbezügliche Anfragen erhält, kann er die Aufgabe der Partnervermittlung nicht ausreichend übernehmen und muß die Interessenten oft an das EG TEMPUS-Büro und an die nationalen TEMPUS-Büros in den förderungsberechtigten Ländern verweisen.

Die Beratungsarbeit bei der Antragstellung konzentriert sich insbesondere auf taktische Überlegungen, um eine höhere Bewilligungsschance zu erzielen. So ist es für Antragsteller z.B. von Bedeutung zu wissen, welche der förderungsberechtigten Länder eine hohe und welche eine niedrige Bewilligungsquote haben, welche mittel- und osteuropäischen Länder zuverlässig in der Abwicklung der Projekte, der Berichterstattung und gegebenenfalls der Koordinierung sind und welche weniger, weil dies die Weiterbewilligung beeinflußt. Auf Workshops sowie in Einzelberatungen werden vom DAAD detaillierte Informationen und taktische Hilfestellungen an die Antragsteller weitergegeben, deren Anträge ohne diese Hilfe wahrscheinlich weniger effektiv wären.

2.11 Andere Probleme
Einige Probleme des TEMPUS-Programms sind als Schwachstellen der Anfangsphase identifiziert worden, die einer Lösung bedürfen, weil sie besonders Fragen der Ausgewogenheit des Programms betreffen. Nicht in jedem Fall sind die Schwierigkeiten mit verbesselter Information, Beratung und Werbung für das Programm zu bewältigen. Zu nennen sind die folgenden vier Bereiche:

- Die Angebote für Jugendauszugsmaßnahmen (Aktion III) können noch nicht hinreichend genutzt werden, weil es in den förderungsberechtigten Ländern an geeigneten Ansprechpartnern fehlt.
- Die bisherige Beteiligung der Wirtschaft an den GEP ist zu gering. 1990/91 wurden nur vier von insgesamt 153 GEP (2,6%) von Unternehmen koordiniert. Von deutscher Seite gibt es mit Ausnahme der Firma Siemens kaum eine Beteiligung von Wirtschaftsunternehmen am TEMPUS-Programm.
- Bei den Studierenden ist die Mobilität von West nach Ost sehr gering (EG-weit 35 bzw. 34 Studierende in den ersten beiden Jahren).
- Die EG-Mitgliedstaaten Spanien und Portugal sind bei der Beteiligung am TEMPUS-Programm, insbesondere bei den GEP, deutlich unterrepräsentiert.